56. Jahrgang / Heft 3 / Juli 2008 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Christoph Buchheim
Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland

Gerhard Ringshausen
Neue Quellen zu den Attentatsplänen in der Heeresgruppe Mitte im März 1943

Susanna Schrafstetter
Verfolgung und Wiedergutmachung Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Eckard Michels
Die WDR-Dokumentation „Heia Safari" von 1966/67 über Deutschlands Kolonialvergangenheit

Jürgen Hartmann
Der Bundesadler

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

Widerlegung einer Legende?

Christoph Buchheim
Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland . . . . . **381** Aufsätze

Waren die Attentäter schon 1943 so weit?

Gerhard Ringshausen
Kuriergepäck und Pistolen **415**
Neue Quellen zu den Attentatsplänen in der Heeresgruppe Mitte im März 1943

Kontinuität im Seitenwechsel?

Susanna Schrafstetter
Verfolgung und Wiedergutmachung **431**
Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Historische Aufklärung oder Manipulation?

Eckard Michels
Geschichtspolitik im Fernsehen **467**
Die WDR-Dokumentation „Heia Safari" von 1966/67 über Deutschlands Kolonialvergangenheit

Mehr als ein Symbol?

Jürgen Hartmann
Der Bundesadler . . . . . **495** Miszelle

Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973 bis 1989 **511** Notizen

Mit *einem* Klick vom Bibliotheks-Katalog zu VfZ-Online **515**

517 Rezensionen online

521 Abstracts

523 Autoren

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Legende ist zählebig. Hitler, so lautet sie, habe nach der Machtergreifung sofort energische Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und damit binnen kurzem beachtliche Erfolge erzielt. Christoph Buchheim, einer der renommiertesten deutschen Wirtschaftshistoriker, widerlegt diese apologetische Sicht: Die Konjunktur sprang bereits vor dem 30. Januar an, außerdem griffen die von den Vorgängerregierungen eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsprogramme, während die Regierung Hitler viel zu spät und viel zu halbherzig tätig wurde, um den Aufschwung in nennenswertem Maße beeinflussen zu können. Schließlich räumt Buchheim auch mit der Vorstellung auf, der Arbeiterschaft sei es nach 1933 rasch besser ergangen. Noch 1938 war beim Nettolohn das Niveau von 1928 nicht erreicht.

Christoph Buchheim

Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland

Das zeitliche Zusammentreffen des Antritts des NS-Regimes und einer bald danach für die breite Öffentlichkeit spürbar werdenden raschen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit wurde von der zeitgenössischen Propaganda begierig genutzt und umstandslos in eine Kausalbeziehung umgedeutet. Dementsprechend ist die Erholung der deutschen Volkswirtschaft von der tiefen Krise der Jahre vor 1933 als Ergebnis der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung interpretiert worden, was durchaus überzeugend erschien. Ein Großteil der Zustimmung, die das Regime für seine Politik in der Bevölkerung und selbst in Arbeiterkreisen erfuhr, beruhte zweifellos auf dieser unbestreitbar erscheinenden Leistung. Das galt umso mehr, als der wirtschaftliche Aufschwung bald in eine während der gesamten zwanziger Jahre nicht erlebte konjunkturelle Boomphase mit Voll-, ja Überbeschäftigung einmündete, die, auch im Vergleich zur Entwicklung in anderen Ländern, geradezu als ein „Wirtschaftswunder" erschien. Allerdings gab es schon bei den Zeitgenossen durchaus nachdenkliche Stimmen. Vor allem Beobachter aus dem Ausland wiesen auf zunehmende Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands hin, die auf Dauer eine massive Bedrohung für deren Stabilität darstellten[1]. Ebenso wurde der bei oberflächlicher Betrachtung sich aufdrängende Eindruck, in NS-Deutschland sei bereits vor der Veröffentlichung von John Maynard Keynes' Theorie einer staatlichen Vollbe-

[1] Vgl. das trotz seines Titels sehr kritische Buch von Hans E. Priester, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936, vor allem aber auch die im Folgenden wiederholt herangezogenen Berichte amerikanischer diplomatischer Vertretungen in: Deutschland (Germany, Internal Affairs, 1930–1941. Confidential U. S. State Department Central Files [Microfilm], Frederic/MD 1984). Dieser Beitrag stellt eine stark überarbeitete und erweiterte Fassung des öffentlichen Vortrags dar, den der Autor im Januar 2007 als Stipendiat des Historischen Kollegs (München) in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten hat.

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0017
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schäftigungspolitik im Jahr 1936 höchst erfolgreich eine solche betrieben worden, bereits Ende der dreißiger Jahre in Frage gestellt[2].

Obwohl in den vierziger und fünfziger Jahren noch einige klarsichtige Analysen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in der Vorkriegszeit publiziert[3] und auch später einzelne Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Dritten Reich der dreißiger Jahre kritisch analysiert worden sind[4], scheint in der Öffentlichkeit und in allgemein-historischen Werken bis heute eher eine Sicht der wirtschaftspolitischen Leistung des Regimes zu dominieren, die in ihrer positiven Konnotation auf die NS-Propaganda zurückgeht[5]. Eine solche Sichtweise muss jedoch als definitiv falsch zurückgewiesen werden. Gerade in den letzten Jahren ist nämlich die Wirtschaftspolitik im Dritten Reich erneut Gegenstand intensiver Forschungen geworden, die insgesamt eine völlig andere Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der NS-Zeit noch untermauert haben. Es bestätigte sich, dass die Beschäftigungspolitik des Regimes weder besonders keynesianisch geprägt, noch ihr Ergebnis so spektakulär war, wie vielfach angenommen wird[6]. Auch ist nicht erst durch sie der Wiederaufschwung herbeigeführt worden, der sich im Übrigen ohne Hitler wohl ebenfalls fortgesetzt hätte[7]. Außerdem sind die von der

[2] Vgl. Costantino Bresciani-Turroni, The "Multiplier" in Practice. Some Results of Recent German Experience, in: Review of Economic Statistics 20 (1938), S. 76–88.

[3] Eine ausgezeichnete, heute jedoch weitgehend vergessene Studie ist Samuel Lurie, Private Investment in a Controlled Economy. Germany 1933–39, New York 1947; vgl. auch René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958.

[4] Das gilt etwa für bestimmte, eher soziale Sachverhalte in den Mittelpunkt rückende Untersuchungen, z. B. Tilla Siegel, Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse u. a., Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 54–139; Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im „Dritten Reich". Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989; Günter Morsch, Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933–1936/37, Frankfurt a. M. 1993.

[5] Erstaunlich genug ist, dass Sebastian Haffner Ende der siebziger Jahre die Entwicklung im Dritten Reich als „Wirtschaftsblüte [...] ohne Inflation" gepriesen und NS-Deutschland gar als „Wohlstandsinsel" bezeichnet hat (Anmerkungen zu Hitler, München ²1978, S. 38 f.); noch überraschender ist aber, dass kürzlich Hans-Ulrich Wehler (Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003), die eben zitierten Analysen ignorierend, „einen machtvollen Multiplikatoreffekt" (S. 645) und „hohe Reallöhne" (S. 709) diagnostizierte, allerdings aber auch die desaströsen Folgen des kurzlebigen „Wirtschaftswunders" betonte. Siehe auch Götz Aly (Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005), der noch und gerade für die Zeit des Krieges vom „materiell üppigen Sein" der Masse der deutschen Bevölkerung spricht (S. 38).

[6] Vgl. Albrecht Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 125–140; ders., Deficit Spending in the Nazi Recovery. A Critical Reassessment, in: Journal of the Japanese and International Economy 16 (2002), S. 559–582. Besonders wichtig sind auch die von Ritschl neu bereitgestellten Daten; siehe ders., Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002, Anhang.

[7] Siehe dazu Anmerkung 6 und Christoph Buchheim, Die Erholung von der Weltwirtschaftskrise 1932/33 in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 13–26.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NS-Politik ausgehenden Belastungen des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten wieder in den Blickpunkt gerückt[8] sowie bestimmte Regulierungstatbestände[9] und spezifisch ökonomische Bedrohungen einer längerfristig gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung[10] deutlicher herausgearbeitet worden.

Der vorliegende Aufsatz greift einen Teil dieser Forschungsergebnisse auf, ergänzt sie stellenweise durch die Einbeziehung neuer Quellen und ordnet sie in eine Gesamtbetrachtung des Themas ein, die über das in der kürzlich erschienenen Darstellung der NS-Wirtschaft von Adam Tooze[11] hierzu vergleichsweise knapp Gesagte hinausgeht. Dabei wird im ersten Abschnitt noch einmal kurz die Frage des Krisenwendepunkts und des Beginns des Wiederaufschwungs im Jahr 1932 angesprochen. Danach wird in zwei längeren Teilen die wirtschaftliche Entwicklung speziell des Jahres 1933 und der Einfluss von Maßnahmen des NS-Regimes hierauf thematisiert, bevor die beiden Jahre 1934 und 1935 betrachtet werden, in die der Übergang in die Rüstungs- und Staatskonjunktur fiel. Abschließend wird darauf eingegangen, dass sich erste Anzeichen von Deformationen des Wirtschaftsaufschwungs in der Tat bereits sehr früh zeigten und in diesem Zusammenhang auf die Investitionstätigkeit der Industrie, die Staatsausgaben sowie die Sozialstaatlichkeit des Regimes und auf die Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiterschaft verwiesen.

1. Der Wendepunkt der Weltwirtschaftskrise und der Beginn der konjunkturellen Wiederbelebung in Deutschland

Im Dezember 1932 wurde in einer Publikation des Instituts für Konjunkturforschung festgestellt: „Mit dem Jahr 1932 hat Deutschland die Krisis, die seine Wirt-

[8] Vgl. die Untersuchung der Lebenshaltungskosten von André Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2005/2, S. 129–152, die Analyse der Entwicklung der Einkommensverteilung durch Fabien Dell, Top Incomes in Germany and Switzerland Over the Twentieth Century, in: Journal of the European Economic Association 3 (2005), S. 412–421, und Mark Spoerer, Demontage eines Mythos? Zu der Kontroverse über das nationalsozialistische ‚Wirtschaftswunder', in: Geschichte und Gesellschaft 31 (2005), S. 425–428, sowie den Hinweis auf weitere, sich negativ gestaltende Lebensstandardindikatoren bei Jörg Baten/Andrea Wagner, Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933–1937), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 99–123.

[9] Vgl. Gerd Höschle, Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939. Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität, Stuttgart 2004; Michael Ebi, Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932–1938, Stuttgart 2004; Ulrich Hensler, Die Stahlkontingentierung im Dritten Reich, Stuttgart 2008; Jonas Scherner, Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Stuttgart 2008; vgl. auch die einschlägigen Überblicksaufsätze in: Christoph Buchheim (Hrsg.), German Industry in the Nazi Period, Stuttgart 2008.

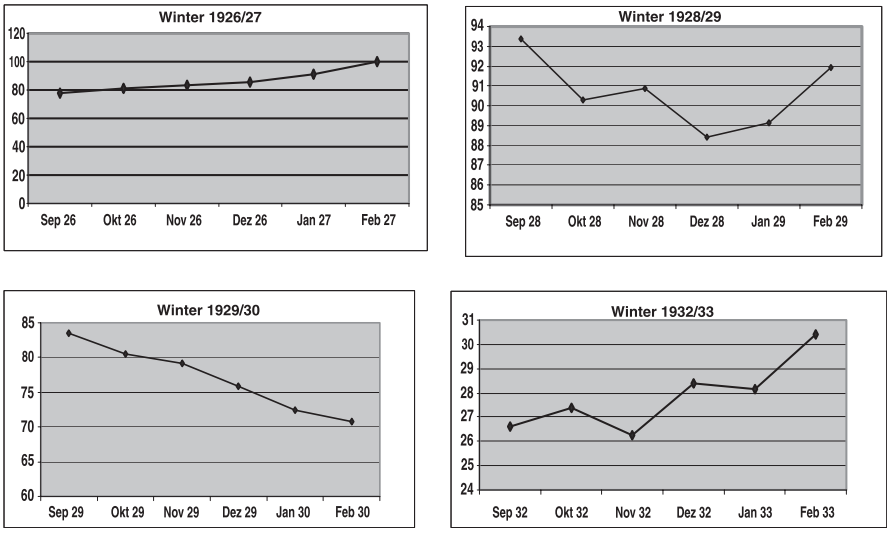
[10] Auf eine ganze Reihe von Deformationen wurde hingewiesen in: Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder, in: VfZ 49 (2001), S. 653–664, sowie zusammenfassend ebenfalls bei Christoph Buchheim, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), German Industry, S. 11–26.

[11] Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft bis in die Grundfesten erschütterte, im wesentlichen überwunden." Die Talsohle sei erreicht[12]. In der Tat kann an dieser Feststellung kein Zweifel bestehen. Ja, es finden sich sogar Belege dafür, dass zu der Zeit, als Hitler die Regierung übernahm, nicht nur der Krisentiefpunkt erreicht, sondern auch die Erholung der Wirtschaft schon eingesetzt hatte. Das zeigt zum Beispiel die Entwicklung der Inlandsaufträge im Maschinenbau, wie in Abbildung 1 zu erkennen ist.

Abbildung 1: Inlandsaufträge im Maschinenbau in den Wintern 1926/27, 1928/29, 1929/30 und 1932/33 im Vergleich (Gleitende Dreimonatsdurchschnitte; 1928 = 100)



Quelle: Institut für Konjunkturforschung (Hg.), Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Berlin 1935, S. 228; eigene Berechnungen

Zunächst sieht man, wie tief der inländische Auftragseingang in dieser Branche während der Weltwirtschaftskrise gefallen war. Lag dieser doch im Herbst 1932 bei nur etwa einem Drittel des Niveaus, das er sowohl im Herbst 1926 als auch im Herbst 1928, also gewissermaßen am Anfang und am Ende der Weimarer Hochkonjunktur, erreicht hatte. Das ist ein deutliches Indiz dafür, wie stark die Investitionstätigkeit in Deutschland während der Krise geschrumpft ist. In unserem Zusammenhang ist jedoch wichtiger, was sich aus dem Schaubild für das Wechselspiel von saisonaler und konjunktureller Komponente der wirtschaftlichen Entwicklung in den jeweils dargestellten Winterperioden herauslesen lässt. So erwies sich der konjunkturelle Aufschwung 1926/27 als so stark, dass im diesbezüglichen Diagramm (oben links) keinerlei negative Saisonkomponente, wie im Winter eigentlich normal, zu erkennen ist. Vielmehr hielt die Aufwärtsentwicklung bei den Inlandsaufträgen im Maschinenbau den ganzen Winter über an. Dagegen tritt im Winter 1928/29 (rechts oben) eine negative Saisonkomponente, wie

[12] Die Weltwirtschaft Ende 1932. Die Wirtschaftslage in Deutschland, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 21.12. 1932, S. 151.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie zu erwarten war, deutlich hervor: Der Auftragseingang sank im Herbst 1928 ab, und am Ende des Winters erholte er sich. Ganz anders wiederum verlief die Kurve der Auftragseingänge im Winter 1929/30, als die Weltwirtschaftskrise bereits begonnen hatte. Jetzt wurde die saisonale Erholung im Frühjahr durch eine mächtige negative Konjunkturkomponente überlagert, sodass die abwärts gerichtete Tendenz des Auftragseingangs nicht unterbrochen wurde. Der Unterschied zur Situation im Winter 1932/33 ist augenfällig, als, ähnlich wie 1926/27, die konjunkturelle Entwicklung den nach unten gerichteten Saisoneinfluss tendenziell nicht zur Geltung kommen ließ – ein ziemlich klares Signal dafür, dass eine konjunkturelle Erholung bereits vor dem Antritt des NS-Regimes eingesetzt hatte.

Wesentlich ist, dass es sich beim Auftragseingang im Maschinenbau um einen vorauseilenden Indikator handelt, der die konjunkturelle Entwicklung besonders frühzeitig anzeigt. Gerade solche Indikatoren eignen sich daher gut für die genaue Datierung von Wendepunkten. Das ist bei der Arbeitslosenziffer anders. Heute eindeutig ein der konjunkturellen Entwicklung nachhinkender Indikator, war dies damals, wegen eines viel weniger ausgebauten Kündigungsschutzes, noch nicht im gleichen Maß der Fall. Aber auch damals war die Arbeitslosenziffer mit Sicherheit kein Frühindikator. Insofern kann die Tatsache, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Januar 1933 noch einmal, wie bereits im Januar 1932, die Grenze von sechs Millionen leicht überschritt, prinzipiell nicht als Beleg dafür gewertet werden, dass der Konjunkturaufschwung zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingesetzt hatte. Zudem wurde die Marke von sechs Millionen Arbeitslosen Anfang 1932 durchbrochen, als die konjunkturelle Entwicklung offenbar noch nach unten zeigte, während sie Anfang 1933 am Weg nach oben lag. Dafür spricht jedenfalls auch, dass sowohl im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung wie in einem Bericht zur Konjunkturlage aus der Reichsbank konstatiert wurde, seit dem Spätsommer 1932 habe ein Abbau sogar der Arbeitslosigkeit begonnen, der allerdings, anders als bei den erwähnten beiden Frühindikatoren, von den saisonalen Einflüssen noch überdeckt worden sei[13].

Dass eine konjunkturelle Erholung schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 eingesetzt hat, wird ebenfalls durch eine Art Geschäftsklimaindex belegt, der sich mit Hilfe von durch die Industrie- und Handelskammern vorgenommenen Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation in einzelnen industriellen Branchen konstruieren lässt. Diese finden sich für den hier interessierenden Zeitraum gesammelt in den Berichten der staatlichen Reichskreditgesellschaft.

[13] Vgl. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 1. 3. 1933, S. 197; Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, R 2501/6576, Die Konjunkturlage Mitte November 1933, S. 6.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1: Deutschlands wirtschaftliche Lage im zweiten Halbjahr 1932 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1931

Industrie-zweig	Jahr	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Chemie	1932 1931	unverändert *schwierig*	verharrend *unverändert schlecht*	weiter ruhig *weiter rückgängig*	leicht belebt *unübersehbar*	ansteigend *unverändert*	weiter steigend *weiter ungünstig*
Elektro	1932 1931	rückläufig *schlecht*	nicht gebessert *schlecht*	unbefriedigend *unverändert*	rückgängig *ungünstig*	gehalten *schleppend*	leicht belebt *schlecht*
Metall-waren	1932 1931	zurückgehend *rückläufig*	rückläufig *ungünstig*	stagnierend *weiter verschlechtert*	leicht belebt *unverändert ungünstig*	weiter ansteigend *rückläufig*	nachlassend *nicht einheitlich*
Auto	1932 1931	verhältnism. gut *schwach belebt*	weiter behauptet *stagnierend*	verhältnism. stabil *rückgängig*	befriedigend *verstärkt rückgängig*	befriedigend *stockend*	verhältnism. günstig *rückgängig*
Glas	1932 1931	etwas gebessert *ungenügend*	nachlassend *sehr schlecht*	schwach *unverändert schlecht*	unbefriedigend *schwierig*	teilweise gebessert *weiter verschlechtert*	teilweise belebt *unbefriedigend*
Schuhe	1932 1931	nachlassend *befriedigend*	befriedigend *nicht einheitlich*	leicht gebessert *sehr still*	weiter ansteigend *leicht gebessert*	anhaltend belebt *gehalten*	befriedigend *nachlassend*
Wolle	1932 1931	rückgängig *ungünstig*	teilweise gebessert *sehr ruhig*	gehalten *sehr ungünstig*	teilweise belebt *weiter rückgängig*	ansteigend *anhaltend unbefriedigend*	teilweise gut *wenig einheitlich*
Baum-wolle	1932 1931	sehr ruhig *unbefriedigend*	nicht einheitlich *besonders schwierig*	teilweise belebt *weiter verschlechtert*	ansteigend *sehr still*	weiter belebt *belebt*	leicht rückgängig *unbefriedigend*
Leinen	1932 1931	leicht belebt *stagnierend*	unverändert schlecht *leicht belebt*	stagnierend *rückgängig*	belebt *ruhig*	belebt *etwas reger*	anhaltend belebt *belebt*
Seide	1932 1931	nicht einheitlich *befriedigend*	teilweise gebessert *rückgängig*	belebt *stagnierend*	ansteigend *etwas belebt*	teilweise gut *befriedigend*	belebt *rückgängig*

Quelle: Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1932/33, S. 17.

In Tabelle 1, die einem dieser Berichte entnommen ist, sind für zwei Halbjahre diese Lagebeurteilungen zusammengestellt. Übersetzt man die in der Tabelle gebrauchten Begriffe in ein einfaches Schema mit den drei Bewertungen –1, 0 und +1 und summiert letztere auf, so ergibt sich das Bild von Tabelle 2, das die bisherige Analyse klar bestätigt.

Tabelle 2: Geschäftsklimaindex für Deutschland 1931–1933

1931	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
–1	6	7	8	6	4	7	5
0	1	2	2	2	3	2	3
+1	3	1		2	3	1	2
Summe	–3	–6	–8	–4	–1	–6	–3
1932		Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
–1		3	1	5	5	4	5
0		5	7	3	3	2	2
+1		2	2	2	2	3	3
Summe		–1	+1	–3	–3	–1	–2
1932		Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
–1		2	2	2	0	2	2
0		5	4	0	1	0	3
+1		3	4	8	9	8	5
Summe		+1	+2	+6	+9	+6	+3
1933		Januar	Februar	März	April[1]	Mai	Juni
–1		2	5	2	1	1	0
0		3	3	2	2	1	4
+1		5	2	6	6	8	6
Summe		+3	–3	+4	+5	+7	+6
1933		Juli	August[1]	September	Oktober	November	
–1		1	2	3	1	1	
0		0	1	2	4	1	
+1		9	6	5	5	8	
Summe		+8	+4	+2	+4	+7	

[1] Für eine Branche fehlt die entsprechende Angabe in diesen Monaten.

Quellen: Reichs-Kredit-Gesellschaft AG, verschiedene Berichte.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach der fast durchweg äußerst trostlosen Situation im zweiten Halbjahr 1931, als durch die Bankenkrise vom Juli die negative wirtschaftliche Entwicklung noch einmal massiv verschärft worden war, stabilisierte sich die Lage im Sommer 1932. Die Krise hatte ihren Tiefpunkt erreicht, aber einige Monate lang ging es noch nicht eindeutig aufwärts. Seit September allerdings zeichnete sich überraschend klar eine relativ starke konjunkturelle Erholung auch im Geschäftsklima ab, die bis einschließlich Januar 1933 anhielt. Ab März 1933 setzte sie sich dann kontinuierlich und kräftig fort.

Festzuhalten bleibt demnach, dass es nicht die Konjunkturpolitik des NS-Regimes war, die den Beginn des Wiederaufschwungs der deutschen Wirtschaft aus der Depression bewirkt hat. Dieser war vielmehr seit fast einem halben Jahr im Gange, als Hitler Ende Januar 1933 zur Macht kam. Zudem war er so stark, dass bei verschiedenen Indikatoren die negativen Saisoneinflüsse des Winters sogar überkompensiert wurden. Das NS-Regime hatte also konjunkturellen Rükkenwind bei seinen Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im Übrigen war in den meisten anderen Industrie- und in vielen überseeischen Rohstoffländern der Schrumpfungsprozess der Wirtschaft im Laufe des Jahres 1932 ebenfalls an ein Ende gelangt. Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung hatte die Weltindustrieproduktion schon zwischen Sommer 1932 und Anfang 1933 um rund sieben Prozent zugenommen, und sie stieg im ersten Halbjahr 1933 um mehr als 20 Prozent weiter an. In den USA, die, wie Deutschland, von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen worden waren, erhöhte sich der Output der Industrie zwischen Mitte 1932 und Mitte 1933 gar um die Hälfte und damit viel stärker als in Deutschland[14].

2. Die Fortsetzung des Aufschwungs im Jahr 1933 und die Maßnahmen der Regierung

Es wäre allerdings ein Irrtum zu glauben, die Verminderung der Arbeitslosigkeit sei von Anfang an Hitlers oberste Priorität gewesen[15]. Sein eigentliches Ziel war vielmehr die „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“[16]. Schon Anfang Februar 1933, wenige Tage, nachdem er Reichskanzler geworden war, sprach er in einer internen Rede vor hohen Offizieren der Reichswehr davon, die Arbeitslosigkeit durch eine „groß angelegte Siedlungspolitik, die eine Ausweitung des Lebensraums des deutschen Volkes zur Voraussetzung hat“, überwinden zu wollen, und zwar „mit bewaffneter Hand“. Die einzige Alternative, um die Beschäftigung dauerhaft zu steigern, sei „Export auf [sic!] jeden Preis und mit jedem Mittel“, was Hitler ohne weiteren Kommentar verwarf. Und von Arbeitsbeschaffungs-

[14] Vgl. Die Wirtschaftslage im Ausland, in: Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung, 21. 12. 1932, S. 152–155; Die Industrieproduktion der Welt, in: Ebenda, 9. 8. 1933, S. 81 f.
[15] Vgl. auch Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 60.
[16] Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1: 30. Januar bis 31. August 1933, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 50.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

maßnahmen hielt er offenbar sehr wenig, denn er sagte bei dieser Gelegenheit ebenfalls: „All diese Wirtschaftspläne, die Kreditgewährung an die Industrie, die staatlichen Subventionen sind Unsinn.“[17]

Ein weiterer Grund für die Unwilligkeit Hitlers, sofort mit einem eigenen Konjunkturprogramm vorzupreschen, war aber wohl auch die auf seine Veranlassung von Reichspräsident Hindenburg für Anfang März angesetzte Neuwahl des Reichstags. Jedenfalls empfahl Hitler in einer im Februar 1933 stattfindenden Ministerbesprechung, in der Wahlpropaganda genauere Angaben über ein Wirtschaftsprogramm zu vermeiden. Die Regierung müsse 18 bis 19 Millionen Wählerstimmen hinter sich bringen. Es gebe jedoch kein Wirtschaftsprogramm, das die Zustimmung einer solch großen Wählermasse finden könne[18].

Zudem hat es dem Regime möglicherweise überhaupt an innovativen Ideen gemangelt, wie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sei, seitdem im Sommer 1932 das mit dem Namen Gregor Strasser verbundene, umfangreiche „Wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP“ zurückgezogen worden war[19]. Dies war jedenfalls der Eindruck von der Rede Hitlers zum 1. Mai, den der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft nach Washington übermittelte. Statt eines konkreten Wirtschaftsplans, wie es seine Anhänger wohl erwartet hätten, habe dieser nur die Umrisse eines solchen vorgestellt, dessen vier Punkte allesamt bereits von den Vorgängerregierungen vorgesehen und teilweise auch in Angriff genommen worden seien[20]. Und etwa zur gleichen Zeit hieß es in einem Bericht des amerikanischen Generalkonsulats Berlin, dass die deutsche Regierung und die NSDAP über keinerlei Wirtschafts- und Finanzprogramm verfügten, sich vielmehr mit der Strömung treiben ließen, „auf günstige allgemeine Tendenzen hoffend, aus denen sie einen Nutzen ziehen könnten, und auf Gelegenheiten, die sich ihnen von Zeit zu Zeit böten“[21].

Tatsächlich profitierten die Nationalsozialisten beträchtlich von die Konjunktur positiv beeinflussenden Entwicklungen, die ohne ihr Zutun zustande gekommen waren. Zum einen war dies, wie beschrieben, die spontane wirtschaftliche Belebung, die sich seit dem Herbst 1932 ergeben hatte. Zum anderen aber waren bereits von den Vorgängerregierungen verschiedene Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung ergriffen worden. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind das „Papen-Programm“ von Juni bzw. September 1932 in Höhe von etwa 300 Millionen RM, wovon ein Teil noch von Brüning für diesen Zweck vorgesehen

[17] Andreas Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 546 f.
[18] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 55; siehe auch Dieter Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: VfZ 15 (1967), S. 40 f.
[19] Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt a. M. ²1988, S. 42–49.
[20] Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, U. S. Embassy Berlin an Secretary of State, The Nazis' economic program as announced by Hitler on May Day, 5. 5. 1933.
[21] Ebenda, American Consulate General Berlin an Secretary of State, Developments in the economic and financial program of the German Government, 9. 5. 1933.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden war, und das „Sofortprogramm“ Schleichers vom Januar 1933 im Umfang von 500 Millionen RM[22].

Um die Verteilung der Mittel aus dem Sofortprogramm, das ja erst unmittelbar vor der Regierungsübernahme Hitlers beschlossen worden war, ging es denn auch in einer Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung am 9. Februar 1933. Nachdem Reichswehrminister Werner von Blomberg erklärt hatte, er könne im Haushaltsjahr 1933 nicht mehr als 50 Millionen Reichsmark zusätzlich verausgaben, schaltete sich Hitler in die Diskussion ein, indem er „die absolute Vorrangstellung der Interessen der Landesverteidigung bei der Vergebung öffentlicher Aufträge“ betonte. „Mit der Geringfügigkeit der vom Reichswehrministerium jetzt angeforderten Mittel könne er sich nur abfinden aus der Erwägung heraus, dass das Tempo der Aufrüstung im kommenden [Haushalts-]Jahr nicht stärker beschleunigt werden könne.“ Und er fügte hinzu, dass das Sofortprogramm besonders geeignet sei, „den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden“. Es ermögliche nämlich „am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung“[23].

Hitler wollte also sogar die bereits von den Vorgängerregierungen verabschiedeten Arbeitsbeschaffungsprogramme soweit wie möglich für die Aufrüstung umfunktionieren. Er ließ sich dabei von der Erkenntnis leiten, dass durch öffentliche Rüstungsaufträge, gewissermaßen als Nebeneffekt, ebenfalls die Beschäftigung gesteigert werden könne[24]. Als daher Mitte März 1933 beschlossen wurde, die von der Regierung von Papen eingeführte, in Form von Steuergutscheinen auszubezahlende Prämie für die Neueinstellung von Arbeitskräften, die sich als wenig effektiv erwiesen hatte, wieder abzuschaffen, wurden dadurch frei werdende Mittel der Reichswehr zur Verfügung gestellt und dafür das Sofortprogramm um 100 Millionen RM aufgestockt[25].

Weitere Maßnahmen, deren potentiell positive Beschäftigungswirkungen zwar registriert und propagandistisch genutzt wurden, die jedoch ein anderes Primärziel verfolgten, waren die Befreiung aller neu zugelassenen Personenkraftwagen von der Kraftfahrzeugsteuer durch Gesetz vom 10. April 1933 sowie die Gründung eines Unternehmens, das in großem Stil Autobahnen bauen sollte, im Juni

[22] Vgl. Jürgen Stelzner, Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933–1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und Aufbau einer Wehr- und Rüstungsindustrie, Diss., Tübingen 1976, S. 44–51; von den Vorgängerregierungen eingeführte Stützungsmaßnahmen für einzelne Branchen wurden ebenfalls aufrechterhalten, etwa die Subventionierung des Abbaus von Nichteisenmetallen. Vgl. Jonas Scherner, „Ohne Rücksicht auf die Kosten“? Eine Analyse von Investitionsverträgen zwischen Staat und Unternehmen im ‚Dritten Reich‘ am Beispiel des Förderprämienverfahrens und des Zuschussvertrags, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004/2, S. 169 f.

[23] Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 62 f.

[24] Vgl. ebenda, S. 62; Barkai, Wirtschaftssystem, S. 152.

[25] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 237. Gesetzlich geregelt wurde das allerdings erst Mitte Juli. Siehe auch Birgit Wulff, Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Hamburg 1933–1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 1987, S. 46.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desselben Jahres[26]. Beides war wesentlich motiviert durch den Wunsch Hitlers, die Motorisierung als einen Aspekt der Modernisierung Deutschlands voranzutreiben. Auch militärstrategische Überlegungen waren dabei lediglich zweitrangig[27]. Charakteristisch war das außerordentlich große Interesse, das Hitler in einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des Hafraba-Vereins[28] Anfang April 1933 dem Autobahnprojekt entgegenbrachte, in dem er auch anregte, anstatt lediglich einzelne Strecken sofort ein ganzes Netz zu planen und zu bauen[29]. Und in einer bald danach stattfindenden Besprechung mit Verkehrsexperten wies er darauf hin, dass die existierenden Wege für Fuhrwerke angelegt worden seien und das Problem hinreichender Autostraßen, wenn der Kraftwagenbestand, was ihm offensichtlich als Zielmarke vorschwebte, drei bis fünf Millionen erreicht habe, nicht durch deren Verbesserung gelöst werden könne. Vielmehr müsse, „ebenso wie sich die Eisenbahn selbst Wege für ihre Schienenfahrzeuge gebaut" habe, „jetzt der Kraftwagen seine eigene Straße haben"[30].

Das Ausbleiben von explizit der Arbeitsbeschaffung dienenden neuen Programmen sogar nach den Reichstagswahlen und der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im März 1933, was durch die Verhaftung des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Günther Gereke gewissermaßen noch einmal unterstrichen wurde[31], machte offenbar nun auch Mitglieder der Regierung unruhig. Jedenfalls schrieb Reichsarbeitsminister Franz Seldte am 22. April an die Reichskanzlei, er sei der Meinung, dass die Regierung am 1. Mai, „dem Feiertage der nationalen Arbeit [,] durch eine programmatische Erklärung dem deutschen Volke bekannt geben muss, was sie zu tun gedenkt, um die Millionen feiernder Hände wieder in das Erwerbsleben einzugliedern"[32]. Kurz danach legte er ein umfangreiches Maßnahmenbündel zur Arbeitsbeschaffung vor[33]. Jedoch führte auch diese Initiative zu nichts[34], und die Rede, die Hitler am 1. Mai hielt, war, wie bereits erwähnt, in der Frage der Arbeitsbeschaffung vage und phantasielos.

Der nach dem neuen nationalsozialistischen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt benannte erste eigentliche Arbeitsbeschaffungsplan der NS-Regierung, das (Erste) Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, wurde nicht vor dem 1. Juli 1933 verabschiedet[35]. Für unmittelbare Arbeitsbeschaffung

[26] Vgl. Leo Grebler, Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935, in: Internationale Rundschau der Arbeit 15 (1937), S. 419 f.
[27] Vgl. Hansjoachim Henning, Kraftfahrzeugindustrie und Autobahnbau in der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus 1933 bis 1936, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 65 (1978), S. 217–242.
[28] Der „Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte-Frankfurt-Basel" setzte sich bereits seit den 1920er Jahren für den Bau einer Nord-Süd-Autobahn quer durch Deutschland ein.
[29] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 306–311.
[30] Ebenda, S. 463 f.; vgl. auch Richard J. Overy, Cars, Roads, and Economic Recovery in Germany, 1932-8, in: Economic History Review 28 (1975), S. 469 u. S. 472.
[31] Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 248 f.
[32] Ebenda, S. 402, Anm. 7.
[33] Vgl. ebenda, S. 400–415.
[34] Vgl. ebenda, S. 418, auch Anm. 10.
[35] Reichsgesetzblatt (RGBl) 1933 I, S. 323–329.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war hierin bis zu einer Milliarde Reichsmark vorgesehen, eine Summe, die im September noch einmal durch die Bereitstellung von mehr als 500 Millionen RM an Mitteln für Kapital- und Zinszuschüsse zu Umbau- und Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen ergänzt wurde (Zweites Reinhardt-Programm)[36]. Nun war sich auch Hitler, angesichts der Unmöglichkeit einer schnelleren Steigerung des Rüstungstempos, der Dringlichkeit reiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bewusst geworden, nicht zuletzt um der Stabilität seines Regimes willen. Ganz deutlich wurde dies im Herbst 1933, als er anlässlich der Beschlussfassung über das Zweite Reinhardt-Programm davon sprach, dass es „darauf ankomme, den Winter wirtschaftlich durchzustehen und die Zahl der Beschäftigten auf dem jetzigen Stand zu halten". Und im Widerspruch zu seinen Äußerungen vom Anfang des Jahres fuhr er mit den Worten fort, „alle Maßnahmen, die getroffen würden, seien daher in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung zu betrachten"[37].

Innerhalb kurzer Zeit wurden vom NS-Regime ab Mitte 1933 also vergleichsweise hohe Summen für diesen Zweck neu bereitgestellt. Bis sie allerdings tatsächlich ausgegeben und damit beschäftigungswirksam geworden waren, vergingen mehrere Monate, da ja erst geeignete Projekte ausgewählt, beantragt und genehmigt werden mussten. Bei der Beurteilung der Arbeitsmarkt- und Konjunktureffekte der Maßnahmen muss diese unvermeidliche Verzögerung berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht ist Tabelle 3 aufschlussreich:

Tabelle 3: Die unmittelbare Arbeitsbeschaffung (Mill. RM)

	Maßnahmen	Zeitpunkt der Verkündung	Gesamtbetrag	bis Ende 1933 verausgabt	im Jahr 1934 verausgabt	im Jahr 1935 verausgabt
Regierung Hitler vor Hitler	1. Papenprogramm	Juni/Sept. 1932	288	236	46	4
	2. Sofortprogramm	Januar 1933	500	300	160	29
	3. Sonstige Maßnahmen	Dez. 1931–Jan. 1933	193	161	25	4
	4. Erweiterung des Sofortprogramms	März/Juli 1933	100	50[1]	50[1]	–
	5. 1. Reinhardt-Programm	Juni 1933	1.070	95	670	195
	6. 2. Reinhardt-Programm	September 1933	832	–	465	210
	7. Sonstige Maßnahmen	Februar 1933	10	10[2]	–	–
	8. Reich insgesamt		2.993	852	1.416	442
	9. Reichsbahn	1932–1934	991	530	461	–
	10. Reichspost	1932–1934	111	65	46	–
	11. Reichsautobahnen	Juni 1933		8	194	148
	12. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung	1932–1935	647	100	332	214
	Gesamtsumme,			1.555	2.449	804
	davon: durch Regierung Hitler initiiert[3]			163	1.379	553

[1] Annahmegemäß sind den Jahren 1933 und 1934 aus der Erweiterung des Sofortprogramms je 50 Mill. RM zugerechnet worden.
[2] Annahmegemäß bereits 1933 verausgabt.
[3] Inklusive Autobahn.

Quelle: Leo Grebler, Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932–1935, in: Internationale Rundschau der Arbeit 15 (1937), S. 423.

[36] Vgl. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 103–105.
[37] Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2: 12. September 1933 – 27. August 1934, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard 1983, S. 745; vgl. Petzina, Hauptprobleme, S. 48.

VfZ 3/2008
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Tabelle macht deutlich, dass von den 1933 ausgabewirksam gewordenen unmittelbaren Arbeitsbeschaffungsmitteln in Höhe von rund 1,5 Milliarden RM lediglich etwa ein Zehntel aus vom NS-Regime inaugurierten Programmen stammte. Wenn man für die Anstellung eines Arbeitslosen für ein Jahr Kosten von 2000 RM unterstellt[38], konnten mit der 1933 insgesamt ausgezahlten Summe zwischen 700.000 und 800.000 Arbeitskräfte ein Jahr lang beschäftigt werden, davon aber nur gut 80.000 in direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die von der Regierung Hitler veranlasst worden waren, und 4000 beim Autobahnbau, der 1933 mit gewaltigem Pomp begonnen worden ist[39]. Das war angesichts von vielen Millionen Arbeitslosen wahrhaftig nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Ja, wegen des langen Zuwartens des Regimes bis zur Verabschiedung seines ersten eigenen Programms unmittelbarer Arbeitsbeschaffung ging im Winter 1933/34 die Zahl der Beschäftigten in öffentlichen Arbeitsbeschaffungsvorhaben, bei denen, was vielfach der Fall war, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ergänzende Zuschüsse gewährt wurden, vorübergehend sogar um 30 Prozent zurück[40].

Nicht besser sah es um die Beschäftigungseffekte der ebenfalls im Ersten Reinhardt-Programm beschlossenen Ehestandsdarlehen aus. Diese wurden in Höhe von maximal 1000 RM an Neuvermählte in Form von Bedarfsdeckungsscheinen vergeben, die zum Kauf von Möbeln und sonstigem Hausrat verwendet werden konnten. Die Darlehen waren unverzinslich, mussten aber praktisch von Anfang an mit einem Prozent pro Monat wieder getilgt werden; allerdings wurde gemäß einer ebenfalls noch im Juni 1933 in Kraft getretenen Durchführungsverordnung für jedes eheliche Kind ein Viertel der Summe erlassen. Die Darlehensvergabe war jedoch außer an die Eheschließung noch an weitere Bedingungen geknüpft. Die künftige Ehefrau musste zwischen Mitte 1931 und Mitte 1933 mindestens ein halbes Jahr lang einer bezahlten Beschäftigung nachgegangen sein, sie musste diese aufgeben und sich verpflichten, bis zur restlosen Rückzahlung des Darlehens im Normalfall kein neues Arbeitsverhältnis einzugehen[41]. Durch die Ehestandsdarlehen wurde demnach äußerst geschickt ein längerfristiges Ziel des Regimes, nämlich Eheschließungen und Geburten zu fördern, mit dem kurzfristigen der Reduktion der Arbeitslosigkeit verknüpft. Letzteres sollte dabei auf zwei Wegen erreicht werden, einmal indem man die Nachfrage nach Hausrat ankurbelte und so neue Arbeitsmöglichkeiten schuf, zum anderen aber auch durch den Rückzug von Frauen ins Privatleben, was die Zahl der Arbeitslosen verminderte. Noch im Jahr 1933 wurden gut 140.000 Ehestandsdarlehen vergeben und von den Finanzämtern 116 Millionen RM an hieraus stammenden Bedarfsdeckungsscheinen ein-

[38] So bei Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 822.
[39] Vgl. Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 69 f.
[40] Vgl. Friedrich Baerwald, How Germany Reduced Unemployment, in: American Economic Review 24 (1934), S. 623; Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 163 f.; Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 432.
[41] Siehe dazu auch Johannes Frerich/Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1, München ²1996, S. 315–317.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelöst. Damit standen 140.000 Frauen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung, weder als Beschäftigte noch als registrierte Arbeitslose. Demgegenüber dürfte die aus den Ehestandsdarlehen resultierende Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze denkbar gering gewesen sein, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil zur Finanzierung der Darlehen der im April 1931 krisenbedingt eingeführte Ledigenzuschlag zur Einkommensteuer in eine höhere, Ehestandshilfe genannte Steuer für Ledige umgewandelt und auf Dauer gestellt wurde. Deren Aufkommen lag schon 1933 bei 95 Millionen RM, wohingegen der alte Ledigenzuschlag nur etwa 15 Millionen RM im Jahr erbracht hatte[42]. Auf der einen Seite sollte der private Konsum durch die Ehestandsdarlehen also angeregt werden, auf der anderen aber wurde er durch die Ehestandshilfe gleich wieder belastet, sodass der Nettoeffekt auf die Beschäftigung 1933 und auch später nicht besonders spürbar gewesen sein dürfte. Da die Ehestandsdarlehen aber eine Maßnahme waren, mit der, wie gesagt, auch andere Ziele als nur eine Senkung der Arbeitslosigkeit verfolgt wurden, wurden sie bis zum Ende der NS-Zeit weiter gewährt, seit Winter 1937, d. h. mit Erreichen annähernder Vollbeschäftigung, allerdings unter Fortfall des Arbeitsverbots für die Ehefrau.

Ein weiteres Element des Ersten Reinhardt-Programms war die Möglichkeit für Unternehmen, den Aufwand für Ersatzbeschaffungen von Maschinen sofort steuerlich geltend zu machen, also voll vom steuerpflichtigen Einkommen des Anschaffungsjahres abzusetzen. Ähnlich wie bei Personenkraftwagen, die, wie erwähnt, seit April 1933 von der Kraftfahrzeugsteuer befreit waren, dürfte das den Aufschwung unterstützt haben. In beiden Branchen war eine Besserung der Lage allerdings seit geraumer Zeit im Gange – die Beschäftigung z. B. in der Autoindustrie hatte bereits im ersten Vierteljahr 1933 um ein Drittel zugenommen – und wurde nicht etwa durch die genannten steuerlichen Maßnahmen erst ausgelöst. Zudem erhöhte sich im Maschinenbau der Auftragseingang aus dem Inland im zweiten Halbjahr 1933 nicht schneller als im ersten, und bei neuen Personenwagen lagen im dritten und vierten Quartal 1933 die Zulassungszahlen sogar schon wieder niedriger als im zweiten. Man muss sich demnach davor hüten, den Beitrag der beiden Förderinstrumente zum Beschäftigungsaufbau zu überschätzen. Weitere Steueränderungen begünstigten, unabhängig von den Reinhardt-Programmen, unter bestimmten Voraussetzungen Baumaßnahmen an gewerblichen und Wohngebäuden. Da sie allesamt erst im zweiten Halbjahr in Kraft getreten sind, dürften sie 1933 kaum mehr einen größeren Effekt auf den Arbeitsmarkt gehabt haben[43].

[42] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, Berlin 1936, S. 42; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934, S. 455; Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2, S. 1189, Anm. 3. Im Jahr 1934 überstieg das Aufkommen an Ehestandshilfe den Wert der eingelösten Bedarfsdeckungsscheine aus rund 225.000 Ehestandsdarlehen gar um rund 85 Millionen RM. Die im Text und in der Anmerkung angeführten Geldsummen beziehen sich auf Haushaltsjahre, die jeweils vom 1. April des einen bis zum 31. März des Folgejahres reichten.

[43] Vgl. Buchheim, Erholung, S. 19 f.; für die Autobranche vgl. insbesondere Henning, Kraftfahrzeugindustrie, S. 223–226.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die direkten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirkten sich am stärksten in der Bauwirtschaft aus, denn die aufgewandten Mittel flossen zum überwiegenden Teil in diesen Bereich, wo sie vor allem für Tiefbauprojekte ausgegeben wurden[44]. Allerdings war der Beitrag der genuin nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme hierzu, wie bereits gesehen, im Jahr 1933 noch sehr gering, eben weil diese erst spät verabschiedet worden waren, sodass sie infolge unvermeidlicher Verzögerungen kaum mehr zu Ausgaben führten. Die anderen Maßnahmen des Regimes zur Konjunkturbelebung sollten, wie gezeigt, in ihrer Wirksamkeit ebenfalls nicht überschätzt werden, zumal Steuerleichterungen, zum Beispiel bei Ersatzinvestitionen in Maschinen, mit Sicherheit, wenn auch in nicht bezifferbarer Höhe, bloße Mitnahmeeffekte zur Folge hatten und damit keine echte zusätzliche Nachfrage nach sich zogen. Zudem führten manche wirtschaftspolitischen Eingriffe, etwa was den Außenhandel betraf, sogar direkt zum Abbau von Beschäftigung[45]. Insgesamt kann man also feststellen, dass materielle Maßnahmen der Regierung Hitler jedenfalls im Jahr 1933 per Saldo kaum zum weiteren Konjunkturaufschwung beigetragen haben dürften.

Allerdings wurde durch verschiedene Schritte des Regimes die Zahl der dem Arbeitsmarkt überhaupt zur Verfügung stehenden Personen vermindert. Die an die Gewährung eines Ehestandsdarlehens geknüpfte Bedingung, wonach die frisch verheiratete Frau aus jeglichem Beschäftigungsverhältnis auszuscheiden hatte, ist bereits erwähnt worden. Darüber hinaus wurde vor allem auf lokaler Ebene eine massive Kampagne gegen das sogenannte Doppelverdienertum gestartet[46], d. h. primär gegen verheiratete Frauen in einem Lohnarbeitsverhältnis, die bei der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter stark diskriminiert wurden. Da Frauen im Allgemeinen, weil nicht bedürftig, schon seit Mitte 1931 auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr hatten, dürften sie kaum noch einen Anreiz gehabt haben, sich als arbeitslos registrieren zu lassen. Das bedeutete, solche Frauen wechselten in die unsichtbare Arbeitslosigkeit (Arbeitsmarktreserve) über und fielen damit ebenfalls aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Zudem wurde der damals noch freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und im März 1933 die Landhilfe eingeführt, in deren Rahmen arbeitslose Jugendliche als Landhelfer in der Landwirtschaft eingesetzt werden konnten. Da Arbeitsdienstleistende und Landhelfer nicht als arbeitslos gezählt wurden, verringerte auch das, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres, die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit, und zwar um etwa 200.000 Personen[47].

[44] Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 426. Darunter befanden sich ebenfalls rüstungswichtige Projekte; vgl. Wulff, Arbeitslosigkeit, S. 45 f., S. 60 f. u. S. 70.

[45] Zum Beispiel in Hamburg. Vgl. ebenda, S. 134–136.

[46] Vgl. einen sehr kritischen gemeinsamen Brief des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministers an die Reichskanzlei, in dem die sozial schädlichen Folgen der Kampagne, etwa die Schwächung des Leistungsprinzips, klar benannt sind, in: Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/2, S. 925–929.

[47] Frerich/Frey, Sozialpolitik, Bd. 1, S. 254–256; vgl. auch Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1933/34, Berlin 1934, S. 26 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die geschilderten Maßnahmen fanden in der Statistik ihren Niederschlag. So stieg die Beschäftigung zwischen Januar 1933 und Januar 1934 um 1,9 Millionen Personen, gleichzeitig sank aber die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 6 auf knapp 3,8, also um gut 2,2 Millionen ab. Das Arbeitsangebot insgesamt, also beschäftigte und als arbeitslos erfasste Arbeitnehmer zusammen, ging demnach zurück – und das, obwohl die Zahl der Berufseinsteiger diejenige der aus dem Berufsleben Ausscheidenden auch 1933 übertroffen haben dürfte[48]. Die Anzahl weiblicher Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt war 1934 im Durchschnitt um fast 150.000 niedriger als 1933, wohingegen die Zahl der Männer sich um 100.000 vermehrt hatte[49]. Die Statistik macht also deutlich, dass die gemeldete Arbeitslosigkeit, eine hochpolitische Zahl, im ersten Jahr der Herrschaft des NS-Regimes um einiges mehr zurückging als die tatsächliche Erwerbslosigkeit. Dass dadurch die offizielle Arbeitslosenziffer unter vier Millionen gedrückt werden konnte, war auch optisch wichtig, sah es doch so aus, als habe die neue Regierung innerhalb von zwölf Monaten die Arbeitslosigkeit fast halbiert – von etwas über sechs auf nur noch gut über drei Millionen Arbeitslose. Dies dürfte erheblich zur Reputation Hitlers als Bezwinger der Massenarbeitslosigkeit beigetragen haben.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die von den Vorgängerregierungen oder etwa auch der Reichsbahn initiiert worden waren, trugen, wie Tabelle 3 belegt, offenbar viel stärker als die eigentlich nationalsozialistischen Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarkts bei, wovon allerdings nun in der öffentlichen Meinung das NS-Regime profitierte. Jedoch waren sie ebenfalls nicht ausschlaggebend für die weitere konjunkturelle Belebung 1933. Denn außer vom Umfang solcher direkten Arbeitsbeschaffungsausgaben und dem Zeitpunkt ihrer Verabschiedung hing deren konjunkturelle Wirkung nämlich noch von ihrer „Zusätzlichkeit“ ab. Schon zeitgenössisch wurde aber darauf hingewiesen, dass dieses Kriterium öfters nicht erfüllt war. Das heißt also, normale laufende Personalausgaben sind bis zu einem gewissen Grad durch Ausgaben, die aus Arbeitsbeschaffungsmitteln finanziert wurden, substituiert worden, sodass per saldo insoweit keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen worden ist[50]. Ganz besonders die Reichsbahn hat sich offenbar so verhalten. Sie hat nämlich in größerem Umfang als Arbeitsbeschaffungsmittel deklarierte Gelder genutzt, um mit eigenen Arbeitskräften Neubauten und Reparaturen durchzuführen und auf diese Weise Entlassungen zu vermeiden[51]. Ähnlich dürften manche Kommunen reguläre Arbeitskräfte mithilfe von Arbeitsbeschaffungsgeldern weiterbeschäftigt haben, die ansonsten entlassen worden wären[52]. Dementsprechend können bei weitem nicht alle der zwischen 700.000 und 800.000 im Jahr 1933 in direkten Arbeitsbeschaf-

[48] Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 475; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, Berlin 1935, S. 12.
[49] Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 474 f. u. S. 484; siehe auch Willi Hemmer, Die „unsichtbaren“ Arbeitslosen. Statistische Methoden – Soziale Tatsachen, Zeulenroda 1935.
[50] Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 428.
[51] Vgl. Stelzner, Arbeitsbeschaffung, S. 96 f.; Alfred C. Mierzejewski, The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway, Bd. 2, Chapel Hill 2000, S. 62.
[52] Vgl. Grebler, Arbeitsbeschaffung, S. 428.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fungsmaßnahmen Tätigen tatsächlich als zusätzliche Beschäftigte gewertet werden, und der Gesamteffekt der direkten Arbeitsbeschaffung auf den Abbau der Arbeitslosigkeit war geringer als jene Angabe suggeriert.

Ähnlich zu beurteilen sind Fälle, in denen staatliche Ausgaben aus Mitteln, die die öffentliche Hand zuvor in Form von Abgaben eingenommen hatte, finanziert worden sind, da diesen dann ein entsprechender Entzug privater Kaufkraft entsprach und die beschäftigungswirksame Nachfrage insgesamt also im Wesentlichen gleich geblieben ist. Das war, wie erwähnt, bei den Ehestandsdarlehen der Fall. Ebenso handelte es sich bei den für Arbeitsbeschaffungszwecke bereitgestellten Geldern der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zumindest zum Teil um zuvor von den Versicherten und ihren Arbeitgebern aufgebrachte Beträge. Alles in allem sind gemäß einer Studie der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung der Reichsbank von den gesamten Arbeitsbeschaffungsausgaben immerhin 1½ bis 2 Mrd. RM oder rund 30 bis 40 Prozent aus regulären Haushaltsmitteln finanziert worden[53].

Demnach bleibt festzuhalten, dass nur ein Teil der konjunkturpolitischen Maßnahmen, die 1933 wirksam geworden sind, zusätzlich und aus echter Kreditschöpfung ohne Einsparungen oder Belastungen an anderen Stellen finanziert worden ist. Ein grober Indikator für dessen Höhe ist die Zunahme des Gesamtdefizits der öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung und Sonderwechsel). Letzteres belief sich im Kalenderjahr 1933 auf netto 780 Millionen RM und war damit lediglich um knapp 200 Millionen RM größer als 1932[54]. Dabei hat die Sozialversicherung (einschließlich Arbeitslosenversicherung) sogar schon Überschüsse erzielt, und die Länder sowie die vielfach bereits überschuldeten Gemeinden haben ihr Defizit reduziert. Tatsächlich hat also allein der Reichshaushalt im Vergleich zu 1932 expansiv gewirkt. Der zusätzliche fiskalische Impuls in Höhe von 200 Millionen RM, den die öffentlichen Haushalte insgesamt auf die Wirtschaft ausgeübt haben, stellte aber lediglich rund 13 Prozent der Summe der für direkte Arbeitsbeschaffung im Jahr 1933 eingesetzten Mittel dar (siehe Tabelle 3), die dementsprechend auch nur etwa in dieser Höhe wirklich zur weiteren Belebung beigetragen haben. Das zeigt, dass der anhaltende konjunkturelle Aufstieg, der zu einer Erhöhung des nominalen Bruttosozialprodukts von 55,9 auf 57,6 Milliarden RM geführt hat[55], nur zu einem kleinen Teil durch die Arbeitsbeschaffungsprojekte erklärt werden kann.

---

[53] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 2/2: Juni – Dezember 1935, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber, München 1999, S. 963; Ritschl, Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?, S. 130.

[54] Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12.

[55] Die Werte für das Bruttosozialprodukt wurden entnommen aus Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart 1972, S. 260, und entsprechend heutiger Konvention um die Zinsen auf öffentliche Schulden bereinigt; vgl. auch Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12. Da die Summe des Steueraufkommens und der Sozialversicherungsabgaben 1933 im Vergleich zu 1932 konstant blieb (ebenda), kann auch nicht argumentiert werden, das ex post beobachtbare Defizit sei nur deshalb so gering gewesen, weil der durch den fiskali-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme und das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts stellten demnach 1933 nicht die hauptsächlichen Triebkräfte des fortdauernden konjunkturellen Aufschwungs dar, Exporte und privater Konsum jedoch auch nicht. Erstere schrumpften sogar weiter, und der private Verbrauch hat bestenfalls stagniert. Es waren die Bruttoinvestitionen, die den Aufschwung entscheidend gestützt haben. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich 1933 nämlich auf rund fünfeinhalb Milliarden RM mehr als verdoppelt, obwohl sie, gemessen an ihrem Niveau von 1927/28, immer noch sehr gering waren. Vor allem die Vorratsinvestitionen erholten sich und stiegen per saldo um gut zwei Milliarden RM an, was nicht untypisch für die erste Phase eines konjunkturellen Aufschwungs ist. Mit einem Plus von gut 500 Millionen RM folgten die Anlageinvestitionen des Unternehmenssektors, darunter rund 200 Millionen RM mehr an Investitionen in maschinelle Vorrichtungen. Letzteres spiegelte die bereits 1932 einsetzende Zunahme der Inlandsbestellungen im Maschinenbau wider. Die öffentlichen Investitionen erhöhten sich hingegen nur um gut 300 Millionen RM, die vor allem in Bauten flossen[56]. Das macht nochmals den vergleichsweise geringen Einfluss der direkten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf die weitere konjunkturelle Erholung deutlich. Das heißt aber auch, dass letztere im Wesentlichen dem Wirken spontaner Kräfte der Privatwirtschaft zu danken war, denselben Kräften also, die bereits den Umschwung im Herbst 1932 eingeleitet hatten.

3. Eine verbesserte Stimmung als zusätzliche Triebkraft des Aufschwungs?

Manchmal findet sich in der Literatur die Behauptung, durch den Regimewechsel ausgelöste psychologische Momente hätten den Aufschwung unterstützt, indem die Zukunftserwartungen und damit die Stimmung positiv beeinflusst worden seien[57]. Letzteres mag bei Teilen der Bevölkerung tatsächlich der Fall gewesen sein, aber es ist doch fraglich, ob dies auch für viele Unternehmen und, generell, für der Wirtschaft nahestehende Kreise galt.

---

schen Impuls vorangetriebene Konjunkturaufschwung endogen zu einer Erhöhung der Einnahmen aus Abgaben geführt habe.

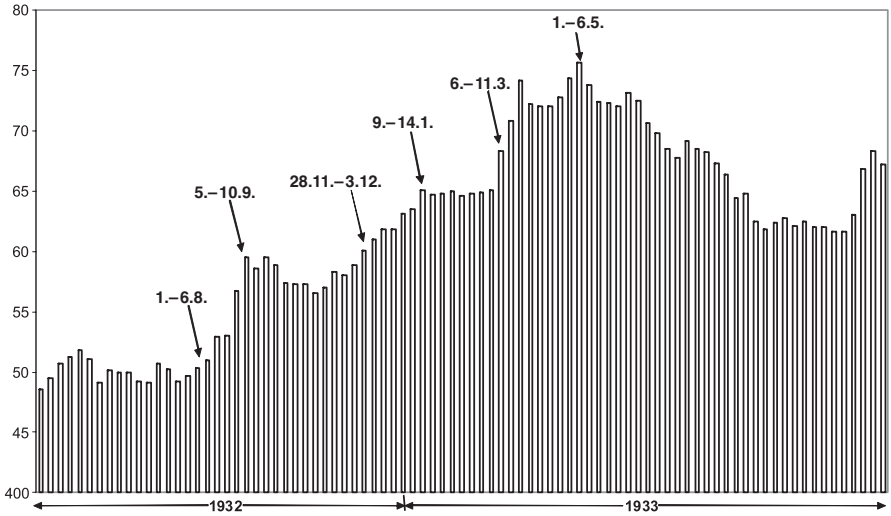
[56] Für die den Berechnungen zugrunde liegenden Zahlen vgl. BA Berlin, R 3102/2731, Die volkswirtschaftlichen Investitionen. Für die Verfügbarmachung dieses Dokuments danke ich Dr. Jonas Scherner. Vgl. Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 606; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12, B.3 u. B.4; Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, Berlin 1939, S. 6; Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 247.

[57] Siehe z. B. Richard J. Overy, The Nazi Economic Recovery 1932–1938, Cambridge ²1996, S. 26; Dan P. Silverman, Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936, Cambridge/MA 1998, S. 235 f.; Gerold Ambrosius, Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914–1945), in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000, S. 332.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abbildung 2: Aktienkurse an der Berliner Börse vom 11.4.1932 bis 9.12.1933 (Wochendurchschnitte; 1924–1926 = 100)



Quelle: Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung.

Ein erster Hinweis darauf, dass dem tatsächlich nicht so war, ergibt sich aus der Entwicklung der Aktienkurse im Jahr 1933. Abbildung 2, in der die Kursbewegungen anhand von wöchentlichen Durchschnittswerten aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien dargestellt sind, lässt erkennen, dass das Kursniveau nach Wiedereröffnung des amtlichen Handels am 12. April 1932 – zuvor war die Börse krisenbedingt geschlossen gewesen – entsprechend der unklaren konjunkturellen Lage zunächst stagnierte. Ab August kam es dann aber zu einem Kursanstieg, der, abgesehen von einer Unterbrechung im Oktober 1932, bis Mitte Januar 1933 anhielt. Insgesamt erhöhten sich die Kurse in diesem Zeitraum beträchtlich, was die These, dass der Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft aus der Weltwirtschaftskrise bereits mehrere Monate vor dem Antritt des NS-Regimes begonnen hat, nochmals bestätigt. Allerdings führte der Regierungswechsel Ende Januar zunächst nicht, wie man hätte annehmen müssen, falls die Behauptung von einer dadurch ausgelösten allgemeinen Stimmungsverbesserung zuträfe, zu einem weiteren Anstieg der Kurse; vielmehr machte sich für einige Wochen Stagnation breit. Auch der bereits angeführte Geschäftsklimaindex zeigte ja erstaunlicherweise im Februar 1933 erneut einen negativen Wert. Dazu passt ebenfalls, dass die Inlandsaufträge im Maschinenbau im Februar um 20 Prozent zurückgingen, viel stärker als infolge der geringeren Anzahl von Arbeitstagen im Vergleich zum Januar zu erwarten gewesen wäre[58]. Es traf demnach wohl wirklich zu, was der Handelsattaché der Britischen Botschaft in Berlin nach London meldete, dass

[58] Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, hrsg. von Ernst Wagemann, Berlin 1935, S. 4 u. S. 228.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nämlich der vorsichtige Optimismus, der sich in der Wirtschaftswelt Deutschlands seit Herbst 1932 entwickelt hatte, „durch Gerüchte über drohende Änderungen der innenpolitischen Situation zunächst in Frage gestellt und dann infolge der plötzlichen und überraschenden Entlassung der Regierung von Schleicher erschüttert worden ist“[59].

Erst in der zweiten Märzwoche setzte bei zunehmenden Aktienumsätzen[60] erneut eine stärkere Auftriebstendenz an der Börse ein. Das ist insofern interessant, als am 5. März 1933 Neuwahlen zum Reichstag stattgefunden hatten, in denen die regierende Koalition mit absoluter Mehrheit bestätigt worden ist. Damit schien also endlich die lang entbehrte politische Stabilität wieder gewährleistet zu sein, was von der Börse honoriert wurde, da die Verhältnisse im Parlament offensichtlich noch als wichtig galten. Jedoch blieben die Erwartungen der Börsianer nur kurze Zeit positiv gestimmt. Denn zwei Monate später begannen die Kurse, entgegen dem internationalen Trend bereits mehrere Wochen vor dem Scheitern der Weltwirtschaftskonferenz im Juli[61], wieder nachzugeben, und die Tendenz am Aktienmarkt drehte für fast den gesamten Rest des Jahres ins Negative. Besonders auffällig ist, dass die Börse jetzt ihre Signalfunktion für die konjunkturelle Entwicklung einbüßte. Während nämlich in der zweiten Jahreshälfte 1932 der beginnende Aufschwung sich noch in einem auch von seiner Stärke her adäquaten Kursanstieg niedergeschlagen hatte – Aktienkurse und Inlandsaufträge im Maschinenbau stiegen von August 1932 bis Januar 1933 jeweils um etwa 30 Prozent an –, war dies seit Mai 1933 nicht mehr der Fall. Denn von Anfang Mai bis in den November hinein gingen die Kurse an der Berliner Börse insgesamt um rund 20 Prozent zurück; in der gleichen Zeit erhöhte sich dagegen der Auftragseingang aus dem Inland bei Maschinen um 40 Prozent[62]. Faktisch setzte sich demnach die konjunkturelle Belebung fort, obwohl die Börse eine Verschlechterung der Stimmung anzeigte.

In der Tat gab es für Industrie, Handel und Banken genügend Anlass, über die Entwicklung besorgt zu sein. So wurde bereits im Februar 1933 der Agrarprotektionismus ausgebaut, und nach dem Auslaufen von Handelsverträgen wurden gegenüber der Einfuhr aus verschiedenen Ländern viel höhere autonome Zollsätze wirksam[63]. Dies beschwor die Gefahr von Retorsionsmaßnahmen des Auslands gegen deutsche Industrieexporte herauf. In einer Aufzeichnung des Deutschen Industrie- und Handelstages von Ende Februar hieß es daher[64]: „Deutschland hat von allen großen Handelsländern den stärksten Ausfuhrüberschuss.

[59] Department of Overseas Trade, Economic Conditions in Germany to June 1933, Report by J. W. F. Thelwall, Commercial Counsellor to H. M. Embassy in Berlin, London 1933.
[60] Gemessen am Aufkommen der Börsenumsatzsteuer; vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1933/34, S. 54.
[61] Vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939, München 1973, S. 127 u. S. 226–233.
[62] Siehe dazu auch Otto Donner, Die Kursbildung am Aktienmarkt, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 36, Berlin 1934.
[63] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 79–81.
[64] Ebenda, S. 116–118.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Lage legt doppelte Vorsicht in handelspolitischen Maßnahmen nahe, die zu Gegenmaßnahmen […] führen könnten. […] Die deutsche Ausfuhr ist lebenswichtig für die Arbeitsbeschäftigung [sic!] eines sehr großen Teils der Industrie und des Großhandels […]. Bei dieser Sachlage erscheint es geboten, an den Grundlinien der deutschen Handelspolitik insofern festzuhalten, als Meistbegünstigung und Zolltarifabreden auch weiterhin beizubehalten sein werden."

Diese Argumente fanden jedoch kein Gehör. Ja, infolge antisemitischer Ausschreitungen kam es sogar zu Boykottaufrufen gegen deutsche Waren im Ausland, die die kritische Lage der Ausfuhr eher noch verschärften. Ebenfalls nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen hat die Gleichschaltung des Reichsverbands der Deutschen Industrie, zu der dessen Präsident Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sich seit Anfang April genötigt sah[65]. Selbst an der Lohnfront kehrte trotz der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 nicht sofort Ruhe ein. Obwohl durch das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit die staatliche Zuständigkeit für die Tarifgestaltung festgelegt wurde, gab es nämlich doch zunächst Bestrebungen der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) und der im Mai gegründeten Deutschen Arbeitsfront (DAF), genuin gewerkschaftliche Aufgaben zu übernehmen[66].

Am meisten beunruhigt wurden die Unternehmer aber wohl durch eigenmächtige Eingriffe von Parteidienststellen und Angehörigen von NSDAP, SA oder NSBO in viele einzelne Firmen, die den Kernbestand der unternehmerischen Verfügungsrechte bedrohten. Staatlich nicht autorisierte oder gar selbsternannte Kommissare verlangten Einsicht in die Bücher, verfolgten (angebliche) Korruptionsfälle und betrieben die Entlassung von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern. Nationalsozialistische Betriebsangehörige denunzierten Vorgesetzte in der Absicht, selbst deren Position einzunehmen[67]. Die Konsequenzen solcher weitverbreiteter Aktionen waren potentiell sehr schädlich für den Wirtschaftsaufschwung. So hieß es etwa in einem Bericht des Amerikanischen Konsulats in Stuttgart vom 3. Juli 1933[68]: „Die Eigentümer großer Fabriken sind völlig verunsichert, was die Dauerhaftigkeit ihrer jetzigen Position in den Firmen angeht; sie befürchten jeglicher Gesetzlichkeit Hohn sprechende Maßnahmen, die sie der

[65] Vgl. Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: VfZ 28 (1980), S. 97–108; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 182–188; Werner Abelshauser, Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 1933–1934, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (2002), S. 9–15.

[66] Vgl. Buchheim, Erholung, S. 25.

[67] Vgl. z. B. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 392 f. u. S. 541; Harold James, Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945, in: Lothar Gall u. a., Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 340 f.; Dieter Ziegler, Die Nationalsozialisten im Betrieb, in: Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs, München 2006, S. 135–138.

[68] Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, American Consulate Stuttgart an Secretary of State, Apprehension felt in business circles towards National Socialist business policies, 3. 7. 1933.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kontrolle über ihre Geschäfte berauben. […] Durch diese Situation werden die wirtschaftlichen Probleme verschärft, die in Deutschland ohnehin schon bestehen, und die Planungen für die weitere Geschäftsentwicklung werden behindert." Sogar in der Unterredung Hitlers mit führenden Industriellen von Ende Mai 1933 wurde das Problem angesprochen, wenn auch nur in verklausulierter Form, was zeigt, wie sehr es die Unternehmer bedrückte[69].

Die Gefahr war inzwischen auch den Spitzen der NSDAP klar geworden. Schon Ende Mai 1933 hatte Hitler in einem Erlass davon gesprochen, dass „mit der Zeit bei den Führern der Wirtschaft ein Gefühl der Vogelfreiheit" entstehe, „das geradezu die Lähmung der verantwortlichen Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen nach sich zieht"[70]. Und am 6. Juli 1933 führte er auf einer Konferenz der Reichsstatthalter aus: „Für das Gedeihen der Wirtschaft ist erforderlich, dass man von der Wirtschaft praktisch etwas versteht. Allgemein gesprochen wird ein Nationalsozialist, der nur theoretischer Wirtschaftler ist, schädlicher wirken als ein Wirtschaftler, der nur Wirtschaftler und kein Nationalsozialist ist."[71] In der Tat sollte diese Haltung, die den Unternehmen eine gewisse Autonomie zubilligte, im Dritten Reich kennzeichnend für das Verhältnis von Staat und Partei zur Wirtschaft werden. Allerdings dauerte es 1933 noch eine Zeitlang, bis unautorisierte Interventionen in die inneren Angelegenheiten von Unternehmen vollständig aufhörten. Jedenfalls erwähnte das Amerikanische Generalkonsulat Berlin in einem Bericht vom November, noch immer gebe es derartige Übergriffe, wenn auch in stark verminderter Anzahl[72].

Insgesamt haben also psychologische Momente im weiteren Aufschwung 1933 wohl wirklich eine Rolle gespielt, aber keine positive, sondern eine negative. Es gab zahlreiche Momente, die die Stimmung im Unternehmerlager belasteten, teilweise sogar schwer beeinträchtigten. Die konjunkturelle Belebung setzte sich dennoch fort – aber gewiss nicht wegen, sondern trotz des Regimewechsels. Denn einerseits gingen von der Wirtschaftspolitik der Regierung Hitler kaum irgendwelche Effekte aus, die bereits 1933 zur wirtschaftlichen Erholung einen größeren materiellen Beitrag geleistet hätten. Andererseits aber erschienen den Unternehmern viele Facetten ihrer Politik und die Aktionen der sie unterstützenden Massenbewegung zutiefst bedrohlich. Diese zwiespältige Situation, die gekennzeichnet war sowohl von einer Besserung der Konjunktur als von ziemlich schlechter Stimmung, wurde von einem amerikanischen Beobachter gegen Ende des Jahres 1933 treffend charakterisiert: „Obwohl die Lage heute in der Industrie und im Geschäftsleben allgemein, [...] ziemlich befriedigend ist, sind die Zukunftsaussichten nicht ermutigend und diejenigen, die die Situation am besten zu kennen scheinen, haben eine recht große Neigung, pessimistisch zu sein."[73]

[69] Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Bd. 1/1, S. 516 f.
[70] Ebenda, S. 541.
[71] Ebenda, S. 631.
[72] Germany, Internal Affairs, 1930–1941, American Consulate General Berlin an Secretary of State. Some observations on the general economic situation in Germany today, 14. 11. 1933, S. 3.
[73] Ebenda, S. 2.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Die Jahre 1934/35 und der Übergang in die Staatskonjunktur

Im Jahr 1933 nahm das Bruttosozialprodukt real bereits ziemlich stark um knapp 8 Prozent zu, 1934 beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum dann sogar noch einmal. Die Beschäftigung, die von 1932 auf 1933 im Jahresdurchschnitt um ebenfalls rund 8 Prozent gestiegen war, erhöhte sich 1934 um 15 Prozent[74]. Offensichtlich gewann der Aufschwung 1934 also weiter an Kraft. Dafür verantwortlich waren im Wesentlichen zwei Faktoren, nämlich eine große Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und eine im Vergleich zu der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise stark verbesserte Kostensituation in der Industrie.

Zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage trugen vor allem die folgenden beiden Elemente bei. Zum einen erhöhte sich nun im Zuge des Beschäftigungsaufbaus der private Konsum, d. h., es begannen Multiplikatorkräfte zu wirken. Ein geeigneter Indikator dafür sind die Einzelhandelsumsätze; diese stiegen 1934 um 11 Prozent, wohingegen sie 1933 noch um 4,5 Prozent zurückgegangen waren[75]. Selbst wenn letzteres hauptsächlich ein 1933 weiter sinkendes Preisniveau für Konsumgüter widerspiegelte[76], so hatte der private Verbrauch sich insgesamt doch auch real allenfalls nur wenig erhöht. 1934 hingegen nahm er eindeutig zu[77].

Zum anderen war der fiskalische Impuls infolge einer Steigerung des Defizits des öffentlichen Gesamthaushalts um mehr als zwei Milliarden RM wesentlich größer als 1933[78]. Allerdings entwickelten sich die einzelnen öffentlichen Haushalte keineswegs in die gleiche Richtung. Während im Rechnungsjahr 1934 Länder und Gemeinden ihre Defizite weiter reduzierten und die Sozialversicherung aufgrund der gesunkenen Arbeitslosigkeit erneut Überschüsse erzielte, stieg das Defizit des Reichs um 2,7 auf 3,9 Milliarden RM an. Dabei vergrößerte sich der Umlauf an Arbeitsbeschaffungswechseln, die der formal kurzfristigen Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dienten, netto um rund 800 Millionen RM. Dagegen nahm der Bestand an Mefo-Wechseln, benannt nach der im Sommer 1933 von Krupp, Siemens und einigen weiteren Unternehmen im Auftrag des Reichs als Scheinfirma gegründeten Metallurgischen Forschungsgesellschaft mbH (Mefo), um fast zwei Milliarden RM zu.

Letztere dienten ausschließlich zur Finanzierung staatlicher Rüstungsaufträge, was aufgrund der Konstruktion jedoch im Reichshaushalt keinen unmittelbaren Niederschlag fand. Um die Summe der militärbezogenen Aufwendungen zu ermitteln, sind dem Betrag der akzeptierten Mefo-Wechsel demnach noch die gesamten, auf militärische Belange entfallenden Haushaltsausgaben von Reichswehr- und Reichsluftfahrtministerium hinzuzurechnen. Insgesamt hatten diese beiden Einzel-

[74] Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft, S. 260; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12; Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 474. Die Beschäftigungszunahme wurde berechnet mit Hilfe korrigierter Durchschnittswerte der dort angegebenen Monatszahlen.
[75] Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 78.
[76] Ebenda, S. 106–108.
[77] Vgl. Hoffmann, Wachstum, S. 698 f.; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. B.8.
[78] Siehe auch für die folgenden Zahlen, ebenda, Tab. A.2, A.3, A.10 u. A.12.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

budgets im Rechnungsjahr 1934 einen Umfang von 1,95 Milliarden RM, wovon allenfalls 100 Millionen für Zwecke, die auch einen zivilen Nutzen hatten, wie Flugsicherung, Lotsendienst oder Belange der Lufthansa, eingesetzt wurden[79]. Die 1934 (Kalenderjahr) wirksam gewordenen Arbeitsbeschaffungsausgaben beliefen sich dagegen laut Tabelle 3 auf 2,5 Milliarden Reichsmark, wobei das Reich trotz Drängens von zahlreichen Seiten kein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm mehr auflegte[80]. Bereits 1934 übertrafen demnach, sowohl was den Gesamtbetrag, als auch was dessen nicht im Budget aufscheinenden, durch Kreditschöpfung finanzierten Teil betraf, die Rüstungsaufwendungen die Arbeitsbeschaffungsausgaben beträchtlich, und zwar sogar einschließlich unter Arbeitsbeschaffung laufender, verdeckter Ausgaben für militärische Zwecke. Der gegenüber 1933 massiv gesteigerte fiskalische Impuls beruhte also in erster Linie auf einer rasanten Ausweitung der öffentlichen Nachfrage für militärischen Bedarf. Bezeichnend war hierbei, dass nicht nur die wechselfinanzierten Rüstungsausgaben für die Industrie direkt auftragswirksam wurden. Vielmehr wurde 1934 wohl auch mehr als die Hälfte der in den Haushalten des Reichswehr- und Reichsluftfahrtministeriums verbuchten Summen in militärische Bauten und die Anschaffung von militärischen Ausrüstungsgegenständen investiert, darunter gewaltige außerplanmäßige Ausgaben, die für pauschale Titel wie „Umorganisation des Heeres“ anfielen[81]. Insgesamt wurden Rüstungsaufträge in Höhe von schätzungsweise drei Milliarden RM an die Industrie vergeben. Das heißt grob überschlagen: im Jahr 1934 beruhte rund die Hälfte der Zunahme des industriellen Nettoproduktionswerts im Vergleich zu 1933 allein hierauf[82]. Dies entsprach in etwa dem Anstieg der privaten Konsumausgaben in jenem Jahr, die zum bei weitem größten Teil als vermehrte Güterkäufe ebenfalls der Industrie zuflossen[83]. Da die gewaltige Steigerung der Nachfrage auf Industrieunternehmen mit großen freien Kapazitäten traf, deren Ertragslage zudem infolge während der Krise stark gesunkener Kosten sehr günstig war[84], war das Resultat

[79] IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934.
[80] Vgl. Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 86–88.
[81] IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1934.
[82] Berechnet mit Hilfe des Nettoproduktionswerts der Industrie im Jahr 1936 (Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939, S. 55), wobei hier der unbereinigte Nettoproduktionswert zugrundegelegt wurde, da er die Abschreibungen noch enthält und damit besser dem heutigen Konzept des Nettoproduktionswerts entspricht als der bereinigte, und des Index der Industrieproduktion (Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4) sowie des Index der Großhandelspreise von industriellen Fertigwaren (Statistisches Handbuch von Deutschland, S. 460).
[83] Der private Verbrauch erhöhte sich von 1933 auf 1934 nach Hoffmann, Wachstum, S. 700 f., um 3,8 Mrd., nach Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. B.5, dagegen nur um 1,6 Mrd. RM; allerdings ergibt sich Ritschls Wert als Residuum, während Hoffmann seinen aus der Addition verschiedener Verbrauchsreihen für einzelne Gütergruppen ermittelt hat, weshalb letzterem wohl der Vorzug zu geben ist. Zudem spiegelt die Verbrauchszunahme nach Hoffmann 1934 auch besser den großen Anstieg der Einzelhandelsumsätze wider.
[84] Vgl. Christoph Buchheim, The Upswing of German Industry in the Thirties, in: Ders./Redvers Garside (Hrsg.), After the Slump. Industry and Politics in 1930s Britain and Germany, Frankfurt a. M. 2000, S. 36–44.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine sprunghafte Zunahme der industriellen Produktion um rund 30 Prozent, was in späteren Jahren nicht annähernd wieder erreicht wurde[85].

Das Verdienst des NS-Regimes an dieser scheinbar sehr positiven wirtschaftlichen Situation darf allerdings nicht zu hoch veranschlagt werden. Denn zwei der wichtigsten Triebkräfte des anhaltenden Aufschwungs 1934 waren primär die Folge von der Wirtschaft immanenten Entwicklungen. Das traf zum einen auf den Multiplikatoreffekt zu, der sich im Anstieg des privaten Konsums zeigte, was seinerseits eine stets zu beobachtende Wirkung einer Beschäftigungszunahme und der damit einhergehenden Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme ist. Zum anderen galt dies aber ebenfalls für die Reinigungsfunktion einer tiefen Krise, die regelmäßig bei den Unternehmen zu massiven Kosteneinsparungen führt, was letztlich die Rentabilität der die Krise überstehenden Firmen verbessert. Was jedoch den gewaltigen Anstieg der Militärausgaben betrifft, muss man feststellen: Unter einer anderen Regierung wäre es hierzu wohl nicht im gleichen Ausmaß gekommen; stattdessen wäre möglicherweise, den vielfach erhobenen Forderungen entsprechend, 1934 noch ein weiteres Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgelegt worden. Auf jeden Fall wäre es dann aber nicht zu der infolge der enormen Rüstungsanstrengungen sich bereits abzeichnenden Deformation des Wachstumsbooms gekommen. Die uneingeschränkt positiv wirkenden Aufschwungkräfte des Jahres 1934 hatten sich demnach aus dem Wirtschaftsprozess selbst heraus spontan ergeben. Dagegen war der Effekt des von der NS-Politik beeinflussten Faktors allenfalls kurzfristig günstig für die weitere konjunkturelle Belebung. Spätestens 1935 erwies er sich jedoch bereits als Element einer wirtschaftlichen Entwicklung, deren negative Züge immer deutlicher hervortraten.

„Insgesamt ist die Situation unbefriedigend, und sie verschlechtert sich weiterhin rasch. Im Winter kann es durchaus zum Kollaps kommen."[86] Diese Aussage eines amerikanischen Beobachters vom Juli 1934 über die wirtschaftliche Lage in Deutschland mag zunächst überraschen, stand sie doch offenbar in direktem Widerspruch zu der geschilderten positiven Entwicklung in jenem Jahr. Allerdings bezog sie sich in erster Linie auf die Zahlungsbilanz, wo sich die Probleme 1934 in der Tat drastisch zuspitzten. Ein Indikator dafür war der ausgewiesene Bestand an Devisenreserven der Reichsbank, der von fast einer Milliarde RM im Durchschnitt des Jahres 1932 auf nur noch 78 Millionen im Juli/August 1934 gefallen war, und das, obwohl die Devisenzuteilungen an importierende Unternehmen, die seit Einführung der Devisenzwangswirtschaft Mitte 1931 unter der zentralen Kontrolle der Reichsbank erfolgten, immer restriktiver gehandhabt wurden[87]. Die Hauptursache für die dramatische Zahlungsbilanzsituation lag in einer kontinuierlichen Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz, die 1932 noch einen Überschuss von mehr als einer Milliarde RM aufgewiesen hatte, im

[85] Vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4.

[86] Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 27, Telegram from Mr. Leo Harrison to the Federal Reserve Bank of New York, 19. 7. 1934.

[87] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, S. 348; Ebi, Export, S. 22–24.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Januar 1934 jedoch erstmals ins Defizit geriet, das bis einschließlich Juli auf insgesamt rund 250 Millionen RM anschwoll. Dies beruhte aber primär nicht, wie man vermuten könnte, auf der infolge des starken konjunkturellen Aufschwungs zunehmenden Nachfrage nach Importen. Denn letztere waren im ersten Halbjahr 1934 mengenmäßig zwar um zehn Prozent höher als im ersten Halbjahr 1932, wertmäßig waren sie jedoch in derselben Zeit wegen noch niedrigerer Preise sogar geringfügig zurückgegangen. Vielmehr war die Entwicklung der deutschen Ausfuhr entscheidend für die massive Verschlechterung der Handelsbilanz, denn deren Volumen war in der betrachteten Periode um 15 Prozent, ihr Wert noch stärker geschrumpft[88]. Das war umso bedenklicher, als der Welthandel nach 1932 erneut zugenommen und Deutschland demnach Anteile am weltweiten Export verloren hatte[89]. Zu einem erheblichen Teil war das auf die gesunkene preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte zurückzuführen – eine Folge der Nichtabwertung der Reichsmark.

Das NS-Regime reagierte auf die gefährliche Lage der Zahlungsbilanz, die den Aufschwung und damit die Aufrüstung wegen fehlender Einfuhren von wichtigen Rohstoffen ins Stocken zu bringen drohte, in charakteristischer Weise. Statt zu einer Abwertung kam es mit dem „Neuen Plan" von Hjalmar Schacht, der inzwischen neben seinem Posten als Reichsbankpräsident auch den des Reichswirtschaftsministers übernommen hatte, im September 1934 zu einer umfassenden Neugestaltung des Einfuhrverfahrens mit Hilfe von speziell hierfür errichteten Überwachungsstellen. Waren bis dahin die den Importeuren zur Verfügung gestellten Devisenkontingente relativ schematisch um bestimmte Prozentsätze gekürzt worden, so wurde nunmehr die Zusammensetzung der Einfuhr staatlich festgelegt, indem im Prinzip für jeden Import eine Einzelgenehmigung der für das betreffende Gut zuständigen Überwachungsstelle notwendig war. Die gesamte deutsche Einfuhr wurde seitdem also in höchst dirigistischer Weise entsprechend den Prioritäten des Regimes gelenkt. Das bedeutete, dass rüstungswichtigen Importen Vorrang eingeräumt wurde; dagegen wurde, abgesehen von für die Ernährung essentiellen Produkten, der Import von Fertigwaren sowie von Rohstoffen für die Konsumgüterindustrie stark gedrosselt[90].

Faktisch war das neue Kontrollsystem allerdings nichts anderes als die Verallgemeinerung von Regelungen, die bereits seit März 1934 nach und nach in einem großen Teil der Textilindustrie eingeführt und sofort in sehr strikter Weise angewandt worden waren[91]. Der damit einhergehende massive Rückgang der Einfuhren von Textilfasern seit etwa Jahresmitte bewirkte ein abruptes Absinken der Textilproduktion um gut zehn Prozent im August auf ein Niveau, das in den dann folgenden Monaten trotz der weiterhin aufsteigenden Konjunktur der Gesamtwirtschaft praktisch nicht mehr überschritten wurde. Vor allem aufgrund sehr hoher Lagerbestände im Handel schlug dies längere Zeit nicht negativ auf

[88] Vgl. Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 90–94.
[89] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935, S. 118 * f.
[90] Vgl. Ebi, Export, S. 128–133.
[91] Vgl. Höschle, Textilindustrie, S. 31–42.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Einzelhandelsumsätze in Textilien und Bekleidung durch. Allerdings stiegen die Lieferfristen der Textilindustrie an, und die Preise erhöhten sich sprunghaft. Später kam es aber bei Textilien und Kleidung doch auch zu Engpässen sowie zu gravierenden Qualitätseinbußen[92].

Immerhin konnte durch den Neuen Plan die Zahlungsbilanzkrise erst einmal abgeschwächt werden. Zwar verlief die Exporttätigkeit auch 1935 ziemlich schleppend, denn die Ausfuhrerlöse stiegen nur um 2,5 Prozent an. Aber da die Einfuhr mit Hilfe des nun geschaffenen Instrumentariums besser kontrolliert und um fast sieben Prozent reduziert werden konnte, schloss die Handelsbilanz mit einem kleinen Überschuss ab[93]. Auch das Wachstum setzte sich 1935 fort, und die Beschäftigung erhöhte sich um sechs Prozent; ein Kollaps trat demnach nicht ein. Allerdings nahmen die Einzelhandelsumsätze nur noch um 4,5 Prozent zu. Angesichts der Preissteigerungen war das wahrscheinlich fast gleichbedeutend mit einer Stagnation des realen Konsums[94]. Das Regime hatte es also geschafft, den über den privaten Verbrauch vermittelten Multiplikatoreffekt, kaum dass er in Erscheinung getreten war, weitgehend wieder abzuwürgen[95]. Dagegen erreichte die Eigenkapitalrendite der Industrieaktiengesellschaften im Durchschnitt schon zehn Prozent. Bereits damals öffnete sich jedoch die für den Rest der NS-Zeit typische Schere zwischen der Profitabilität der Produktionsgüter- und derjenigen der Konsumgüterindustrie. Da vor allem erstere in großen Teilen rüstungswichtig war und deshalb von der Politik des Regimes systematisch begünstigt wurde, war deren Rendite seit 1935 stets beträchtlich höher als die der Verbrauchsgüterherstellung, obwohl auch diese im Mittel offenbar durchaus gute Gewinne erzielte[96]. Von der Nachfrageseite her angeheizt wurde das Wachstum wiederum vom Staat, dessen Ausgaben für Güter und Dienste 1935 um gut 13 Prozent zunahmen. Das öffentliche Gesamtdefizit erreichte 3,2 Milliarden, das des Reichs allein 4,2 Milliarden RM. Wie schon 1933 und 1934 erhöhte sich auch im Fiskaljahr 1935 also lediglich der Fehlbetrag des Reichs, während neben der Sozialversicherung jetzt Länder und Gemeinden zusammengenommen ebenfalls Überschüsse erzielten[97]. Von den Gesamtausgaben des Reichs in Höhe von zwölf Milliarden RM flossen wieder rund vier Milliarden in Form von Aufträgen zur Deckung des Bedarfs der Wehrmacht direkt an die Industrie, davon 2,7 Milliarden finanziert durch die Emission weiterer Mefo-Wechsel. Dagegen liefen die Aufwendungen für Arbeitsbeschaffung nun rasch aus. Insgesamt war der fiskalische Impuls 1935 allerdings mit einer Zunahme des Defizits aller öffentlichen Haushalte zusammen in Höhe von 400 Millionen RM wesentlich geringer als 1934[98].

---

[92] Vgl. ebenda, S. 152–162; Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 78 u. S. 281–289.
[93] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, Berlin 1937, S. 238.
[94] Vgl. Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1936/37, Berlin 1937, S. 41; bei Hoffmann, Wachstum, S. 698 f., wird der reale Privatkonsum in der Tat als praktisch konstant ausgewiesen.
[95] Siehe auch Bresciani-Turroni, "Multiplier" in Practice.
[96] Vgl. Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996, S. 147 u. S. 155.
[97] Vgl. Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.3, A.9, A.10 u. A.12.
[98] Vgl. ebenda, Tab. A.2, A.5 u. A.12; IfZ-Archiv, Da 003.003, Reichshaushaltsrechnung 1935.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Anzeichen für eine zunehmende Deformation des Aufschwungs

Obwohl die deutsche Wirtschaft die Weltwirtschaftskrise eindeutig hinter sich gelassen hatte und obwohl die Gewinne der Industrie schon damals, nicht zuletzt aufgrund der günstigen Kostensituation, ein sehr hohes Niveau erreicht hatten, sprang die industrielle Investitionsaktivität auch 1935 nicht richtig an – neben der schwachen Exportentwicklung ein weiterer Hinweis auf die sehr ungewöhnliche Natur des NS-Aufschwungs. Das macht die folgende Tabelle, die einen Vergleich mit der Zeit des beginnenden Wachstumsbooms nach der Währungsreform von 1948 beinhaltet, überaus deutlich.

Tabelle 4: Investitionsquote und Kapazitätsauslastung in der Industrie 1933 bis 1936 und 1948 bis 1950 im Vergleich (%)

	1933	1934	1935	1936	1948	1949	1950
Investitionsquote	3,3	4,6	5,9	7,7	11,5	11,5	11,4
Kapazitätsauslastung	58	73	80	86 (84)	51	•	•

Quellen: *Investitionsquote* (gemessen am nominalen Nettoproduktionswert der Industrie): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 460 u. S. 605; Rolf Krengel, Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/56, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1957, H. 1, S. 170 (für die Investitionen 1949–1950; ohne Kleinbetriebe), Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung, Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939, S. 55; Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 390; 1956, S. 216, S. 225 u. S. 428; *Kapazitätsauslastung*: A.F. Mester, Eine Zeitreihe der Ausnutzung des Sachkapitals (1925 bis 1938 und 1950 bis 1957), in: Ifo-Studien 7 (1961), S. 81 (unter der Annahme hundertprozentiger maximaler Kapazitätsauslastung); Werner Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975, S. 118 (1948 [2. Halbjahr] und eingeklammerte Ziffer für 1936).

Denn die Quote der industriellen Investitionen, gemessen am Nettoproduktionswert der Industrie, war selbst noch 1935 nur etwa halb so groß wie in den späten 1940er Jahren. Das hatte jedoch nichts damit zu tun, dass es, allerdings nur in recht geringem Umfang, noch freie Kapazitäten gab[99], denn nach der Währungsreform war die Ausnutzung des vorhandenen Kapitalstocks in der Industrie zunächst viel geringer. Schließlich gibt es ja auch, abgesehen von akuten Kapazitätsengpässen, zahlreiche andere Gründe, die Industrieunternehmen zu Investitionen veranlassen können, etwa der Wunsch nach Rationalisierung, die Umsetzung von Produktinnovationen oder erwartetes rasches Wachstum. Diese drei Faktoren, die nach der Währungsreform bald eine wichtige Rolle für den Kapazitätsaufbau und damit den anhaltenden Wachstumsboom spielten, wurden jedoch in den dreißiger Jahren offensichtlich nicht wirksam.

Zeitgenössischen Beobachtern fiel die geringe Investitionstätigkeit der Industrie noch um die Mitte der dreißiger Jahre ebenfalls schon als außergewöhnlich auf. So hieß es Anfang 1936 in einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung: Für die beobachtbare Investitionszurückhaltung der Industrie „mag vielfach die Erwägung maßgebend sein, dass der gegenwärtig erreichte hohe Auftragsbestand eine

[99] So aber Spoerer, Demontage, S. 423.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

direkte oder indirekte Ausstrahlung staatlicher Beschaffungsmaßnahmen darstellt, der mit der Überleitung der bisher vom Staat geförderten, in eine von der Privatwirtschaft getragene Entwicklung wieder abnehmen könnte“[100]. Das bedeutet, es war nicht die Höhe der zu diesem Zeitpunkt noch herrschenden Kapazitätsunterauslastung, die der Industrie Zurückhaltung bei den Investitionen angeraten erscheinen ließ, sondern die Gefahr, dass Kapazitätserweiterungen, die entsprechend dem erreichten Umfang der Nachfrage eigentlich fällig gewesen wären, sich als Schaffung von Überkapazitäten herausstellen könnten, wenn, was wohl erwartet wurde, der Staat seine Güterkäufe in absehbarer Zeit reduzieren würde. Denn man hatte natürlich erkannt, dass ein erheblicher Teil der Staatsnachfrage mit Hilfe von Kreditschöpfung finanziert wurde, und man ging offenbar davon aus, dass um der Vermeidung von inflationären Tendenzen willen eine Konsolidierung demnächst anstünde. Dann jedoch war angesichts des Fehlens anderer dynamischer Nachfrageelemente – der private Verbrauch und die Exporttätigkeit wurden ja von der Regierungspolitik faktisch hintangehalten – zumindest ein zeitweiliger Nachfrageeinbruch vorprogrammiert, der eben zu den befürchteten Überkapazitäten und damit zu einer ähnlich bedrohlichen Situation, wie man sie während der Weltwirtschaftskrise gerade erlebt hatte, hätte führen können. Auf der anderen Seite war eine größere Zurückhaltung des Staates jedoch notwendig, um die Entwicklung insgesamt in gesündere Bahnen zu lenken. Ganz dem entsprechend urteilte die Reichskreditgesellschaft: „Sowohl die Konsolidierungsaufgabe als auch die bestehenden Außenhandelsspannungen verlangen nach einer verstärkten Einschaltung unternehmerischer Initiative und nach Überleitung der Staatskonjunktur in eine sowohl produktive als auch rentabilitätsgesicherte private Erzeugungs- und Exportkonjunktur.“[101]

Hierzu ist es jedoch in der Folgezeit nicht gekommen, was dann tatsächlich erneut zu einer großen, dieses Mal zurückgestauten Inflation führte. Auch ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Investitionsdynamik in der Industrie, jedenfalls soweit sie von privaten Kräften getragen wurde, dauerhaft relativ schwach blieb, was das Produktivitätswachstum schon in der Vorkriegszeit offenbar massiv beeinträchtigte[102]. Im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre stiegen nämlich vor allem diejenigen industriellen Investitionen stark an, bei denen, weil sie als kriegswichtig angesehen wurden, der Staat das damit verbundene unternehmerische Risiko vertraglich zum Teil, vielfach aber sogar vollständig übernommen hat[103]. Insoweit handelten private Unternehmen jedoch gewissermaßen als Agenten des Staates, und solche, häufig relativ unproduktiven Investitionen müssten eigentlich dem Staat zugeordnet werden, was die im Folgenden untersuchte Staatsquote demnach eigentlich noch höher hätte ausfallen lassen müssen.

[100] Allgemeiner Konjunkturdienst. Die Wirtschaftslage in Deutschland, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung 11 (1936/37), Teil A, S. 64; vgl. auch Overy, Recovery, S. 57.
[101] Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1935/36, Berlin 1936, S. 4.
[102] Vgl. Buchheim, Introduction, in: Ders. (Hrsg.), German Industry, S. 24–26.
[103] Siehe dazu umfassend Scherner, Logik der Industriepolitik.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anstatt zu normalem, unternehmerisch geprägtem Wirtschaftswachstum kam es daher zu einer Staatskonjunktur, die sich zunehmend verfestigte, was aber den Zielen des Regimes völlig entsprach. Tabelle 5 zeigt, dass die Quote der Staatsnachfrage, gemessen am Sozialprodukt, sich bereits 1933 sprunghaft erhöhte, Mitte der dreißiger Jahre um mehr als 50 Prozent über der von 1928 lag und bis 1938 rasant weiter anstieg. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war sie hingegen wieder sehr viel niedriger. Dabei betrugen die Ausgaben für militärische

Tabelle 5: Der Staat als Wirtschaftssubjekt (Quoten in Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts)

	1928	1932	1933	1935	1938	1950	1954
Staatskäufe	13,1	13,6	16,2	20,6	30,5	12,4	13,7
Sozialversicherungsausgaben	5,5	7,5	7,9	6,6	6,0	7,6	8,9

Quellen: Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924–1934, Berlin 2002, Tab. A.12; Deutsche Bundesbank, 50 Jahre Deutsche Mark. Monetäre Statistiken 1948–1997, München 1998 (CD-Rom); Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart 1972, S. 260; Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Revidierte Ergebnisse 1950 bis 1990 (= Fachserie 18, Reihe S. 15), Stuttgart 1991, S. 46, S. 52 u. S. 62.

Belange 1935 bereits ein gutes Drittel der Staatskäufe und 1938 mehr als die Hälfte, wohingegen es 1932 weniger als zehn Prozent waren[104]. Hinzu kamen an Belastungen des Reichs im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung, wie bereits angedeutet, noch Garantien und Bürgschaften in beträchtlicher Höhe, die notwendig waren, um die Unternehmen zu autarkiewichtigen Investitionen zu veranlassen, die in der Tabelle jedoch nicht berücksichtigt sind.

Im Gegensatz zur Quote der Staatskäufe verringerte sich der Anteil der Sozialversicherungsausgaben am Sozialprodukt, der Anfang der dreißiger Jahre krisenbedingt angestiegen war, nach 1933 wieder. 1938 lag er nur noch relativ geringfügig über dem Niveau von 1928. Auch deuten die in der Tabelle wiedergegebenen Zahlen darauf hin, dass die Bundesrepublik von Anfang an in einem größeren Maß Sozialstaat war als das Dritte Reich, zumal die für 1938 ausgewiesene Zahl überhöht ist. Denn trotz der bis dahin erreichten Vollbeschäftigung belief sich der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nach wie vor auf 6,5 Prozent der Bruttolöhne, wovon die Arbeitnehmer die Hälfte zu tragen hatten[105]. Die Folge davon war, dass die Arbeitslosenversicherung enorme Einnahmeüberschüsse erwirtschaftete. Zum Teil wurden diese für andere soziale Zwecke verwandt, etwa für Kinderbeihilfen oder für die Subventionierung der Renten- und Angestelltenversicherung, wodurch dort auf Beitragserhöhungen verzichtet werden konnte. Darüber hinaus wurden sie jedoch auch zur Finanzierung allgemeiner Reichsaufgaben eingesetzt[106]. Zum Bei-

[104] Vgl. Heinrich Stuebel, Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv 1951, S. 4129; Ritschl, Deutschlands Krise, Tab. A.12.
[105] Vgl. Frerich/Frey, Sozialpolitik, Bd. 1, S. 267.
[106] Ebenda, S. 267 u. S. 300 f.; siehe auch Germany, Internal Affairs, 1930–1941, Film 28, Department of State, Advisor on International Economic Affairs, The economic and financial position of Nazi Germany, 29. 8. 1938, S. 14.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spiel erhielt das Unternehmen Reichsautobahnen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung Darlehen, die bis 1945 auf die gewaltige Summe von 3,4 Milliarden RM angestiegen waren[107]. Die im Vergleich zu 1928 höheren Aufwendungen der Sozialversicherung im Dritten Reich wurden also keineswegs zur Gänze deren eigentlichen Zwecken entsprechend verwendet. Insofern erscheint es fraglich, ob der in der Tabelle ausgewiesene leichte Vorsprung der NS- gegenüber der Weimarer Zeit an so gemessener Sozialstaatlichkeit tatsächlich gegeben war. Auf jeden Fall gilt aber, dass das „NS-Wirtschaftswunder" in dieser Hinsicht weit hinter dem Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik zurückstand.

Schließlich ist noch die Entwicklung des Lebensstandards breiter Schichten der Bevölkerung in den Blick zu nehmen. Das bereits geschilderte Geschehen auf dem Textilsektor und die Handhabung des Neuen Plans zeigten ja bereits deutlich die Stoßrichtung des Regimes bei der Lösung von wirtschaftlichen Problemen, die sich aus dem Zusammenprall von breiter konjunktureller Belebung und massiver Aufrüstung ergaben. Bei Zielkonflikten hatten die Rüstungsanstrengungen immer Priorität, und zwar sehr häufig auf Kosten der Konsumenten. Dabei war man, abgesehen von der Kürzung der Rohstoffzuteilungen für die Konsumgüterindustrie, nicht wählerisch beim Einsatz noch weiterer Instrumente, um die Steigerung des privaten Verbrauchs abzubremsen. Generell wurden die Tariflöhne durch die staatlichen Treuhänder der Arbeit eingefroren, teilweise wurde sogar untertarifliche Bezahlung toleriert oder gar zugelassen[108]. Die durchschnittlichen effektiven Stundenlöhne stiegen zwar seit 1934 dennoch an, aber nur sehr langsam. 1935 waren sie im Mittel um vier Prozent höher als 1933. Da sogar der offiziell ausgewiesene Lebenshaltungskostenindex sich im gleichen Umfang erhöht hatte, nahmen die realen Stundenlöhne also keinesfalls zu. Ja, schlimmer noch, praktisch verringerten sie sich sogar, zum einen, weil die Lohnabzüge 1935 im Schnitt größer waren als 1933 und zum anderen möglicherweise auch deshalb, weil die Verbraucherpreise, wie vielfach vermutet, stärker gestiegen sein könnten als offiziell ausgewiesen[109]. Auf jeden Fall aber wurde es nun offensichtlich, dass das Regime Preissteigerungen für Konsumwaren durch seine Politik provozierte. So zogen die Preise für Bekleidung selbst ausweislich der offiziellen Statistik von 1933 bis 1935 um gut zehn Prozent an[110], was, wie gesehen, eine Konsequenz der Beschränkung der Einfuhr von Textilfasern zugunsten rüstungswichtiger Rohstoffe war. Die Großhandelspreise für Agrargüter erhöhten sich in derselben Zeit gar um 18 Prozent, weil das Regime damals noch die Politik verfolgte, die Bauern besser zu stellen – allerdings wiederum auf Kosten nicht zuletzt der Konsumenten. Letztere hatten laut

[107] BA Berlin, R 2 Anh./79, Die Finanzierung der Autobahnen und ihrer Nebenbetriebe.
[108] Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 92–100.
[109] Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938, S. 158–161; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, S. 294; vgl. Steiner, Neuschätzung, S. 131 f., wo verschiedene zeitgenössische Schätzungen der Zunahme der Lebenshaltungskosten erwähnt werden.
[110] Vgl. auch für die folgenden Angaben, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, S. 280 u. S. 294.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

offiziellem Index für Nahrungsmittel daher sechs Prozent mehr zu zahlen. Derartige Preiserhöhungen wirkten verbrauchsbeschränkend, wodurch der Spielraum für die Rüstung vergrößert wurde. Da ihnen in keiner Bedarfskategorie größere Preissenkungen gegenüberstanden, führten sie bei vielen Konsumenten verständlicherweise zu einem Gefühl der erheblichen Verteuerung alltäglicher Güter und einer merklichen Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Das war auch der Eindruck, den das Amerikanische Generalkonsulat Berlin gewann, als es das relativ zum Vorjahresergebnis etwas geringere Aufkommen an Spenden für das Winterhilfswerk in der Kampagne 1935/36 kommentierte; dies nämlich sei „eine Widerspiegelung der wachsenden Schwierigkeiten, denen sich die große Masse des deutschen Volkes in Folge der Preissteigerungen […] bei gleichbleibenden oder sinkenden Durchschnittslöhnen gegenübersieht“[111]. Etwa zur selben Zeit schrieb auch die Reichskreditgesellschaft, den Zusammenhang zwischen Konsum und Rüstung richtig hervorhebend: „Das deutsche Volk bezahlt die bedeutenden Aufwendungen, die der Wehrfreiheit und dem Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft dienen, dadurch, dass jeder einzelne sich in seinen Verbrauchsaufwendungen etwas einschränkt.“[112]

Wie Tabelle 6 zeigt, galt dies auch noch 1938. Denn trotz des Booms der Industrieproduktion, die sich zwischen 1932 und 1938 weit mehr als verdoppelte, und einer glänzenden Gewinnentwicklung[113] erhöhten sich die nominalen Bruttostundenlöhne der Industriearbeiter in der gleichen Zeit lediglich um 10 Prozent, woran das Fehlen einer Interessenvertretung der Arbeiter nach der Zerschlagung der Gewerkschaften ganz deutlich wird. Die Bruttowochenlöhne stiegen um rund 30 Prozent, allerdings vor allem aufgrund einer wesentlich längeren Wochenarbeitszeit. Damit nicht genug, waren aber auch die Lohnabzüge beträchtlich gestiegen, wie in Zeile 3 der Tabelle ersichtlich. Sogar die vielgepriesene Entlastung von Familien mit Kindern war gerade in Arbeiterkreisen, jedenfalls im Vergleich zu 1928, gering. So ging sie für Familien mit einem Kind bei einem Jahreseinkommen von 2400 RM von 3,3 auf 2,99, mit drei Kindern von 0,83 auf 0,26 Prozent zurück. Dagegen lagen 1938 die Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung auch für Familien immer noch auf dem Krisenniveau von 3,25 Prozent, während sie 1928 nur 1,5 Prozent betragen hatten[114]. Da, wie gezeigt, die in einer Situation der Vollbeschäftigung hieraus erwachsenden Überschüsse der Arbeitslosenversicherung zu erheblichen Teilen zur Finanzierung allgemeiner Reichsaufgaben verwendet worden sind, erscheint das in Arbeiterkreisen verbrei-

[111] Germany, Internal Affairs, 1930–41, Film 28, Consulate General Berlin, Preliminary results of the winter relief campaign 1935/36, 30. 3. 1936.
[112] Reichs-Kredit-Gesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1935/36, S. 36.
[113] Vgl. dies., Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939, S. 4; Spoerer, Scheingewinne, S. 147.
[114] Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938, S. 160 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 6: Durchschnittliche Verdienste[1] von Industriearbeitern[2]

1	1928	1932	1938	1944[3]	1948	1954	1960
1) Nominaler Stundenlohn, brutto (Pfg.)	90,1[4]	71,5[4]	78,6	90,1	103,4	166,8	268,6
2) Nominaler Wochenlohn, brutto (RM/DM)	42,80[4]	29,50[4]	38,20	43,50	43,60	81,00	122,50
3) Lohnabzüge (%)	11,5	12,5	15,0[5]	•	•	14,0[6]	15,9[6]
4) Lebenshaltungskostenindex (1938 = 100)	120,8	96,0	100 114[9]	112,6[7]	168,3[8]	168,7	187,9
5) Realer Stundenlohn, netto (Pfg.; Preise von 1938)	66,0	65,2	66,8 58,6[10]	(80,0)[11]	(61,4)[11]	85,0	120,2
6) Realer Wochenlohn, netto (RM/DM; Preise von 1938)	31,40	26,90	32,50 28,50[10]	(38,60)[11]	(25,90)[11]	41,30	54,80
7) Durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit (Std.)	47,5	41,3	48,6	48,3	42,2	48,6	45,6

[1)] Jahresdurchschnitte; mit Rundungsfehlern.
[2)] Alle Kategorien; männlich und weiblich; gewogen.
[3)] März; Großdeutschland.
[4)] Berechnet mit Hilfe des Lohnindex (1936 = 100) nach Wirtschaft und Statistik 1938, S. 159.
[5)] 1937; inklusive 1,5 % DAF-Beitrag.
[6)] Summe der Lohnabzüge in Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme aller unselbstständig Beschäftigten.
[7)] Für den Teilindex der Ernährung berechnet auf Basis der jeweiligen Versorgungslage und Rationen (Statistisches Handbuch, S. 463).
[8)] 2. Halbjahr.
[9)] Korrigierter Lebenshaltungskostenindex nach Steiner, Neuschätzung.
[10)] Berechnet mit Hilfe des korrigierten Lebenshaltungskostenindex.
[11)] Bruttoreallöhne.

Quellen: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 469; Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten zehn Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938, S. 158–161; Statistisches Bundesamt, Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1955, S. 400; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. 1961, S. 550; 1963, S. 484, S. 497 u. S. 544; André Steiner, Zur Neuschätzung des Lebenshaltungskostenindex für die Vorkriegszeit des Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2005/2, S. 146.

tete Gefühl, einer „getarnten Steuer für die unselbständigen [!] Schaffenden" zu unterliegen, insoweit berechtigt gewesen zu sein[115]. Klar ist jedenfalls, dass dies durch die Steuerentlastung für kinderreiche Arbeiterfamilien bei weitem nicht wettgemacht wurde. Dies ist demnach ein weiterer Hinweis darauf, dass die Sozialstaatlichkeit des Dritten Reichs viel geringer war als vielfach angenommen.

Im Durchschnitt belief sich der nominale Nettowochenlohn von Industriearbeitern 1938 also auf rund 32 RM, während er 1928 etwa 38 RM betragen hatte. Damit war die Summe, die der Arbeiter pro Woche ausbezahlt erhielt, 1938 um mehr als 15 Prozent niedriger als 1928. Man kann davon ausgehen, dass dies von den Arbeitern, unabhängig von der Kaufkraft, registriert wurde, denn der Geldlohn wird, außer in Zeiten starker Inflation, auch heute noch vielfach als Maß für den Lebensstandard angesehen. Allerdings löste gerade die Entwicklung der Kaufkraft in Arbeiterkreisen angesichts des Tariflohnstopps den größten Ärger aus. Zwar lagen die Verbraucherpreise gemäß des offiziellen Index 1938 um 17 Prozent unter dem Niveau von 1928. Tatsächlich dürften die Lebenshaltungskosten 1938 aber höher gewesen sein als vom Statistischen Reichsamt ausgewiesen.

[115] 1. Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, in: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984 f., Bd. 2, S. 324.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Grund dafür waren aber nicht etwa absichtliche Manipulationen. Vielmehr handelte es sich eher um Probleme der Indexbildung, die sich in einer stark regulierten, angebotsbeschränkten Wirtschaft potenzierten. Dazu gehörten vor allem statistisch nicht erfasste Qualitätsverschlechterungen, die keinen Niederschlag in geringeren Preisen fanden, sowie die mangels entsprechender Angebote erzwungene Substitution von preiswerteren durch teurere Produkte bei den Verbrauchern.

Daher war das in Tabelle 6 angegebene korrigierte Niveau der Lebenshaltungskosten für 1938, wie es André Steiner in einer sorgfältigen Analyse des Problems ermittelt hat, wohl durchaus realistisch[116]. Wenn dem aber so war, dann entsteht ein überraschend negatives Bild von der Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung im NS-Wirtschaftswunder. Der reale Stundenlohn lag 1938 nämlich netto im Mittel noch unter Krisenniveau. Der reale Nettowochenverdienst war zwar um gut fünf Prozent höher als 1932, jedoch lediglich aufgrund einer um fast acht Stunden (ca. 20 Prozent) längeren Arbeitszeit. Nach wie vor war jedoch der durchschnittliche reale Nettowochenlohn von 1928 nicht wieder erreicht, obwohl die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden 1938 auch im Vergleich zu 1928 größer war. Das sollte jedoch während der NS-Zeit niemals der Fall sein; immerhin waren nämlich die Jahre 1938/39 die Periode des Dritten Reichs, in denen es den Arbeitern materiell noch am besten ging.

Seit dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise waren damals sechs bis sieben Jahre vergangen. Daher erscheint ein Vergleich des Lebensstandards von Arbeitern 1938 mit dem von 1954, sechs Jahre nach der Währungsreform und dem Beginn des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik, statthaft. Zwischen dem zweiten Halbjahr 1948 und 1954 stiegen sowohl die realen Nettostunden- als auch die realen Nettowochenlöhne, ausgehend von einem Niveau noch unter dem von 1932, beträchtlich an. 1954 übertrafen sie den Stand von 1938 um gut 40 Prozent, und zwar bei exakt gleicher wöchentlicher Arbeitszeit. Und im Unterschied zur Vorkriegszeit setzte sich die für die Arbeiter so positive Entwicklung weiter fort, so dass 1960 die realen Nettowochenlöhne, nun bei einer kürzeren Arbeitszeit, sogar knapp das Doppelte ihres Niveaus von 1938 erreicht hatten, wobei damals ebenfalls Vollbeschäftigung herrschte.

Vollbeschäftigung bzw. der rasche Abbau der Arbeitslosigkeit war allerdings, wie bereits angedeutet, eine wichtige Mitursache dafür, dass trotz schlechter Reallöhne die Unzufriedenheit unter den Arbeitern in den ersten Jahren des Dritten Reichs gedämpft blieb. Neu eingestellte ehemalige Arbeitslose waren „aus Angst vor Arbeitsplatzverlust mit Kritik besonders zurückhaltend“[117]. Das war auch insofern sehr verständlich, als sie zuvor in Form von Erwerbslosenunterstützung nur etwa ein Drittel des Normalverdienstes bezogen hatten[118]. Demgemäß erhöhte

[116] Vgl. Steiner, Neuschätzung, S. 146.
[117] Morsch, Arbeit und Brot, S. 215.
[118] Die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den letzten 10 Jahren, in: Wirtschaft und Statistik 1938; vgl. Andreas Kranig, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983, S. 167.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich der Lebensstandard für die Gruppe der ehemals Arbeitslosen eindeutig und recht beträchtlich. Dennoch trat mit der Zeit offenbar ein Gewöhnungseffekt ein, sodass ein nachhaltiger erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit für immer weniger wahrscheinlich gehalten wurde. Dadurch dürfte jedoch die negative Wirkung, die von den dauerhaft niedrigen Nettoreallöhnen auf die Stimmung der Arbeiter ausging, weniger und weniger durch die positive der Beseitigung der Arbeitslosigkeit kompensiert worden sein. Ein zunehmender Arbeitskräftemangel wurde immer offensichtlicher und löste obendrein immer schärfere Zwangsmaßnahmen aus, die der Deckung des als vordringlich eingeschätzten Arbeitskraftbedarfs dienen sollten[119]. Es erscheint demnach durchaus fraglich, ob wirtschaftliche Faktoren dauerhaft dazu beitrugen, dem Regime bei den Arbeitern eine gewisse Mindestloyalität zu sichern[120]. Auf jeden Fall aber kann die Entwicklung des durchschnittlichen Lebensstandards der Industriearbeiter als ein weiteres wichtiges Indiz für die Deformation des Wachstums in der NS-Zeit angesehen werden.

[119] Vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 42–44; Kranig, Lockung, S. 73–76.
[120] So auch Morsch, Arbeit und Brot, S. 466.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die beiden Attentatsversuche auf Hitler, die im März 1943 stattfinden sollten, ist viel spekuliert worden. Denn bislang basierte unser Wissen nur auf den Angaben der wenigen überlebenden Zeitzeugen. Mit seiner akribischen Rekonstruktion, in die erstmals zeitgenössische Quellen einbezogen wurden, kann Gerhard Ringshausen nun nachweisen, daß damals die Offiziersfronde im Stab der Heeresgruppe tatsächlich zum Sturz ihres Obersten Kriegsherrn bereit war.

Gerhard Ringshausen

Kuriergepäck und Pistolen

Neue Quellen zu den Attentatsplänen in der Heeresgruppe Mitte im März 1943

Die Erforschung des Widerstandes gegen Hitler ist ohne die Aussagen der Zeitzeugen nicht denkbar. Ganz besonders gilt dies für die geplanten Attentate. Abgesehen von der unmittelbaren Vorgeschichte des 20. Juli 1944 haben die nach dem Umsturzversuch Verhafteten bei den Vernehmungen alle früheren Versuche zumeist verschwiegen. Nach 1945 wurden diese Versuche für die Überlebenden dann zu Belegen für die Existenz des „Anderen Deutschlands" und für dessen Ziel einer Beseitigung Hitlers. Dies hat seit einigen Jahren Kritik hervorgerufen.

Ein erster Anstoß kam von Christian Gerlach[1]. Die Überreste der Militärakten ließen die retrospektiven Berichte von Fabian von Schlabrendorff und Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff[2] sowie die darauf fußenden Darstellungen über die Fronde um Oberst i. G. Henning von Tresckow, Ia im Stab von Generalfeldmarschall Fedor von Bock und seinem Nachfolger Generalfeldmarschall Günther von Kluge, als fragwürdig erscheinen. Statt der von ihnen berichteten Ignorierung der verbrecherischen Befehle im „Weltanschauungskrieg" gegen die Sowjetunion fanden sich Belege für ihre Anwendung. Die Diskussion über den Widerstand im Stab der Heeresgruppe Mitte entzündete sich zuletzt in den „Vierteljahrsheften" an Dokumenten, die eine frühzeitige Kenntnis der selektiven Massenmorde der Einsatzgruppe B durch Tresckow und seine Mitverschworenen belegen – drei Monate vor dem unterschiedslosen Massaker an den Juden der weißrussischen Stadt Borissow, das den ersten nachweislichen Protest des Stabes der Heeresgruppe auslöste[3].

[1] Vgl. Christian Gerlach, Die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 427–446.

[2] Vgl. Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, bearbeitet von Gero v. Schulze Gaevernitz, Zürich 1946, neue durchgesehene und erweitere Ausgabe, hrsg. von Walter Bußmann, Berlin 1984; erweiterte Auflage als Fischer-Bücherei, Bd. 305, Frankfurt a. M. 1959; Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt a. M. u. a. [4]1977.

[3] Vgl. Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 527–562; Gerhard Ringshausen, Der

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0018
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei dieser Diskussion um „alte und neue Geschichtsbilder“ geht der Streit – eine Generation nach der bejubelten Entdeckung der oral history[4] – immer auch um den Quellenwert von Erinnerungen[5]. Jede Berufung auf Zeitzeugen scheint plötzlich methodisch fragwürdig[6]. Die letzte Konsequenz zog 2004 Karl Heinz Roth, indem er es bei dem „problematischen Quellenwert“ der „Memoirenliteratur“ für möglich hielt, „daß es sich bei den […] Attentatsversuchen [beim Besuch Hitlers in Smolensk am 13. März und bei dessen Kurzvisite der Beutewaffenausstellung im Berliner Zeughaus am 21. März 1943] um Wunschphantasien aus dem Jahr 1943 handelte, die in der Erinnerung dann nach und nach die Eigenschaft des Faktischen annahmen“[7]. Nachdem bereits Ulrich Heinemann 1990 bedauernd konstatiert hatte, daß es für die Attentatsversuche im März 1943 „außer Schlabrendorff und Gersdorff keine sicheren Gewährsleute gibt“[8], forderte Roth nicht weniger, als deren Angaben zu „verifizieren“, während sich die neueren Kritiken auf die Falsifikation beschränken.

Ob dies überhaupt möglich ist, ist hier nicht zu diskutieren[9]. Bereits aus dem Wesen der Konspiration ergibt sich, daß sich unparteiische Feststellungen und

Aussagewert von Paraphen und der Handlungsspielraum des militärischen Widerstandes, in: VfZ 53 (2005), S. 141–147; Felix Römer, Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941, in: Ebenda, S. 451–460; Hermann Graml, Massenmord und Militäropposition. Zur jüngsten Diskussion über den Widerstand im Stab der Heeresgruppe Mitte, in: VfZ 54 (2006), S. 1–24; Johannes Hürter/Felix Römer, Alte und neue Geschichtsbilder vom Widerstand und Ostkrieg, in: Ebenda, S. 301–322.

[4] Vgl. zur neueren Diskussion die Themenhefte von BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 8 (1995), Heft 1, und 11 (1998), Heft 2; Alexander von Plato, Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss, in: Ebenda 13 (2000), S. 5–25.

[5] Keine Rolle spielt dabei anscheinend die neurowissenschaftliche Kritik der Erinnerung, wie sie besonders Johannes Fried vertritt; ders. „Der Schleier der Erinnerung“. Grundzüge einer historischen Memorik, München 2004, S. 48: „Alles, was sich bloß der Erinnerung verdankt, hat prinzipiell als falsch zu gelten.“

[6] Vgl. Römer, Heeresgruppenkommando, S. 453.

[7] Karl Heinz Roth, Von der Offiziersopposition zur Aktionsgruppe des 20. Juli, in: Ders./Angelika Ebbinghaus (Hrsg.), Rote Kapellen – Kreisauer Kreis – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938–1945, Hamburg 2004, S. 136. Vgl. meine Rezension in: Kirchliche Zeitgeschichte 19 (2006), S. 483–487.

[8] Ulrich Heinemann, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 149.

[9] Grundlegend für die Neuzeit ist die Selbstbeschränkung der Erkenntnis auf ein hypothetisches Erfassen der Wirklichkeit; vgl. Gerhard Ringshausen, Die Deutung des NS-Staates und des Widerstandes als Thema der Zeitgeschichte, in: Gerhard Besier (Hrsg.), Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft (1934–1939), München 2001, S. 28 ff. Roth, Offiziersopposition, in: Ders./Ebbinghaus (Hrsg.), Rote Kapellen, S. 136, nennt den Vergleich mit den „zahlreichen Verhörprotokollen und Niederschriften [der] Autoren vor alliierten und westdeutschen Ermittlungsbehörden vor (Schlabrendorff) und nach 1945 (Schlabrendorff, Gersdorff) [...] ein dringliches Forschungsdesiderat“. Da Schlabrendorff am 4. 5. 1945 in der Nähe von Bozen durch amerikanische Truppen aus den Händen der SS befreit wurde, gibt es für die Zeit davor nur die bekanntlich tendenziellen, von Roth, in: Ders./Ebbinghaus (Hrsg.),

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeugnisse für die Attentatsplanungen des Widerstands, abgesehen vom 20. Juli, kaum finden lassen. Deshalb hat die Forschung weiterhin nur die Möglichkeit, durch klassische Quellenkritik mit ihrem Methodenrepertoire die Wahrscheinlichkeit oder die Unwahrscheinlichkeit der Angaben zu prüfen[10]. Da die Glaubwürdigkeit der Zeugen strittig ist[11] und der Tendenzkritik unterliegt, erscheinen vor allem zwei Methoden zielführend: die Suche nach voneinander unabhängigen Zeitzeugenaussagen sowie ihre Verbindung mit anderen, möglichst zeitnahen Quellen. Auf beiden Wegen können die Planungen zum 13. März 1943 wahrscheinlich gemacht und die Vermutungen von Roth widerlegt werden.

1. Vielfältige Planungen und widersprüchliche Zeugen

Ende 1942/Anfang 1943 war für die bürgerlich-militärische Opposition angesichts der sich abzeichnenden Katastrophe von Stalingrad eine Zeit intensiver Planung – und eine Zeit der Verzweiflung. „Man sieht das Unglück immer näher kommen, hat aber kein Mittel, es aufzuhalten."[12] Für die aktiven Hitler-Gegner in Berlin galt der Umsturz als Gebot der Stunde, obwohl die Unterstützung eines einflußreichen Heerführers weiterhin ausblieb. Die Planung war inzwischen von Generalmajor Hans Oster im Amt Ausland/Abwehr auf General Friedrich Olbricht im Allgemeinen Heeresamt übergegangen. Deshalb nutzte Tresckow seine Berlin-Besuche im Januar 1943[13] zur Absprache der Umsturzvorbereitungen mit Olbricht. Aber für den Staatsstreich und die Übernahme der Befehlsgewalt durch das Ersatzheer brauchte man eine Initialzündung, das Attentat auf den „Führer".

Diesen Anlass sollte dessen Besuch im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte am 13. März 1943 bieten. Drei Varianten des geplanten Attentats sind überliefert:

1. Ein Einsatz des Reiterverbandes von Oberstleutnant Georg Freiherr von Boeselager,

Rote Kapellen, S. 18, S. 181 u. S. 235 herangezogenen „Kaltenbrunner-Berichte"; aus den Befragungen durch die Amerikaner entstand jedoch der Bericht „Offiziere gegen Hitler". Wie auch immer diese Quellen einzuschätzen sind, als Aussagen von Akteuren in Verhörsituationen sind sie subjektiv und parteiisch.

[10] Trotz Roths Vorwürfen bietet die Darstellung von Peter Hoffmann, Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München [4]1985, keineswegs eine „Kanonisierung" der Erinnerungen Schlabrendorffs und Gersdorffs, sondern beruht auf einer Vielzahl von Quellen und deren kritischer Analyse. Daß er für Gersdorff auch dessen Aussage vor dem Militärtribunal 1946 beachtet (vgl. ebenda, S. 755, Anm. 20), sei ausdrücklich betont.

[11] Während Graml, Massenmord, S. 21 f., sie bei Schlabrendorff für gegeben hält, wird sie von Roth, Offiziersopposition, in: Ders./Ebbinghaus (Hrsg.), Rote Kapellen, S. 136, generell bestritten und von Hürter/Römer, Geschichtsbilder, S. 305 ff., mit der Vertrauenswürdigkeit und – behaupteten – Eindeutigkeit zeitgenössischer Akten konfrontiert.

[12] Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen (Hrsg.), Die Hassell-Tagebücher 1938–1945, Berlin 1988, S. 340, Eintrag vom 20. 12. 1942.

[13] Die Anwesenheit in Berlin bezeugt das Tagebuch von Hauptmann d. R. Hermann Kaiser, in: Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), MSg 1/3221, Eintragungen vom 5., 18., 20., 21., 22., 25. und 26.1. sowie vom 3. und 6. 2. 1943.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. ein Pistolenattentat von Offizieren des Reiterverbandes und/oder des Stabes,
3. ein Bombenattentat im Flugzeug beim Rückflug Hitlers.

Wohl die beste Attentatsplanung im Blick auf die Folgen war die Tötung Hitlers durch den Absturz seines Flugzeugs, weil sich damit das Interesse nicht auf die Täter gerichtet, sondern der „Unglücksfall" Verwirrung bei den Stützen des Regimes und der noch immer Hitler ergebenen Bevölkerung bewirkt und das Handeln des Widerstands erleichtert hätte. Obwohl Schlabrendorff diesen Zusammenhang betonte[14], beschrieb er diesen Plan als Ersatzlösung für ein nicht näher spezifiziertes Attentat durch den Reiterverband Boeselagers. Denn Kluge hatte wegen des Ansehens Hitlers in Volk und Armee nicht sein Einverständnis für ein Attentat dieser Truppe gegeben[15], für deren Aufstellung Boeselager im Januar 1943 den Auftrag erhalten hatte[16]. Bereits im Sommer 1942 hatte Tresckow nicht nur neue Verbindungen zum Berliner Widerstand, besonders zu Generaloberst a. D. Ludwig Beck und General Olbricht, geknüpft[17], sondern auch schon den Auftrag gegeben, daß für ein Bombenattentat „das entsprechende Material durch Oberst Freiherrn von Gersdorff beschafft"[18] werden sollte. Tresckow und Schlabrendorff hätten es dann im Blick auf seine Eignung und die passenden Zünder gründlich getestet[19]. Schlabrendorff und Gersdorff berichteten aber, der Sprengstoff sei aus den Beständen der Sabotage-Abteilung der Heeresgruppe gekommen, andere verweisen auf die Abwehr in Berlin[20]. Für Herbst 1943 bzw. 1944 erwähnt Schlabrendorff die Planung eines Pistolenattentats von Stabsoffizieren; Philipp Freiherr von Boeselager datiert dies dagegen auf März 1943[21].

---

[14] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 64; ausführlicher Schlabrendorff, Offiziere (1959), S. 88.

[15] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 67 f.; Hoffmann, Widerstand, S. 352. Nach Gersdorff, Soldat, S. 121, wurde das Pistolenattentat wegen der größeren Sicherheit des Sprengstoffanschlages verworfen. Während Schlabrendorff in der Erstausgabe Tresckow und sich selbst für die Konzeption des Plans nannte, strich er in der Bearbeitung 1959 seine Beteiligung. Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1959), S. 94.

[16] Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 345, im Anschluß an Aussagen Gersdorffs, Schlabrendorffs, Philipp Frhr. von Boeselagers und an Akten in dessen Besitz. Vgl. auch Hans Joachim Witte/Peter Offermann, Die Boeselagerschen Reiter. Das Kavallerie-Regiment Mitte und die aus ihm hervorgegangene 3. Kavallerie-Brigade/Division 1943–1945, München 1998, S. 24 ff.

[17] Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008, S. 452 ff.

[18] Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 68. Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 340 ff., nach mehreren Berichten Gersdorffs; Müller, Beck, S. 452. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 68, betont, daß Gersdorff zu dieser Zeit „in die Staatsstreichpläne noch nicht eingeweiht" war; nicht so eindeutig Gersdorff, Soldat, S. 119 ff.

[19] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 71. Da die Berliner Sprengstofflieferung erst am 7. März zur Heeresgruppe Mitte kam, waren danach kaum Erprobungen möglich.

[20] Vgl. unter Berufung auf Berichte Gersdorffs und des zuständigen Abwehroffiziers Wilhelm Hotzel Bodo Scheurig, Henning von Tresckow, überarbeitete Neuausgabe (Ullstein-Buch 35653), Frankfurt/M. 1997, S. 143; Hoffmann, Widerstand, S. 340 u. S. 350.

[21] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 105 f.; Philipp Freiherr von Boeselager, Der Widerstand der Heeresgruppe Mitte (Beiträge zum Widerstand 1933–1945, 40), Berlin 1990, S. 17.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. „Kuriergepäck"

Da Gersdorff im Sommer 1942 mit der Besorgung von Sprengstoff beauftragt wurde, wie mehrere Zeugnisse unabhängig voneinander belegen, hatte Tresckow bereits damals die Entscheidung getroffen und Vorbereitungen für das März-Attentat eingeleitet. Mit dieser Planung hängt wohl auch der durch Schlabrendorff und Oberst i. G. Berndt von Kleist veranlaßte Besuch Goerdelers im September 1942 bei der Heeresgruppe Mitte zusammen, der Kluge für den Umsturz gewinnen wollte. Wie Schlabrendorff berichtet, versuchte Tresckow dort, Goerdeler von der Notwendigkeit eines Attentates zu überzeugen"[22]. Dem Historiker Gerhard Ritter berichtete dieser jedoch schon „Ende 1942"[23] in „Andeutungen", daß nur von einer „Festnahme Hitlers bei einem Besuch des Hauptquartiers in Smolensk die Rede" gewesen sei. Da diese Variante der Ablehnung eines Attentats durch Goerdeler und Ritter entsprach, dürfte Schlabrendorffs Information zutreffend sein, zumal zu dieser Zeit das Reiterregiment „Boeselager" noch nicht für einen Einsatz zur Verfügung stand.

Genauere Einsicht in diese Vorbereitungen des Sprengstoffattentats ermöglicht das private Tagebuch von Hauptmann d. R. Hermann Kaiser, damals Kriegstagebuchführer beim Befehlshaber des Ersatzheeres[24]. Nachdem sich am 15. Januar 1943 die Niederlage von Welikije Luki, eine „Tragödie im kleinen gegen Stalingrad"[25], vollendet hatte, trafen sich am 18. Januar bei Olbricht Oberleutnant d. R. Fabian von Schlabrendorff, Tresckows Vetter und persönlicher Ordonnanzoffizier, Carl Goerdeler und Hauptmann Ludwig Gehre, der die Gruppe um Oster vertrat. Über das Ergebnis informierte Goerdeler am nächsten Tag Ludwig Beck, Hans Bernd Gisevius und Jens Jessen, obwohl ihm Olbricht zu zögerlich, ja „feige" erschien. Darum versuchte Beck, in Gegenwart von Gisevius zwischen Olbricht und Goerdeler auszugleichen. Am 21. Januar traf sich dann Tresckow persönlich mit Goerdeler zu einer einstündigen Besprechung[26], am nächsten Tag mit Olbricht[27].

---

[22] Scheurig, Tresckow, S. 148; vgl. Müller, Beck, S. 454.

[23] Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, S. 522, Anm. 14.

[24] Für die Einsicht in die von ihm vorbereitete Edition der Tagebücher und zahlreiche Hinweise danke ich Dr. Peter Kaiser, Hameln.

[25] Schlabrendorff, zit. nach Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 18. 1. 1943. Dort auch die folgenden Nachrichten. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 65, datiert die „letzte[.] Besprechung" auf „Ende 1942". Das widerspricht den Tagebucheintragungen Kaisers und dürfte entsprechend zu korrigieren sein. Außerdem hätte sich Olbricht statt der Terminverschiebungen sofort „noch acht Wochen" für die Planungen erbeten. Während für 1942 kein Tagebuch Kaisers vorliegt, läßt Schlabrendorffs Angabe auf Vorbesprechungen (vgl. Goerdelers Besuch bei der Heeresgruppe) vor und im Dezember schließen, was auch die Beschäftigung von Gisevius bereits ab 12. Januar erklären würde.

[26] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 21. 1. 1943: „Tr[esckow]. brachte Antwort Feldh[ans = Kluge]: 1. Keine Teilnahme an 1 Fiasko Unternehmen 2. Ebensowenig an 1 Aktion gegen Pollux [= Hitler]. 3. ist nicht im Wege, wenn Handlung beginnt." Die „Antwort" bezieht sich nach Müller, Beck, S. 457, wie nach den Eintragungen vom 5. und 18. 1. auf Becks Versuch, über Olbricht Kluge zum Handeln zu bewegen; der Zusammenhang legt aber eine Verbindung mit Goerdelers Treffen mit Kluge im September 1942 nahe.

[27] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 22. 1. 1943.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die enge Folge der Gespräche und Absprachen zeigt die intensive Vorbereitung einer Aktion, nachdem Tresckow bei Generalfeldmarschall Erich von Manstein, dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Don (ab 15. 2.: Süd), eine „Annäherung erzielt“[28] zu haben glaubte. Während Goerdeler seine Vorbereitungen in Absprache mit Johannes Popitz bis zum Monatsende abschließen wollte, verlangte Olbricht mehr Zeit. Nach der Katastrophe von Stalingrad drängte Tresckow: „Es ist höchste Zeit.“[29] Aber als sich Schlabrendorff deswegen in Tresckows Auftrag am 19. Februar erkundigte, hatte Olbricht den Termin vom 15. Februar „auf Anfang März verlegt“[30]. Dazu gehörte Anfang März die Abstimmung mit Erwin von Witzleben, der „die Sache bis 15/III machen“ und „an Ort und Stelle“ übernehmen werde[31]. Am 3. März ließ Schlabrendorff anfragen: „Geht Termin z[um] Bereitstehen in Ordnung, wenn nicht, bitte ihn aufgrund d[er] Kenntnis der Verhältnisse zu beschleunigen.“[32] Da mit den „Verhältnissen“ wohl die Ankündigung von Hitlers Besuch gemeint ist, drängte er, aber Olbricht konnte antworten: „Wir sind fertig.“[33]

Kaisers getarnte Chronik der Planungen wurde von der Forschung zuletzt durch Klaus-Jürgen Müller in seiner Beck-Biographie[34] ausgewertet, keine Beachtung fand dabei aber die Teilnahme Gehres an der Besprechung am 18. Januar. Sie läßt sich nicht damit erklären, daß dieser beim Umsturz einen Stoßtrupp in Berlin führen sollte[35], sondern zeigt die Einbindung der Gruppe um Oster, der selbst ab Mitte Februar mehrfach im Allgemeinen Heeresamt mit Olbricht zusammenkam[36]. Auf Osters Anforderung hin war Dr. Hans Bernd Gisevius von Zürich nach Berlin gekommen und seit 12. Januar damit beschäftigt, die Staatsstreichpläne von 1938 zu aktualisieren[37]. Darüber dürfte Gehre als ständiger Verbindungsmann zwischen Abwehr und Olbricht diesen informiert haben, bald aber auch über die Bereitstellung des nötigen Sprengstoffs für die Heeresgruppe Mitte. Dafür sorgte in der Abwehr nach der Besprechung am 18. Januar Sonderführer Hans von Dohnanyi zusammen mit Gersdorff. Deshalb drängte Dohnanyi im Februar bei einer Besprechung mit Oster und Oberst d. G. Erwin Lahousen – dieser war für die Sabotage-Abteilung in der Abwehr zuständig –, Gersdorff „mit Spreng- und Zündmaterial der neuesten Typen zu versorgen“[38].

[28] Ebenda, Eintragung vom 20. 1. 1943. Ging es dabei um Reorganisation der Spitzengliederung oder um Einbindung in den Widerstand? Vgl. Müller, Beck, S. 464.
[29] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 6. 2. 1943.
[30] Ebenda, Eintragung vom 19. 2. 1943: „Also Termin 1/III.43.“
[31] Ebenda, Eintragung vom 2. 3. 1943.
[32] Ebenda, Eintragung vom 3. 3. 1943.
[33] Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 65, datiert irrtümlich auf Ende Februar.
[34] Vgl. Müller, Beck, S. 463 ff.
[35] Vgl. Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 11. 2. 1943.
[36] Vgl. ebenda, Eintragungen vom 11., 16., 23. und 24. 2. sowie vom 4. 3. 1943.
[37] Vgl. Peter Hoffmann, Oberst i. G. Henning von Tresckow und die Staatsstreichpläne im Jahr 1943, in: VfZ 55 (2007), S. 331–364, hier S. 334.
[38] Darstellung von Erwin von Lahousen, zit. in: Marikje Smid, Hans von Dohnanyi – Christine Bonhoeffer. Eine Ehe im Widerstand gegen Hitler, Gütersloh 2002, S. 326.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Ergebnis notierte Kaiser: „Gehre teilt mir [am] 22/II: ‚Kuriergepäck am …' mit."[39]

Daß dieses „Gepäck" mit der Attentatsplanung zusammenhing, bestätigt Kaisers Eintragung vom 12. März. Danach hatte Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg erneut versucht, Generaloberst Friedrich Fromm als Befehlshaber des Ersatzheers für den Umsturz zu gewinnen. Das Gespräch sei „eigentlich sehr erfreulich gewesen. B[ulle = Fromm] sei durch die furchtbaren Fliegerangriffe sehr beeindruckt, erschüttert u[nd] daher jetzt empfänglich u[nd] einsichtig für die Kuriergepäcksache"[40]. Es entsprach allerdings lediglich Fromms bisheriger Position – eine eigene Aktion vermeiden, aber nach gelungenem Umsturz mitmachen. Außerdem notierte Kaiser die Abstimmung zwischen Major d. R. Alfred Graf Waldersee, der als Kontaktmann zum Militärbefehlshaber in Frankreich, General Carl-Heinrich von Stülpnagel, fungieren sollte[41], und Olbricht über ein „Bulletin". Es war wohl Teil der Vorbereitungen für einen Umsturz in Paris. Am 7. März – einen Tag nach der Einlieferung des schwer erkrankten Beck in die Charité – brachte Dohnanyi dann den Sprengstoff als „Kurier" nach Smolensk zur Heeresgruppe Mitte[42]. Dohnanyi begleitete Admiral Canaris, der dort offiziell mit den Abwehroffizieren konferieren wollte.

Diese verschiedenen Aussagen legen nahe, daß das Attentat in Hitlers Flugzeug mit Sprengstoff von der Abwehr in Berlin erfolgen sollte. Daß dieser aus den Beständen der Heeresgruppe Mitte sei, behauptete jedoch Schlabrendorff. Aus den Kreisen der Berliner Abwehr bezweifelte Lahousen, daß der von Dohnanyi mitgebrachte Sprengstoff „beim Schlabrendorff-Attentatsversuch Verwendung gefunden" hätte[43]. In der Tat scheint die Übergabe nicht wie geplant erfolgt zu

[39] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 19. 2. 1943, Nachtrag zum Tag der Verlegung des Termins „auf Anfang März".

[40] Ebenda, Eintragung vom 12. 3. 1943.

[41] Waldersee war beim Stab des Kommandanten von Paris und in den Attentatsplan von Anfang 1942 eingebunden, aber im Frühjahr 1942 auf Veranlassung von Oberstleutnant i. G. Helmuth Groscurth IIa des XI. Armeekorps geworden. Wegen einer Verwundung erreichte Groscurth Ende Dezember, daß er aus dem Kessel von Stalingrad ausgeflogen wurde, um den Widerstand in Berlin über die Lage dort zu informieren und zum „sofortige[n] Losschlagen" zu bewegen. Auf Bitten Becks fuhr er umgehend weiter, um diese Botschaft in Paris Stülpnagel und Rundstedt und in Brüssel Falkenhausen zu übermitteln. Vgl. Detlef Graf von Schwerin, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt." Die junge Generation im Widerstand, München 1991, S. 245. Angesichts der sich abzeichnenden Katastrophe in Stalingrad könnte Beck damit eine Westlösung angestrebt haben; vgl. Müller, Beck, S. 456. Aber auch die Abstimmung mit Kommandeuren im Westen und an der Ostfront erübrigte nicht die von Olbricht übernommene Aufgabe in Berlin. Deshalb wäre auch eine Einbindung in den von Tresckow vorbereiteten Umsturz denkbar. Dafür spricht die Abstimmung mit Stülpnagel im März, da nur er zurückhaltend positiv auf Waldersees Informationen reagiert hatte.

[42] Vgl. Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 8. 3. 1943: „Canaris dienstlich an der Ostfront + Ungar [= Dohnanyi]." Vgl. auch Smid, Dohnanyi, S. 327; Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Theologe – Christ – Zeitgenosse, Gütersloh [9]2005, S. 877.

[43] Zit. nach Hoffmann, Widerstand, S. 760, Anm. 86; vgl. dagegen zuletzt Karl Glaubauf/Stefanie Lahousen, Generalmajor Erwin Lahousen Edler von Vivremont. Ein Linzer Abwehroffizier im militärischen Widerstand, Münster 2004, S. 47.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein. Kaiser notierte: „Gehre gibt unklaren Bericht über Ungar [= Dohnanyi] Rückkehr u[nd] Mission, ist sehr unbefriedigt."[44] Daß die Mission Dohnanyis ‚unbefriedigend' abgelaufen ist, veranlaßte wohl Schlabrendorff, die Absprache mit der Abwehr über den Sprengstoff nicht zu erwähnen, obwohl er an der Besprechung am 18. Januar teilgenommen hatte[45].

Die bisher nicht beachteten Notizen Kaisers über die „Kuriergepäcksache" sind ein Beleg für das versuchte Sprengstoffattentat beim Rückflug Hitlers vom Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte.

Für das Scheitern dieses Versuches sind wir wiederum auf die Erinnerungen Schlabrendorffs angewiesen[46]. Angesichts seiner langen Vorbereitung dürften aber keine Zweifel über seine Durchführung bestehen. Eine Art „Notlösung" angesichts der Weigerung Kluges war das wohl nicht[47]. Um dessen Einverständnis rang Tresckow während der Vorbereitung des Attentats. Am Tag der entscheidenden Abstimmung in Berlin meinte Schlabrendorff zu Kaiser: „Tr[esckow] sei noch mit jedem Chef fertig geworden u[nd] werde auch diesen unter s[einen] Einfluß kriegen."[48] Gleichzeitig suchte dieser erneut vergeblich, Generalfeldmarschall Erich von Manstein für den Umsturz zu gewinnen, aber Kluge war „ihm

[44] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 13. 3. 1943. Es folgt der Vermerk: „Schon Schuler [= Schulenburg] warnte am 12. vor U[ngar = Dohnanyi]. Wie er sagte, geschehe es von verschiedenen Seiten. Er gehöre in ein Sanatorium." Hoffmann, Tresckow, S. 335, deutet „Sanatorium" als „in Sicherheit", „vermutlich" angesichts der „Angriffe des SD gegen die Widerstandsgruppe im OKW/Amt Ausland/Abwehr". Aber diese waren Mitte März noch nicht so weit gediehen und Schulenburg und „verschiedenen Seiten" über die Abwehr hinaus wohl nicht bekannt, vielmehr wurde ihre Ausweitung sogar von Himmler unterbunden. Vgl. Winfried Meyer, Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1993, S. 377 ff. Erst am 3. April wurde Oberkriegsgerichtsrat Roeder mit dem Ermittlungsverfahren „Depositenkasse" betraut, so daß er zwei Tage später Admiral Canaris die bevorstehende Verhaftung Dohnanyis ankündigte, die noch am 4. April unwahrscheinlich erschien; vgl. ebenda, S. 383. Auch war Dohnanyi über die Inhaftierung von Wilhelm Schmidhuber informiert und durch die Operation seiner Frau im Januar physisch und psychisch belastet; vgl. Schmid, Dohnanyi, S. 314 ff. u. S. 325 ff. Darauf dürfte sich „Sanatorium" beziehen, so daß Kaiser mit diesen Belastungen das von Gehre mitgeteilte unbefriedigende Ergebnis erklärte. Am 3. 7. 1943 kennzeichnete Kaiser die Lage, daß kein Heerführer zum Umsturz bereit ist und „Pollux [Hitler] lebt. Leben u Herrschen die Devise des Tages.", mit der Bemerkung „Ähnlich wie K.(Kurier) gepäck." Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221.

[45] Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 66, erweckt sogar den Eindruck, daß Dohnanyi erst „von unserer Absicht, in Kürze ein Attentat auf Hitler zu unternehmen", unterrichtet werden mußte. Wegen der Enttäuschung Gehres und der anschließenden Notiz Kaisers ist die Annahme weniger wahrscheinlich, daß Tresckow seine englischen „Clam-Haftminen" (vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 342 f.) dem Material aus der Abwehr vorzog.

[46] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 73 ff.; vgl. auch die auf einer Angabe von Generalmajor Helmuth Stieff fußende Erwähnung bei Joachim Kuhn, Eigenhändige Aussage vom 2. 9. 1944, in: Boris Chavkin/Aleksandr Kalganow, Neue Quellen zur Geschichte des 20. Juli 1944 aus dem Archiv des föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), S. 381.

[47] Vgl. dagegen Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 68.

[48] Kaiser-Tagebuch, in: BA-MA, MSg 1/3221, Eintragung vom 19. 2. 1943.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Pferdelängen in der Erkenntnis voraus“[49]. Es ging dabei um die Absicherung des Umsturzes an der Front im Osten und die Unterstützung durch einen namhaften Oberbefehlshaber.

Die für das Attentat am 13. März bezeugte Abstimmung zwischen Tresckow und den Berliner Zentren des Widerstands ist auch für den Attentatsversuch Gersdorffs bei Hitlers Besuch der erbeuteten Waffen im Berliner Zeughaus am 21. März, dem Heldengedenktag, ansatzweise nachweisbar, was wiederum die Angaben Gersdorffs bestätigt[50]. Durch Dohnanyi war nämlich dessen Frau Christine, eine Schwester Dietrich Bonhoeffers, informiert und wartete während der Vorbereitungen zur Familienfeier aus Anlaß des 75. Geburtstages ihres Vaters gespannt auf das Attentat und einen entsprechenden Telefonanruf[51].

3. Pistolen

Angesichts dieser Planungen stellt sich die Frage, was von jenen Erinnerungen zu halten ist, die von einem Anschlag durch Teile des Reiterverbandes Boeselager und/oder einem Kollektivattentat durch Offiziere des Kavallerieverbands und des Stabs der Heeresgruppe Mitte sprechen, wobei dieser Plan 1944 nochmals aufgegriffen worden sein soll. Auf zeitgenössische Quellen kann hier nicht verwiesen werden, sondern nur auf Erinnerungen. Die Konfiguration der Attentäter und die Angaben über den vorgesehenen Zeitpunkt der nicht zur Durchführung gekommenen Pläne variieren. So ist auch die Forschungslage uneinheitlich. Während Peter Hoffmann in „Widerstand – Staatsstreich – Attentat“ für den 13. März neben einem modifizierten Plan mit Boeselagers Reitern den eines Kollektivattentats von Reiter- und Stabsoffizieren für wahrscheinlich hält, datiert er in seiner Stauffenberg-Biographie den von Schlabrendorff überlieferten Attentatsplan, an dem nur Offiziere des Heeresgruppen-Stabes beteiligt waren, auf Herbst 1943, und zwar vor das Ausscheiden Kluges am 12. Oktober[52].

Nach Hoffmanns älterer Version war der Reiterverband Boeselager zur Sicherung des Hauptquartiers und von Hitlers Weg vom Flugplatz zum Stabsquartier eingesetzt, er sollte aber bei der Rückfahrt eingreifen, falls das Kollektivattentat im Kasino gescheitert sei. Hierzu wären einige Offiziere des Reiterverbands und einige Stabsoffiziere der Heeresgruppe bereit gewesen. Diese zuletzt von Philipp Freiherr von Boeselager, damals Ordonnanzoffizier Kluges, bezeugte Planung

[49] Ebenda.

[50] Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 353 ff., mit ausführlicher Diskussion von Gersdorffs Aussagen in Anm. 101.

[51] Vgl. Bethge, Bonhoeffer, S. 877 f.; Smid, Dohnanyi, S. 327 f.; Gerhard Leibholz an George Bell, 29. 9. 1947, in: Lambeth Palace Library London, Bell Papers 40, f. 443.

[52] Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 347 u. S. 351 f.; Peter Hoffmann, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, S. 373. Unter dem Eindruck von Peter Hoffmann, Widerstand, S. 347 u. S. 351 f., habe ich in dem Beitrag: Hans-Alexander von Voß (1907–1944). Offizier im Widerstand, in: VfZ 52 (2004), S. 361–407, hier S. 390, Anm. 184 f., die Aussagen von Albrecht Eggert irrtümlich auf das März-Attentat bezogen. Vgl. jetzt meine ausführliche Biographie: Hans-Alexander von Voß. Generalstabsoffizier im Widerstand, Berlin 2008.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mußte wegen des Einspruchs Kluges kurzfristig aufgegeben werden, weil Himmler sein Kommen abgesagt hatte[53]. Weitere Gründe werden von anderen Zeugen genannt[54]. Dagegen berichtet Schlabrendorff nur vom Einsatz von Boeselagers Reiteroffizieren, während ein Attentat der Stabsoffiziere erst bei einem erneuten Besuch Hitlers bei der Heeresgruppe Mitte ab Herbst 1943 geplant gewesen sei[55].

Nach Eberhard von Breitenbuch, der im Juli 1943 als Nachfolger Boeselagers Ordonnanzoffizier Kluges wurde, war vor seinem Dienstantritt 1943 und nochmals 1944 ein gemeinsames Attentat geplant[56]. Deshalb könnten sich die Angaben von Boeselager und Schlabrendorff ergänzen, die jeweils nur ein Gruppenattentat 1943 bzw. 1944 nennen, zumal Boeselager 1944 an der Front und nicht mehr im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte war. Der bereits im Mai 1943 zur Heeresgruppe gekommene Hauptmann Eggert[57] bezeugt, daß er von einem März-Attentat nichts erfahren habe; er gehörte aber 1944 zu der Gruppe von Offizieren des Stabes, die zu einem Attentat bereit waren. Aus dem ihm bekannten Kreis der widerständigen Offiziere nannte er als entschlossen zur Aktion neben sich selbst nur Oberstleutnant i. G. Hans-Alexander von Voß und Major i. G. Ulrich von Oertzen. Während zwischen Eggert und Voß ein enges Vertrauensverhältnis entstand[58], hatte ihn Oertzen als seinen Ordonnanzoffizier in die Attentatsplanung eingeweiht, wohl bevor er im April Ia der Korpsabteilung E der 2. Armee wurde. Daß die Planung über seinen engsten Kreis hinaus weitere Offiziere – nach Schlabrendorff: Oberst i. G. Berndt von Kleist, Rittmeister Eberhard von Breitenbuch, Oberleutnant Hans-Albrecht von Boddien und Schlabrendorff selbst – umfasste, war ihm unbekannt. Daß Eggert mit Tresckow nicht darüber gesprochen hat, zeigt, daß sich der Aufbau der konspirativen Gruppe nicht ausschließlich von der Spitze her organisierte, sondern durch die Teilnehmer, obwohl Eggerts Einstellung bekannt war und zu seiner Anforderung durch Tresckow und Kleist geführt hatte[59].

Im Unterschied zu Schlabrendorffs Bericht sollten nach Eggerts Zeugnis als Waffen nicht Pistolen, sondern genauer „Maschinenpistolen von Boeselager" ver-

[53] Vgl. Boeselager, Widerstand, S. 17 f. Himmler wollte kommen, weil ein Korps der Waffen-SS an dem von Hitler geplanten Angriff teilnehmen sollte. Es wurde dann aber aus der Planung gestrichen; Boeselager an Verfasser, 27. 3. 2007.

[54] Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 347 u. S. 759, Anm. 77.

[55] Vgl. Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 105 f.

[56] Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 759, Anm. 77.

[57] Bodo Scheurig, Befragung Albrecht Eggert, 7. 10. 1968, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), ZA/A 31,2.

[58] Vgl. Berndt von Kleist an Gisela von Voß, 8. (muß heißen 9.) 11. 1944, zit. nach Ringshausen, Hans-Alexander von Voß, S. 405.

[59] Eggert „weigerte sich, Loyalitätserklärung für Hitler abzugeben" (Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 105 f.) wie z. B. die Brüder Paul und Hans Graf Yorck von Wartenburg. Vgl. Gerhard Ringshausen, Bekennende Kirche und Widerstand. Das Beispiel der Brüder Paul und Peter Graf Yorck von Wartenburg, in: Katarzyna Stokłosa/Andrea Strübind (Hrsg.), Glaube – Freiheit – Diktatur in Europa und den USA. Festschrift für Gerhard Besier, Göttingen 2007, S. 64.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wendet werden. Das spricht dafür, daß die Offiziere während der Sicherung von Hitlers Weg zwischen Flugplatz und Hauptquartier dort auf ihn und seine Begleitung schießen wollten, nicht im Kasino[60]. Dazu passt die Erinnerung von Alexander von Pfuhlstein, Voß hätte „bei der Heeresgruppe Mitte umfassende Vorbereitungen getroffen, um Hitler bei seinem Eintreffen unschädlich zu machen“[61]. Die Aussage läßt zudem vermuten, daß Voß im Stab der Heeresgruppe als Vertreter des befreundeten Tresckow eine führende Rolle bei den Planungen hatte.

Tresckow gehörte seit Juli 1943 nicht mehr als Ia dem Stab der Heeresgruppe Mitte an, sondern hatte nach einem für die Überarbeitung der Walküre-Pläne genutzten Urlaub Mitte Oktober im Bereich der Heeresgruppe Süd ein Regiment bei der 8. Armee übernommen. Die Verbindung zwischen den aktionsbereiten Offizieren im Stab der Heeresgruppe Mitte und Tresckow wurde wieder erleichtert, als dieser am l. Dezember als Chef des Stabs zur 2. Armee kam. Als er bereits dort in Janow-Podlaski war, fragte er Eggert und Georg von Boeselager „unverblümt […] nach [einem] Bombenattentat“[62]. Die Mahnung: „Es sei höchst eilig“, legt zudem nahe, daß man bereits entsprechende Überlegungen angestellt hatte. Außerdem war Oertzen nach dem Zeugnis von Edgar Röhricht wohl im Dezember 1943 an Umsturzplänen beteiligt[63].

Gegen diese Zeugnisse für Attentatsvorbereitungen 1944 könnte sprechen, daß Kluge nach seinem Autounfall am 12. Oktober ausgeschaltet war. Aber noch davor berichtete er Major i. G. Joachim Kuhn, daß der Reiterverband Boeselager „im Falle der Ankunft Hitlers ins Hauptquartier der Heeresgruppe ‚Mitte‘, ihn auf dem Flugplatz […] verhaften“[64] sollte. Da er sich damit nicht auf die Planungen für den März bezogen hat, wären diese trotz des Einspruchs Schlabrendorffs weiterhin aktuell geblieben. Tatsächlich war Kluge im Herbst auch durch Gespräche mit Beck und Goerdeler für den Umsturz gewonnen, ohne daß eine Aktion unmittelbar bevorstand[65].

Kurz nach diesem Gespräch löste jedoch der für Umsturzplanungen unzugängliche Generalfeldmarschall Ernst Busch – endgültig im Mai 1944 – Kluge als Oberbefehlshaber ab. Deshalb hat Hoffmann eine Vordatierung der Attentatsplanung vor den 12. Oktober 1943 vorgeschlagen. Daß Tresckows Nachfolger als Ia,

[60] Maschinenpistolen trugen am 13. 3. 1943 die Posten der 1. Schwadron des Reiterregiments Boeselager, als sie den Fußweg Hitlers sicherten; vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 351.

[61] Alexander von Pfuhlstein, Das Schicksal eines Optimisten und eines Pessimisten (Juni 1946), in: IfZ-Archiv, ZS 592, Bd. I, Hervorhebung durch den Verfasser.

[62] Scheurig, Befragung Albrecht Eggert, 7. 10. 1968, in: IfZ-Archiv, ZA/A 31,2.

[63] Vgl. Edgar Röhricht, Pflicht und Gewissen. Erinnerungen eines deutschen Generals 1932 bis 1944, Stuttgart 1965, S. 203.

[64] Joachim Kuhn, Eigenhändige Aussage, 2. 9. 1944, in: Chavkin/Kalganow, Neue Quellen, S. 390. Das Gespräch mit Kluge datierte er auf „Oktober oder November 1943“ (S. 389), ohne den Autounfall Kluges zu beachten.

[65] Vgl. Müller, Beck, S. 478 f. Bereits im Juli hatte sich Kluge durch sein Ehrenwort der Fronde angeschlossen; vgl. ebenda, S. 474.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberst i. G. Peter von der Groeben, nichts von den Vorbereitungen wusste[66], weckt weitere Zweifel an einer Attentatsplanung 1944, zumal ein Besuch Hitlers bei einer Heeresgruppe wenig wahrscheinlich war und 1943 nur durch Tresckows Verbindung zu dem Chefadjutanten Hitlers, Generalleutnant Rudolf Schmundt, arrangiert werden konnte.

Andererseits wird Kuhns Aussage über die weiter bestehende Tatbereitschaft bestätigt durch die Bemühungen, die Boeselagerschen Reiter für einen Umsturz bereit zu halten. Als Ende 1943 einzelne Abteilungen des Reiterregiments Mitte im Fronteinsatz bei der 9. Armee dezimiert zu werden drohten, stand Georg von Boeselager „in den letzten Dezembertagen mit Oberst v. Kleist, Oberstleutnant v. Voß und Major v. Oertzen von der Ia-Abteilung sowie mit Oberst v. Tresckow […] laufend in fernmündlicher Verbindung“[67]. So konnten die Reiter zur 2. Armee verlegt werden. Da dort Tresckow Chef des Generalstabes war, standen sie wieder dem Kopf des Widerstands im Bereich der Heeresgruppe Mitte zur Verfügung, wobei die Mitverschworenen im Stab der Heeresgruppe, aber weder Busch noch Groeben darin involviert waren.

Entscheidend für die Einschätzung der Aussagen Eggerts ist, daß sie nicht von Schlabrendorff abhängig zu sein scheinen[68]. Damit belegen mindestens zwei Zeitzeugen, Schlabrendorff und Eggert, daß 1943/44 im Stab der Heeresgruppe der Plan eines (Maschinen-)Pistolenattentates bestand, der jedoch nicht zur Ausführung kam. Allerdings nennen beide kein genaueres Datum, so daß nur Tresckows Drängen im Dezember eine Datierung auf den Anfang des Jahres vermuten läßt. Während der mit Voß befreundete Breitenbuch am 11. März 1944 als Ordonnanzoffizier Buschs nicht zur Besprechung bei Hitler auf dem Obersalzberg zugelassen wurde und deshalb nicht zur Ausführung des Attentats kam[69], wurden die Planungen im Stab wohl bis April 1944 verfolgt; ihr Ende ist vermutlich durch die Versetzung Oertzens bezeichnet sowie wenig später durch die Entscheidung, daß Claus Schenk Graf von Stauffenberg Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheers werden und damit Zugang zu Hitlers Lagebesprechungen haben würde[70].

Für das geplante Gruppenattentat am 13. März 1943 stützte sich Peter Hoffmann besonders auf die Aussagen von Philipp Freiherr von Boeselager, Berndt von Kleist und Walter Schmidt-Salzmann, 1943 als Rittmeister Schwadronschef im Reiterverband „Boeselager“. Schmidt-Salzmann und Kleist „erklärten sich bereit, mit 10 Offizieren der gerade in der Aufstellung begriffenen III. Abteilung des Reiterverbandes ‚Boeselager‘ an dem Kollektivattentat teilzunehmen“[71], wobei

[66] Mitteilung von Peter von der Groeben an den Verfasser, 8. 1. 1992.
[67] Witte/Offermann, Boeselagerschen Reiter, S. 172, gemäß Mitteilung von Philipp Frhr. v. Boeselager.
[68] Dafür spricht 1. die Information durch Oertzen, 2. daß er nur ihn und Voß als tatbereite Offiziere nannte, sowie 3. der Hinweis auf Maschinenpistolen.
[69] Vgl. Hoffmann, Stauffenberg, S. 380 f.
[70] Die Entscheidung fiel vor Mitte Mai. Vgl. ebenda, S. 384.
[71] Hoffmann, Widerstand, S. 347, Nachweise in Anm. 77.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Boeselager die Führung bei seinem älteren Bruder Georg liegen sollte[72]. Allerdings nannte er neben „einige[n] Offiziere[n] des Reiterverbandes" – anscheinend in ähnlicher Anzahl – „einige Offiziere der Ia-Staffel"[73] des Heeresgruppe-Stabes, die nun bereit waren zum Attentat.

Die starke, anfänglich vielleicht ausschließliche Beteiligung der Kavallerieoffiziere läßt diesen Attentatsplan als Alternative zum zunächst allein vorgesehenen Einsatz des Reiterverbandes „Boeselager" erscheinen, der Hitler gefangen nehmen und zur Verurteilung bringen sollte. Auf die Kritik von Schlabrendorff hin sollte dann aber nur die 1. Schwadron unter Rittmeister König bei Mißlingen des Gruppenattentats den Diktator töten[74]. Allerdings sollten sie nur bei Mißlingen des Pistolenattentats eingesetzt werden, an dem einzelne Offiziere des Reiterverbands aktiv mitwirken wollten. Das legt die Vermutung nahe, daß der Plan eines Gruppenattentates im Reiterverband nach Schlabrendorffs Kritik entstanden ist, um dann über den bereits bei Goerdelers Besuch im September 1942 involvierten Kleist Teile des Heeresgruppen-Stabes einzubeziehen.

Die Zusammensetzung der Gruppe unterschied sich 1944 jedenfalls wegen des Fehlens der inzwischen an der Front eingesetzten Kavallerieoffiziere und der Veränderungen im Stab der Heeresgruppe Mitte[75] von derjenigen, die 1943 zum Attentat bereit war. Trotzdem weckt Schlabrendorffs Behauptung, daß es nur Ende 1943 den Plan eines Gemeinschaftsattentats gab, Zweifel an den Aussagen der Zeitzeugen. Hinzu kommt die Konkurrenz zwischen dem mit den Berliner Widerstandszentren abgesprochenen, aber fehlgeschlagenen Sprengstoffattentat und dem Pistolenattentat im Kasino, das wegen Kluges Einspruch nicht stattfinden konnte.

Es gibt jedoch ein bisher in diesem Zusammenhang nicht beachtetes Zeugnis von General Edgar Röhricht, der selbst nicht zum Widerstand gehörte. Allerdings ist diese Niederschrift erst nach 1945 entstanden. Zwar betont Röhricht in einer Vorbemerkung: „Alle bedeutenden Szenen haben stattgefunden. Ansichten und Werturteile über einzelne Persönlichkeiten müssen als Äußerungen der Zeit verstanden werden", doch ist bei der Veröffentlichung im Jahr 1965 die Verwendung der bisher erschienenen Erinnerungen und Darstellungen nicht auszuschließen[76].

---

[72] Vgl. Boeselager, Widerstand, S. 18.

[73] Ebenda. Als Beispiele nennt er neben Kleist Oberstleutnant Schulze-Büttger, der aber bereits in den Stab der Heeresgruppe Süd versetzt und am 20. 2. 1943 durch Voß als Ia/op ersetzt worden war.

[74] Boeselager an Verfasser, 7. 9. 1994.

[75] Eggert und Breitenbuch kamen nach dem 13. 3. 1943 zur Heeresgruppe Mitte. Vermutlich war Oertzen beteiligt, obwohl er seinen Dienst erst am 1. März angetreten hatte und sich der Kontakt zu Tresckow erst entwickelte. Vgl. Lars-Broder Keil, Hans-Ulrich von Oertzen. Offizier und Widerstandskämpfer, Berlin 2005, S. 74 f. u. S. 79. Vgl. neben der Erinnerung von Boeselager, in: Ebenda, S. 153, den Bericht von Röhricht, Pflicht.

[76] Die Tresckow in den Mund gelegte Aussage, daß der Fronde „im vergangen Jahr bei der Heeresgruppe der Vogel [= Hitler] zweimal durch die Lappen ging" (Röhricht, Pflicht, S. 203), setzt sogar die Kenntnis der Attentatsversuche vom 13. und 21. 3. 1943 beim Leser voraus.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf jeden Fall besuchte Röhricht Ende Dezember 1943[77] als Führer des XXII. Armeekorps Tresckow, seit 1. Dezember Chef des Stabs der 2. Armee. Dieser versuchte, ihn für den Widerstand zu gewinnen, indem er ihn andeutungsweise über die Aktivitäten in der Heeresgruppe Mitte informierte. Aber wegen der unwägbaren Folgen eines Attentats bis hin zur Machtübernahme durch Himmlers SS war Röhricht trotz seiner Distanz zum Regime nicht dazu bereit. Selbst die Beeinflussung von Generalfeldmarschall Walter Model im Sinne des Widerstandes lehnte er ab. Zu seinem Entsetzen nannte Tresckow jedoch als Mitglied der Verschwörung auch Oertzen, für den Röhricht den 1916 in Frankreich gefallenen Vater ersetzte. Bei dem anschließenden Besuch bei der Führungsabteilung der Heeresgruppe versuchte er deshalb, seinen Ziehsohn von dem „abenteuerlichen Kurs seines neuen Freundes Tresckow“[78] abzubringen.

Nach seiner Erinnerung sagte er ihm: „Daß ihr im vergangenen Jahr aus plötzlichem Entschluß die Pistolen in die Tasche stecktet, ist mir als Temperamentshandlung voll erklärlich. Aber die Aktion, die mir angedeutet wurde, soll ja nicht nur den Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen, sie geht offenbar aufs Ganze. Die Durchführung des Staatsstreiches, nicht bloß sein Auftakt, das war das Hindernis, an dem bisher alle Projekte und Überlegungen scheiterten, weil zur Lösung dieser Aufgabe die Voraussetzungen fehlten. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob das diesmal anders ist und wie weit die Vorbereitungen dafür gediehen sind, aber ich kenne das Milieu genügend und auch den einen oder anderen der wahrscheinlich beteiligten Persönlichkeiten.“[79]

Durch Tresckow hat Röhricht anscheinend Hinweise auf zwei Vorgänge erhalten, einen „im vergangenen Jahr“ und die gegenwärtig vorbereitete „planmäßige Aktion“[80]. Die aktuelle Planung läßt er Oertzen konkretisieren: „Auf Tresckows Veranlassung war ich des öfteren unterwegs, um an bestimmten Vorarbeiten mitzuwirken und Fäden zu knüpfen, wobei ich überall auf Verständnis traf.“[81] Von diesen Unternehmungen ist nur die Mitarbeit am Umschreiben der Walküre-Befehle und die Betreuung von Major Knaak im Zusammenhang mit dem geplanten Attentat von Hauptmann Axel Freiherr von dem Bussche bekannt[82], also Vorgänge mit Berlin als Zentrum. Aber Oertzen war anscheinend auch an gleichzeitigen Planungen in der Heeresgruppe Mitte beteiligt; das erwähnten

[77] Zur Datierung vgl. Brief Hans-Ulrich von Oertzen an seine Verlobte vom 30. 12. 1943, in: Keil, Oertzen, S. 108 f. Röhricht, Pflicht, S. 201, datiert auf 30. 1. 1944, indem er den Besuch mit der Beförderung von Walter Weiß zum Generaloberst und von Tresckow zum Generalmajor an diesem Tag verbindet; Tresckow wurde aber erst am 1. 6. 1944 befördert.

[78] Röhricht, Pflicht, S. 209.

[79] Ebenda, S. 212.

[80] Ebenda, S. 209. Der Bericht über das Gespräch mit Tresckow (S. 201 ff.) erwähnt abgesehen von den zwei Versuchen 1943 keine Einzelheiten.

[81] Ebenda, S. 212.

[82] Vgl. Hoffmann, Stauffenberg, S. 327 f.; ders., Widerstand, S. 402 f. Die Arbeit an Walküre auch bei Schlabrendorff, Offiziere (1984), S. 80; ausführlich jetzt Hoffmann, Tresckow, S. 337 f. u. S. 343 ff.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jedenfalls Eggert und Kuhn. Das Ereignis „im vergangen Jahr“[83] war das geplante Gruppenattentat vom 13. März 1943, wobei die Bereitschaft Oertzens zur Teilnahme lange unbekannt war. Danach hätten sich – zumindest einige – zum Attentat bereite Offiziere für das Essen mit Hitler im Kasino ihre „Pistolen in die Tasche“ gesteckt. Das hatte aber Kluge verboten. Handelt es sich hier um eine Dramatisierung durch Röhricht, oder geht diese Schilderung auf Tresckow zurück, der durch den Hinweis auf seine zum Attentat bereiten Offiziere Röhricht für den Widerstand gewinnen wollte[84]? Ihm war dabei jedoch auch dessen enge Verbindung zu Oertzen bekannt, so daß dieser die Angaben bestätigen konnte.

Für das rätselhafte Nebeneinander von Sprengstoff- und Pistolenattentat bei Hitlers Besuch bietet sich nur eine Erklärung an: Beide Pläne sind unabhängig voneinander entstanden. Während die Überlegungen zu dem Pistolenattentat im Kreis der Offiziere oder vielleicht zunächst nur im Reiterregiment entwickelt worden sind, wußten Boeselager und wohl auch andere mitverschworene Offiziere bis zuletzt nichts von der durch Tresckow und Schlabrendorff in Absprache mit Berlin seit Monaten betriebenen Planung[85]. Allerdings war Tresckow auch über das Vorhaben der Offiziere informiert und weihte Voß ein[86], während Schlabrendorff erst im Herbst zusammen mit Tresckow zu den Initiatoren des neuen Attentatsvorhabens gehörte. Das würde sein Schweigen über das geplante Kollektivattentat 1943 erklären, an dem er nicht beteiligt war. Warum Tresckow die Pläne der Offiziersgruppe nicht unterbunden hat, läßt sich nur vermuten. Vielleicht war er sich des Risikos bei dem Sprengstoffanschlag bewußt, vor allem aber war er überzeugt, daß der Diktator unter allen Umständen getötet werden mußte.

4. Ergebnisse

Die Zweifel an den Attentatsplanungen in der Heeresgruppe Mitte sind vollkommen unberechtigt, wie eine Überprüfung einiger Quellen, die unabhängig voneinander entstanden sind, zeigt. Widersprüche zwischen den Quellen konnten dabei aufgeklärt und aufgelöst werden. Allerdings erscheinen einige Angaben

[83] Die Wendung ergibt sich aus der irrtümlichen Datierung; vgl. Anm. 77.

[84] Über den zeitweise erfolgreichen Versuch Tresckows bei Kluge vgl. Hermann Graml, Die deutsche Militäropposition vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1943, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. von Europäische Publikation e.V., Bd. 2, Frankfurt a. M 1965, S. 473 f.; Gersdorff, Soldat, S. 133.

[85] Boeselager, Widerstand, S. 18, betont die Enttäuschung angesichts von Kluges Verbot des Pistolenattentats, ohne das Sprengstoffattentat zu erwähnen. Meine Beobachtung bestätigte Boeselager brieflich am 27. 3. 2007: „Von dem Bombenattentat in Hitlers Maschine hörte ich erst kurz nach Hitlers Abflug von Tresckow.“ Vgl. Antonius John, Philipp von Boeselager. Freiherr, Verschwörer, Demokrat, Bonn 1994, S. 147. Nach Gersdorff, Soldat, S. 127, waren nur Tresckow und Schlabrendorff über „alle Einzelheiten der Vorbereitung des Staatsstreichs unterrichtet“, er selbst erfuhr erst einige Tage (S. 128) nach dem 13. März von dem Sprengstoffanschlag, obwohl er die Munition besorgt hatte.

[86] Boeselager an Verfasser, 7. 9. 1994.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Forschung korrekturbedürftig. Als historisch wahrscheinlich können folgende Pläne für ein Attentat gelten:

a) Der Versuch, Hitler am 13. März 1943 durch einen Sprengstoffanschlag auf sein Flugzeug beim Rückflug von Smolensk nach Berlin zu töten, war nach dem Tagebuch von Hauptmann d. R. Hermann Kaiser von Tresckow mit Olbricht im Allgemeinen Heeresamt und mit der Abwehr im Januar 1943 abgesprochen worden. Frühere Gespräche sind wahrscheinlich; die Anfänge der Planung lassen sich bis in den Sommer zurückverfolgen. Allerdings kam aus unbekannten Gründen der Sprengstoff, der von der Abwehr durch Dohnanyi an Tresckow zugestellt werden sollte, bei diesem nicht an, so daß die Bombe aus Beutemunition der Heeresgruppe Mitte hergestellt wurde.

b) Eine Gruppe von Offizieren des Reiterverbands „Boeselager" und des Stabs der Heeresgruppe planten am 13. März ein gemeinsames Attentat mit Pistolen während des Essens im Kasino. Diese Planung ist als Ersatz für den Einsatz des Reiterregiments augenscheinlich unabhängig vom Sprengstoffanschlag von den beteiligten Offizieren konzipiert worden. Die geplante Offiziersaktion sollte abgesichert werden durch den Einsatz der 1. Schwadron des Kavallerieverbands unter Rittmeister König.

c) Auch der Attentatsversuch Gersdorffs am 21. März 1943 ist zumindest mit der Abwehr abgesprochen gewesen, so daß die Berichte Gersdorffs durch die Erinnerung Ursula Schleichers bestätigt werden.

d) Die Bereitschaft für ein Attentat bestand im Führungsstab der Heeresgruppe Mitte auch nach den gescheiterten Versuchen vom März 1943 weiter. Im Jahre 1944 plante eine Offiziersgruppe ein Attentat wohl mit Maschinenpistolen, falls Hitler erneut das Hauptquartier besuchen würde.

Im Unterschied zu den Plänen der Stabsoffiziere 1944 hatten die Planungen und Versuche vom März 1943 insofern Folgen, als Tresckow dabei die mangelhaften Vorbereitungen für einen Umsturz durch die Berliner Zentrale erkannte und sich diesen nun intensiv zuwandte[87].

[87] Vgl. dazu jetzt Hoffmann, Tresckow; Müller, Beck, S. 471 f. u. S. 474 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Karl M. Hettlage hatte nach dem Zweiten Weltkrieg viel zu verbergen: Er war einer von Albert Speers engsten Mitarbeitern gewesen und hatte dabei maßgeblich an der Vertreibung der Berliner Juden und an der Organisation der deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie mitgewirkt. Seiner Karriere nach 1945 stand das nicht im Weg. Er wurde Professor für Öffentliches Recht und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium von 1959 bis 1962, wo er auch mit der Wiedergutmachung befasst war. Susanna Schrafstetter, Professorin an der Universität von Nebraska, spürt diesem erstaunlichen Lebensweg nach und fragt dabei insbesondere nach den Konsequenzen, die ein Täter zog, als er mit Opfern zu tun hatte, die Ansprüche auf Entschädigung und Wiedergutmachung erhoben.

Susanna Schrafstetter

Verfolgung und Wiedergutmachung

Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Anlässlich seines 90. Geburtstags am 28. November 1992 wurde der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium und emeritierte Professor der Universität Mainz, Karl Maria Hettlage, von seinem Kollegen Professor Klaus Vogel gewürdigt. „Zuverlässigkeit, Pflichtbewusstsein [und] Bereitschaft zum Einsatz für das Gemeinwohl“[1] zeichneten Karl Maria Hettlage zeit seines Lebens aus, schrieb Vogel in Anerkennung der Verdienste eines der renommiertesten Experten für Finanzrecht in Deutschland. Hettlage konnte in der Tat auf einen höchst erfolgreichen Lebensweg zurückblicken: 1951 wurde er auf einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der Universität Mainz berufen, 1958 ernannte ihn Finanzminister Franz Etzel zum Ministerialdirektor, ein Jahr später war Hettlage bereits Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. 1962 wechselte er zur Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und 1965 wurde er Präsident des IFO Instituts für Wirtschaftsforschung. Er blieb bis 1976 in dieser Position, kehrte aber 1967 für zwei Jahre als Staatssekretär ins Finanzministerium zurück. Außerdem war Hettlage Mitglied in wichtigen Aufsichtsräten und Kommissionen, wie dem Wissenschaftsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen[2]. 1967 wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet.

In jungen Jahren hätten die Nationalsozialisten seinem beruflichen Weiterkommen ein jähes Ende gesetzt, behauptete Hettlage stets. Als Kämmerer der Stadt Berlin sei er 1939 aus dem Amt gedrängt worden, er habe im Dritten Reich

[1] Klaus Vogel, Karl Maria Hettlage zum 90. Geburtstag, in: Archiv des öffentlichen Rechts 117 (1992), S. 645. Siehe auch ders., Nachruf zum Gedenken an Karl Maria Hettlage, in: Archiv des öffentlichen Rechts 120 (1995), S. 631 f.

[2] Vgl. ebenda.

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0019
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fortan als Mitglied im Vorstand der Commerzbank überwintert. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 sei er persönlicher Verfolgung nur knapp entkommen. Wie wir heute wissen, sah die Realität etwas anders aus: die Mitgliedschaft im Vorstand der Commerzbank war eine Nebentätigkeit. Hettlage arbeitete seit April 1940 beim Generalbauinspektor (GBI) für die Reichshauptstadt Albert Speer. In dieser Stellung war er an der systematischen Vertreibung Tausender Berliner Juden aus ihren Wohnungen beteiligt[3]. Als Speer 1942 Rüstungsminister wurde, ernannte er den bewährten Mitarbeiter zum Leiter der Generalabteilung Wirtschaft und Finanzen in seinem Ministerium.

Der Fall Hettlage ist die Geschichte zweier Paradoxa: Hettlage war – erstens – Täter, aber kein Nationalsozialist. Er war zu keiner Zeit NSDAP-Mitglied und bewahrte sich eine innere, kritische Distanz zur NS-Herrschaft. Gleichzeitig hat er Albert Speer von 1940 bis 1945 loyal gedient. Hettlages Karriere weist – zweitens – eine direkte Kontinuität von der Verfolgung zur Wiedergutmachung auf. Zwischen 1958 und 1964 verhandelte die Bundesrepublik mit verschiedenen westeuropäischen Staaten über Wiedergutmachung für deren Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, was zum Abschluss von insgesamt elf Wiedergutmachungsabkommen, den sogenannten Globalabkommen, führte[4]. Hettlage war als Staatssekretär im Finanzministerium von 1959 bis 1962 mit den Verhandlungen befasst.

Die Forschungsliteratur hat sich gerade in den letzten Jahren intensiv mit den NS-Eliten und ihren beruflichen Schicksalen in der Nachkriegszeit auseinandergesetzt[5]. Trotzdem sind noch immer viele interessante Fälle und gerade die personellen Kontinuitäten auf der Beamtenebene weitgehend unerforscht. Dies zeigte sich im Frühjahr 2005, als der damalige Außenminister Joschka Fischer einem ehemaligen Botschafter „mit NSDAP- und SS-Vergangenheit das ‚ehrende Gedenken' in einem amtsinternen Mitteilungsblatt verweigerte"[6] und damit eine Diskussion über die historische Aufarbeitung der Personalpolitik in seinem Haus entfachte. Hettlage blieb lange Zeit im Schatten Albert Speers. In der Literatur über Speer und in Speers eigenen Publikationen wurde er in der Regel nur

[3] Vgl. Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarkpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002.

[4] Zu den Globalabkommen siehe Hans Günter Hockerts/Claudia Moisel/Tobias Winstel (Hrsg.), Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa, Göttingen 2006. Globalabkommen wurden mit Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Schweden, Griechenland, Großbritannien, Italien und der Schweiz geschlossen.

[5] Siehe z. B. Norbert Frei (Hrsg.), Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2001; Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik: NS Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998; Lothar Gall, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2004; Philipp Gassert, Kurt Georg Kiesinger (1904–1988). Kanzler zwischen den Zeiten, Stuttgart 2006; Philipp-Christian Wachs, Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt a. M. 2000.

[6] Hans-Jürgen Döscher, Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts, Berlin 2005, S. 11. Der Forschungsstand zum Auswärtigen Amt ist im Vergleich zum Bundesministerium der Finanzen bereits jetzt vergleichsweise gut.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

flüchtig erwähnt[7]. Erst vor kurzem haben die Historiker Karl Maria Hettlage „entdeckt" und ausführlich über seine zentrale Rolle in der Generalbauinspektion und im Rüstungsministerium berichtet[8]. Dagegen hat sich die Forschungsliteratur bisher nur am Rande mit der Frage beschäftigt, ob ehemalige Täter mit der Wiedergutmachung befasst wurden[9].

Im Folgenden wird die berufliche Karriere Karl Maria Hettlages von der Verfolgung zur Wiedergutmachung skizziert. Dabei stehen Fragen nach den biografischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten und Brüchen im Mittelpunkt der Betrachtung. Auf Hettlages Weg vom Zentrumsabgeordneten zum Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen in Speers Rüstungsministerium bis zum Staatssekretär der CDU im Finanzministerium blieb Hettlage gläubiger Katholik. Warum wurde er trotz der inneren weltanschaulichen Kontinuität zum Täter, zum Erfüllungsgehilfen Speers? Am Fall Hettlage lässt sich nachzeichnen, wie hohe Funktionsträger des NS-Staates, die sich ein gewisses Maß an ideologischer Resistenz bewahrt hatten, dies in der Entnazifizierung dazu benutzen konnten, sich zum aktiven Widerstandskämpfer zu „befördern" und damit ihre Rolle im NS-Herrschaftssystem und ihre Mitverantwortung vollständig auszublenden. Schließlich wird dargestellt, welche Position Hettlage als Staatssekretär zur Wiedergutmachung für die Opfer bezog. Hier geht es insbesondere um den „zähen Abwehrkampf"[10] des Bundesfinanzministeriums gegen die Wiedergutmachungsangebote des Auswärtigen Amtes an die Verbündeten in Westeuropa und, im weiteren Sinne, um die Frage, inwieweit das Bundesministerium der Finanzen mit ehemaligen Tätern besetzt war.

---

[7] Üblicherweise wurde ihm die Aussage zugeschrieben, Speer sei Hitlers „unglückliche Liebe" gewesen. Joachim Fest, Speer. Eine Biographie, Berlin 1999, S. 153; Dan van der Vat, The Good Nazi. The Life and Lies of Albert Speer, London 1997, S. 71; Gitta Sereny, Albert Speer: his Battle with Truth, New York 1995, S. 157. Matthias Schmidt, Albert Speer. Das Ende eines Mythos, München 1982, erwähnt Hettlage mit keinem Wort. Auch Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 41 f., beschränkt sich auf einen Absatz über Hettlage.

[8] Vgl. Willems, Jude; Paul Jaskot, The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and the Nazi Monumental Building Economy, New York 2000. Jüngst auch Heinrich Breloer, Die Akte Speer. Spuren eines Kriegsverbrechers, Berlin 2006, und Thomas Rothbart, Typische Schreibtischtäter, in: Thüringer Allgemeine vom 7. 9. 2006. Allerdings hat sich die Forschung bisher nahezu ausschließlich für diesen Lebensabschnitt Hettlages interessiert, auf seine Nachkriegskarriere wird nur in Ansätzen verwiesen. Vgl. Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943–45, Begleitband zur ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, hrsg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora von Jens Christian Wagner, Göttingen 2007, S. 159 f. Siehe außerdem Willems, Jude, S. 30 u. S. 420; Jaskot, Architecture, S. 146; Breloer, Akte, S. 418.

[9] Vgl. Ilse Birkwald, Ein Opfer der Finanzverwaltung. Der ganz normale Fall Oppenheim vor und nach 1945, in: Alfons Kenkmann/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden, Münster 1999, S. 102–121, hier S. 121. Gerd Blumberg, Etappen der Verfolgung und Ausraubung und ihre bürokratische Apparatur, in: Ebenda, S. 15–40, hier S. 38 f.; Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007, S. 97–100.

[10] Tobias Winstel, Die Bundesregierung und die europäischen Entschädigungsforderungen bis 1965, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 61–93, hier S. 83.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Karl Hettlages Karriere in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Jugend, berufliche Anfänge und das Ende der Weimarer Republik

Karl Maria Hettlage wurde am 28. November 1902 in Essen geboren und wuchs in einer katholischen Familie in der Kleinstadt Eschweiler auf. Von 1921 bis 1924 studierte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Münster, das Studium schloss er 1924 mit einem Prädikatsexamen ab. Als Student engagierte sich Hettlage eigenen Angaben zufolge in verschiedenen Organisationen. 1922 trat er einem regionalen Freikorps bei. Im selben Jahr rief er in Münster eine Sozialstudentische Zentrale der Dr. Sonnenschein Bewegung[11] ins Leben. Der katholische Sozialreformer Dr. Carl Sonnenschein hatte 1908 das Sekretariat sozialer Studentenarbeit gegründet, das sowohl „Wohlfahrtsarbeit an und für die Studenten" als auch „soziale Arbeit durch die Studenten"[12] förderte. Der „Studentenerwecker"[13] Sonnenschein, der politisch dem linken Flügel der Zentrumspartei nahe stand, wollte mit seinem Engagement Brücken zwischen der Arbeiterschaft und den Studenten bauen. Letzteres setzte Hettlage in die Tat um: Er verdiente sich sein Studium unter anderem als Gleisbau- und Brauereiarbeiter[14]. Über seine Freikorpsmitgliedschaft verriet er wenig, er sagte nur, dass er einer „Studentenformation an der Universität Münster für den politischen Kampf gegen die KPD während der Unruhen im Ruhrgebiet" angehörte[15]. Tatsächlich war Hettlage von 1922 bis 1925 Mitglied beim Westfälischen Treubund, der Ende 1921 von dem Münsteraner Juraprofessor Hubert Naendrup gegründet wurde und aus der verbotenen Organisation Escherich (Orgesch) hervorging[16], und 1923 schloss er sich für 4 Monate als „Zeitfreiwilliger" einer Schwarzen Reichswehreinheit an[17]. Der Treubund, dem zahlreiche Organisationen wie der Verband heimattreuer Westfalen angegliedert waren, wurde die bedeutendste Wehrorganisation im Münsterland[18] und radikalisierte sich in zunehmendem Maße: „Die geplante Beteiligung des Westfalen-Treubunds an einem Rechtsputsch dürfte ein offenes Geheimnis gewesen sein, denn Hinweise auf Verbindungen

[11] Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv (künftig: HStA) Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

[12] Ernst Thrasolt, zit. nach Theodor Eschenburg, Carl Sonnenschein, in: VfZ 11 (1963), S. 333–361, hier S. 346. Siehe auch Rolf Lubek, Carl Sonnenschein. Sozialreformer und Großstadtseelsorger, Limburg 1980.

[13] Eschenburg, Sonnenschein, S. 348.

[14] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

[15] Landesarchiv (künftig: LA) Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 6. 2. 1955.

[16] Vgl. Gerd Krüger, „Treudeutsch allewege!" Gruppen, Vereine und Verbände der Rechten in Münster (1887–1929/30), Münster 1992, S. 115.

[17] Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, (ehemals BDC), SS-Führerpersonalakten 94-A, Karl Hettlage, SS-Stammkarte.

[18] Krüger, Gruppen, S. 118. So war zum Beispiel auch die Münsteraner SA in dem zum Treubund gehörenden Wanderbund Heimatliebe vollzählig vertreten. Vgl. ebenda, S. 176.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwischen den bayerischen Kreisen und dem westfälischen Treubunde erreichten Ende September sogar das Reichskabinett.“[19] 1925 löste sich der Westfalen-Treubund auf, viele seiner Mitglieder schlossen sich dem Stahlhelm an, nicht jedoch Hettlage, der der Zentrumspartei beitrat.

Zentrum und Treubund, wie passte das zusammen? Es gab eine partielle ideologische Übereinstimmung des katholisch-konservativen Milieus und der rechtsgerichteten Verbände. Die Zustimmung zu den Putschplänen reichte „bis in DVP und Zentrum hinein“[20]. Außerdem ermunterte Naendrup seine Studenten zur Mitgliedschaft, und viele Münsteraner Studenten scheinen diesem Werben gefolgt zu sein, wobei seine charismatische Führungspersönlichkeit und das Bedürfnis nach Gruppenerlebnissen wohl eine Rolle gespielt haben. Man kann diese Freikorpsmitgliedschaft als temporäre Radikalisierung unter dem Eindruck der Ruhrkrise und der stark nationalistisch geprägten Stimmung an der Universität Münster verstehen.

1926 wurde Hettlages Doktorarbeit „Die Intervention in der Geschichte der Völkerrechtswissenschaft und im System der modernen Völkerrechtslehre“ an der Universität Köln angenommen. 1929 bestand er das große (zweite) Staatsexamen und bekam eine Stelle bei der Stadtverwaltung in Köln[21]. Oberbürgermeister Konrad Adenauer, schrieb Hettlage, habe ihm ein für ihn neues Arbeitsgebiet, die Verwaltung der städtischen Finanzen, übertragen[22]. Von dort wurde Hettlage 1930 zum Leiter der Finanzabteilung des Deutschen Städtetages berufen. Gleichzeitig habilitierte er sich an der Universität Köln[23]. Der Beginn einer politischen Karriere war ebenso erfolgreich wie der berufliche Werdegang: 1932 wurde Hettlage als Abgeordneter der Zentrumspartei für den Wahlkreis Köln/Aachen in den preußischen Landtag gewählt[24]. Kurz darauf erfolgten der „Preußenschlag“, der Staatsstreich von Papens gegen Preußen, und schließlich im Februar 1933 die Auflösung des preußischen Landtags[25].

---

[19] Ebenda, S. 192 f.

[20] Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 80.

[21] Karl Maria Hettlage, Die Intervention in der Geschichte der Völkerrechtswissenschaft und im System der modernen Völkerrechtslehre, Köln, Univ. Diss., 1926. Ein unter dem Abschnitt Gliederung angekündigtes Schlusskapitel scheint nicht eingereicht worden zu sein. Die streng wissenschaftliche Arbeit lässt keine Rückschlüsse auf Hettlages politische Überzeugungen zu. Er steht der Idee des Völkerbunds grundsätzlich positiv gegenüber, kritisiert aber sein anmaßendes Interventionsrecht (S. 78) gegenüber Nichtmitgliedern.

[22] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum.

[23] Ebenda.

[24] Vgl. Herbert Hömig, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 300.

[25] Vgl. Horst Möller, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. III: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin 2001, S. 149–316, hier S. 298–308; Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 555–576.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der junge Abgeordnete scheint in der Endphase der Republik kaum eine politische Rolle gespielt zu haben[26]. In der Abstimmung vom 4. Februar 1933 über die Auflösung des preußischen Landtags war Hettlage einer von zwei Zentrumsabgeordneten, die der Abstimmung fern blieben, während alle anderen Abgeordneten des Zentrums gegen die Auflösung stimmten[27]. Im Folgenden scheint Hettlage sich für eine zügige Auflösung der Zentrumspartei ausgesprochen zu haben[28]. Einige preußische Zentrumsmitglieder führten seit 1932 mehr oder weniger offen Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten, und nicht wenige Zentrumspolitiker hofften nach dem 30. Januar 1933 darauf, „doch noch an einer Sammlung beteiligt zu werden“[29]. Das soll Hettlage hier keineswegs unterstellt werden, aber die im Zentrum teilweise vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in Erinnerung rufen. Die passive Haltung 1932/33 erleichterte möglicherweise seine Ernennung zum Kämmerer der Stadt Berlin. Vielleicht hat auch seine Bekanntschaft mit Johannes Popitz, dem preußischen Finanzminister bis 1944, eine Rolle gespielt[30]. Hettlage übernahm diese Position im November 1934, nachdem er sie offenbar schon eine Weile kommissarisch verwaltet hatte[31]. Nebenbei unterrichtete er als außerplanmäßiger Professor an der Wirtschaftshochschule in Berlin.

Die Position Hettlages war innerhalb der NSDAP umstritten. Der einflussreiche Münchener Oberbürgermeister und Chef des Hauptamts für Kommunalpolitik, Reichsleiter Karl Fiehler, warnte vor Hettlages politischer Unzuverlässigkeit und drängte einige Gauleitungen, ihn nicht länger bei öffentlichen Veranstaltungen auftreten zu lassen[32]. Hettlage war als Finanzexperte ein gefragter Redner bei Stadt- und Universitätsveranstaltungen gewesen, auf Druck Fiehlers wurden aber mehrere Einladungen zurückgenommen. Fiehlers Geschäftsführer im Hauptamt Kommunalpolitik, Karl Schön, erklärte in einem Vermerk, dass Hettlage wegen seiner früheren Zentrumsmitgliedschaft vom Deutschen Gemeindetag (ehemals

[26] Als Mitglied des Landtags sprach Hettlage offensichtlich kein einziges Mal. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Bde. 1 u. 2, Berlin 1932/33. In der Literatur zur Zentrumspartei in der Weimarer Republik spielt Hettlage kaum eine Rolle. So erwähnt z. B. Hömig, Zentrum, S. 300, nur Hettlages Wahl in den Landtag im April 1932.

[27] Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Bd. 2, Sp. 2550. Hettlage war nur Mitglied in einem permanenten Ausschuss, dem Ausschuss für Verfassungsfragen, den sein Zentrumskollege Gronowski leitete. Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode 1932/33, Berlin 1933, S. 994. Der Auflösungsantrag der NSDAP-Fraktion wurde abgelehnt, auch das zwei Tage später beratende „Dreimännerkollegium“ (Adenauer, Kerrl, Braun) lehnte den Antrag ab. Vgl. Rudolf Morsey, Der Beginn der „Gleichschaltung“ in Preußen. Adenauers Haltung in der Sitzung des „Dreimännerkollegiums“ am 6. Februar 1933, in: VfZ 11 (1963), S. 85–97, hier S. 88.

[28] Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren, 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 711.

[29] Detlef Junker, Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33, Stuttgart, 1969, S. 170. Siehe auch Hömig, Zentrum, S. 274 f.

[30] Vogel, Nachruf, S. 631, bezeichnet Popitz als Hettlages Mentor.

[31] Vgl. Willems, Jude, S. 29 f.

[32] BA Berlin, (ehem. BDC), PK, E 0184, Nr. 1160 u. Nr. 1164, Hauptamt für Kommunalpolitik, München an Gauamt für Kommunalpolitik Essen, 15. 2. 1938; ebenda, Gauleitung Berlin an Hauptamt für Kommunalpolitik München, 29. 11. 1937.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutscher Städtetag) ausgeschlossen worden war, aber „auf unerklärliche Weise in die Stadtverwaltung Berlin übernommen wurde“[33]. Hettlage war als Leiter der Finanzabteilung des Deutschen Städtetages für den Posten des Stadtkämmerers hervorragend qualifiziert. Bekanntermaßen duldeten die Nationalsozialisten (zumindest für einige Zeit) kompetente Beamte und Fachexperten, die keine Nationalsozialisten waren, in wichtigen politischen Positionen, solange diese willens waren, den neuen Machthabern zu dienen.

Von der Stadtverwaltung Berlin zu Albert Speers Generalbauinspektion

Ob Hettlage aus dem Amt gedrängt wurde, weil einflussreiche Widersacher Druck machten, oder ob er diese Position aus freien Stücken aufgab, muss ungeklärt bleiben[34]. Er verließ die Stelle als Stadtkämmerer Berlins im Frühjahr 1939. Als offizieller Grund für sein Ausscheiden wurde seine Berufung in den Vorstand der Commerzbank genannt, eine Aufgabe, der er sich mit ganzer Kraft widmen wollte[35]. Tatsächlich wurde Hettlage jedoch nicht nur Vorstandsmitglied bei der Commerzbank, er war ab 1. April 1940 auch beim Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Albert Speer beschäftigt. Hettlage fungierte in der Neugestaltungsbehörde zunächst als Präsident der Durchführungsstelle und ab Oktober 1940 als Leiter des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft – Hauptamt II, eine der drei Hauptabteilungen beim GBI[36].

Am 18. September hielt der Reichspropagandaminister und Berliner Gauleiter Joseph Goebbels in seinem Tagebuch fest, dass er Hettlage für politisch unzuverlässig halte[37]. Einige Wochen später notierte er, dass eine Untersuchung im Falle Hettlage nichts Belastendes zutage gefördert habe, er bei Speer bleiben könne, aber nicht in die Partei aufgenommen werden solle[38]. Goebbels' Groll reichte eine Weile zurück: als Stadtkämmerer hatte Hettlage mehrmals versucht, Goebbels' Plünderung der Stadtkasse für private Zwecke einen Riegel vorzuschieben[39]. Die Abneigung des Ministers war allerdings nicht stark genug, um Hettlages Stel-

[33] Ebenda, Nr. 1168, Vermerk Schön, 13. 3. 1935.

[34] Willems, Jude, S. 16 u. S. 29, legt die Vermutung nahe, der Wechsel sei nicht unbedingt auf Druck von außen erfolgt.

[35] Vgl. ebenda, S. 29 f.

[36] BA Berlin, R 4606/370, Bl. 94, Lammers an Speer, 4. 5. 1940; LA Berlin, A 107/54, Bl. 58, Bescheinigung gez. Speer, 20. 5. 1941. Siehe auch Willems, Jude, S. 33, und Fest, Speer, S. 96.

[37] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, im Auftrag des Institut für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 8, bearb. von Jana Richter, München 1998, Eintragung vom 18. 9. 1940, S. 333.

[38] Ebenda, Eintragung vom 6. 10. 1940, S. 363.

[39] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948. Dies ist auch durch weitere Zeugenaussagen belegt. Speer hatte den Berliner Bürgermeister Steeg beschuldigt, Hettlage bei Goebbels angeschwärzt zu haben. BA Berlin, R 4606/4880, Speer an Steeg (Entwurf), 10. 12. 1941. Aus den Tagebuchaufzeichnungen ist jedoch ersichtlich, dass sich Steeg gegenüber Goebbels zumindest anfangs positiv über Hettlage geäußert haben muss. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 8, S. 333.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung zu gefährden. Seinem Wechsel von der Stadtverwaltung zum GBI hatte ja auch nichts im Wege gestanden. Auch wäre es eher ungewöhnlich, hätte Hettlage keine einflussreichen Feinde gehabt. In seiner Stellung konnte er von den Machtkämpfen in Partei und Verwaltung nicht unberührt bleiben.

Bereits lange vor seiner Ernennung zum Rüstungsminister 1942 hatte Speer in Zusammenarbeit mit der SS in großem Stil KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für kriegswirtschaftliche und bautechnische Zwecke ausgebeutet. Ziegel und andere Baumaterialien, die Speer benötigte, wurden von KZ-Häftlingen in verschiedenen Konzentrationslagern produziert[40]. Auch für kriegswichtige Bauaufgaben (z. B. Luftschutzbauten, Rüstungsbau), die der GBI mit Kriegsbeginn übernommen hatte, wurden zunehmend Zwangsarbeiter herangezogen. Um Speers Monumentalbauten verwirklichen zu können, musste in Berlin Platz geschaffen werden. Wohnungsknappheit war die vorhersehbare Folge. Um dieses Problem zu lösen, vertrieben Speer und sein Mitarbeiterstab zahlreiche jüdische Mieter aus ihren Wohnungen, die „arischen" Mietern zugesprochen wurden, deren Wohnungen den Abrissplänen zum Opfer fallen würden[41]. Eine stetig wachsende Zahl von Juden wurde gezwungen, in qualvoller Enge im sogenannten „Schachtelraum"[42] zu leben, dem Sektor des Wohnungsmarkts, wo Juden noch wohnen durften. Seit Januar 1941 war man beim GBI unter dem Kodenamen erste, zweite und dritte Aktion zu einer Politik der gewaltsamen Vertreibung übergegangen, die in der Deportation der Berliner Juden in die Ghettos im besetzten Polen kulminierte. Hettlages Hauptamt II koordinierte diese Vertreibungen[43]. Gleichzeitig beteiligte sich der GBI aktiv an der Arisierung jüdischen Wohneigentums[44]. „Es hatte sich herumgesprochen, dass man bei Speer eine Geschosswohnung oder auch ein Einfamilienhaus im nahen Westen bestellen oder ‚eine geeignete Judenvilla in bevorzugter Lage' ausfindig machen lassen konnte. [...] Im Juni 1941 billigten Speer und Hettlage den Missbrauch des dem GBI für städtebauliche Maßnahmen eingeräumten Vorkaufsrechts zugunsten privater Interessenten, ‚um den für unsere Zwecke notwendigen jüdischen Grundbesitz (Villen etc.) in unsere Hände zu bringen'. Der GBI tätigte den Vorkauf innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Wochen, sobald die beim GBI ‚vorhandenen Bewerber' Interesse bekundeten. Damit solche Transaktionen amtlicher Korruption den Haushalt des GBI nicht belasteten, hatten die Schnäppchenkäufer den Preis zur Ausbootung anderer privater Käufer bei der Amtskasse des GBI im Voraus einzuzahlen."[45]

Als Stadtkämmerer hatte Hettlage sich bereits beim Reichswirtschaftsministerium dafür eingesetzt, der Stadt Berlin bei Arisierungsgeschäften die Ausgleichsabgabe (eine Steuer auf Arisierungsgewinne) zu erlassen: „Mit ihrer Mitwirkung an der Neugestaltung der Reichshauptstadt erfüllt diese eine dringliche öffentli-

[40] Vgl. Jaskot, Architecture, S. 19–34 u. S. 80–82.
[41] Vgl. Willems, Jude; Jaskot, Architecture, S. 87 f. u. S. 100 f.
[42] Zit. nach Willems, Jude, S. 102.
[43] Vgl. ebenda, S. 180.
[44] Vgl. ebenda, S. 129.
[45] Ebenda, S. 253.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che Aufgabe. Sie findet dabei Unterstützung des Reiches. Die Bauträger der Neugestaltung bauen wesentlich nicht im eigenen Interesse, sondern in Mitwirkung an dieser Neugestaltungsaufgabe im Interesse der Volksgemeinschaft“[46], argumentierte Hettlage.

Hitlers Anordnung vom September 1940, 1000 jüdische Wohnungen, die im Rahmen des Neubauprogramms geräumt wurden, für potentielle Opfer von Luftangriffen freizuhalten, diente als Vorwand für eine Reihe von Zwangsräumungsaktionen[47]. Hettlage organisierte die Bereitstellung dieser Wohnungen. Im Januar 1941 lud er Vertreter der Stadtverwaltung, des Reichssicherheitshauptamtes und der Schutzpolizei zu einer Besprechung ein, um die Einzelheiten der Räumungsaktionen zu erörtern. Er betonte, dass es ihm auf eine zügige Durchführung ankäme: die SS war in seinen Augen durchaus in der Lage, jeweils 100 Wohnungen in zwei Wochen zu räumen[48]. Nach einer kurzen Renovierung sollten diese Wohnungen dann Opfern von Luftangriffen zur Verfügung stehen. Hettlage und Speer hatten sich bereits früher darüber beklagt, dass „die Judenwohnungen z. T. recht verwohnt sind“[49]. Hettlage betonte zwar, dass die SS keine Wohnungen von Juden, die mit Nichtjuden verheiratet waren, räumen sollten, aber die Sitzungsprotokolle zeigen auch, dass er und sein Stellvertreter Willi Clahes keinerlei Skrupel hatten, tausende jüdische Bürger notfalls mit Gewalt aus ihren Wohnungen zu entfernen[50]. Beginnend mit der dritten Aktion im August 1941 konnten die Juden auch nicht länger Zuflucht im „Schachtelraum“ suchen, sie wurden nun deportiert[51]. Hettlages Hauptamt II erstellte die Listen der Juden, die aus ihren Wohnungen vertrieben und der Gestapo zur Deportation überantwortet werden sollten[52].

Für die Realisierung der monumentalen Baupläne Speers wurden gewaltige Mengen an Baumaterialien gebraucht. Diese sollten im Wesentlichen von Zwangsarbeitern und Häftlingen in den Konzentrationslagern produziert werden. Zu diesem Zweck gründete die SS im April 1938, nach einer Übereinkunft Hitlers mit Himmler und Speer, die Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH (DEST), ein dem Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS unterstelltes Unternehmen, das in Steinbrüchen, Steinbearbeitungsanlagen, Ziegelwerken sowie im Straßenbau in großem Umfang Häftlinge zur Arbeit einsetzen sollte[53]. Das Granitwerk Mauthau-

[46] BA Berlin, R 4606/158, Hettlage an Schmeers, 10. 12. 1938; vgl. Willems, Jude, S. 130.

[47] Vgl. Jaskot, Architecture, S. 100; Willems, Jude, S. 193; Breloer, Akte, S. 102. Diese Wohnungen sollten erst nach Kriegsende an Mieter, die von den Neugestaltungsplänen betroffen waren, vermietet werden.

[48] BA Berlin, R 4606/1975, Protokoll, 30. 1. 1941. Siehe auch Willems, Jude, S. 196 f., und Jaskot, Architecture, S. 101. Das Dokument ist nun veröffentlicht in: Breloer, Akte, S. 103–107.

[49] BA Berlin, R 4606/703, Hettlage i. V. Speer an den Oberbürgermeister der Stadt Berlin, 29. 7. 1940.

[50] BA Berlin, R 4606/1975, Protokoll, 30. 1. 1941.

[51] Vgl. Willems, Jude, S. 278–280.

[52] Vgl. ebenda, S. 326.

[53] Zur Gründung von DEST siehe Herman Kaienburg, Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 603–609; Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 42–58; Hermann Kaienburg, Vernichtung durch Arbeit. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbe-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen, in dem die Häftlinge des in der Nähe errichteten Konzentrationslagers zu Tode geschunden wurden, war einer der größten DEST- Betriebe[54]. Der GBI war nicht nur der beste Kunde von DEST, sondern finanzierte auch das Unternehmen und dessen stetige Erweiterung. 1940 verhandelte der GBI mit der SS über Pläne zum Bau des Steinbearbeitungswerks Oranienburg (Oranienburg II, auch bekannt als „Kommando Speer")[55]. Die Planungen für ein riesiges Ziegelwerk in Oranienburg (Oranienburg I) liefen bereits (allerdings stockend) seit 1938[56]. In der Nähe sollte nun großflächig Wald abgeholzt werden, um dort Fabrikhallen, Verwaltungsgebäude und Baracken für die Häftlinge sowie Eisenbahnverbindungen bauen zu können. Die Arbeiten sollten von den Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen durchgeführt werden[57]. Hettlage war auf Seiten des GBI mit der finanziellen Planung betraut und beaufsichtigte den Fortgang beider Projekte und die Überweisung der Zahlungen an die SS. Einen Machtkampf mit Oswald Pohl, dem Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, über Vertragsbestimmungen und Kosten für die Errichtung von Oranienburg II entschied er klar für sich. Ein von ihm überarbeiteter Vertrag wurde schließlich im Oktober 1942 unterzeichnet, der de facto dem GBI die Bauherrschaft übertrug[58]. In diesem Vertrag ging es nur mehr um „die Fertigstellung aller zum Lagerplatz gehörigen Arbeiten [...], die Errichtung des eigentlichen Steinbearbeitungswerks wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben" und die Häftlinge in immer stärkerem Maße „auf die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Beutegut umgestellt"[59].

Die kriegswichtigen Bauaufgaben des GBI reichten von der Beseitigung von Bombenschäden, der Luftrüstungsproduktion und dem Einsatz der Transportstandarte Speer bis zum Ausbau des Verkehrsnetzes vom Altreich in die besetzten Ostgebiete. Seit Dezember 1941 leitete der Baustab Speer–Ostbau Straßenbauarbeiten in der Ukraine, wobei sich tausende sowjetische Kriegsgefangene und zwangsrekrutierte Juden zu Tode arbeiten mussten[60]. Speer hatte auch eine Ausnahmegenehmigung Hitlers für den Einsatz russischer Kriegsgefangener bei der

strebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990, S. 75 f.; Jaskot, Architecture, S. 25–34.

[54] Vgl. Georg, Unternehmungen, S. 44 f.

[55] Vgl. Kaienburg, Wirtschaft, S. 727–745.

[56] Zum Ziegelwerk Oranienburg und seinen Problemen siehe Hermann Kaienburg, Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg, Berlin 2006, S. 301–320; Kaienburg, Vernichtung, S. 93–97; Kaienburg, Wirtschaft, S. 647–683; Walter Naasner, SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. Das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und die unter seiner Dienstaufsicht stehenden Unternehmungen und weitere Dokumente, Düsseldorf 1998, S. 139; Jaskot, Architecture, S. 104–106. Obwohl aufgrund eines fehlerhaften Produktionsverfahrens die Ziegelproduktion weit unter den erwarteten Ergebnissen blieb, stundete Hettlage dem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt die Rückzahlungen an den GBI. Vgl. Kaienburg, Sachsenhausen, S. 315.

[57] Vgl. Kaienburg, Wirtschaft, S. 727–745; ders., Sachsenhausen, S. 320–336.

[58] Vgl. Kaienburg, Wirtschaft, S. 732–736.

[59] Kaienburg, Vernichtung, S. 118.

[60] Vgl. Willems, Jude, S. 432–436.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neugestaltung Berlins erhalten[61]. Um den massiven Arbeitskräftebedarf befriedigen zu können, kamen hier auch Zwangsarbeiter zum Einsatz, die – wie die kriegsgefangenen Russen – in Lagern untergebracht waren. Die Kostenrechnung für Arbeitskräfteeinsatz unterstand Hettlages Hauptamt Wirtschaft und Verwaltung[62]. Gerade bei der Vermietung von Kriegsgefangenen an Bauunternehmungen verbuchte der GBI ordentliche Gewinne[63]. Nach Abzug der Kosten für den Unterhalt der Lager Kaulsdorf und Falkensee errechnete Hettlage für den Zeitraum von Oktober 1941 bis März 1942 einen Reingewinn von 110.000 Reichsmark[64]. „Sonnabends und Sonntags wird keine Suppe verabreicht"[65], hatte er unter dem Abschnitt „Verpflegung der Lagerinsassen" notiert. Hettlage hatte die grausame Behandlung nicht angeordnet, aber er segnete die Profitmaximierung durch die wirtschaftliche Ausbeutung der russischen Kriegsgefangenen unter unmenschlichen Bedingungen ab.

Leiter des Generalreferats Wirtschaft und Finanzen im Rüstungsministerium

Als Albert Speer nach Fritz Todts tödlichem Flugzeugabsturz im Februar 1942 von Hitler zum Rüstungsminister ernannt wurde, blieb er weiterhin GBI, und sein Mitarbeiterstab arbeitete nun ebenfalls sowohl für den GBI als auch für das Rüstungsministerium. Hettlage behielt also seine Stellung bei der Generalbauinspektion und leitete nun gleichzeitig das Generalreferat Wirtschaft und Finanzen, das bis 1944 eine eigenständige Abteilung innerhalb des Rüstungsministeriums bildete[66]. Hettlage war Speer unmittelbar unterstellt und galt als einer von Speers „engsten Mitarbeitern"[67]. In dieser Eigenschaft spielte er eine wichtige Rolle in der Organisation der deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie. Als treibende Kraft bei der Gründung der Mittelwerk GmbH im September 1943 hatte Hettlage erheblichen Anteil an der Verlagerung der Raketenproduktionsstätten vom ausgebombten Peenemünde in die unterirdischen Stollen bei Nordhausen in Thüringen[68]. Das dortige KZ Mittelbau-Dora, dessen Häftlinge die sogenannten Vergeltungswaffen bauen sollten, „verkörperte einen neuen Lagertyp, der vollständig

[61] Vgl. Reinhard Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998, S. 45.
[62] Vgl. Breloer, Akte, S. 134 f.
[63] Vgl. ebenda, S. 138.
[64] Vgl. ebenda, S. 136–138; BA Berlin, R 4606/4705, Ordentlicher Haushalt, 26. 9. 1941. Das Dokument ist nun veröffentlicht in: Breloer, Akte, S. 136 f.
[65] Ebenda, S. 137; BA Berlin, R 4606/4705, Ordentlicher Haushalt, 26. 9. 1941.
[66] Das Generalreferat Wirtschaft und Finanzen wurde im Rahmen einer Reorganisation des Rüstungsministeriums 1944 der Zentralabteilung von Willy Liebel unterstellt.
[67] Fest, Speer, S. 270.
[68] Vgl. Jens Christian Wagner, Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001, S. 195; Michael Thad Allen, The Business of Genocide. The SS, Slave Labor and the Concentration Camps, Chapel Hill 2002, S. 219 f. Laut Walter Dornberger, V2 – Der Schuss ins Weltall, Esslingen 1952, S. 92, wollten Hettlage und Gerd Degenkolb, der Leiter des A4 Sonderausschusses, bereits im Februar 1943 Peenemünde in eine private Aktiengesellschaft umwandeln, weil „die Führung des Werkes versagt" habe und „das Werk nicht den Anforderungen genügt".

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf die Belange der Rüstungsindustrie ausgerichtet war“[69]. „Verantwortliche Trägerin der Fertigung war die Mittelwerk GmbH“[70], die Teil der Rüstungskontor GmbH war, der „Hausbank des Ministeriums“[71] zur Finanzierung und Organisation der Kriegsgüterproduktion[72]. Das Rüstungskontor, das der Kontrolle Hettlages unterlag[73], war gegründet worden um „Beschaffungen aller Art“[74] zu finanzieren. Hettlage selbst nannte als Hauptaufgabe, Rohstoff- und Rüstungslieferungen außerhalb der regulären Wehrmachtskanäle zu ermöglichen[75]. Das Rüstungskontor expandierte schließlich zu einer komplexen „Rüstungsfinanzierungsinstitution“[76], die eine Reihe weiterer Beschaffungsgesellschaften, wie die Montanindustriewerke GmbH, die Rohstoffhandelsgesellschaft (Roges), die Energiebau Ost GmbH, die Mittelwerk GmbH oder das Industriekontor kontrollierte sowie den deutschen Rüstungsfirmen Kredite und Zuschüsse zur Verfügung stellte und Sonderaktionen, wie die Kupferaktion oder die Barackenaktion, „à fonds perdu finanzierte“[77]. Das Rüstungskontor verfügte, laut Eichholtz, „über Hunderte Millionen RM; diese Gelder hatte der Reichsfinanzminister pauschal zur Verfügung zu stellen, dessen Beschwerden über die große Zahl ‚bedenklicher […] Fälle‘ von Geschäften des Rüstungskontors wirkungslos blieben“[78]. Es ist kaum verwunderlich, dass die Commerzbank offenbar groß in das Geschäft mit den Speerschen Rüstungsbetrieben einstieg. Hettlage sicherte seiner Bank eine Monopol-

[69] Rothbart, Schreibtischtäter. Gleichwohl „unterstanden“, wie Wagner, Produktion, S. 194, betont, „das Lagerregime und der Einsatz der Häftlinge im Mittelwerk eben nicht einer einheitlichen Leitung“. Zum Mittelwerk und Konzentrationslager Mittelbau-Dora siehe auch Joachim Neander, „Hat in Europa kein annäherndes Beispiel.“ Mittelbau-Dora – ein KZ für Hitlers Krieg, Berlin 2000; ders., Das Konzentrationslager Mittelbau in der Endphase der NS-Diktatur, Clausthal-Zellerfeld 1997. Speer besuchte das Lager im Dezember 1943. Vgl. Albert Speer, Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981, S. 300 f.; Breloer, Akte, S. 227–241.

[70] Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–45, Boppard 1994, S. 321.

[71] Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–45, München 1999, Bd. II: 1941–1943, Teil 1 u. 2, S. 69.

[72] Zum Rüstungskontor siehe ebenda, S. 522, sowie Willi Boelcke, Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt a. M. 1969, S. 18–20.

[73] Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 69 u. S. 522. Tatsächlich war Hettlage Vorsitzender des Beirates des Rüstungskontors. Geschäftsführer war Wehrwirtschaftsführer Schmid-Lossberg; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), MA 1555/5, NI-438: Rundschreiben Speer – Rüstungskontor, 13. 7. 1942.

[74] Ebenda.

[75] National Archives, Kew (künftig: NA), FO 1031/141, Interrogation of Albert Speer and members of the former Reichsministry of Armaments and War Production, Report No. 18: examination of Karl Hettlage 26. u. 28. 6. 1945.

[76] Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522. Zur Organisation der Kriegswirtschaft unter Speer siehe auch Daniela Kahn, Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im Nationalsozialistischen Deutschland. Das Beispiel der Reichsgruppe Industrie, Frankfurt a. M. 2006, S. 436–466.

[77] Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522; IfZ-Archiv, MA 1555/5, NI-438: Rundschreiben Speer – Rüstungskontor, 13. 7. 1942.

[78] Eichholtz, Kriegswirtschaft, S. 522 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellung bei den lukrativen Geschäften mit dem Tod[79]. Als Finanzexperte des Ministeriums und Vorstandsmitglied der Commerzbank kontrollierte Hettlage einen beträchtlichen Anteil der Finanzen und der Finanzierung der deutschen Kriegsmaschine.

2. Übergangszeit 1945–1949: Karl M. Hettlage erfindet sich neu

Internierung in Kransberg

Bei Kriegsende begab sich Hettlage von Berlin über Sigrön nach Hamburg, um einer Gefangennahme auf von der Sowjetunion kontrolliertem Gebiet zu entgehen[80]. Der Krieg endete für ihn mit der Internierung im Lager „Dustbin" auf Schloss Kransberg, wo er sich in der Gesellschaft Speers und anderer Kollegen aus dem Rüstungsministerium sowie Wissenschaftlern und Wirtschaftsexperten wie Wernher von Braun oder Hjalmar Schacht wieder fand. „Operation Dustbin" war Teil der alliierten Anstrengungen, Einblick in die wissenschaftlichen Entwicklungen auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und die Organisation der deutschen Kriegswirtschaft zu erhalten. Sie mündeten schließlich in die „operation overcast" und „paperclip" – das nicht immer ganz freiwillige Engagement prominenter deutscher Wissenschaftler in den USA[81]. Die Verhöre der Mitarbeiter Speers bildeten die Grundlage für eine Reihe alliierter Berichte über Rüstung, Finanzfragen und Arbeit im Dritten Reich. Auch Hettlage wurde wiederholt vernommen und verfasste verschiedene Aufzeichnungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen[82]. Wie Speer hat es Hettlage verstanden, sich als unpolitischer Experte darzustellen. Im Gegensatz zu Speer gelang es Hettlage aber, die Alliierten von seiner Unschuld zu überzeugen.

Hettlage präsentierte sich als Rechtsexperte und Finanzfachmann, der seiner Stellung als Kämmerer der Stadt Berlin enthoben worden war, „da Goebbels ihn für politisch unzuverlässig hielt"[83]. Er betonte, dass er niemals Parteimitglied gewesen war, ließ jedoch seinen Rang als SS-Hauptsturmführer (SS-Nr. 276909) unerwähnt[84]. Wie so viele andere stilisierte sich Hettlage nun zum Opfer des Systems: "[in 1939] it became generally known that the Nazi Party

[79] Vgl. Rothbart, Schreibtischtäter.

[80] Vgl. Sereny, Speer, S. 524. Offenbar hat er einige Zeit auf dem Gut Sigrön verbracht, das Speers Freund Frank gehörte, und von dort aus auch den Transport der Speerschen Gemäldesammlung nach Hamburg organisiert. Siehe auch Anmerkung 124.

[81] Zur Operation Paperclip siehe Tom Bower, The Paperclip Conspiracy: the Battle for the Spoils and Secrets of Nazi Germany, London 1987.

[82] NA, WO 208/5206, Report No. 43, "Price Fixing and Price Control in Germany, Report No. 48, "The Financing of German War Production". Verzeichnis der Berichte, die auf Vernehmungen von Mitarbeitern Speers basierten, in: NA, WO 208/5205.

[83] NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

[84] BA Berlin, (ehemals BDC), SS-Führerpersonalakten, 94-A, Dr. Karl Hettlage. Hettlage trat der SS im September 1936 als Untersturmführer bei. Am 11. 9. 1938 wurde er zum Hauptsturmführer befördert.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fought me“[85], behauptete er 1945. Hettlage bestand darauf, ein Gegner des Regimes gewesen zu sein, und verwies auf Gespräche mit Carl Goerdeler über verschiedene Pläne, Hitler zu beseitigen. Er habe sich in den Unterredungen mit Goerdeler gegen die Attentatspläne ausgesprochen, da die militärische Niederlage Deutschlands noch nicht offensichtlich gewesen sei und er die Entstehung einer weiteren Dolchstoßlegende befürchtet habe. Nach dem gescheiterten Attentat vom Juli 1944 sei er verhaftet worden, so Hettlage, und Speer habe sich für seine Freilassung einsetzen müssen[86].

Hettlage betonte, dass es im Dritten Reich eine klare Trennung von Wirtschaft und Politik gegeben habe: Die Nationalsozialisten hätten sich nicht mit Wirtschaftspolitik befasst, sondern nur ihre Leute in den wichtigsten Unternehmen platziert. Der deutschen Industrie und den Wirtschaftsfachleuten hingegen habe es an politischem Einfluss und Interesse gefehlt[87]. Er selbst sei von den Nazis aufgrund seiner Fachkenntnisse benutzt worden. Hettlage gab bereitwillig Auskunft über komplizierte Finanzierungsfragen und konnte so das Bild eines unpolitischen Wirtschaftsexperten verfestigen. Über das Mittelwerk und den dortigen Einsatz von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen wurde er nicht befragt[88]. Der Grund dafür lag wohl darin, dass die Alliierten das A4/V2-Programm nicht öffentlich mit Kriegsverbrechen assoziiert sehen wollten, da sonst Wissenschaftler wie von Braun, an denen sie selbst interessiert waren, als Kriegsverbrecher hätten angeklagt werden müssen. Aus diesem Grund wurde das Mittelwerk auch in den Nürnberger Prozessen nur am Rande erwähnt[89].

Hettlage schwieg auch über seine Tätigkeit beim GBI, während er seine Mitgliedschaft im Vorstand der Commerzbank nach seinem Ausscheiden als Stadtkämmerer in Berlin durchaus thematisierte. Er habe Speer als Stadtkämmerer kennen gelernt und musste in dieser Eigenschaft „Speers extravaganten Plänen ablehnend gegenüber stehen“[90]. Tatsächlich hatte sich der Stadtkämmerer Hettlage, wie auch die Berliner Stadtverwaltung insgesamt, für Speers Baupläne eingesetzt, was angesichts der personellen Verbindungen zwischen dem GBI und der Stadtverwaltung auch nicht verwunderlich war[91].

---

[85] IfZ-Archiv, ZS 920, Hettlage Prof. Dr. Karl, Questionnaire NIQS-II (Übersetzung), Office of Chief of Counsel for War Crimes, Nürnberg 31. 12. 1946.

[86] NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

[87] Ebenda.

[88] Hettlage wurde nur sehr allgemein über Arbeit und Arbeitskräfte befragt. IfZ-Archiv, OMGUS, 7/39–3/4–7, US Strategic Bombing Survey, APO 413, Interview 12A, Dr. Karl Hettlage, 16. 6. u. 18. 7. 1945.

[89] Vgl. Neander, Mittelbau, S. 482. Eine ähnliche Einschätzung bei Michael Neufeld, Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1997, S. 322 f.

[90] NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

[91] Vgl. Willems, Jude, S. 28–30. Trotzdem kam es zu einem Streit zwischen dem Berliner Oberbürgermeister Julius Lippert und Speer, der schließlich zu Lipperts Entlassung führte. Siehe

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der offensichtliche Widerspruch in Hettlages Angaben blieb nicht völlig unbemerkt. Der amerikanische Vernehmungsbeamte notierte, dass Hettlages Widerstand gegen Speers Baupläne diesen „offensichtlich nicht davon abgehalten hat, Hettlage 1941 zu seinem Finanzberater zu machen“[92]. Im Vernehmungsprotokoll stand dann weiter zu lesen: „Hettlage antwortete vage auf die Frage, wann genau Speer ihn aufgefordert hatte, sein Wirtschafts- und Finanzberater im Rüstungsministerium zu werden – Ende 1942 oder Anfang 1943. Er arbeitete auf Teilzeitbasis unentgeltlich im Ministerium und bezog sein Einkommen von der Commerzbank.“[93] Tatsächlich war der „ehrenamtliche Finanzberater“ Hettlage auf den Gehaltslisten des GBI für das Jahr 1944 als „Präsident der Hauptabteilung II, beim GBI beschäftigt seit 1. 4. 1940“ verzeichnet. In dieser Eigenschaft bezog er bis Kriegsende ein Gehalt in Höhe von monatlich 1589 Reichsmark (incl. 250 RM Ministerialzulage)[94]. Hinzu kam noch eine monatliche Aufwandsentschädigung von 500 RM, die er vom Rüstungsministerium erhielt[95].

Hettlage wurde aus Kransberg frühzeitig entlassen. In den Nürnberger Nachfolgeprozessen wurde er nicht angeklagt, er war allerdings dort eine Weile in Zeugenhaft[96]. Der Finanzexperte hatte seinen Lebens- und Berufsweg erfolgreich zurechtgebogen. Außerdem kam ihm zugute, dass die Alliierten die Mittelwerk GmbH nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rücken wollten.

Entnazifizierung 1948

1948 nahm Hettlage die nächste Hürde auf dem Weg zurück in den beruflichen Erfolg: Der Entnazifizierungsausschuss Bonn-Bad Godesberg stufte ihn in die Kategorie V (entlastet) ein und vermerkte, Hettlage sei „politisch tragbar“[97]. Wieder einmal verschwieg das Vorstandsmitglied der Commerzbank seine Stellung im Rüstungsministerium. Auch die Generalbauinspektion erwähnte Hettlage in

Cordula Ludwig, Korruption und Nationalsozialismus in Berlin 1924–1934, Frankfurt a. M. 1998, S. 226 f.

92 NA, FO 1031/141, Report No. 18 based on the examination of Karl Hettlage, head of the Economic and Financial Division of the Speer Ministry, 26. 6. u. 28. 6. 1945.

93 Ebenda. Ähnlich IfZ-Archiv, ZS 920, Bl. 11, Historical Report, Prof. Dr. Karl M. Hettlage Special Financial Adviser to Albert Speer, 1. 10. 1945, Hettlage erklärte, Speer habe ihn gebeten, “to place myself at his disposal informally as a consultant on questions of finance“.

94 BA Berlin, (ehemals BDC), DS/Speer Listen E 92, Bl. 744, Gehaltsabrechnung 1944/45.

95 Ebenda, Bl. 754, Liebel an Amtschefs, 3. 6. 1944. Hettlages Auskünfte waren vage. Er gab an, von 1933 bis 1939 ein Jahresgehalt von 23.000 bis 25.000 RM bezogen zu haben. Von wem er das Gehalt erhielt, blieb offen. Mit der Ernennung zum Vorstandsmitglied der Commerzbank 1940 habe sich sein reguläres Einkommen von 25.000 auf 36.000 RM erhöht. Die Generalbauinspektion erwähnte er nicht. Allerdings datierte Hettlage den Beginn seiner Tätigkeit bei der Commerzbank fälschlicherweise auf 1940, dem Zeitpunkt seines Eintritts in die Generalbauinspektion. IfZ-Archiv, ZS, 920, Bl. 3–6, Questionnaire NIQS-II (translation) Statement under Oath of Prof. Dr. Karl Maria Hettlage, 31. 12. 1946.

96 BA Koblenz, Z 42 IV/3756, Spruchgericht Bielefeld, Ermittlungssache gegen Dr. Karl Hettlage, Vernehmung beim Spruchgericht Hamburg-Bergedorf, 19. 10. 1948.

97 HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Fragebogen, case summary, 14. 7. 1948.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seinem vierseitigen, einzeilig getippten Lebenslauf mit keinem Wort[98]. Aus Furcht, eingezogen zu werden, so Hettlage, habe er sich Ende 1942 bereit erklärt, als ehrenamtliche Tätigkeit das Haushaltsreferat im Rüstungsministerium zu übernehmen[99]. „Die Finanzfragen", versicherte er, „waren nicht sehr zahlreich, da sie fast ganz im Finanz- und Wirtschaftsministerium entschieden wurden."[100] Die Auslandsreisen, die Hettlage als Präsident der Durchführungsstelle des GBI bzw. im Auftrag des Rüstungsministers unternommen hatte, verschwieg er auf seinem Entnazifizierungsfragebogen. Dort gab er nur seine Reisen für die Commerzbank an[101].

Dagegen listete Hettlage eine Reihe von Beispielen „seines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem" auf. Er betonte insbesondere seine Kontakte zu ermordeten Männern des 20. Juli wie Carl Goerdeler, den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Merseburg, Ernst von Harnack, und den preußischen Finanzminister Popitz. Hettlages Sekretärin bestätigte in einer Erklärung die Kontakte zu Goerdeler und Popitz und behauptete, sie habe ein Gnadengesuch für von Harnack getippt, das Hettlage und Harnacks Frau bei der Gestapo eingereicht hätten[102]. Hettlage verwies auch darauf, jüdischen Mitbürgern geholfen zu haben. Für die jüdische Frau des ehemaligen Präsidenten des Städtetages Oskar Mulert habe er eine gefälschte amtliche Bescheinigung ausgestellt, um dem Ehepaar die Flucht und das Überleben in einem Versteck zu erleichtern[103]. Hettlage legte dem Entnazifizierungsausschuss ein Dutzend Gutachten vor, die ihn als Gegner des Nationalsozialismus beschrieben. Der Eifer trieb zum Teil seltsame Blüten: Der Rechtsanwalt Wilhelm S. beispielsweise erklärte: „Bei den unterirdischen Verlagerungen, bei denen im großen Stil ausländische Arbeiter und Insassen von Konzentrationslagern als Arbeitskräfte unter Tage eingesetzt wurden, ermöglichte es ihm [Hettlage] seine persönliche Bekanntschaft mit dem Chefarzt der OT zu bewirken, dass die Arbeiter nicht

[98] Ebenda, Lebenslauf, ohne Datum. In Hettlages Entnazifizierungsakte ist der Fragebogen nur unvollständig vorhanden. Die Seiten 3–10 fehlen, darunter die Fragen nach Beschäftigung und Einkommen. Nachdem Hettlage in seinem vollständig vorhandenen Lebenslauf die Generalbauinspektion mit keinem Wort erwähnt, wird er wohl dazu keine oder nur sehr vage Angaben auf dem Fragebogen gemacht haben und auch kein Gehalt vom GBI angegeben haben.

[99] Ebenda.

[100] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Lebenslauf, ohne Datum. In diesem Lebenslauf erwähnt Hettlage auch keine Tätigkeit als „Finanzberater" Speers vor Ende 1942. Ein vager Hinweis darauf findet sich in den Angaben seiner Sekretärin, in: Ebenda, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948.

[101] Ebenda, Fragebogen, S. 11. Hettlage reiste im Auftrag Speers 1940 nach Jugoslawien, 1941 nach Ungarn und 1942 nach Spanien. BA Koblenz, N 1318/74, Reisetagbuch Rudolf Wolters, 4. 10. 1940 u. 20. 9. 1941, und N 1318/2, 19. 10. 1942. Im April 1944 rief Speer seine engsten Mitarbeiter zu sich nach Meran, wo er sich von einer längeren Krankheit erholte; ebenda, N 1318/5, 23. 4. 1944.

[102] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948.

[103] Ebenda, Einzelfälle meines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem, ohne Datum.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr unter Tage leben mussten und auch sonst menschenwürdig behandelt wurden."[104] Hettlage selbst erwähnte dies nicht, sondern erklärte an anderer Stelle: „Ich habe natürlich davon gewusst, dass es in Deutschland Konzentrationslager gab. Die bekanntesten waren mir auch dem Namen nach bekannt. Ich meine hierbei die Lager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau. [...] Weiter war mir bekannt, dass die KL von der SS bewacht wurden, sowie dass die KL Wirtschaftsunternehmen unterhielten, deren Ertrag der SS zugute kam. Es war mir u. a. bekannt, dass die Ziegelsteine, die in Berlin zum Hausbau verwendet wurden, zum Teil aus einer Ziegelei kamen, die in der Nähe des KL Oranienburg lag und in der Häftlinge beschäftigt wurden. Dass das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS in Berlin für alle Wirtschaftsfragen der KL die Zentrale war, das wusste ich nicht. Es war mir auch unbekannt, wie die Lagerinsassen behandelt wurden."[105]

Kurz nach dem Abschluss der Entnazifizierung in Bonn-Bad Godesberg im Juli 1948 begann beim Spruchgericht Bielefeld ein zweites Verfahren gegen Hettlage wegen seiner SS-Mitgliedschaft. Die britischen Besatzungsbehörden ließen gegen alle Mitglieder einer in Nürnberg als verbrecherisch erklärten Organisation, die in der britischen Zone lebten, ein Spruchkammerverfahren durchführen[106]. Hettlages SS-Mitgliedschaft wurde schließlich als bloßer SS-Ehrendienstrang bewertet, der mit seinem Ausscheiden als Stadtkämmerer 1939 erloschen sei, und das Verfahren im November 1948 vom Spruchgericht Bielefeld eingestellt[107].

Als Hettlage sich 1948 der Entnazifizierung stellen musste, war der Prozess in der britischen Zone chaotisch und unübersichtlich geworden; obendrein stand er kurz vor dem Abschluss. Bereits ein Jahr zuvor war die Zuständigkeit dafür fast ganz in deutsche Hände übergegangen[108]. Hettlage profitierte davon[109], wie ihm auch zugute kam, dass er Gutachten von angesehenen Persönlichkeiten vorweisen und seine Kontakte zu Goerdeler wirkungsvoll präsentieren konnte. In Wahrheit spielte Hettlage aber im Goerdeler-Kreis keine größere Rolle – zumindest in der Literatur zu Goerdeler und zum 20. Juli bleibt er unerwähnt[110]. Goerdeler

[104] Ebenda, Eidesstattliche Erklärung Dr. Wilhelm S., 1. 3. 1948.

[105] BA Koblenz, Z 42 IV/3756, Spruchgericht Bielefeld, Ermittlungssache gegen Dr. Karl Hettlage, Vernehmung, 19. 10. 1948.

[106] Siehe hierzu Heiner Wember, Entnazifizierung nach 1945: Die deutschen Spruchgerichte in der britischen Zone, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 405–426, hier S. 405–410.

[107] LA Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Spruchgericht Bielefeld, Einstellung des Verfahrens, 18. 11. 1948. Zur Beurteilung von sogenannten „Ehrenrängen" durch die Spruchgerichte siehe auch Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991, S. 308–310.

[108] Vgl. Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Beatzungszonen 1945–49, München 1991, S. 30 f.; Jörg Krämer, Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Frankfurt a. M. 2001, S. 313–361.

[109] Vgl. Wember, Umerziehung, S. 345.

[110] Vgl. Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, hrsg. von Sabine Gillmann und Hans Mommsen, 2 Bde, München 2003; Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964; Daniela Rüther, Der Widerstand des 20. Juli auf dem

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte aber nach seiner Verhaftung lediglich ausgesagt, seinem Bekannten, dem Freiburger Volkswissenschaftler und Niemöller-Vertrauten, Constantin von Dietze, nahe gelegt zu haben, „über Professor Hettlage an Reichsminister Speer heranzutreten, um Reichsminister Speer seine Meinung über die Kriegslage vorzutragen“[111]. Diese Aussage zog wahrscheinlich Hettlages vorübergehende Verhaftung nach sich. Ob Dietze diesem Rat gefolgt ist, konnte nicht geklärt werden. Die Aussage lässt jedoch den Schluss zu, dass Goerdeler Hettlage gut kannte und ihm vertraute. Offenbar hatte er Hettlage nach einem erfolgreichen Putsch für eine Stelle im Finanzministerium vorgesehen[112]. Hettlages Chef war allerdings ebenfalls auf den berühmten Namenslisten der Verschwörer zu finden[113]. Speer setzte sich nach dem fehlgeschlagenen Attentat für die Freilassung von Freunden ein, die verhaftet worden waren, und auch Hettlage kam bald wieder frei[114]. Einer erneuten Verhaftung kurz vor Kriegsende konnte er sich nach eigenen Angaben durch Untertauchen entziehen[115]. 1963 verfasste er einen Aufsatz über Popitz, der in dem Band „Männer der deutschen Verwaltung“ erschien. Darin beschrieb Hettlage noch einmal seine Treffen mit Popitz und Goerdeler vor und während des Krieges[116].

Weg in die soziale Marktwirtschaft, Paderborn 2003; Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München [3]1979; Gustav von Harnack (Hrsg.), Ernst von Harnack. Jahre des Widerstands, 1932–45, Pfullingen 1989; Gerd Ueberschär, Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat, Frankfurt a. M. 2005; Für Deutschland. Die Männer des 20. Juli, hrsg. von Klemens von Klemperer, Enrico Syring und Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M. 1993; Kurt Finker, Der 20. Juli 1944, Berlin 1994; Klaus Scholder (Hrsg.), Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944, Berlin 1982.

111 Hans Adolf Jacobsen, „Spiegelbild einer Verschwörung“. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, Stuttgart 1984, S. 433. Dort fehlerhaft als Walter Hettlage verzeichnet; BA Berlin, NS 6/14, Kaltenbrunner an Bormann, 2. 10. 1944.

112 HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Einzelfälle meines aktiven und passiven Widerstandes gegen das Nazisystem, ohne Datum; ebenda, Eidesstattliche Erklärung von Charlotte S., 29. 2. 1948. Um eine Spitzenposition hat es sich dabei nicht gehandelt, jedenfalls taucht Hettlages Name bei den SD Ermittlungen zu den Regierungslisten nicht auf. BA Berlin, NS 6/5 Kaltenbrunner an Bormann, 26. 7. u. 27. 7. 1944.

113 Vgl. Schmidt, Speer, S. 123.

114 Vgl. Fest, Speer, S. 308, und Janssen, Ministerium, S. 270.

115 Charlotte S. behauptete in ihrer eidesstattlichen Erklärung, in: HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage: „In der letzten Zeit des Krieges hielt sich Herr H. auf einem Landgut in der Prov. Brandenburg versteckt. Er wurde in Berlin von der Gestapo gesucht.“ Rudolf Wolters berichtet allerdings, am 8. 4. 1945 einen sehr gut informierten Professor Hettlage in Berlin angetroffen zu haben: „Gestern gegen 19.00 in Berlin bei Speer. [...] Hettlage, den ich zufällig traf, erzählte mir von dem gescheiterten Gespräch mit Amerika, über Schweden, und von der neuen Fühlungnahme mit Russland, die Schnurre unternehme. Speer habe ihm dazu einige Tipps gegeben.“ BA Koblenz, N 1318/60, Lebensabschnitte, S. 365.

116 Vgl. Karl Maria Hettlage, Johannes Popitz, in: Männer der deutschen Verwaltung, Köln 1963, S. 329–347, hier S. 340, Anm. 17, u. S. 346. Der Band (ohne Einleitung, Schluss oder Herausgeber) enthält 23 Essays zu Persönlichkeiten in der Verwaltung, die überwiegend von Universitätsprofessoren und Verwaltungsbeamten verfasst sind.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der „Widerstand" gegen das nationalsozialistische Regime spielte – wie in vielen anderen Fällen auch – in Hettlages Selbstdarstellung eine unangemessen große Rolle, bestätigt aber den Gesamteindruck, dass es sich bei Hettlage keineswegs um einen überzeugten Nationalsozialisten handelte. Er war kein NSDAP-Mitglied, blieb praktizierender Katholik, unterhielt Kontakte zum Goerdeler-Kreis und half, jüdische Bekannte vor Verfolgung zu schützen. Die Frage nach den Motiven muss sich daher auf andere Aspekte konzentrieren. Dem jungen Stadtkämmerer mag eine Stelle bei Speer, der sich so offensichtlich Hitlers Gunst erfreute, reizvoll und vielversprechend für seinen weiteren beruflichen Werdegang erschienen sein. Speer beschäftigte ein sehr junges unkonventionelles Team, das Einsatzfreude und Aufbruchstimmung versprühte[117]. Die Positionen bei Speer waren außerordentlich gut bezahlt[118], und Speer scheint „seinen Mitarbeitern das Gefühl vermittelt zu haben, einer Elite anzugehören, die sich in einem privilegierten Freiraum bewegte, in dem man sich vom Geschehen ringsum selbstbewusst distanzieren zu können meinte"[119]. Hettlage hat sich dazu leider nie geäußert. Von ihm selbst wissen wir nur, dass er von Speer fasziniert war: "I must say that he interested me very much", erzählte er Gitta Sereny, "in the final analysis there was no one in Germany of his caliber; he was what I would call a 'psychic' [intuitive], organizer, a very special gift which went far beyond architecture or any specialty. And I suppose one must say that it was very perceptive of Hitler to recognize this talent so early."[120]

Beruflicher Neubeginn

Nach Kriegsende blieb Hettlage in Kontakt mit Speer und Rudolf Wolters, Speers altem Studienfreund, der als ehemaliger Direktor des Hauptamtes I im Speerministerium[121] fungiert und 1943 eine hagiografische Speerbiografie geschrieben hatte. Hettlage und Wolters halfen ihrem inhaftierten Chef in rechtlichen Angelegenheiten wie Erbstreitigkeiten[122]. Hettlage sandte zudem kleine Geschenke nach Spandau, und Speer bat Hettlage, seine Beziehungen zur Volkswagenstiftung für ein Doktorandenstipendium für seinen Sohn Arnold spielen zu lassen[123]. Hettlage half Speer auch, einen Teil seiner Kunstsammlung wieder zu erlangen, die bei ehemaligen Freunden Speers versteckt worden war[124].

[117] Vgl. Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1986, S. 136–138.
[118] Vgl. Fest, Speer, S. 96; Willems, Jude, S. 31 f.; Durth, Architekten, S. 136.
[119] Ebenda, S. 137.
[120] Sereny, Speer, S. 157, (Klammer im Original).
[121] Vgl. Rudolf Wolters, Albert Speer, Oldenburg 1943.
[122] BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/104, Wolters an Hettlage, 30. 7. 1952.
[123] Ebenda, N1340/27, Speer an Hettlage, 17. 5. 1967.
[124] In den letzten Kriegstagen hatte Hettlage Speer geholfen, die Gemälde in Sicherheit vor der heranrückenden Roten Armee zu bringen. Hettlage veranlasste ihre Verbringung von Sigrön nach Hamburg, wo er sie im Safe der Commerzbank lagern ließ. Von dort wurden sie zu Bekannten Speers, der Familie Frank, gebracht. Robert Frank behauptete dann als Speer in Spandau war, dass es sich bei den Gemälden um ein Geschenk der Speers gehandelt hätte und verweigerte die

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überhaupt muss gesagt werden, dass Speers Mitarbeiter nach 1945 rasch wieder auf die Beine kamen und dass die alten Netzwerke bald wieder funktionierten. Wolters beispielsweise gelang es, einige lukrative Bauaufträge in seiner Heimatstadt Coesfeld zu erhalten. Speer hatte in seinem Ministerium bereits im Dezember 1943 einen „Arbeitsstab für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte" ins Leben gerufen und sich dabei von der Annahme leiten lassen, dass nach dem Krieg seine Erfahrungen und die seines Stabes gefragt sein würden[125]. Zunächst waren nur die engsten Mitarbeiter Speers, also Wolters, Hettlage und Willy Liebel, in das Projekt Arbeitsstab Wiederaufbau eingeweiht, das von Wolters geleitet wurde[126]. Anfang 1945 beauftragte Speer Wolters, das „Nachkriegsbüro Speer" einzurichten, und Wolters gewann den ihm bekannten Ingenieur Heinrich Lübke zur Mitarbeit[127], der seit September 1939 für das Architekturbüro Walter Schlempp gearbeitet hatte. Schlempp und sein Team waren als Baugruppe Schlempp zum GBI dienstverpflichtet[128], ab 1942 arbeitete die Baugruppe für das Rüstungsministerium[129]. Lübke war in UK-Stellung mit dem Aufbau der Heeresversuchsanstalt für Raketen und Abschussanlagen in Peenemünde beschäftigt. Das Verhältnis zwischen Wolters und Lübke verschlechterte sich jedoch im Laufe des Jahres 1945, da offenbar beide die Führungsrolle im „Nachkriegsbüro Speer" beanspruchten[130]. Aus diesem gingen schließlich das Baubüro Lübke in Höxter und das Architekturbüro Wolters in Coesfeld hervor, in dem Hettlage als Finanz- und Rechtsberater fungierte[131]. Als Wolters zusammen mit Friedrich Tamms, einem Studienfreund von Speer und Wolters und ehemaligen GBI-Mitarbeiter, einen Großauftrag zum Wiederaufbau der Stadt Düsseldorf erhielt, hagelte es Kritik an der extravaganten Planung. Sogar der Verdacht wurde laut, die Kosten seien absichtlich zu niedrig kalkuliert worden, um Stadtverwaltung und Öffentlichkeit über die finanziellen Verpflichtungen zu täuschen[132]. In dieser Situation trat Karl Hettlage als unabhängiger Gutachter auf den Plan, der bestätigte, dass die finanziellen Kalkulationen „unanfechtbar" seien[133].

Rückgabe. 1980 erzwang Hettlage die Rückgabe eines Teils der Sammlung mit rechtlichen Mitteln. BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/95, Schütz an Hettlage, 15. 12. 1952, Hettlage an Schütz, 15. 2. 1953, Frank an Freiberger 22. 4. 1954, Memorandum Speer, ohne Datum, und Hettlage an Oppenhoff, 22. 2. 1980. Siehe hierzu auch Breloer, Akte, S. 418 f. Zu Speer als Kunstsammler vgl. Jonathan Petropoulos, Art as Politics in the Third Reich, Chapel Hill 1996, S. 233–237.

125 Vgl. Durth, Architekten, S. 202–209.

126 Vgl. ebenda, S. 209.

127 Ebenda, S. 240.

128 Vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn 1996, S. 122.

129 Vgl. ebenda.

130 Vgl. Morsey, Lübke, S. 136 f. Hinzu kam, dass Lübke Wolters für einen „unverbesserlichen Nazi" und Wolters Lübke „für einen ebensolchen Sozi, einen von der ‚schwarzen' Sorte" hielt, zit. nach ebenda, S. 135. Das hat Lübke offenbar nicht davon abgehalten, Wolters bei der Entnazifizierung behilflich zu sein. Vgl. ebenda, S. 136.

131 Vgl. Durth, Architekten, S. 259. Karl Wolters, Rudolf Wolters Onkel, war Bürgermeister von Coesfeld, in: Ebenda.

132 Vgl. ebenda, S. 282.

133 Ebenda, S. 282; vgl. auch Jaskot, Architecture, S. 146.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hettlage und Lübke kannten sich schon aus der gemeinsamen Zeit als Abgeordnete der Zentrumspartei im preußischen Landtag[134]. Bei der Baugruppe Schlempp war Lübke für die finanzielle Abrechnung mit dem GBI und dem Rüstungsministerium zuständig, was angesichts seiner Bekanntschaft mit Hettlage sicher kein Zufall war. Hettlage hatte die Baugruppe Schlempp dann auch besonders im Blick: „Auf Initiative Hettlages erhielt die Baugruppe Schlempp Anfang Juni 1944 in Anerkennung ihrer für das ‚Bauvorhaben Peenemünde' unter ‚besonders schwierigen Verhältnissen' geleisteten, nunmehr abgeschlossenen Arbeit ein Sonderhonorar in Höhe von 200.000 RM überwiesen, die Hälfte davon für Schlempp, die andere Hälfte zur Verteilung an seine Mitarbeiter."[135] Lübke konnte sich für den Gefallen bald revanchieren. 1948 schrieb er, inzwischen Minister für Ernährung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, ein positives Gutachten für Hettlages Entnazifizierungsverfahren[136].

Andere Kontakte erwiesen sich ebenfalls als nützlich. 1948 riet Hugo Mönnig, ehemaliger Vorsitzender des Zentrums im Rheinland, Konrad Adenauer, Karl Hettlage als Finanzberater zu engagieren[137]. Mönnig hatte ebenfalls ein Gutachten für Hettlages Entnazifizierungsverfahren beigesteuert[138]. Adenauer und Hettlage kannten sich aus der Stadtverwaltung Köln, in die Adenauer den jungen Juristen geholt hatte. Ein loser Kontakt blieb über Dannie Heineman und Hjalmar Schacht offenbar auch während des Dritten Reiches bestehen[139]. Adenauer hatte dennoch Bedenken, die Mönnig auszuräumen versuchte. Im Juli 1948 schrieb er an Adenauer: „Bei Ihrem letzten Hiersein sprachen wir u. a. auch von Herrn Professor Dr. Hettlage. Sie waren der Meinung, er sei Pg und Mitglied der SS gewesen, was ich damals direkt verneinte. Inzwischen ist das Entnazifizierungsverfahren durchgeführt, und die Bonner Kommission hat ihn in die Kategorie ‚nicht betroffen' einstufen müssen. Man hat sogar die Kosten des Verfahrens mit der Begründung niedergeschlagen, weil er aktiv in der Widerstandsbewegung tätig gewesen sei. [...] Ich möchte Sie nochmals auf Hettlage aufmerksam machen, weil er ein Mann von ganz ungewöhnlichem Können ist. [...] Hettlage wird jetzt seine Stellung als 1. Vorstandsmitglied der Commerzbank in Hamburg antreten. Ich bin aber der Meinung, dass bei den wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die hier im Westen jetzt der Lösung harren, man an einem Manne wie Hettlage nicht vorbeigehen sollte."[140]

---

[134] Vgl. Morsey, Lübke, S. 126.
[135] Ebenda, S. 126.
[136] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Bescheinigung. Betr.: Politische Haltung des Professor Dr. Karl Maria Hettlage in der Zeit von 1933–45, 3. 5. 1948.
[137] Vgl. Adenauer, Briefe, 1947–49, Rhöndorfer Ausgabe, Bd. 1/2, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1984, S. 651.
[138] HStA Düsseldorf, NW 1049/56747, Entnazifizierung Prof. Hettlage, Erklärung Justizrat Hugo Mönnig, 1. 5. 1948.
[139] Vgl. Adenauer im Dritten Reich, Rhöndorfer Ausgabe, Bd. 4, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1991, S. 321 u. S. 626 f.
[140] Stiftung Bundeskanzler Adenauer Haus, I 07.22, Bl. 240, Mönnig an Adenauer, 30. 7. 1948.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer stimmte daraufhin einer Unterredung mit Hettlage zu[141], und 1949 beauftragte er ihn mit der Erstellung eines Gutachtens zum Thema Sparpolitik und Kapitalbildung[142]. Allerdings führte dieser Kontakt offenbar nicht zu einer weiteren Zusammenarbeit: Ob Adenauer Distanz wahren wollte oder ob Hettlage eine berufliche Offerte Adenauers ausschlug, wissen wir nicht. Klar ist aber: Die erfolgreiche Entnazifizierung, alte Kontakte sowie Hettlages außerordentliche Fachkenntnisse ebneten den Weg zur Fortsetzung der beruflichen Karriere. Die Commerzbank sah keinen Grund zur Unzufriedenheit mit Hettlages Leistungen und machte 1948 den Anfang – Universitäten und Regierung folgten. 1949 wurde Hettlage außerordentlicher Professor an der Universität Bonn und 1951 auf einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaften an die Universität Mainz berufen.

Erneute Entnazifizierung

1951 musste sich Hettlage erneut einem Spruchgericht stellen. In Westberlin wurde ein Sühneverfahren gegen ihn eröffnet. Diese späte Entnazifizierung, eine Berliner Besonderheit, richtete sich vor allem gegen Personen, die in Berlin lebten oder Vermögen in Berlin hatten und im Verdacht besonderer Belastung standen[143]. Hettlage hatte Grundbesitz in Berlin und sich trotz seines Wegzugs aus Berlin dort nie abgemeldet. Er sandte eine Kopie seines Bonner Entnazifizierungsbescheids nach Berlin, aber die Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf ließ sich dadurch nicht beeindrucken und eröffnete ein Sühneverfahren gegen Hettlage als ehemaliges Mitglied der SS, der Akademie für deutsches Recht sowie einer Freikorpseinheit (1922–25)[144]. Hettlage betonte dabei erneut, dass seine SS-Mitgliedschaft beim Stabe Hauptamt SS (Nr. 276909) nur zeitweilig und ehrenhalber bestanden habe, der SS-Ehrenrang ihm in seiner Eigenschaft als Stadtkämmerer auf Veranlassung des Oberbürgermeisters verliehen worden sei und 1939 geendet habe[145]. Die SS verlieh diese Art von Ehrenrängen tatsächlich an höhere Beamte. Trotzdem bleiben in diesem Fall einige Fragen: Auf seiner SS-Stammkarte ist Hettlage bis Juni 1941 als Mitglied geführt. Vermerkt ist dort auch der Besitz eines SA-Sportabzeichens sowie eines Julleuchters, der üblicherweise von Himmler an verdiente SS-Mitglieder vergeben wurde. Diese Julleuchter mussten bei Verstößen gegen die Grundsätze der SS zurückgegeben werden – eine Rückgabe von Hettlages Julleuchter ist jedoch nicht vermerkt, und Hettlage selbst hat später weder den Besitz noch eine Rückgabe je erwähnt.

[141] Ebenda, I 07.22, Bl. 239, Adenauer an Mönnig, 2. 8. 1948.

[142] Vgl. Adenauer, Briefe, 1947-49, S. 416 u. S. 651. Adenauer sandte das Gutachten an Robert Pferdemenges. Weitere Korrespondenz scheint sich in dieser Angelegenheit nicht ergeben zu haben.

[143] Zum Berliner Gesetz zum Abschluss der Entnazifizierung vom 14. 6. 1951 vgl. Stefan Botor, Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung, Frankfurt a. M. 2005, S. 100–141. So wurde z. B. auch gegen Werner Best ein Verfahren in Berlin eröffnet. Vgl. Herbert, Best, S. 488 f.

[144] LA Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11536, Spruchkammer Berlin, Eröffnung eines Sühneverfahrens, 11. 3. 1955.

[145] Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 31. 3. 1955.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf wusste auch von Hettlages Freikorpsmitgliedschaft. „Das sog. ‚Freikorps Westfalen'", so Hettlage, „war eine von der Preußischen Staatsregierung unter Innenminister Severing gebildete Studentenformation an der Universität Münster für den politischen Kampf gegen die KPD während der Unruhen im Ruhrgebiet."[146] Auf Hettlages SS-Stammkarte war aber keine Mitgliedschaft in einem „Freikorps Westfalen" (eine Formation mit diesem Namen scheint es auch nicht gegeben zu haben), sondern beim „Westfalen-Treubund" verzeichnet, dessen republikfeindliche Aktivitäten bereits beschrieben worden sind. Auch hier wurde also der Lebenslauf retuschiert.

Die Sorge, 10 Jahre nach Kriegsende noch einmal und diesmal vielleicht sogar genauer unter die Lupe genommen zu werden, ist in Hettlages Korrespondenz mit der Spruchkammer Berlin-Wilmersdorf deutlich spürbar. Hettlage stellte sich als Mitglied des Widerstands dar, das sich nun einer zweiten Verfolgung ausgesetzt sah: „Ich möchte mir versagen, die Empfindungen auszudrücken, die alles dies heute nach rund 20 Jahren und nach zweimaliger rechtskräftiger Feststellung über mein einwandfreies und gegnerisches Verhalten in den damaligen dunklen Zeiten bei mir auslösen muss."[147] Ein verständnisvoller Vorsitzender bot Hettlage schließlich die Einstellung des Verfahrens und die Gelegenheit einer öffentlichen Anhörung an, um Hettlage vollständig zu rehabilitieren[148]. Hettlage wollte aber keine Aufmerksamkeit und entschied sich für die nichtöffentliche Einstellung des Sühneverfahrens, womit das Kapitel Entnazifizierung endgültig abgeschlossen war.

3. Staatssekretär im Bundesfinanzministerium: Hettlage und die Wiedergutmachung

Im Mai 1956 holte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, den Mainzer Professor als stellvertretenden Finanzminister in seine Regierung. Zwei Jahre später ernannte Franz Etzel Hettlage zum Leiter der Haushaltsabteilung des Bundesministeriums der Finanzen[149]. Schon ein Jahr später wurde er als Nachfolger von Alfred Hartmann Staatssekretär in Etzels Ministerium. Sein Ausscheiden aus diesem Amt im Jahr 1962 war die Folge von Differenzen mit dem neuen Finanzminister Heinz Starke, der Hettlage die Rolle des „heimlichen Ministers"[150] nicht zugestand. Hettlage wurde daraufhin zur Montanunion abgeschoben, 1967 holte ihn Franz Josef Strauß für zwei Jahre in das Ministerium zurück.

In seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium war Hettlage auch mit der Wiedergutmachung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung befasst. In seine Amtszeit fielen vor allem die seit 1956 laufenden Verhand-

146 Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 6. 2. 1955.
147 Ebenda, Hettlage an Spruchkammer Berlin, 31. 3. 1955.
148 Ebenda, Hardtke an Hettlage, 18. 8. 1955.
149 Vgl. Vogel, Nachruf, S. 632.
150 „Zehn Minuten raus", in: Der Spiegel vom 24. 10. 1962, S. 28.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungen über eine Reihe von Wiedergutmachungsabkommen mit westeuropäischen Staaten.

Die Wiedergutmachung in den 1950er Jahren

Bundeskanzler Adenauer, der die internationale Bedeutung der Wiedergutmachung durchaus erkannte, hatte sich schon 1952 für den Abschluss des Luxemburger Abkommens mit Israel eingesetzt. Auch wenn seine Unterstützung in den Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten zu wünschen übrig ließ, war gerade er es, der mehrmals der Blockadepolitik des Finanzministeriums ein Ende bereitete und dem Auswärtigen Amt auf der Suche nach Kompromissen mit den ausländischen Verhandlungspartnern den Rücken stärkte. Adenauers Zurückhaltung in der Wiedergutmachungspolitik nach Abschluss des Luxemburger Abkommens hatte wesentlich mit der mangelnden Unterstützung in der westdeutschen Bevölkerung zu tun. Die Wiedergutmachung war nicht populär, und gerade seit dem Vertrag mit Israel herrschte die Meinung vor, „es sei schon viel – nicht wenige meinten *zu viel*“[151], getan worden. Dies hatte zur Folge, dass Wiedergutmachung, wenn nicht gerade heimlich, so mit einem Minimum an öffentlicher Transparenz geleistet wurde.

Wiedergutmachung war, um das Mindeste zu sagen, auch in der CDU/CSU nicht unumstritten. Im Einklang mit der Stimmung in der Bevölkerung, engagierte man sich dort erheblich mehr für die Bedürfnisse deutscher Kriegsopfer[152]. Finanzminister Fritz Schäffer geriet mit seinen Tiraden gegen die Wiedergutmachung immer wieder in die Schlagzeilen. Dabei ließ er sich nicht ausschließlich von fiskalischen Erwägungen, sondern mitunter auch von „antisemitischen Stereotypen“[153] leiten. Für Franz Josef Strauß war schon der westdeutsche Verteidigungsbeitrag eine angemessene Form der deutschen Wiedergutmachung[154]. Einer der wenigen in der CDU, die Wiedergutmachung als moralische Pflicht befürworteten, war der Juraprofessor und Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Bundestag, Franz Böhm. Ähnliches galt für die FDP, in der Hans Reif, ebenfalls Mitglied des Wiedergutmachungsausschusses, und Bundespräsident Heuss die einsamen Rufer für die Wiedergutmachung waren[155]. Anders lagen die Dinge bei der SPD, die sich für Wiedergutmachung einsetzte und sie im Bundestag überhaupt mehrheitsfähig machte. Adenauer brauchte die Stimmen der SPD-Abgeordneten, um das Luxemburger Abkommen

[151] Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 80 (kursiv im Original).
[152] Vgl. Constantin Goschler, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005, S. 137.
[153] Ebenda, S. 140. Zur Debatte um Schäffer und die Wiedergutmachung siehe auch Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 69, und Yeshayahu Jelinek, Deutschland und Israel 1945–1965. Ein neurotisches Verhältnis, München 2004, S. 211.
[154] Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, BW1, Rede von Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, 16. 1. 1961.
[155] Vgl. Goschler, Schuld, S. 143.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu ratifizieren, wobei die SPD „einen großen Abstand zu ihrer Wählerschaft in Kauf nahm“[156]. Bei der Verabschiedung des ersten Bundesentschädigungsgesetzes 1953 – das Schäffer lange blockiert hatte – bestand die CDU/CSU-Fraktion darauf, gleichzeitig ein Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz zu beschließen[157]. Es war nicht das erste Mal, dass diese Art von „Koppelungsgeschäft“[158] nötig war, um Wiedergutmachungsgesetze über die parlamentarischen Hürden zu bringen. 1956 wurde das überarbeitete Bundesentschädigungsgesetz allerdings einstimmig im Bundestag angenommen.

Wiedergutmachungspolitik im Auswärtigen Amt und im Bundesfinanzministerium

Die internationalen Verhandlungen über Wiedergutmachung wurden zwischen 1956 und 1964 vom Auswärtigen Amt (AA) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) geführt. 1956 hatten acht Staaten in einer gemeinsamen Demarche von Bonn finanzielle Entschädigung für ihre Opfer des Nationalsozialismus gefordert[159]. Diese Initiative erfolgte als Reaktion auf die Verabschiedung des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956, das trotz internationaler Proteste keine Bestimmungen zur Wiedergutmachung für ausländische Opfer des Nationalsozialismus enthielt. In Bonn hatte man sich an die aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 resultierende Rechtslage geklammert, nach der die Wiedergutmachung für ausländische Verfolgte als Bestandteil von Reparationen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland vertagt war[160]. Diese Abwehrhaltung wurde nach der Acht-Mächte-Demarche aufgegeben. Zwischen 1958 und 1964 verhandelte die Bundesregierung über den Abschluss von insgesamt elf Wiedergutmachungsabkommen, nachdem sich drei weitere Staaten der ursprünglichen Initiative angeschlossen hatten. Zwei andere Abkommen fielen ebenfalls in diesen Zeitraum: der Finanz- und Ausgleichsvertrag mit Österreich sowie die Einrichtung eines UN-Fonds für staatenlose Opfer nationalsozialistischer Verfolgung[161].

---

[156] Hans Günter Hockerts, Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz, 1945–2000, in: VfZ 49 (2001), S. 167–214, hier S. 180. Die SPD stimmte geschlossen für das Abkommen. Siehe auch Jelinek, Israel, S. 247.

[157] Vgl. Goschler, Schuld, S. 189.

[158] Constantin Goschler, Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus, (1945–1954), München 1992, S. 235; siehe auch Hockerts, Historische Bilanz, S. 176 f.

[159] Siehe Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen.

[160] Einzelheiten bei Hans Günter Hockerts, Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa. Eine einführende Skizze, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 7–58, hier S. 14–19.

[161] Zum Finanz- und Ausgleichsvertrag (auch als Bad Kreuznacher Abkommen bekannt) vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung: Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, München 2003, S. 473–526. Zur Einrichtung des UN Fonds vgl. Susanna Schrafstetter, ‘What about paying BRITISH victims of Nazi hell camps?’ Die Entschädigungsfrage in den deutsch-britischen Beziehungen, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 568–629, hier S. 593–601.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) wurde 1956 auf einer Norwegenreise für die Anliegen ausländischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung sensibilisiert[162]. Er befürwortete daraufhin Verhandlungen mit den westeuropäischen Nachbarn, die auf freiwillige Zahlungen der Bundesrepublik hinauslaufen sollten, wollte aber den Rechtsstandpunkt, dass die Bundesrepublik zu keinerlei Wiedergutmachung verpflichtet sei, gewahrt wissen. Außerdem sollten bestimmte Opfergruppen wie vor allem die Widerstandskämpfer, die man nicht als Opfer spezifisch nationalsozialistischer Verfolgung ansah, explizit von Leistungen ausgeschlossen werden. Im Auswärtigen Amt war man also keineswegs durchgängig „entschädigungsfreundlich" eingestellt, aber im Großen und Ganzen doch bemüht, mit den verschiedenen Vertretern der Demarchestaaten tragfähige Kompromisse zu erarbeiten. Dabei erwarb sich der Leiter der Rechtsabteilung, Friedrich Janz, mit seinem „diplomatischen Einfühlungsvermögen"[163] besondere Verdienste.

Finanzminister Etzel hingegen verfolgte in Sachen Wiedergutmachung eine konstante Abwehrstrategie und setzte damit die Politik seines Vorgängers Fritz Schäffer (allerdings weniger geräuschvoll) fort. Etzel überließ die Federführung oft seinem Staatssekretär, dem „heimlichen Minister"[164], Karl Hettlage und einigen besonders kundigen Beamten. Hier ist vor allem der Experte für Wiedergutmachungsfragen Ernst Féaux de la Croix zu nennen. Der promovierte Jurist und Volkswirt war von 1934 bis 1945 in der völkerrechtlichen Abteilung des Reichsjustizministeriums tätig und wie Hettlage ehemaliges Mitglied der Akademie für deutsches Recht und des NS-Rechtswahrerbunds[165] gewesen. Außerdem hatte er der SA und seit Mai 1933 der NSDAP angehört. 1938 hatte er eine rassistische Denkschrift für die Akademie für deutsches Recht mitverfasst[166]. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Steuerberater, seit 1949 war er Ministerialdirektor im BMF.

Natürlich war klar, dass das BMF im „Spannungsfeld zwischen dem rechtlich-finanziell Möglichen einerseits und dem moralisch-politisch Erwünschten andererseits"[167] den Finanzen Priorität einräumte. Im Finanzministerium erinnerte man permanent an die Kosten der Wiedergutmachung, wobei man auch dort auf die Gefahr hinwies, rechtliche Präzedenzfälle zu schaffen, die nur weitere Forderungen nach sich ziehen würden. Insbesondere Ansprüche aus Osteuropa (die finanziell weit über den westeuropäischen liegen würden) wollte man abwehren.

Doch wie stichhaltig war das Argument der exorbitanten Kosten tatsächlich? Statistiken des BMF über Kriegsfolgelasten von 1948 bis 1963 zeigen, dass die

[162] Details bei Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 63–68.

[163] Claudia Moisel, Pragmatischer Formelkompromiss: Das deutsch-französische Globalabkommen von 1960, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 242–284, hier S. 260.

[164] „Zehn Minuten raus", in: Der Spiegel vom 24. 10. 1962, S. 28.

[165] Vgl. Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 145.

[166] Ebenda.

[167] Winstel, Bundesregierung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 68.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leistungen für die Wiedergutmachung deutlich unter den Ausgaben für die Versorgung deutscher Kriegsopfer lagen und nur einen Bruchteil aller als Kriegsfolgelasten (Lastenausgleich, Kriegsopferversorgung, Wohnungsbau, Londoner Schuldenabkommen, Wiederaufbau) deklarierten Kosten ausmachten[168]. Man wusste also im BMF, dass das immer wieder beschworene Schreckensszenario eines durch die Wiedergutmachung verursachten Staatsbankrotts eine Übertreibung war. Natürlich handelte es sich insgesamt um stattliche Summen, gerade wenn man die Wahrscheinlichkeit künftiger Forderungen einkalkulierte, aber sie waren bezahlbar und insgesamt geringer als die Ausgaben für deutsche Kriegsopfer. Viele der Zahlen, die im Zusammenhang mit Wiedergutmachung genannt wurden, bezogen sich auch nicht nur auf die Wiedergutmachung, sondern auf eine Reihe weiterer Kriegsfolgekosten, die dann als astronomische Wiedergutmachungszahlungen ausgegeben wurden[169].

Daraus ergibt sich die Frage nach dem Selbstverständnis der Beamten des Finanzministeriums im Hinblick auf die Wiedergutmachung. Constantin Goschler hat es als „Belagerungssyndrom" bezeichnet[170]. Vor allem Féaux de la Croix verstand die Wiedergutmachung offenbar als eine Serie von feindlichen Angriffen auf die „Festung" Bundesfinanzministerium. Für ihn ging es nicht um Opfer, denen schweres Leid zugefügt worden war, sondern um „Entschädigungsoffensiven" und „uferlose Forderungen"[171]. Die Festung musste von einigen wenigen unermüdlichen Kämpfern gegen diese „Entschädigungsoffensiven" der Wiedergutmachungslobby verteidigt werden. Zu ihr gehörten auch die Kollegen aus dem Auswärtigen Amt, insbesondere Friedrich Janz[172]. Diese Sichtweise resultierte nicht zuletzt daraus, dass Wiedergutmachung und Kriegsopferversorgung als sogenannte Kriegsfolgelasten in Konkurrenz zueinander betrachtet wurden, wobei man den Opferbegriff verwischte und die „Entschädigungsoffensiven" als Angriffe auf „deutsche Opfer" verstand[173]. Die Festungsmentalität könnte auch mit der Erinnerung an die Reparationszahlungen der Weimarer Republik zu tun gehabt haben; die übertriebenen Szenarien eines durch maßlose Forderungen aus dem Ausland verursachten deutschen Staatsbankrotts stehen jedenfalls in direkter Kontinuität zu Deutungsmustern, die damals vorherrschten.

Darüber hinaus gab es im Finanzministerium freilich auch verbale Entgleisungen, die mehr als befremdlich anmuten. Dies geschah vor allem in der Diskus-

[168] BA Koblenz, B 126/51592, Kriegsfolgelasten (ohne Besatzungskosten) für die Rechnungsjahre 1948–1963, ohne Datum, sowie Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, Stand 15. 1. 1958. Die Zahlen für die Jahre 1958–1963 basierten auf Schätzungen.

[169] Ebenda, Kriegsfolgelasten (ohne Besatzungskosten) für die Rechnungsjahre 1948–1963, ohne Datum, sowie Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, Stand 15. 1. 1958.

[170] Goschler, Schuld, S. 289.

[171] Féaux de la Croix, zit. nach ebenda, S. 270.

[172] BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 8. 3. 1960; ebenda, B 136/3306, Féaux an MD Merker, 27. 4. 1960.

[173] Siehe hierzu Goschler, Schuld, S. 130–132 u. S. 137.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion um die Opfer von Zwangssterilisationen, über die sich Féaux im Wiedergutmachungsausschuss des Bundestags lustig machte[174]. Aber auch andere Opfer wurden als „Arbeitsverweigerer" oder „Saboteure" verunglimpft[175]. Etzel und Hettlage wussten von diesen Entgleisungen, wie der folgende Vermerk beweist, der auf ihrem Schreibtisch landete: „Sofern eine solche Regelung [Entschädigung für Opfer von Zwangssterilisation] nicht noch durch eine politische Initiative abgewendet werden kann, [ist] mit einer finanziellen Belastung zwischen 175 und 875 Mio. DM zu rechnen; nach Auffassung von Unterabteilung VI A werden die Ausgaben eher an der oberen Grenze dieses Rahmens liegen, da man eine Sterilisation, sofern man sie als Unrecht ansieht, schwerlich im Einzelfall mit einem kleineren Betrag (1000 DM) abgelten kann und der Ausschuss daher sicher einen höheren Betrag (bis 5000 DM) vorschlagen wird. (Personenkreis ca. 175.000) Im Falle einer Entschädigungsregelung würden etwa zwischen 44,5 bis 60%, unter Berücksichtigung möglicher früherer Fehlentscheidungen aber jedenfalls 40% der Entschädigungen an Geisteskranke, Schwachsinnige und schwere Alkoholisten gezahlt werden. Dies dürfte gegenüber Verfolgten, die für immateriellen Schaden keinen Ersatz erhalten, gegenüber Personen, die sich unverschuldet durch den Krieg in echter Not befinden, und gegenüber dem Steuerzahler nicht zu verantworten sein."[176] Hettlage ließ sich (zumindest schriftlich) auf dieses Niveau nicht ein. Ob er und Etzel diesen Fall zum Anlass für ein Gespräch mit dem betreffenden Beamten nahmen, wissen wir nicht.

Karl Hettlage und die Wiedergutmachung

Nach der zweijährigen Blockadepolitik seines Vorgängers Schäffer stimmte Finanzminister Etzel nach massivem Drängen von Außenminister von Brentano und Kanzler Adenauer 1958 schließlich einer „maßvollen Regelung" der Forderungen der westeuropäischen Staaten zu, während sich Féaux de la Croix in der entscheidenden Sitzung vom 28. Oktober 1958 dafür aussprach, die Blockadepolitik fortzusetzen. Falls sich die Bundesrepublik auf Zahlungen an die Westmächte einließe, so Féaux, würden auch Forderungen aus dem Osten nicht mehr zu vermeiden sein. Hettlage hatte sich, obwohl anwesend, in die Diskussion nicht eingeschaltet[177]. Unter den Ministerialbeamten war es meist Féaux, der die Position des BMF gegenüber dem Auswärtigen Amt vertrat. Karl Hettlage hatte als sein Vorgesetzter oft in Vertretung Etzels über die finanziellen Spielräume und die Verhandlungstaktik zu entscheiden. Zwischen den zuständigen Beamten des BMF und ihren Kollegen vom Auswärtigen Amt kam es dabei wiederholt zu schwerwiegenden Differenzen. Der Streit endete nicht selten damit, dass sich das Auswärtige Amt gezwungen sah, ein Angebot vorzulegen, das von den ausländischen Verhandlungspartnern als geradezu beleidigend angesehen wurde.

[174] BA Koblenz, B 136/3294, Protokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wiedergutmachung, 25. 10. 1962; zit. auch in: Goschler, Schuld, S. 275.
[175] BA Koblenz, B 126/51593, von Spindler an Etzel und Hettlage, 8. 6. 1959.
[176] Ebenda, Fauser an Hettlage und Etzel, 17. 4. 1961 (Unterstreichung im Original).
[177] BA Koblenz, B 136/3306, Vermerk, 28. 10. 1958.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So war es etwa im Falle von Griechenland. Nach mehreren ergebnislosen Verhandlungsrunden nötigte Hettlage seinen Kollegen im AA, Alfred Hilger van Scherpenberg, einem neuen bundesdeutschen Angebot von maximal 65 Mio. DM zuzustimmen[178]. In Griechenland rechnete man mit einer Einigung über 130–150 Mio. DM, nachdem die Erwartungen dort schon erheblich heruntergeschraubt worden waren[179]. Außenminister von Brentano war zu diesem Zeitpunkt längst geneigt, das deutsche Angebot auf bis zu 100 Mio. DM zu erhöhen[180]. Ein Plädoyer des Auswärtigen Amtes, „ein schneller positiver Abschluss sei nicht nur für das vom Ostblock bedrängte Griechenland besonders wichtig, sondern auch für die Bundesrepublik und ihr Image angesichts neuer antisemitischer Zwischenfälle“[181], wurde von Hettlage und seinen Mitarbeitern in den Wind geschlagen. Hettlage genehmigte sogar einen Vorschlag von Féaux de la Croix, die Beamten des BMF aus Protest gegen die Haltung des AA von den Verhandlungen mit Griechenland abzuziehen[182]. Am folgenden Tag, dem 2. März 1960, beschloss das Bundeskabinett jedoch in einer Eilsitzung, den Verhandlungsspielraum des Auswärtigen Amtes auf 100–115 Mio. DM zu erhöhen[183]. Hettlage, so Fleischer und Konstantinakou, „gab erst nach, als der [...] Kanzler sich zu einer seiner seltenen Interventionen in dieser ihn nur mäßig interessierenden Sache aufraffte“[184]. Eine Einigung, die Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von 115 Mio. DM vorsah, wurde schließlich in Abwesenheit der Vertreter des BMF erzielt[185].

Nicht sehr viel anders verhielt sich Hettlage, als es um die finanzielle Entschädigung für staatenlose Opfer ging. Im Rahmen der Verhandlungen mit den westeuropäischen Staaten hatte sich die Bundesregierung veranlasst gesehen, auch staatenlose Personen zu berücksichtigen, die nicht von zwischenstaatlichen Entschädigungsabkommen profitieren würden. Hier ging es im Wesentlichen um die Gruppe der sogenannten Nationalgeschädigten, also nicht-jüdische, meist aus Osteuropa stammende Opfer. Sofern sie in der Bundesrepublik lebten, hatten sie nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) Anspruch auf eine finanzielle Minimalversorgung, wenn sie bleibende Gesundheitsschäden erlitten hatten; in der Praxis wurden die meisten dieser Anträge (meist mit höchst fragwürdigen Begründungen) jedoch abgelehnt, was schließlich zu internationalen Protesten führte. Vor allem in Großbritannien machte man sich für diese Opfergruppe stark, da viele dorthin emigriert waren. In London wollte man einen von der

[178] BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Hettlage und Etzel, 1. 3. 1960.
[179] Vgl. Hagen Fleischer/Despina Konstantinakou, Ad calendas graecas? Griechenland und die deutsche Wiedergutmachung, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 375–457, hier S. 416.
[180] BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 1. 3. 1960.
[181] Zit. nach Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 416.
[182] BA Koblenz, B 126/51593, Féaux an Etzel und Hettlage, 1. 3. 1960.
[183] Ebenda, Blessin an Hettlage und Etzel, 10. 3. 1960.
[184] Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 418.
[185] Zu den Einzelheiten siehe ebenda, S. 419–425.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesrepublik finanzierten und vom Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen verwalteten Hilfsfonds einrichten. Gleichzeitig sollte die bundesdeutsche Gesetzeslage für die Nationalgeschädigten verbessert werden. Diese Idee wurde sowohl vom Auswärtigen Amt als auch vom deutschen Botschafter in Großbritannien, Hans von Herwarth, ausdrücklich begrüßt.

Finanzminister Etzel und Staatssekretär Hettlage hingegen konnten den Plänen zur Bereitstellung eines Hilfsfonds nichts abgewinnen[186]. In ihren Augen war die veranschlagte Summe (im AA ging man von 10–12 Mio. DM aus) zu gering, um alle Ansprüche befriedigen zu können; sie würde daher letztendlich nur zu mehr negativen Schlagzeilen führen. Auf keinen Fall durfte dem Flüchtlingskommissar die Verwaltung des Hilfsfonds übertragen werden, da dieser dann auch die Kriterien für die Anspruchsberechtigung festlegen und wohl wesentlich großzügigere Maßstäbe anlegen würde als die Bundesregierung. Stattdessen sollten maximal 3–5 Mio. DM zur Abfindung derjenigen Nationalgeschädigten bereitgestellt werden, die nach dem BEG anspruchsberechtigt waren. Auch hier wurden die astronomischen Kosten der Wiedergutmachung wieder einmal ins Feld geführt: „Die Gesamtheit der z. Zt. übersehbaren Wiedergutmachungsleistungen muss auf 25–27 Mia. DM beziffert werden. Setzt man diesen Betrag zu dem Teil des deutschen Sozialprodukts in Beziehung, der nach Abzug der zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft, unseres staatlichen Lebens und unserer sozialen und politischen Ordnung erforderlichen Mittel verbleibt, so zeigt sich in welch großem Ausmaße die Bundesrepublik Wiedergutmachungsleistung erbringt.“[187]

Der Verweis auf die Gesamthöhe der Wiedergutmachung und deren Anteil am deutschen Sozialprodukt ging auf eine von Ministerialrat Georg Blessin ersonnene Defensivstrategie zurück. Blessin wollte 1959 angesichts der Wiedergutmachungsforderungen der Westmächte von der volkswirtschaftlichen Abteilung seines Hauses geklärt wissen, „welchen Prozentsatz die gesamten Wiedergutmachungsleistungen von dem Teil des deutschen Sozialprodukts ausmachen, der nach Abzug der zur Aufrechterhaltung unseres staatlichen Lebens, unserer Wirtschaft und unserer sozialen und politischen Ordnung erforderlichen Mittel übrig bleibe“[188]. Blessin erhielt folgende Antwort: „Die Wiedergutmachungsleistung dem Bruttosozialprodukt beziehungsweise dem Volkseinkommen selbst gegenüberzustellen, empfiehlt sich nicht, da hieraus keine Schlussfolgerungen gezogen werden können, zumal der Anteil relativ niedrig ist.“[189] Etzel und Hettlage wussten auch ohne diesen Nachhilfeunterricht, dass der Betrag von 25–27 Milliarden DM, den sie 1959 für die „Gesamtheit aller z. Zt. übersehbaren Wiedergutmachungsleistungen“ veranschlagt hatten, überzogen war[190].

---

[186] BA Koblenz, B 136/1148, Hettlage (in Vertretung Etzels) an AA, 11. 9. 1959.

[187] Ebenda.

[188] Georg Blessin, zit. nach Goschler, Schuld, S. 226.

[189] Antwort der volkswirtschaftlichen Abteilung, zit. nach ebenda.

[190] „Was Bonn gezahlt hat“, in: Die Zeit vom 15. 8. 1958, veranschlagte die Kosten der Wiedergutmachung bis 1958 mit 8 Mrd. DM. 1963 bezifferte Finanzminister Dahlgrün die bisherigen Ausgaben auf 23 Mrd. DM. Vgl. Goschler, Schuld, S. 221. Siehe hierzu auch die Statistiken des

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Bundesfinanzministerium gab seine ablehnende Haltung gegenüber dem Hilfsfonds auch dann nicht auf, als das Auswärtige Amt den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Auguste Lindt, mit Zustimmung des Bundeskanzlers im Sommer 1960 zu Verhandlungen nach Bonn einlud. Lindt wurde durch die Blockadepolitik des Finanzministeriums offen brüskiert. Staatssekretär Hettlage war zu diesem Zeitpunkt noch immer strikt gegen eine Übertragung des Fonds an den Flüchtlingskommissar[191]. Er ordnete an, Lindt höchstens eine Besserstellung der Nationalgeschädigten nach dem BEG und die Einrichtung eines bundesdeutschen Härtefonds (in ungenannter Höhe) für nach dem BEG anspruchsberechtigte Nationalgeschädigte in Aussicht zu stellen[192]. Daraufhin beschwerte sich Lindt bei seinem guten Bekannten, Bundespressechef Felix von Eckart, über das Finanzministerium[193]. Als von Eckart Adenauer die Situation schilderte, bezeichnete der Bundeskanzler Lindts Forderung nach einem Fonds in Höhe von 50 Mio. DM als „realisierbar“[194]. Adenauer schrieb umgehend an Finanzminister Etzel und erklärte ausdrücklich, er wünsche die Einrichtung eines VN-Fonds in der Größenordnung von 40–50 Mio. DM[195]. Trotz dieser eindeutigen Anweisung versuchte Féaux, diese Initiative noch durch einen in letzter Minute lancierten Gegenvorschlag zu blockieren[196]. Hettlage lenkte schließlich ein und bot Lindt nach einer langen Unterredung die Schaffung eines VN-Fonds über 40 Mio. DM und die Verbesserung der bundesdeutschen Gesetzgebung für die Nationalgeschädigten an[197]. Hettlages Angebot wurde in abschließenden Verhandlungen mit Lindt noch um 5 Mio. auf 45 Mio. DM aufgestockt.

Hettlage hielt seine grundsätzlichen Ansichten zur Wiedergutmachung nicht schriftlich fest und signalisierte nach langen Verhandlungen oft nur in dürren Worten seine Zustimmung zu einem Kompromiss. Trotzdem ist erkennbar, dass er die Wiedergutmachung nicht grundsätzlich ablehnte und keineswegs in allen Fällen einer Einigung im Wege stehen wollte. Damit unterschied er sich von Féaux de la Croix und anderen Ministerialbeamten, deren unnachgiebige Haltung[198] von Etzel manchmal noch gefördert wurde[199]. Im Fall Frankreichs war Hettlage mit der vom Auswärtigen Amt ausgehandelten Entschädigungssumme

BMF in: BA Koblenz, B 126/51592, Kriegsfolgelasten des Bundes für die Rechnungsjahre 1950 bis 1963, 15. 1. 1958.

[191] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), B 81/108, Aufzeichnung Dr. Born, 23. 9. 1960.

[192] Ebenda.

[193] PA AA, B 81/329, Notiz über ein Gespräch mit Staatssekretär von Eckart, 29. 9. 1960.

[194] Ebenda.

[195] BA Koblenz, B 136/1148, Adenauer an Etzel, 28. 9. 1960.

[196] Ebenda, Féaux de la Croix an Vialon, 4. 10. 1960.

[197] Ebenda, Hettlage an Globke, 4. 10. 1960.

[198] Zu Féaux de la Croix siehe u. a. Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 420; Goschler, Schuld, S. 140 f., S. 150 f. u. S. 259; Peter Helmberger, „Ausgleichsverhandlungen“ der Bundesrepublik mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 197–241, hier S. 217.

[199] Siehe Fleischer/Konstantinakou, Griechenland, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 419 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von 400 Mio. DM einverstanden. Auch in den Verhandlungen mit Norwegen akzeptierte er schließlich – trotz Bedenken seines Ministers – den Lösungsvorschlag seines Kollegen Scherpenberg und trug damit dazu bei, langwierige Verhandlungen zu einem Abschluss zu führen[200]. Im Falle der Schweiz erwies sich Hettlage ebenfalls als kooperativ[201]. Er ließ insgesamt mal mehr, mal weniger Kompromissbereitschaft erkennen. Das oft jahrelange Feilschen um einige Millionen mehr oder weniger war allerdings finanzpolitisch nicht zwingend notwendig. Es war aber genau dieses Feilschen und Taktieren, das den positiven Effekt der Globalabkommen als großzügige, versöhnliche Geste weitgehend verpuffen ließ.

Hettlage war Teil der „Festung" Finanzministerium. Auch bei ihm zeigten sich die bekannten Abwehrmechanismen. Gemessen an den Standards innerhalb der „Festung" war seine Haltung allerdings konziliant und flexibel, und auch gemessen am Geist der Zeit in den 1950er Jahren machte Hettlage keine schlechte Figur. Allerdings muss man doch fragen: Hätte man von einem hohen Beamten und Wissenschaftler wie Hettlage, der persönlich sehr viel gutzumachen hatte, der mit viel Glück eine zweite Karriere beginnen konnte und dabei auch noch eine Chance zu einer „persönlichen Wiedergutmachung" erhielt – hätte man von ihm nicht mehr erwarten können? Ein anderes Problem liegt darin, dass mit Karl Hettlage und Ernst Féaux de la Croix zwei politisch Belastete mit der Wiedergutmachung betraut worden waren. Die Lebenswege von Féaux und anderen Ministerialbeamten des BMF, die sich als „tapfere Kämpfer" in den „Schlachten"[202] um die Wiedergutmachung verstanden, müssten noch genauer untersucht werden. Indem die Bundesregierung derart belastete Personen mit Wiedergutmachungsangelegenheiten betraute, machte sie sich in hohem Maße angreifbar. Zumindest ein Land hat offenbar erwogen, diese Karte in den Verhandlungen zu spielen: Die niederländische Delegation plante, die Tatsache, dass der deutsche Verhandlungsleiter Rolf Lahr seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SA gewesen war, an die Presse weiterzuleiten, um in den Verhandlungen Druck auszuüben. Das Manöver unterblieb nur, weil die bundesdeutsche Delegation (ohne von der drohenden Veröffentlichung zu wissen) ein neues, besseres Angebot vorlegte[203].

1964 wurden die beiden letzten Globalabkommen (mit Großbritannien und Schweden) geschlossen. Hettlage war bereits zwei Jahre zuvor vom Finanzministerium zur Montanunion gewechselt. Insgesamt wurden für die 11 Globalabkommen zwischen 1958 und 1964 876 Mio. DM bereitgestellt, ein Bruchteil dessen, was man im selben Zeitraum für die Kriegsopferversorgung ausgab. 1974 veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen eine Buchreihe mit dem Titel *Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutsch-*

[200] Vgl. Moisel, Formelkompromiss, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 260; Hans Otto Frøland, „Eine gewaltige, nicht beglichene Schuld". Die deutsche Entschädigung für NS-Verfolgte in Norwegen, in: Ebenda, S. 285–356, hier S. 340.

[201] Vgl. Urs Altermatt/Christina Späti, Neutralität statt Moralität. Die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in der Schweiz, in: Ebenda, S. 513–567, hier S. 530 f.

[202] Goschler, Schuld, S. 270.

[203] Vgl. Helmberger, Ausgleichsverhandlungen, in: Hockerts/Moisel/Winstel (Hrsg.), Grenzen, S. 224.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land, die die diesbezüglichen Bemühungen dokumentieren sollte[204]. Im Vorwort zum ersten Band schrieb Kanzler Willy Brandt: „Schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben alle demokratischen Kräfte die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts als eine Aufgabe von größter moralischer und menschlicher Tragweite angesehen und als solche auch behandelt.“[205] Für das BMF galt das sicher nur in eingeschränktem Maße, auch wenn die wahre Haltung des Ministeriums während der Verhandlungen zu den Globalabkommen in der Darstellung nicht wieder zu erkennen war. Féaux de la Croix hatte das entsprechende Kapitel selbst verfasst und kräftig geschönt, doch nicht einmal hier seine Vorbehalte zu verhehlen vermocht. Glücklicherweise war mit dieser einseitigen Darstellung das Thema Wiedergutmachung nicht erledigt.

Schlussbetrachtungen

1965 erschien Hettlages Name im berüchtigten Braunbuch der DDR. Unter dem Abschnitt „Handlanger der Monopolherren“ fanden sich einige Zeilen über seine Tätigkeit im Rüstungsministerium: „Bis zur letzten Minute setzte sich Hettlage für die Fortführung und Unterstützung des totalen Krieges ein und propagierte den faschistischen ‚Endsieg‘. Nachdem er 1945 in Westdeutschland kurz untergetaucht war, ließen ihn die Monopolvertreter 1956 wieder zum Ministerialdirektor aufsteigen. Wenig später vermittelte Hettlage seine Erfahrungen aus der Nazi-Zeit als Staatssekretär bei der Finanzierung der Aufrüstung.“[206] Belegt wurden diese Behauptungen allerdings nicht. Die Stasi sammelte zwar eifrig Material über Hettlage, hat aber, trotz einzelner Hinweise, seine Position beim GBI und seine Rolle bei der Judenverfolgung nicht verstanden[207]. Das Braunbuch schadete Hettlages Karriere nicht. In Bonn wurde das Braunbuch von offizieller Seite so weit wie möglich ignoriert und diskreditiert. Hettlages Vergangenheit war dort zumindest teilweise bekannt[208]. Außerdem standen mit Lübke, Globke, Oberländer und Kiesin-

[204] Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Finanzen in Zusammenarbeit mit Walter Schwarz, 6 Bände, München 1974–1983.

[205] Willy Brandt, Geleitwort des Bundeskanzlers, in: Ebenda, Bd. 1: Rückerstattung nach den Gesetzen der alliierten Mächte, München 1974, S. V.

[206] Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik: Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Ostberlin 1965, S. 44. Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin, Reprint der Ausgabe von 1968 (3. Auflage), hrsg. von Norbert Podewin, Berlin, ohne Datum, S. 47. Die Angaben zu Hettlage in dieser Auflage des Braunbuchs unterscheiden sich in einigen Details von denen in der ersten Ausgabe.

[207] Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdiensts der Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Archiv, PA 756, Akte Karl Hettlage. Zu Hinweisen auf Hettlages Rolle bei der Judenverfolgung siehe Bl. 76.

[208] Als es Anfang 1962 um die Ernennung von Gustav Sonnenhol zum Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium ging, wischte der FDP-Fraktionsgeschäftsführer Zoglmann politische Bedenken wegen Sonnenhols SS-Mitgliedschaft mit folgender Bemerkung beiseite: „Sonnenhol ist nur formell belastet wie zum Beispiel der Herr Hettlage, den Sonnenhol im vorbeigehen

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger andere Personen im Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit. Als das Braunbuch erstmals erschien, war Hettlage auch nicht im Regierungsdienst, und als 1967/68 die zweite und dritte Auflage auf den Markt kam, trachteten die Herausgeber danach, eher Finanzminister Franz Josef Strauß als seinen Staatssekretär zu diskreditieren[209]. Der politische Wechsel Ende 1969 brachte Hettlages Ablösung als Staatsekretär mit sich. Der neue Finanzminister Alex Möller entließ Hettlage, da er „sich als engagierte[r] Strauß Bewunderer aktiv an der Wahlkampfpolemik gegen Schiller und die SPD beteiligt [hatte]“[210].

Strauß war es auch gewesen, der die Auszeichnung Hettlages mit dem Bundesverdienstkreuz nachdrücklich befürwortet hatte[211]. Hettlage war aufgrund seiner Tätigkeit als Staatssekretär nominiert worden. Da seine problematische Vergangenheit bekannt war, forderte das Bundespräsidialamt Akten beim Berlin Document Center an, die unter anderem Hettlages SS-Mitgliedschaft bestätigten. Das Bundeskanzleramt beauftragte daraufhin Hans Buchheim mit einem Gutachten. Buchheim bestätigte Hettlages Darstellung, dass es sich bei der SS-Mitgliedschaft um einen Ehrenrang gehandelt haben dürfte. Er betonte allerdings auch, dass die wenigen Unterlagen, die ihm zur Verfügung gestanden hätten, „nicht für eine umfassende Würdigung des Wirkens von Professor Hettlage in der Nazi-Zeit [ausreichten]“[212]. Hettlages Aktivitäten im Rüstungsministerium und beim GBI wurden nicht näher in Augenschein genommen. Schließlich galt er als politisch entlastet und als Mitglied des Widerstands um Goerdeler[213].

Seit dem Ende des Dritten Reiches haben Historiker, Journalisten, Psychologen sowie ehemalige Täter und Opfer versucht, typische „Täterbilder“ zu erstellen[214]. Hettlage gehörte altersmäßig zur „Generation Sachlichkeit“, der Kriegsjugendgeneration, die zwischen 1900 und 1910 geboren wurde, am Ersten Weltkrieg selbst nicht mehr teilgenommen, aber die Niederlage und die chaotische Gründungsphase der Republik als traumatisierende Ereignisse wahrgenommen hat[215]. Hettlage zeichnete sich aber nicht durch die Mischung aus Sachlichkeit, vor allem emotionaler Kälte, und nationalistisch-völkischer Ideologie aus, die so viele aus dieser Generation prägte. Er hatte den für die „Generation Sachlichkeit“ typischen „Sinn für rationelle Methoden und für das Ökonomieprinzip über-

hätte grüßen müssen, weil Hettlage einen höheren SS-Rang hatte.“ „Alles falsch gemacht“, in: Der Spiegel vom 24. 1. 1962, S. 20.

209 Vgl. Braunbuch, Reprint von 1968, S. 3–5, S. 9, S. 132, S. 295 u. S. 346.

210 „Order an Alle“, in: Der Spiegel vom 3. 11. 1969, S. 33.

211 BA Koblenz, B 122/38895, Strauß an Kiesinger, 16. 1. 1967.

212 Ebenda, Buchheim an Köble, 5. 1. 1967.

213 Ebenda, Strauß an Kiesinger, 16. 1. 1967, und Vermerk, Referat 5, 13. 1. 1967.

214 Am bekanntesten Hannah Arendts berühmte, aber umstrittene Einschätzung Eichmanns. Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964. Während lange Zeit Bilder vom unpolitischen, bürokratischen Schreibtischtäter und modernen Technokraten dominierten, rückte jüngst die Bedeutung der Weltanschauung in den Vordergrund. Eine gute Zusammenfassung verschiedener Täterbilder findet sich bei Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichsicherheitshauptamts, Hamburg 2002, S. 15–23.

215 Vgl. Herbert, Best, S. 42–45.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haupt“[216]. Gleichzeitig bewahrte er sich ein hohes Maß an Resistenz gegenüber der NS-Ideologie, was sicher auch mit seiner Verwurzelung im katholischen Milieu zusammenhing. Das frühere Zentrumsmitglied war eben kein Nationalsozialist und wahrscheinlich auch kein Antisemit gewesen, obwohl er willig nationalsozialistische Interessen gefördert hatte. Er war ein hochintelligenter Wirtschafts- und Finanzexperte, der Etzel und Strauß diente, wie er einst Speer gedient hatte. Insgesamt bleibt die Person Karl Maria Hettlage schwer zu greifen. Seine schriftlichen Zeugnisse beschränken sich im Wesentlichen auf Abhandlungen zu Wirtschafts- und Finanzfragen. Fragen nach Hettlages Motivation und Überzeugungen sind deshalb kaum zu beantworten, zumal Hettlage selbst alles tat, um die Spuren zu verwischen.

Nach 1945 präsentierte er eine Melange aus Halbwahrheiten, und die Alliierten zeigten wenig Interesse, die Aktivitäten des gebildeten Finanzexperten, der fließend Englisch sprach, genauer unter die Lupe zu nehmen. Hettlage täuschte nicht nur Gitta Sereny, die über ihn schrieb: “With Hettlage, an elegant, gently humorous and perceptive man, one had the distinct impression of someone who had nothing to regret, unlike so many Germans of that period.”[217] Auch in der Entnazifizierung kam er ungeschoren davon. Zwei Verfahren machten aus ihm sogar ein unbelastetes Mitglied des Widerstands, und das weit verzweigte Netzwerk der rheinischen Zentrumsangehörigen half Hettlage schließlich, beruflich wieder Fuß zu fassen. Trotzdem war das Fundament, auf dem sein Leben nach 1945 basierte, brüchig[218]. Hettlage musste immer mit Nachfragen, ja mit Aufdeckung rechnen.

Nach 1945 unterstützte Hettlage auch Speers Darstellung der jüngsten Vergangenheit. Speer produzierte in Spandau bekanntlich apologetische Schriften, sein Freund Wolters half ihm dabei, und Hettlage pries die Ergebnisse: „Ich bewunderte den Charakter des Autors unter so extremen Bedingungen durch zwanzig Jahre, ich bewunderte die Unabhängigkeit und nicht selten auch die Tiefe seiner Gedanken und ich bewunderte seinen bemerkenswerten literarischen Stil.“ Hettlage zeigte sich zuversichtlich, dass Historiker Speers Werke einmal außerordentlich bedeutend und hilfreich finden würden, und resümierte: „Vor dem großen Charakter und dem nachdenklichen Beobachter seiner Zeit, der dieses Werk – im doppelten Sinne – vollbrachte, ziehe ich den Hut.“[219]

Dies war keine psychologisch bedingte Negation des eigenen Handelns, Geschichte wurde ganz bewusst umgeschrieben. Die Generalbauinspektion ver-

---

[216] Günther Gründel, zit. nach Herbert, Best, S. 44.

[217] Sereny, Speer, S. 155.

[218] Zwei Beispiele: 1958 veröffentlichte die Mainzer Allgemeine Zeitung eine Serie mit den Memoiren Walter Dornbergers. Dort war wenig Schmeichelhaftes über Hettlage zu lesen. Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 14./15. 6. 1958. Dies hatte eine Anfrage des Abgeordneten Lotz (FDP) im Mainzer Landtag zur Folge. Landtag Rheinland-Pfalz, 3. Wahlperiode, Drucksachen, Abt. 3, 1958, Antwort Nr. 431, S. 288. 1968 wurde ein Antrag der Nebenklagevertreter, Hettlage als Zeuge im Essener Mittelbau-Dora Prozess zu vernehmen, vom Gericht abgewiesen. Vgl. Breloer, Akte, S. 488.

[219] BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/27, Hettlage an Speer, 21. 9. 1975; ebenda, Hettlage an Speer, 21. 10. 1969.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwand aus Hettlages Lebenslauf, und aus der Chronik der Generalbauinspektion, die Rudolf Wolters erstellt hatte, verschwanden alle Passagen, die mit der Räumung und Arisierung jüdischer Wohnungen in Berlin zu tun hatten[220]. Wolters säuberte damit nicht nur Speers, sondern auch Hettlages Vergangenheit. Zum 65. Geburtstag von Karl Maria Hettlage im November 1967 verfasste Wolters folgendes Gedicht:

Man sprach von Deinem Lauf des Lebens,
Von manchen großen Episoden
Und vom Erfolge Deines Strebens:
Man flocht Dir Kränze, schickte Oden.

Und Deines Lebenslaufes Löcher
Versanken mild in Nebelschwaden
Denn Wiesenthal mit vollem Köcher
Hält seine Pfeile giftgeladen.

Doch ich war stolz den Mann zu kennen,
Den derart höchste Tiere ehrten:
Ich durfte Dich als Freund bekennen
Und seinerzeitigen Gefährten,

Als Du in jenem Dritten Reiche
Im Schweigemarsche leise gingst
Als es nach Pulver roch und Leiche,
Als ‚Heil mein Führer' rief der Frings

Als unser höchstes Oberhaupt
in Kaliberge rüsten ging
(Ach wär'n die Akten doch verstaubt
verscholl'n im Salzberglabyrinth).[221]

Die Taktlosigkeit, das erschreckende Maß an Zynismus, die Verachtung für Simon Wiesenthal, die aus diesen Zeilen sprechen, können und sollen nicht Hettlage angelastet werden. Wolters kannte aber den Jubilar lange und gut genug, um im Rückblick auf eine erfolgreiche Karriere augenzwinkernd und mit diebischen Vergnügen auf die „Erfolgsstrategien" zu sprechen zu kommen, die man gemeinsam verfolgt hatte. Die Löcher in Hettlages Lebenslauf wurden im Nebel verborgen, auch zahlreiche andere ehemalige Täter fanden sich bald wieder in einflussreichen Positionen und erhielten Ehrungen. Karl Hettlage war eben keine Ausnahme.

[220] Vgl. Schmidt, Speer, S. 26–29.
[221] BA Koblenz, Nachlass Speer, N 1340/27, Karl Maria Hettlage zum 27. 11. 1967. Mit „Frings" ist vermutlich Kardinal Frings gemeint.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz der geringen Bedeutung der Kolonien für Deutschland bis 1918 entfachte Ralph Giordanos äußerst kritische Darstellung der nationalen Kolonialgeschichte, ausgestrahlt zur besten Sendezeit im Oktober 1966 im Fernsehprogramm der ARD, eine scharfe öffentliche Kontroverse. War die Rolle der Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der Deutschen doch größer als eigentlich zu erwarten? Welches Geschichtsbild hatte sich von dieser Epoche erhalten? Und inwiefern waren die Reaktionen auf den Film von der erinnerungskulturellen Gesamtkonstellation in der Bundesrepublik beeinflusst? Diesen Fragen geht Eckard Michels in seinem Beitrag ebenso nach wie den „Gelegenheiten zur Meinungsmanipulation", die dem Genre der historischen Fernsehdokumentation eigen sind.

Eckard Michels

Geschichtspolitik im Fernsehen

Die WDR-Dokumentation „Heia Safari" von 1966/67 über Deutschlands Kolonialvergangenheit

Deutschland besaß lediglich dreieinhalb Jahrzehnte Kolonien, von 1884 bis 1918/19. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs lebten nur etwa 25 000 Deutsche in allen Kolonien zusammengenommen, d. h. nur 0,04 Prozent der Bevölkerung des Reichs. Weniger als 1 Prozent des Heeresoffizierskorps diente in den sogenannten Schutztruppen in Übersee. In wirtschaftlicher Hinsicht blieben die Kolonien bis zuletzt ein Zuschussgeschäft. Von ihnen profitierten lediglich einige spezialisierte Handelsfirmen und Schifffahrtslinien[1]. Der Verlust der Überseebesitzungen durch den Versailler Vertrag wurde denn auch als weit weniger gravierend angesehen als andere Folgen des verlorenen Weltkrieges. Der Kolonialrevisionismus in den zwanziger Jahren schrumpfte rasch zur Angelegenheit einer kleinen Minderheit ehemaliger Kolonialbeamter, Schutztruppenveteranen und Siedler sowie Teilen des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums. Dennoch gaben die Reichsregierungen offiziell nie den Anspruch auf Rückübertragung der Besitzungen auf, galt ihre Wegnahme doch als Mosaikstein eines als ungerechtfertigt angesehenen Strafgerichts der Sieger[2].

Angesichts der im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien insgesamt untergeordneten Bedeutung der Kolonien für Deutschland bis 1918 und der relativ

[1] Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Kolonien vgl. Francesca Schinzinger, Die Kolonien und das Deutsche Reich. Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Besitzungen in Übersee, Stuttgart 1984. Zur Rolle der Schutztruppen und Überseeeinsätze im militärischen Gefüge des Kaiserreichs vgl. Eckard Michels, „Der Held von Deutsch-Ostafrika". Paul von Lettow-Vorbeck. Ein preußischer Kolonialoffizier, Paderborn 2008.

[2] Vgl. Wolfe W. Schmokel, Dream of Empire. German Colonialism 1919–1945, Westport/Ct 1964, S. 10–17 u. S. 46–74; Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969, S. 40 ff., sowie Christian Rogowski, „Heraus mit unseren Kolonien!" Der Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik und die „Hamburger Kolonialwoche" von 1926, in: Birthe Kundrus (Hrsg.), Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus, Frankfurt a. M. 2003, S. 243–262.

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0020
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geringen Beschäftigung der Öffentlichkeit mit dieser Frage nach 1918 hat es bislang nur vereinzelt geschichtswissenschaftliche Untersuchungen über die Rolle der Kolonien im Geschichtsbewusstsein der Deutschen gegeben[3]. Offenbar herrschte und herrscht in der Historiographie die Annahme vor, dass sie im kollektiven Gedächtnis nach 1918 kaum präsent waren, erst recht nicht nach 1945, als diese Episode von der Beschäftigung mit dem Dritten Reich überschattet wurde. Koloniale „lieux de mémoire" tauchen entsprechend auch nicht in den von Hagen Schulze und Etienne François herausgegebenen „Deutschen Erinnerungsorten" auf[4].

Die Sendung „Heia Safari – die Legende von der deutschen Kolonialidylle" jedoch, im Oktober 1966 im Ersten Fernsehprogramm an zwei aufeinander folgenden Abenden ausgestrahlt, liefert durch ihre starke Publikumsreaktion auf diese äußerst kritische Darstellung der deutschen Kolonialgeschichte eine Gelegenheit für den Historiker, zumindest für die Bundesrepublik der sechziger Jahre die Rolle der Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auszuloten. Dies ist möglich, weil das 1952 in der Bundesrepublik eingeführte Fernsehen bereits 15 Jahre später zum eindeutigen Leitmedium aufgestiegen war, welches mehr Menschen erreichte und beeinflusste als etwa Zeitungen, Zeitschriften oder das Radio und in der breiten Bevölkerung die Themen vorgab, über die man sprach. 1960 besaßen 25 Prozent der Haushalte einen Fernseher, 1966 bereits 60 Prozent; zudem erfreute sich das neuartige Fernsehen einer allgemein höheren Glaubwürdigkeit als andere Medien[5].

Die Firma Infratest in München führte seit Ende der fünfziger Jahre regelmäßig Zuschauerbefragungen zu jeder Sendung durch. Die Massenwirksamkeit des Fernsehens einerseits und die damals angewendeten demoskopischen Methoden andererseits ermöglichen es also, mehr als eine bloße intellektuelle „Höhenkammwanderung" zu unternehmen, d. h. aus den überlieferten schriftlichen Äußerungen einzelner Meinungsmacher wie Journalisten, Politikern oder Historikern auf das Geschichtsbild und die Erinnerung breiter Bevölkerungskreise schließen zu müssen, sei es in Bezug auf Deutschlands Kolonialvergangenheit oder andere Themen und Geschichtsepochen[6]. Zudem wurde „Heia Safari" zu einem Zeitpunkt gesendet, als noch 7,2 Millionen Menschen in Westdeutschland

[3] Vgl. vor allem Joachim Zeller, Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur, Frankfurt a. M. 2000, sowie Helma Lutz (Hrsg.), Kolonialismus und Erinnerungskultur. Die Kolonialvergangenheit im kollektiven Gedächtnis der deutschen und niederländischen Einwanderungsgesellschaft, Münster 2005.

[4] Vgl. Hagen Schulze/Etienne François (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bände, München 2001.

[5] Vgl. Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart 1998, S. 168–199; Konrad Dussel, Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Axel Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 673–694; Marie-Luise Kiefer/Klaus Berg, Massenkommunikation II. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1980, Frankfurt a. M. 1982, S. 99–101.

[6] Vgl. für die NS-Zeit Wulf Kansteiner, Nazis, Viewers and Statistics. Television History, Television Audience Research and Collective Memory in West Germany, in: Journal of Contemporary History 39 (2004), S. 575–598.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebten (etwa 12,5 Prozent der Bevölkerung), die 65 Jahre oder älter, also um die Jahrhundertwende oder in den Jahrzehnten davor geboren worden waren und die Kolonialepoche somit noch selbst miterlebt hatten[7].

Wie reagierte also die Fernsehnation auf die Sendung „Heia Safari"? Was wusste man 1966 noch über die Kolonien, und welches Geschichtsbild hatte sich bis dahin von dieser Epoche erhalten? Inwiefern waren die Reaktionen auf „Heia Safari" von der spezifischen Situation und den Themen in der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre beeinflusst und überlagert?

Eine Beschäftigung mit der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte von „Heia Safari", jener Dokumentarsendung in den sechziger Jahren, die wohl die stärksten Zuschauerproteste hervorrief [8], ist auch ein Lehrstück über die Möglichkeiten und Grenzen des Genres der historischen Fernsehdokumentation und die ihr inhärenten Gelegenheiten zur Meinungsmanipulation. Die Sendung zeugt schließlich von der großen Gestaltungsfreiheit, der sich Fernsehjournalisten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten Mitte der sechziger Jahre innerhalb eines Mediums erfreuten, das noch dabei war, seine Möglichkeiten auszutesten. Die Reaktionen auf „Heia Safari" innerhalb des Westdeutschen Rundfunks (WDR), der die Sendung produziert hatte, zeigen wiederum, dass sich die Fernsehmacher als Vorreiter bei der Schaffung von mehr Öffentlichkeit und Partizipation am Meinungsbildungsprozess verstanden. Der WDR versuchte, sowohl überkommene Geschichtsdeutungen zu überwinden wie auch jenem Teil der Gesellschaft eine Plattform zu geben, der sich dagegen sträubte.

Produktionsbedingungen und Programmgestaltung im westdeutschen Fernsehen der sechziger Jahre

Die Fernsehlandschaft in der Bundesrepublik war Mitte der 1960er Jahre überschaubar. Neben dem von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) gestalteten Ersten Programm, das sich aus den Beiträgen der Landesrundfunkanstalten entsprechend ihrer jeweiligen Größe speiste (wobei der Kölner WDR mit 25 Prozent den größten Programmanteil lieferte), gab es seit 1963 das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF). Zwischen 1964 und 1966 begannen die Landesrundfunkanstalten ihre regionalen Dritten Programme auszustrahlen. Im Gegensatz zur Situation heute, die von der Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern mit einer fast unüberschaubaren Vielfalt von Programmen gekennzeichnet ist, besaßen ARD und ZDF in den sechziger Jahren also ein

[7] Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968, Stuttgart 1968, S. 34.

[8] Vgl. Peter Zimmermann, Geschichte von Dokumentarfilm und Reportage von der Adenauer-Ära bis zur Gegenwart, in: Helmut Kreuzer/Christian Thomsen (Hrsg.), Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Informations- und Dokumentarsendungen, hrsg. von Peter Ludes u. a., München 1994, S. 213–324, hier S. 295.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monopol. Dieser Umstand und die Aura des Neuen, welche damals noch dem Fernsehen anhaftete, bewirkten, dass vor allem Programme, die in der Hauptsendezeit zwischen 19 Uhr 30 und 22 Uhr ausgestrahlt wurden, eine sehr hohe Sehbeteiligung erreichten. So waren für den ersten Teil von „Heia Safari", der am Mittwoch, den 5. Oktober 1966 zwischen 20 Uhr 15 und 21 Uhr ausgestrahlt wurde, 51 Prozent aller Geräte eingeschaltet. Den zweiten Teil, am nächsten Tag zwischen 22 Uhr 15 und 23 Uhr gesendet, verfolgten nur noch 10 Prozent der Zuschauer. Diese Einschaltquoten betrachtete der WDR nicht als sonderlich hoch oder niedrig, sondern repräsentativ für solche Art von an Werktagen entweder zur Prime Time oder spät abends gebrachten Sendungen[9]. Im Gegensatz dazu erreichten die kontrovers beurteilten Fernsehdokumentationen Guido Knopps im ZDF über Hitler und seine Helfer gegen Ende der 1990er Jahre, obwohl zur Hauptsendezeit ausgestrahlt, nur etwa 15 Prozent der Zuschauer. Eine solche Einschaltquote wird schon als großer Erfolg für historische Dokumentation im Zeitalter der extremen Programmvielfalt gewertet[10].

In den Fernsehsendern dominierte seit Ende der fünfziger Jahre eine Journalistengeneration, die größtenteils zwischen 1920 und 1932 geboren war, aber von der Historiographie als „45er" bezeichnet wird – wegen der Zäsur, die das Kriegsende und der Zusammenbruch des Nationalsozialismus in ihrem noch jungen Leben bedeutete. Diese Kohorte war 1945 reif genug gewesen, um die Katastrophe, die der Nationalsozialismus über Deutschland und Europa gebracht hatte, zu erfassen, zugleich aber jung genug, um sich politisch umzuorientieren. Sie fühlte sich durch die Reglementierung in der Hitlerjugend, später durch den Kriegseinsatz in der Wehrmacht, um ihre Jugend betrogen. Die zu dieser Alterskohorte zählenden Journalisten nahmen die durch die Umerziehungspolitik der westlichen Besatzungsmächte angebotenen Perspektiven bereitwillig an und wollten sich aktiv am Aufbau einer pluralistischen, auch kontrovers diskutierenden Gesellschaft beteiligen. Die kurze Phase der Entnazifizierung reichte, um sie in den neu entstehenden Rundfunkanstalten zu etablieren. Von hier aus wechselten sie in den fünfziger Jahren zum neuen Medium Fernsehen. Insgesamt herrschte eine stärkere Stimmung des Aufbruchs und ein größerer Verjüngungsschub in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten als in den in Privatbesitz verbleibenden Printmedien. Sendungen wie vor allem das Maßstab setzende, 1961 in Hamburg etablierte politische Fernsehmagazin „Panorama" sollten zuweilen bewusst provozieren und Zeitkritik üben, um so Diskussionen zu entfachen und als Korrektiv zur Regie-

[9] Historisches Archiv des WDR Köln (künftig: HA WDR), Bd. 00469, Aufzeichnung des WDR über Heia Safari, Anfang 1967.

[10] Vgl. Wulf Kansteiner, In Pursuit of German Memory. History, Television and Politics after Auschwitz, Athens/Ohio 2006, S. 109–180; Judith Keilbach, Fernsehbilder der Vergangenheit. Anmerkung zur Darstellung des Nationalsozialismus in den Geschichtsdokumentationen des ZDF, in: 1999 (Zeitschrift für das 20. und 21. Jahrhundert) 17 (2002), S. 102–113; Frank Bösch, Das „Dritte Reich" ferngesehen. Geschichtsvermittlung in der historischen Dokumentation, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), S. 204–220.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungspolitik zu dienen. Das Fernsehen wurde so zum Auslöser einer zunehmenden Zahl von Medienskandalen[11].

Im WDR stand für diese liberale, experimentierfreudige 45er Journalistengeneration der Chefredakteur des Sehfunks, Franz Wördemann, sowie der Leiter der Redaktion Politik und Zeitgeschichte, Dieter Gütt[12]. Der Autor von „Heia Safari" hingegen, Ralph Giordano, gehörte zwar zur gleichen Generation, besaß jedoch einen anderen biographischen Hintergrund. 1923 in Hamburg als Sohn einer jüdischen Mutter und eines italienischstämmigen Vaters geboren, überlebte er die letzten Kriegsmonate nur im Untergrund. Von 1945 bis zu seinem Bruch mit dem Stalinismus 1957 war er Mitglied der KPD; denn er sah zunächst den Kommunismus als einzige Kraft, die sich anscheinend von Anfang an konsequent dem Faschismus widersetzt hatte[13]. Er wechselte erst 1961 von den Printmedien zum NDR-Fernsehen. 1964 kam er als freier Mitarbeiter zum WDR. Dort gab er seinen Einstand mit der dreiteiligen Fernsehdokumentation „Kennzeichen Gewalt" über Diktaturen im 20. Jahrhundert. Die WDR-Redaktion war so angetan von der Produktion, dass er eine Art Blankoscheck für sein nächstes Vorhaben bekam: „Heia Safari"[14]. Die Chance zur journalistischen Selbstverwirklichung förderte der von 1961 bis 1976 amtierende WDR-Intendant Klaus von Bismarck. Ursprünglich der bis 1966 in Nordrhein-Westfalen regierenden CDU nahe stehend, die 1961 seine Kandidatur für die Intendanz unterstützt hatte, und als 1912 Geborener älter als die Generation der 45er, zeigte sich Bismarck Experimenten gegenüber ebenfalls aufgeschlossen. Er sah sein Amt als dezidiert überparteilich an. Als Intendant stellte er sich selbst hinter die radikalsten seiner Redakteure, da auch er Rundfunk und Fernsehen als ein Mittel zur Schaffung von mehr Öffentlichkeit und Meinungspluralität auffasste. Diese liberale Amtsführung sollte ihn in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit mehr und mehr von der CDU, seiner ursprünglichen politischen Heimat, entfremden[15].

Gefördert wurde die Experimentierfreude und die Gestaltungsfreiheit im Fernsehen der sechziger Jahre zudem durch eine komfortable finanzielle Situation der Sender als Folge der Rundfunkgebühren und Werbeeinnahmen bei gleichzeitig fehlender privater Konkurrenz. Der WDR beispielsweise konnte stets einen Teil seiner Werbeeinnahmen an andere kulturelle Einrichtungen des Landes abführen und zugleich sein Radioprogramm ganz von Werbung freihalten. Nicht zuletzt diese finanziell abgesicherte Position führte dazu, das man das Programm ohne den zwingenden Blick auf Einschaltquoten produzieren konnte.

---

[11] Vgl. Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006, S. 245–358.

[12] Vgl. ebenda, S. 249.

[13] Vgl. Ralph Giordano, Erinnerungen eines Davongekommenen. Die Autobiographie, Köln 2007, S. 227–318.

[14] Vgl. ebenda, S. 335.

[15] Vgl. Joseph Schmid, Intendant Klaus von Bismarck und die Kampagne gegen den „Rotfunk" WDR, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 349–381. Zur Geschichte des Senders vgl. auch Klaus Katz (Hrsg.), Am Puls der Zeit. 50 Jahre WDR, 3 Bände, Köln 2006.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende der fünfziger Jahre vollzog sich eine deutliche Wende in der Selbstdefinition und Aufgabenstellung des Fernsehens. Es mutierte von einem Unterhaltungsmedium, das auf die kleine private Welt des Zuschauers zugeschnitten war, zu einem Medium, welches sich zunehmend auch der Bildung und Information verschrieb und dem Zuschauer ein aufklärendes „Fenster zur Welt" eröffnen sollte[16]. Seitdem waren neben politischen Magazinen wie „Panorama" oder „Report" Sendungen historischen Inhaltes fester Bestandteil des wöchentlichen Fernsehprogramms sowohl bei der ARD wie beim ZDF, sei es in Form von Dokumentationen und Spielfilmen, die zuerst im Kino gezeigt worden waren, oder Fernseh- und Dokumentarspielen. Die erste jemals für das bundesdeutsche Fernsehen produzierte historische Dokumentation war die Serie „Das Dritte Reich", eine Gemeinschaftsarbeit von WDR und Süddeutschem Rundfunk in Stuttgart. Die ARD strahlte die Sendung zwischen Herbst 1960 und Frühjahr 1961 in 14 Folgen aus. Zwischen 1957 und 1967 gab es im Fernsehen laut Aufstellung von Georg Feil 50 Sendungen (Dokumentationen, Spielfilme, Dokumentarspiele u. a. zusammengenommen), die sich mit der deutschen Geschichte bis zur französischen Revolution beschäftigten, 23 über die Periode von den Napoleonischen Kriegen bis 1918, 11 über die Weimarer Republik, aber 128 über das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Weitere 44 beschäftigten sich mit den Folgen von NS-Diktatur und Krieg wie z. B. Kriegsgefangenen, Vertriebenen oder den Nürnberger Prozessen[17]. Die vielen Geschichtslektionen im Fernsehen über das Dritte Reich entsprangen sicherlich nicht nur dem Wunsch der Fernsehmacher nach Aufklärung über diese Zeit. Sie rührten auch daher, dass diese Periode der deutschen Geschichte schlichtweg mehr Filmmaterial als alle vorherigen hinterlassen hatte. Die Sendungen konzentrierten sich auf die Taten und Verantwortlichkeiten Hitlers und einiger seiner engsten Mitarbeiter. Die Deutschen wurden eher als Opfer denn als Täter porträtiert. Die militärischen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs und das dadurch hervorgerufene Leiden der Deutschen, sei es als Soldat oder Zivilist, nahmen besonders viel Raum ein. Gleichwohl zeichneten sich Sendungen wie „Das Dritte Reich" durch eine eindeutige Stellungnahme gegen den Nationalsozialismus aus, indem sie sich mit dem Mord an Millionen von Juden, der brutalen Unterdrückung jeden abweichenden Verhaltens, der Alleinverantwortlichkeit Deutschlands für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und seinen Verlauf oder etwa mit der Brutalität der Besatzungspolitik in Polen auseinandersetzten und dabei der Kommentartext stets eine deutliche Sprache sprach[18].

[16] Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, S. 176.

[17] Vgl. Georg Feil, Zeitgeschichte im deutschen Fernsehen. Analyse von Fernsehsendungen mit historischen Themen 1957–1967, Osnabrück 1974, S. 165–171.

[18] Vgl. Christoph Classen, Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965, Köln 1999; Christiane Fritsche, Vergangenheitsbewältigung im Fernsehen. Westdeutsche Filme über den Nationalsozialismus in den 1950er und 60er Jahren, München 2003.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch wenn die deutsche Geschichte vor 1933 im Vergleich zur Flut der Sendungen über das Dritte Reich in den sechziger Jahren relativ wenig auf dem Bildschirm vertreten war, passte „Heia Safari" gut in die damalige Fernsehlandschaft. Die Umwandlung Afrikas von einem Kontinent von Kolonien in einen Erdteil unabhängiger Staaten seit Ende der fünfziger Jahre erhielt im Fernsehen der Bundesrepublik erhebliche Aufmerksamkeit mittels Magazinbeiträgen, aber auch in größeren Dokumentationen, z. B. über den Algerienkrieg und die Kongokrise[19]. Diese Fernsehberichte waren oftmals eindeutiger anti-kolonial ausgerichtet als Bonns offizielle Politik. Letztere sah die Entwicklung in Afrika noch vornehmlich unter dem Blickwinkel des Ost-West-Gegensatzes und der Solidarität mit seinen von der Dekolonisation erfassten westlichen Partnern. Bonns Diplomatie war geprägt von der Angst, die DDR könnte sich auf dem Schwarzen Kontinent als zweiter international anerkannter Staat festsetzen[20].

„Heia Safari" war denn auch von Giordano nicht als reine Geschichtsstunde über den deutschen Kolonialismus konzipiert. Vielmehr wollte die Sendung eine Darstellung der deutschen Kolonialvergangenheit mit jener der Situation im postkolonialen Afrika und der bundesrepublikanischen Haltung gegenüber diesem sich emanzipierenden Kontinent verbinden und damit Bezug zur Aktualität herstellen. Damit konnte Giordanos Projekt auf die Unterstützung des WDR zählen, denn Bismarck hatte ein besonderes Interesse an den Entwicklungsländern. Der WDR leistete z. B. technische Hilfe in Afrika beim Aufbau der dortigen Sender. Gelegentlich scherzte man im WDR sogar über das entwicklungspolitische Interesse Bismarcks, wobei es hieß: „Wer mal schnell eine Audienz beim Chef haben will, der malt sich am besten vorher schwarz an."[21]

Geplante Provokation: Die Entstehung von „Heia Safari"

Giordano behauptete sowohl in „Heia Safari" wie auch später in seinen autobiographischen Schriften, dass zwei Ereignisse ihn dazu angestoßen hätten, die Arbeit an der Sendung zu beginnen: zunächst eine kritische Artikelserie über die deutschen Kolonien in der Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Welt der Arbeit" im März 1962, welche das Blatt aufgrund des anhebenden Protests in der Öffentlichkeit über diese Darstellung schon nach wenigen Folgen habe einstellen müssen; sodann die Beisetzungsfeierlichkeiten für General Paul von Lettow-Vorbeck, den „unbesiegten" Kommandeur der „Schutztruppe" von Deutsch-

[19] Vgl. Zimmermann, Geschichte von Dokumentarfilm und Reportage, in: Kreuzer/Thomsen (Hrsg.), Geschichte des Fernsehens, Bd. 3, S. 221–231 u. S. 295 f.

[20] Vgl. Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999, Hamburg 2000, S. 43 u. S. 117–145. Zum Dilemma von Bonns Außenpolitik im Zeitalter der Dekolonisation vgl. auch Jean Paul Cahn/Klaus-Jürgen Müller, La République Fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie (1954–1962). Perceptions, implications et retombées diplomatiques, Paris 2003, sowie Eckard Michels, Deutsche in der Fremdenlegion 1870–1965. Mythen und Realitäten, Paderborn 1999, S. 304–330.

[21] Schmid, Intendant Bismarck, S. 361.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ostafrika im Ersten Weltkrieg[22], im holsteinischen Pronstorf im März 1964. Auf dieser Beerdigung bezeichnete Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel den einzigen auch international bekannten deutschen Kolonialoffizier als menschliches Vorbild für die junge Soldatengeneration der Bundeswehr.

Giordano war schockiert, dass selbst ein halbes Jahrhundert nach Ende des deutschen Kolonialreichs eine nostalgische, beschönigende Sichtweise auf diese Episode in der deutschen Geschichte vorherrschte und kritische Stimmen rasch zum Schweigen gebracht wurden. Zudem hatte er sich von Lettow-Vorbecks 1957 veröffentlichten Lebenserinnerungen[23] provoziert gefühlt, die Zeugnis von dessen auch nach 1945 anhaltend rassistischen und antidemokratischen Einstellung ablegten[24]. Giordano entschloss sich, eine ebenso einseitige Attacke gegen die „Legende von der deutschen Kolonialidylle in Afrika", wie es im Untertitel der Sendung hieß, zu reiten, die wenig Raum für historische Subtilitäten lassen würde. „Heia Safari" war eine bewusst provokant gestaltete Sendung Giordanos über eine Geschichtsepoche, die durch den Prozess der Dekolonisation in Afrika seit einigen Jahren auch in der Bundesrepublik wieder an Aktualität gewonnen hatte. „Die wissenschaftliche Beratung der Sendung wird wohl noch einige Schwierigkeiten bringen, da es wohl nicht ganz leicht sein wird, den historischen Standpunkt mit dem eines Fernsehautors in Einklang zu bringen", schrieb Hartmut Pogge von Strandmann, der wissenschaftliche Berater der Sendung, am 1. Februar 1966 an seinen Doktorvater Fritz Fischer nach einem ersten Zusammentreffen mit Giordano im Januar[25]. Giordano wollte ursprünglich Fischer selbst als historischen Berater gewinnen, doch der zeigte sich desinteressiert und verwies stattdessen auf seinen in Oxford lebenden Schüler. Dieser arbeitete seit einigen Jahren an einer Dissertation über die deutsche Kolonialpolitik und kannte die damals im Staatsarchiv der DDR in Potsdam lagernden Akten des Reichskolonialamtes durch zwei längere Forschungsaufenthalte[26].

Mit seiner geplanten Dokumentation eilte Giordano der westdeutschen Historiographie zum Kolonialismus um einige Jahre voraus, denn es war die junge Historikergeneration wie etwa der 1938 geborene Pogge von Strandmann und der 1935 geborene Helmut Bley, die gerade erst begonnen hatten, sich auf Basis der Primärquellen dieses Themas anzunehmen. Allerdings lag 1966 noch keine

[22] Zu Lettow-Vorbeck vgl. Michels, „Der Held von Deutsch-Ostafrika", sowie Uwe Schulte-Varendorff, Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck. Mythos und Wirklichkeit, Berlin 2006.

[23] Vgl. Paul von Lettow-Vorbeck, Mein Leben, Biberach 1957.

[24] Vgl. Ralph Giordano, „Heia Safari": Erfahrungen mit einer Fernsehsendung I, in: Ders., An den Brandherden der Welt. Ein Fernsehmann berichtet, Hamburg 1990, S. 176–192, hier S. 176 f.; ders., Erinnerungen, S. 336; Schriftliche Auskunft von Ralph Giordano an den Autor, 19. 8. 2007.

[25] Schriftliche Auskunft von Hartmut Pogge von Strandmann an den Autor, 21. 7. 2007.

[26] Gespräch mit Hartmut Pogge von Strandmann in Oxford am 19. 7. 2007. Vgl. Hartmut Pogge von Strandmann, The Kolonialrat. Its Significance and Influence on German Politics from 1890 to 1906, Diss. Phil., University of Oxford 1970.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Studien vor[27]. Lediglich die DDR-Historiographie hatte, begünstigt durch den privilegierten Zugang zu den Akten des Reichskolonialamtes, bereits seit Ende der fünfziger Jahre begonnen, das Terrain thematisch zu sondieren[28]. Diese Forschungen wurden jedoch von der westdeutschen Zunft als ideologisch voreingenommen abgelehnt[29]. Auch für Giordanos Projekt schienen die DDR-Studien ungeeignet, weil sie es in den Augen der westdeutschen Öffentlichkeit von vornherein diskreditiert hätten, vor allem auch angesichts der kommunistischen Vergangenheit des Autors. Er wählte stattdessen einen Zugang, den er später zur Rechtfertigung seiner Sendung als „Selbstcharakteristik des deutschen Imperialismus“[30] bezeichnete. Nur die deutschen Originalquellen aus der Zeit bis 1918 sollten sprechen. Die Sendung enthält folglich auch keinen Hinweis auf die östlich der Elbe unternommenen Forschungen.

Die insgesamt 90-minütige Sendung ist in zwei Teilen à 45 Minuten konzipiert. Der erste Teil beginnt mit kontrastierenden Aussagen von Afrikanern über die deutsche Kolonialzeit. Einige äußern sich kritisch, andere nostalgisch und positiv. Nach etwa vier Minuten erscheint Giordano auf dem Bildschirm und macht den Zuschauer mit dem Anlass der Sendung vertraut, also der abgebrochenen Berichterstattung in der „Welt der Arbeit“ und dem Begräbnis Lettow-Vorbecks. Es könne, so Giordano, keine Versöhnung zwischen der immer noch dominanten positiven Erinnerung an die deutsche Kolonialepoche in Deutschland, die nach 1919 fabriziert worden sei, und der historischen Realität bis 1918 geben. „Die Legende von der deutschen Kolonialidylle ist so einmütig, so eindeutig, dass wir uns eine demographische Befragung ersparen können. […] Hier liegt das letzte große Tabu unserer jüngeren Geschichte, das Hätschelkind der nationalen Kreise.“[31] Es folgt ein kurzer Überblick über die europäische Expansion nach Übersee seit dem 15. Jahrhundert. Sodann weist der Film auf die Pseudolegalität der vom Reich in den 1880er Jahren geschlossenen Schutzverträge mit den afrikanischen Herrschern hin, die keine Völkerrechtssubjekte gewesen seien und daher gar nicht das Recht besessen hätten, ihre Gebiete dem Reich zu unterstellen. Die Dokumentation widmet sich danach der militärischen Eroberung von Kamerun, Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika sowie der Niederschlagung der anti-kolonialen Aufstände. Jede Filmsequenz über eine der militärischen

[27] Vgl. die einige Jahre später erschienene bahnbrechende Studie von Helmut Bley, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914, Hamburg 1968.

[28] Vgl. Fritz Ferdinand Müller, Deutschland-Zanzibar-Ostafrika. Geschichte einer deutschen Kolonialeroberung 1884-1890, Berlin (Ost) 1959, und Manfred Nussbaum, Vom „Kolonialenthusiasmus“ zur Kolonialpolitik der Monopole. Zur deutschen Kolonialpolitik unter Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Berlin (Ost) 1962.

[29] Vgl. Ulrich van der Heyden, Kolonialgeschichtsschreibung in Deutschland. Eine Bilanz ost- und westdeutscher Kolonialhistoriographie, in: Neue Politische Literatur 48 (2003), S. 401–429, hier S. 404 f.

[30] So Giordano in der am 9./10. 2. 1967 ausgestrahlten zusätzlichen Diskussionssendung „Heia Safari – Für und Wider“.

[31] Alle Zitate aus der Sendung sind meine Transkripte der gesendeten Version von „Heia Safari“.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aktionen wird mit Bildern von zwei Vögeln, die auf einem hohen Baum sitzen, eingeleitet. Sie rufen beim Zuschauer die Assoziation von Geiern oder Raubvögeln hervor, die auf Aas oder Beute lauern. Die Sendung nennt den Hererokrieg in Deutsch-Südwestafrika von 1904 den ersten Völkermord in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Teil I endet mit der Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes in Deutsch-Ostafrika 1905/6. Dabei wird eine schwarze Frau zitiert, die in einem Brief an einen Missionar die Hungersnot und das Massensterben der Afrikaner als Folge der deutschen Strategie der verbrannten Erde beschreibt. Unterlegt wird die Beschreibung mit Bildern von einem verwüsteten afrikanischen Wald. Den Abspann des ersten Teils begleitet düstere Musik.

Der zweite Teil widmet sich der deutschen Herrschaft nach dem Brechen des afrikanischen Widerstands. Diese sei durch Zwangsarbeit, Enteignung und Vertreibung der Einheimischen von ihrem Land und die allgegenwärtige Prügelstrafe gekennzeichnet gewesen. Eine relativ lange Passage von etwa acht Minuten befasst sich mit der Prügelstrafe und den durch die Nilpferdpeitsche, der sogenannten Kiboko, hervorgerufenen Wunden. Sie ist unterlegt mit Zitaten aus Reichstagsdebatten und den Akten des Reichskolonialamtes über die Wirkung der Züchtigungen. Dabei blenden Giordano und sein Regisseur Claus Ferdinand Siegfried wiederholt einen alten Afrikaner ein, der als junger Mann selbst Opfer der Prügelstrafe geworden war. Dieser stellt das Schlagen nach, imitiert zugleich das Wimmern der Opfer und sagt am Schluss auf Deutsch „Der letzte [Hieb] für den Kaiser“. Die Szene ist etwas unscharf gedreht, sodass sie durch die Qualität der Bilder einen Hauch der Authentizität einer Archivaufnahme erhält, ohne dass der Zuschauer darüber aufgeklärt wird, dass es sich um eine nachgestellte Szene handelt. Während die Raub- bzw. Aasvögel die Bildmetapher des ersten Teils sind, um die Phase der Eroberung zu charakterisieren, ist es in Teil zwei die Peitsche für die Phase der Reformära unter dem 1906 ernannten liberalen Bankier Bernhard von Dernburg an der Spitze des Reichskolonialamtes. Die Triebkräfte hinter der deutschen Kolonialpolitik waren laut den Machern der Sendung die wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Elite wie etwa der Schifffahrtslinie Woermann oder der Hochfinanz, für welche Dernburg stand. Die zweite Hälfte des zweiten Teils zeichnet kurz die Geschichte des Kolonialrevisionismus ab 1918 und die Verherrlichung der Kolonialepoche nach. Das Hauptargument der Sendung ist, dass das Bild einer deutschen Kolonialidylle in Afrika erst nach 1918 systematisch geschaffen worden sei – als Antwort auf die in Versailles von der Entente erhobenen Vorwürfe exzessiver deutscher Brutalität in Afrika, mit welcher die Annexion der Schutzgebiete legitimiert werden sollte. Vor 1914 jedoch, so die Behauptung, sei die Kritik in Deutschland an der Kolonialpraxis weit verbreitet gewesen und Beweise für die schiere Brutalität der deutschen Herrschaft hätten mannigfach in den deutschen Archiven überlebt, aber auch dank der Bereitschaft des deutschen Militärs, ihre Kampagnen in Afrika für die Öffentlichkeit aufzuzeichnen. Laut den Produzenten der Sendung habe aber nach 1918 niemand Interesse daran gehabt, diese niederschmetternden Beweise hervorzuholen. Die Sendung attackiert die angebliche Heuchelei der Bundesrepublik, die einerseits in ihren Beziehungen zu den jungen afrikanischen Staaten damit hausieren gehe, dass Deutschland schon seit 1918

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht mehr Kolonialmacht sei, und zugleich das Bild einer angeblich weniger korrupten und humaneren deutschen Kolonialherrschaft im Vergleich zu jener anderer europäischer Länder pflege. Angesichts dieses Mangels an Aufrichtigkeit könne es zu keiner wahren Verständigung zwischen den Eliten des neuen Afrika und der jungen Generation in Deutschland kommen.

Gegen Ende verliert die Sendung ihren Fokus, indem sie sich mit Lettow-Vorbeck auseinandersetzt, allerdings nicht mit seiner Kriegführung in Ostafrika im Ersten Weltkrieg. Diese war im ersten Teil sogar noch als „militärische Leistung" gelobt worden, „der man den Respekt nicht versagen kann". Nun zitiert Giordano aus den Lebenserinnerungen des Offiziers, die von seiner antirepublikanischen Einstellung nach 1918, der Bewunderung für Hitler, der Weigerung, sich dem 20. Juli anzuschließen und einem Glauben an einen deutschen Endsieg bis in das Jahr 1945 hinein zeugten. Die Sendung erhält hier eher eine generelle Stoßrichtung gegen die politische Kultur der Bundesrepublik. Sie sei von einem „deutsch-nationalen Traditionalismus" geprägt. Dieser habe zur Folge, dass die Bundeswehr sowohl einen erklärten Antidemokraten ihren jungen Soldaten als Vorbild empfehle wie auch ein verherrlichendes Andenken an die Kolonialzeit pflege. Die Sendung endet mit Bildern der Universität Dar-es-Salaam und einem Interview mit dem somalischen Schriftsteller William Syad, einem Berater des tansanischen Präsidenten Julius Nyerere. Die Bilder von der modernen Universität, die als eine der größten der Welt bezeichnet wird, und die Worte Syads vermitteln den Eindruck eines modernen, optimistisch in die Zukunft blickenden Afrikas, das sich von europäischen Interpretationen der Kolonialzeit emanzipiert. Der Film endet mit den Worten „Afrika ist mündig geworden", und die Filmmusik zum Ende und beim Abspann ist im Gegensatz zum ersten Teil beschwingt.

Die Recherche litt u. a. am Mangel an Originalaufnahmen über die deutsche Kolonialzeit und an der Mitte der sechziger Jahre erst rudimentären Erfassung von Filmmaterial durch die westdeutschen Archive[32]. Der Film zeigt daher nur wenige Sequenzen aus der deutschen Kolonialzeit, insgesamt etwa zwei von 90 Minuten Sendezeit, einige nicht näher erläuterte Filmaufnahmen mit afrikanischen Szenen vermutlich aus den dreißiger Jahren, Archivaufnahmen über koloniale Unruhen nach 1945, die Eröffnung der ersten Afrikawoche in der Bundesrepublik 1960 durch den Präsidenten der Deutschen Afrika-Gesellschaft und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und die Beerdigung Lettow-Vorbecks. Der Großteil der Filmaufnahmen zeigt afrikanische Landschaften, Tiere, Alltagszenen des Schwarzen Kontinents, Bilder von Kolonialbauten und Denkmälern, welche das WDR-Team bei seiner zweieinhalbmonatigen Reise nach Kamerun und Tansania – die Einreise ins vormalige Deutsch-Südwestafrika war von den südafrikanischen Behörden verweigert worden[33] – im Frühjahr 1966 machte. Die

[32] Zu den damaligen Rechercheproblemen siehe auch die Erinnerungen von Friedrich A. Krummacher, Produzent der siebenteiligen, 1964 gesendeten ZDF-Dokumentation „Die Weimarer Republik", in: Guido Knopp/Siegfried Quandt (Hrsg.), Geschichte im Fernsehen. Ein Handbuch, Darmstadt 1988, S. 129–134.

[33] Vgl. Giordano, Heia Safari, in: Ders., An den Brandherden, S. 178.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation bildet Photos, Gemälde, Stiche, Dokumente und amtliche Publikationen aus der deutschen Kolonialzeit ab. Es kommen Afrikaner zu Wort, entweder Augenzeugen der deutschen Herrschaft oder deren Nachkommen wie der Enkel des Hehe-Herrschers Mkwawa (und 1966 Speaker des tansanischen Parlaments), der in den 1890er Jahren den Widerstand seines Volkes gegen die Deutschen angeführt hatte, und der Sohn eines von den Deutschen 1914 gehängten Häuptlings in Kamerun. Auch der Kameruner Historiker Albert Owona wird mehrmals eingeblendet.

Die Aussagen der auftretenden Afrikaner stellen eindeutig das Leiden in den Vordergrund, welches die Deutschen über die autochthone Bevölkerung gebracht hätten, und die rücksichtslose und rechtswidrige Vorgehensweise der Kolonialmacht. Es gibt allerdings auch kürzere Einblendungen von älteren Afrikanern, welche die deutsche Herrschaft loben, weil sie Disziplin, Religion, die Alphabetisierung und moderne Technologie gebracht hätten. Im zweiten Teil gesteht der Off-Kommentar ein, dass eines der bewegendsten Erlebnisse des WDR-Teams während seiner Recherche diese Begegnung mit den noch Deutsch sprechenden alten Afrikanern gewesen sei, doch fährt er sogleich fort: „Die Verklärung der eigenen Jugend hebt weder die Unbestechlichkeit der Dokumente auf, noch schreibt sie die Kolonialgeschichte neu." Afrikanische Kollaboration mit der Kolonialmacht wird hingegen fast nicht thematisiert. Am Ende des ersten Teils über die Repression des Maji-Maji-Aufstandes heißt es lediglich: „Wir wissen nicht, was die Askari bewog, auf ihre Brüder und Schwestern zu schießen."

Im Gegensatz zu den Statements der Afrikaner gibt es keine Interviews mit deutschen Zeitzeugen, Historikern oder anderen Experten. Giordano wollte jede Stellungnahme verhindern, die eine apologetische oder auch nur moderate Sichtweise von Deutschlands Kolonialpräsenz in Afrika hätte heraufbeschwören können. Die deutsche Perspektive der Kolonialzeit ist daher nur durch Zitate und Paraphrasierungen der Dokumente und der Literatur aus der Zeit vor 1914 herausgearbeitet, also etwa die Schriften Carl Peters und des Kommandeurs der deutschen Truppen in Kamerun, Hans Dominik, die offizielle Geschichte des Krieges gegen die Herero des Großen Generalstabs, die Verhandlungen des Reichstags und die Akten des Reichskolonialamtes, die Pogge von Strandmann als Kopien zur Verfügung gestellt hatte. Es werden nur solche Passagen aus der Literatur und den Dokumenten verwendet, die entweder direkt die Brutalität ihrer Autoren wie Peters und Dominik bloßlegen oder sich kritisch über das deutsche Handeln in Afrika äußern. So hinterlässt die Sendung den Eindruck, dass vor 1914 eigentlich jeder um die schiere Brutalität und das Missmanagement in den Kolonien gewusst haben musste. In der Lesart der Sendung war die letzte Reichstagsdebatte vom März 1914 über die Kolonialpolitik eine beinahe einmütig kritische Aussprache, bei der fast keiner der Abgeordneten ein gutes Wort an der deutschen Präsenz in Afrika ließ.

Als weiteres Element der Sendung tritt Giordano selbst, im Studio gefilmt, wiederholt auf; kommentierend, zusammenfassend, Schlussfolgerungen ziehend und eine Brücke von Deutschlands Kolonialvergangenheit zur politischen Kultur und zur Afrikapolitik der Bundesrepublik schlagend. Seine Auftritte erinnern

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eher an einen Agitator, der auf einen politischen Gegner zielt, denn an einen Kommentator einer historischen Dokumentation.

Auch wenn die Sendung als bewusst einseitige, provozierende Interpretation von Deutschlands Kolonialvergangenheit gedacht war, wollte Giordano sicherstellen, dass die Fakten stimmten[34]. Daher sind die in der Sendung aufgestellten Behauptungen wiederholt mit Bildern jener Dokumente und Bücher unterlegt, aus denen die Informationen stammen. Der Kommentar nennt sogar die Bandnummer und selbst die Seitenzahl aus dem Aktenbestand des Reichskolonialamtes, aus dem z. B. eine Beschreibung der Auspeitschungen entnommen wurde, um die Aura der unbezweifelbaren Authentizität der Behauptungen zu schaffen. „Heia Safari" ist stellenweise gleichsam eine filmische Dokumentation mit Fußnotenapparat.

Dagegen ist die Bildauswahl zum Teil fehlerhaft oder bewusst irreführend, was später einige Zuschauer zum Anlass nahmen, die ganze Sendung zu verdammen. Weil es einen Mangel an Originalaufnahmen aus der Zeit vor 1914 gab, werden Szenen aus den dreißiger Jahren eingeblendet, die vorgeben, das Leben aus der Kolonialzeit vor 1914 widerzuspiegeln, obwohl die Filmqualität eindeutig auf eine spätere Entstehungszeit verweist. Die kontroverseste und manipulativste Sequenz, die von vielen Zuschauern als fingiert erkannt wurde, ist die Nachstellung der Auspeitschung, welche der Film so ins Narrativ integriert, als sei es eine Originalaufnahme. Weitere Details zeugen ebenfalls von einer nachlässigen Bildredaktion. So heißt es in Teil I richtigerweise, dass die Deutschen im Hererokrieg nur weiße Soldaten verwendet hätten, unterlegt ist die Schilderung des Krieges aber u. a. mit einer Marschkolonne afrikanischer Askari, die es in Deutsch-Südwestafrika nie gegeben hat. Bei der Darstellung des Maji-Maji-Krieges wird ein Foto eingeblendet, welches ein schweres Geschütz zeigt, das Lettow-Vorbecks Truppen im Ersten Weltkrieg zum Einsatz brachten, nicht jedoch 1905/6.

Reaktionen auf „Heia Safari"

Gütt und Wördemann waren sich sehr wohl der Skandalträchtigkeit von Giordanos Sendung bewusst, als dieser ihnen im Juni 1966 die endgültige Fassung präsentierte. Sie entschieden sich dennoch, ihr Plazet zur Ausstrahlung zu geben[35]. Möglicherweise zögerten die Verantwortlichen die Sendung nicht zu bringen, weil deren Produktion recht teuer geworden war – immerhin hatten Giordano und sein Team allein mehr als zwei Monate in Afrika verbracht. Eine Aufzeichnung Bismarcks nach der Ausstrahlung der Sendung über die aus „Heia Safari" zu ziehenden Lehren weist seine Mitarbeiter u. a. an, einer Produktion, bei der Zweifel an der Qualität bestehen, nicht bloß grünes Licht für den Bildschirm zu geben, weil ihre Herstellung schon viel Geld verschlungen habe[36].

[34] Gespräch mit Hartmut Pogge von Strandmann in Oxford am 19. 7. 2007.
[35] Vgl. Giordano, Heia Safari, in: Ders., An den Brandherden, S. 187 f.; ders., Erinnerungen, S. 340 f.
[36] HA WDR, Bd. 00469, Notiz Bismarcks, 9. 11. 1966.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Giordano hatte mit seiner Sendung provozieren wollen, doch das Ausmaß und die Schärfe der Reaktionen auf deren Ausstrahlung überraschten ihn wie auch den Sender[37]. Schon während und unmittelbar nach der Ausstrahlung des ersten Teils von „Heia Safari" am 5. Oktober 1966 registrierte der WDR eine ungewöhnlich hohe Zahl von Anrufen von Zuschauern, die sich zum Teil in äußerst aggressiver Weise über die Sendung beschwerten. Das Gleiche geschah am nächsten Abend, wenn auch wegen der fortgeschrittenen Sendezeit in geringerem Maße. Am ersten Abend erhielt Bismarck selbst, der die Sendung nicht vor der öffentlichen Aufführung gesehen hatte, zudem Anrufe von Gerstenmaier und vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, die den Intendanten drängten, die Ausstrahlung des zweiten Teils am nächsten Tag zu verhindern. Innerhalb der ersten zwei Wochen nach der Sendung trafen beim WDR 249 Zuschriften von Zuschauern ein, bis Anfang 1967 war die Zahl auf 400 angewachsen. Der Intendant des Hessischen Rundfunks schrieb an Bismarck: „Mit Ihren beiden Fernsehsendungen unter dem Titel Heia Safari haben Sie die Gemüter der braven Deutschen kräftig aufgerührt. Auch uns erreichen telefonisch und brieflich wüste Beschimpfungen." Giordano erhielt sogar Todesdrohungen[38].

Etwa drei Viertel der Zuschriften äußerten sich negativ über die Sendung, ein Viertel positiv. Zu ungefähr 90 Prozent kamen sie von männlichen Zuschauern[39]. Es war eine ungewöhnlich starke und negative Zuschauerresonanz auf eine historische Dokumentation, die sich nur mit einem Nebenaspekt der deutschen Geschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts beschäftigte und mit dem sich nur wenige Deutsche direkt konfrontiert gesehen hatten, wenn man die Einsendungen mit jenen zu vorangegangenen historischen Dokumentationen von ARD und ZDF vergleicht. Der Vierzehnteiler „Das Dritte Reich" von 1960/61, jeweils Freitag abends zur Hauptsendezeit ausgestrahlt, Montag abends spät wiederholt und ein Thema behandelnd, das Millionen von Deutschen direkt betraf, bescherte den Sendern 602 Zuschriften, davon 40 Prozent negativ. Die siebenteilige Dokumentation „Die Weimarer Republik" des ZDF, 1964 gesendet, erbrachte 653 schriftliche Zuschauerreaktionen, davon 481, die sich positiv über das Programm äußerten[40].

Wie im Falle der Sendung „Das Dritte Reich" kam die zustimmende Post eher von jüngeren Zuschauern. Die Zuschriften von jenen, die entweder die NS-Zeit oder die Kolonialperiode selbst erlebt hatten, zeigten sich eher kritisch gegenüber der Fernsehversion einer Vergangenheit, die sie glaubten anders erlebt zu haben[41]. Die Zuschriften der jüngeren Zuschauer bewiesen zugleich, dass Giorda-

[37] Gespräch mit Hartmut Pogge von Strandmann in Oxford am 19. 7. 2007.

[38] HA WDR, Bd. 00469, Aufzeichnung des WDR über Heia Safari (Anfang 1967) sowie Brief des Intendanten des Hessischen Rundfunks an Bismarck vom 12. 10. 1966; vgl. Giordano, Erinnerungen, S. 341 (Intervention Gerstenmaiers, Todesdrohungen); Gespräch mit Hartmut Pogge von Strandmann in Oxford am 19. 7. 2007 (Intervention von Strauß).

[39] Die Zuschriften sind vollständig überliefert in: HA WDR, Bd. 00469-00474.

[40] Vgl. Fritsche, Vergangenheitsbewältigung, S. 130; Krummacher, Die Weimarer Republik, in: Knopp/Quandt (Hrsg.), Geschichte im Fernsehen, S. 132 f.

[41] Für „Das Dritte Reich" vgl. Fritsche, Vergangenheitsbewältigung, S. 130.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nos Behauptung in der Dokumentation stimmte, es habe sich bislang eine einseitig positive Erinnerung an die deutsche Kolonialzeit in der breiteren Öffentlichkeit der Bundesrepublik erhalten. „Es war mir vollkommen neu, was Sie über die Zustände in den ehemaligen deutschen Kolonien sagten. Das, was ich bisher über die ehemaligen deutschen Schutzgebiete gehört und gelesen habe (ich bin Jahrgang 1928), lautete ganz anders", hieß es in einem Brief. „Ich bin 34 Jahre alt und hatte noch nie etwas gelesen oder gehört, das diese auch von mir immer geglaubte schöne und stolze Kolonialzeit in Afrika irgendwie angegriffen hätte und muss deshalb Ralph Giordano völlig recht geben, wenn er sagt, dass in dieser Beziehung von allen Seiten geschwiegen worden ist", schrieb ein anderer Zuschauer. Noch signifikanter waren die Briefe von zwei Geschichtslehrern. „Ich bin Oberstudienrat und kann Ihnen bestätigen, dass in keinem unserer Geschichtsbücher die Kehrseite des deutschen Kolonialismus auch nur andeutungsweise gezeigt wird. Deswegen ist ihre Sendung eine Notwendigkeit." Und eine Kollegin aus Castrop-Rauxel sekundierte: „Ich muss gestehen, dass mir leider die meisten Tatsachen unbekannt waren und dass es Kollegen, die ich befragt habe, offenbar nicht anders ging. Natürlich ist einem der Hereroaufstand als Faktum bekannt, aber die Einzelheiten der Niederwerfung dieses und anderer Aufstände wie überhaupt die (auch) mit der deutschen Kolonisierung verbundene Unmenschlichkeit waren mir neu. Von Kolonialgräueln wusste ich zwar, meine Vorstellung von den deutschen Kolonien entsprach jedoch im Wesentlichen der in der Sendung gezeigten ‚Kolonialidylle'. […] Vielleicht freut es Sie zu hören, dass ich einigen meiner Schülerinnen die – freiwillig übernommene – Aufgabe gestellt habe, die an unserer Schule eingeführten Geschichtsbücher und Quellenbände systematisch daraufhin zu untersuchen, wie die Kolonialpolitik der europäischen Mächte allgemein und die des Deutschen Reiches im Besonderen dargestellt wird. Das Ergebnis, über das ich mir jetzt schon im Klaren bin, werde ich dem Klett-Verlag mitteilen mit der Bitte, in den Neuauflagen seiner Geschichtsbücher dieses Kapitel so darzustellen, dass die Schüler vom Kolonialismus ein Bild bekommen, das der Wirklichkeit entspricht."[42] Diese Briefe sind nicht nur ein Anzeichen dafür, wie sehr das Fernsehen in der Lage war, überkommene Geschichtsbilder zu erschüttern. Sie zeugen auch von der Bereitschaft einiger Fernsehzuschauer, die vor allem Mitte der zwanziger Jahre oder später zur Welt kamen, also teilweise älter waren als jene Jahrgänge, die das Protestpotential der Studentenbewegung stellten, etablierte Interpretationen der deutschen Geschichte zu hinterfragen und selbst so radikalen Deutungen wie jener Giordanos zu folgen.

Im Gegensatz dazu waren die älteren Zuschauer, die gegen die Sendung protestierten, nicht notwendigerweise pro-kolonial eingestellt oder direkt in die Kolonialpolitik involviert gewesen. Sie glaubten vielmehr, dass es in den vorangegangenen Jahren schon genügend kritische Auseinandersetzung mit Deutsch-

[42] HA WDR, Bd. 00473, Brief von Werner Huchenbach, 15. 10. 1966, und von Wilhelm Spangenberg, 17. 2. 1967; ebenda, Bd. 00471, Brief von Walter Höreth, 10. 2. 1967; ebenda, Bd. 00472, Brief von Ursula Meckstroth, 15. 10. 1966.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lands jüngster Vergangenheit gegeben habe – angesichts des Eichmann-Prozesses in Jerusalem, der Auschwitz-Prozesse in Frankfurt, des Skandals um das Theaterstück „Der Stellvertreter" von Rolf Hochhuth, der Verjährungsdebatte im Bundestag, schließlich auch durch die ständige Beschäftigung des Fernsehens mit der NS-Zeit[43]. In dieser Situation wollten viele Fernsehzuschauer sich nicht um noch eine Illusion hinsichtlich der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert beraubt sehen. Manche Zuschauer suchten ihren Protest sogar dadurch zu untermauern, dass sie schrieben, sie seien keineswegs Parteigenossen gewesen, sondern im Gegenteil mit der Gestapo in Konflikt geraten. „Nachdem KZ-Filme, Theaterstücke und dergl. nicht mehr so recht ankommen, kramt man, jedenfalls beim WDR, in der Mottenkiste um uns Deutschen und der Welt immer wieder zu zeigen, was für Lumpen und Mörder wir sind", schrieb ein Zuschauer aus Hannover. „Unsere Jugend ist es gewohnt, dass ihre Väter – das ist meine Generation – die den letzten Weltkrieg und die bitteren Jahre danach durchstehen mussten, von der deutschen Nachkriegspublizistik laufend mit Dreck beworfen wurden. Wenn Ihre Sendung von Giordano bezweckt, Gewalttätigkeiten der Großväter vorzuführen, so möchte ich wissen, an was unsere Jugend, die sowieso in einem politischen Vakuum lebt, glauben soll", hieß es in einem Brief aus Delmenhorst. „Warum graben Sie dieses Thema aus, über das heute kaum noch gesprochen wird, höchstens noch von der älteren Generation, die den Rest davon miterlebte. Oder wollen Sie der Jugend damit nicht vorenthalten, wie ihre Großväter seinerzeit in Afrika handelten, sozusagen als Vorläufer für das heute so beliebte Thema NS-Verbrecher?", fragte ein weiterer Zuschauer[44]. Ein ähnlicher defensiver Reflex, wenigstens die Perioden des 20. Jahrhunderts, die nicht in die Zeit des Nationalsozialismus fielen, gegen eine zu kritische Neubewertung zu verteidigen, hatte schon die Attacken gegen Fritz Fischers Deutung der Kriegszielpolitik des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg motiviert, u. a. seitens Strauß und Gerstenmaier. Doch die Fischer-Kontoverse entzündete sich an einem wissenschaftlichen Buch und wurde vornehmlich in akademischen Zeitschriften und den Feuilletons ausgetragen, sodass sie jenseits des Horizonts der Allgemeinheit blieb[45]. Durch das Medium des Fernsehens und Giordanos wesentlich grobschlächtigere Vorgehensweise und Argumentation wurde jedoch 1966 ein größeres Maß an Öffent-

[43] Als Überblick zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den sechziger Jahren vgl. Detlef Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 77–113.

[44] HA WDR, Bd. 00469, Zuschrift von Bruno Blessin, Oktober 1966; ebenda, Bd. 00472, Zuschrift von Heinz Meyer, 10. 10. 1966; ebenda, Bd. 00469, Zuschrift von M. Ulffers, 7. 10. 1966.

[45] Zur Fischer-Kontoverse vgl. u. a. Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1984, S. 132–156, und Konrad H. Jarausch, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischerkontroverse, in: Martin Sabrow u. a. (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20–40.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeit und Empörung unter Bevölkerungsschichten erreicht, die sich ansonsten nicht für Details der Geschichtsdeutung interessierten.

Dieses Gefühl der unverhofften Konfrontation mit einer anderen angeblich äußerst brutalen und inhumanen deutschen Vergangenheit war einer der Gründe für die überraschend starke und überwiegend negative schriftliche Reaktion auf einen ansonsten eher sekundären Aspekt deutscher Geschichte, der nur wenige Menschen zwischen 1884 und 1918 direkt betroffen hatte. Einige Briefautoren sahen „Heia Safari" schlichtweg als weiteres Indiz für einen deutschen „Nationalmasochismus", der eines Tages auch versuchen werde, Karl den Großen als Kriegsverbrecher zu brandmarken. Andere behaupteten, dass eine solche Dekonstruktion der deutschen Geschichte nur dem Kommunismus diene oder, wie allerdings weniger Zuschauer warnten, der neu gegründeten NPD, welche kürzlich erste Erfolge bei den Landtagswahlen erzielt hatte.

Viele der Protestbriefe kamen allerdings auch von Personen mit Erfahrung aus erster Hand in den Kolonien als Soldaten, Administratoren oder Siedler oder als deren Nachkommen, wie etwa die Tochter Lettow-Vorbecks, die im Übrigen eine entfernte Verwandte des Intendanten Bismarck war. Andere Briefautoren hatten Afrika bereist und erzählten Geschichten von Begegnungen mit Schwarzen, die sich gerne an die Deutschen zurückerinnerten. Kurzum, eine sehr kleine Minderheit innerhalb der deutschen Bevölkerung mit Erfahrung aus erster Hand in Afrika, die sich direkt durch die Sendung angegriffen fühlte, stellte einen weit überproportionalen Anteil der Post an den WDR. So gut wie keiner dieser Briefautoren war bereit einzugestehen, dass auch die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika ihre dunklen Seiten gehabt hatte. Viele dieser Zuschriften nutzten einige Detailfehler, die sich in die Sendung eingeschlichen hatten[46], um der Dokumentation jegliche Glaubwürdigkeit abzusprechen. Zur Verteidigung der deutschen Kolonialpolitik wurden vor allem vier Gesichtspunkte ins Feld geführt: Die Deutschen hätten in ihren Kolonien erst eine moderne Infrastruktur, Schulen und moderne Medizin eingeführt, wovon in erster Linie die autochthone Bevölkerung profitiert habe. Andere Kolonialmächte hätten sich viel schlimmer benommen als Deutschland, würden dies aber nie thematisieren. Die Prügelstrafe sei nur in berechtigten Fällen angewendet und stets unter Aufsicht eines Arztes durchgeführt worden. Das Hauptargument jedoch, dass die deutsche Kolonialherrschaft nicht so schlecht gewesen sein konnte wie in „Heia Safari" behauptet, war die Loyalität der Afrikaner als Träger oder Askari gegenüber Lettow-Vorbeck im Ersten Weltkrieg. Dies war ein Topos, den u. a. Lettow-Vorbeck selbst durch seine Memoirenbestseller[47] nach 1918 und hunderte von Vorträgen in ganz Deutsch-

[46] Z. B. Fotos, welche angeblich die Schutztruppe mit Maschinengewehren im Krieg gegen die Hehe zeigten, obwohl diese damals noch nicht von deutscher Seite zum Einsatz gekommen waren.

[47] Vgl. Paul von Lettow-Vorbeck, Meine Erinnerungen aus Ostafrika, Leipzig 1920, sowie die auf die Jugendlichen zielende Ausgabe Heia Safari. Deutschlands Kampf um Ostafrika, Leipzig 1920. Zum Askari-Mythos vgl. Sandra Maß, Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964, Köln 2006, sowie Stefanie Michels, Askari – treu bis in den Tod? Vom Umgang der Deutschen mit ihren schwarzen Soldaten, in: Marianne

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land, die er bis in die fünfziger Jahre hinein hielt, massenwirksam verbreitet hatte. „Wie wollen denn solch böswillige Hetzer erklären, dass im Ersten Weltkrieg nicht nur unsere Askari, sondern auch die einfachen Träger, auf die die Schutztruppe als einziges Transportmittel angewiesen war, zu tausenden uns bis zum letzten Tage in Not und Tod treu geblieben sind, wo ihnen oft nur ein Sprung in den Busch die Freiheit und Rückkehr in die Heimat gebracht hätte", hieß es beispielsweise in einer Zuschrift aus Oberbayern. „Es dürfte doch wohl jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten, dass General von Lettow-Vorbeck mit seiner Truppe, die zum allergrößten Teil aus Eingeborenen bestand, niemals diese Taten hätte vollbringen können, wenn die Eingeborenen ihm und der deutschen Sache nicht treu ergeben gewesen wären. So wie die Eingeborenen-Truppe fühlte sich auch der weitaus größte Teil der eingeborenen Bevölkerung von Deutsch-Ostafrika den Deutschen und an ihrer Spitze dem General von Lettow-Vorbeck verbunden", schrieb ein Zuschauer aus Duisburg[48].

Die Ergebnisse der Infratest-Umfragen zu „Heia Safari" ergaben hingegen ein anderes Meinungsbild als die Zuschriften zum WDR und die Interventionen von Strauß und Gerstenmaier. Unter der routinemäßig zu jeder Sendung befragten repräsentativen Auswahl von Fernsehzuschauern fanden 18 Prozent „Heia Safari" sehr gut, 53 Prozent gut, 15 Prozent zufriedenstellend, aber nur 6 Prozent schlecht und 8 Prozent sehr schlecht. Laut WDR waren diese Zahlen ebenso wie die Einschaltquoten für „Heia Safari" für eine Sendung dieser Art keineswegs ungewöhnlich[49]. Auch die Reaktionen auf die Dokumentation „Das Dritte Reich" zeigten, dass Zuschriften an einen Sender nicht unbedingt stellvertretend für die Mehrheit der Fernsehzuschauer stehen. Letztere hat offensichtlich keine dezidierte Meinung über historische Epochen, bzw. verfügt nicht über Maßstäbe, sich mit einer im Fernsehen präsentierten Geschichtsdeutung kritisch auseinanderzusetzen. Sie kann daher leicht von dieser Art von Programmen in die eine wie die andere Richtung beeinflusst werden, solange die ausgestrahlte Lesart nicht zu offensichtlich mit den eigenen Erfahrungen und Erinnerungen kollidiert. 1960/61 fanden 65 Prozent der von Infratest Befragten die Sendung „Das Dritte Reich" gut oder sehr gut, 17 Prozent waren zufrieden mit der Reihe, nur 17 Prozent betrachteten die Dokumentation als schlecht oder sehr schlecht. Auch dies ist eine beträchtliche Abweichung von den 55 Prozent zustimmenden Zuschriften im Vergleich zu immerhin 40 Prozent negativen Zuschriften[50], auch wenn die Diskrepanz nicht so stark wie bei „Heia Safari" ausfiel.

War also die große Mehrheit der Bundesbürger Mitte der sechziger Jahre schlichtweg anti-kolonial eingestellt? Dieser Schluss lässt sich wohl kaum pauschal aus den Umfrageergebnissen ziehen. Denn viele Zuschauer tendierten dazu, sich

Bechhaus-Gerst u.a. (Hrsg.), AfrikanerInnen in Deutschland und schwarze Deutsche – Geschichte und Gegenwart, Münster 2004, S. 171–184.

[48] HA WDR, Bd. 00471, Brief von Walter Kühn vom 27. 10. 1966, und Bd. 00472, Brief von Hans Meyer vom 10. 11. 1966.

[49] HA WDR, Bd. 00469, Aufzeichnung des WDR über Heia Safari, Anfang 1967.

[50] Vgl. Fritsche, Vergangenheitsbewältigung, S. 129 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eher auf die exotischen Bilder aus Afrika zu konzentrieren als auf die Wortbeiträge. Erschwerend kam hinzu, dass „Heia Safari" eine Sendung ist, die mit ihren sprachlich anspruchsvollen, mit Anspielungen und Zynismen gespickten Kommentaren es Fernsehzuschauern mit geringem Bildungshintergrund schwer machte ihr zu folgen. Daher kategorisierten nicht wenige der befragten Zuschauer die Sendung unter der Rubrik „Reisen und fremde Länder", nicht als historisch-politische Dokumentation[51]. Auch „Heia Safari" erlag der Gefahr vieler historischer Fernsehdokumentationen, dass also die Botschaft der Bilder oftmals stärker ist als der erklärende und einordnende Kommentar. Bilder können sogar gegenteilige Reaktionen zu den von den Machern der Sendung eigentlich intendierten hervorrufen[52].

Die von Infratest befragten Zuschauer gaben Teil I die Note „plus 4" auf der damals verwendeten Skala von „minus 10" bis „plus 10", Teil II erhielt „plus 3"[53]. Damit schnitt „Heia Safari" sogar besser als die meisten nicht-fiktionalen Geschichtslektionen über das Dritte Reich ab, die damals im Fernsehen ausgestrahlt wurden und deren Bewertungen sich in der Regel zwischen „0" und „plus 3" bewegten[54]. Die positive Bewertung ist auf den ersten Blick auch insofern erstaunlich, als die Dokumentation jegliche Personalisierung (einmal abgesehen von Giordanos Selbstinszenierung) zur Erklärung der historischen Vorgänge oder die Fokussierung auf einen Hauptverantwortlichen vermeidet, die ansonsten entscheidend für den Erfolg historischer Sendungen beim Publikum sind[55]. Die relativ gute Bewertung von „Heia Safari" beim Publikum im Vergleich zu Dokumentationssendungen über den Nationalsozialismus war vermutlich schlichtweg Folge der Neuartigkeit des Themas und dessen Aura des Exotischen.

Trotz der relativ guten Ergebnisse der Infratest-Umfragen sah sich der WDR wegen der Flut von negativen Zuschriften, einem gespaltenen Presseecho, das etwa zur Hälfte positiv und zur Hälfte negativ über „Heia Safari" berichtete, möglicherweise aber auch wegen der Proteste Gerstenmaiers und anderer hochrangiger Politiker veranlasst zu reagieren. Nachdem sich Bismarck schließlich selbst die Dokumentation am 15. Oktober angesehen hatte, gab er am 21. Oktober eine Presseerklärung ab. In dieser rechtfertigte er grundsätzlich die Ausstrahlung von „Heia Safari". Die Zuschriften an den WDR hätten gezeigt, dass sich tatsächlich noch Legenden in der Bundesrepublik über die Kolonialzeit hielten. Giordanos Qualifikation als Fernsehautor stehe außer Frage, wie seine vorherigen Produktionen für den WDR gezeigt hätten. Es habe allerdings der Sendung an Differenzierung gefehlt, und sie sei nicht zuletzt durch die nachgestellte Szene des Auspeitschens zu suggestiv geraten. Die Dokumentation bedürfe daher der kriti-

[51] HA WDR, Bd. 00469, Aufzeichnung des WDR über Heia Safari, Anfang 1967.

[52] Zu dieser Problematik bei Dokumentationen über die NS-Zeit vgl. Bösch, Das „Dritte Reich" ferngesehen, S. 211 f.

[53] HA WDR, Bd. 00469, Aufzeichnung des WDR über Heia Safari, Anfang 1967.

[54] Zur Zuschauerbewertung der Sendungen über das Dritte Reich vgl. Feil, Zeitgeschichte, S. 47–49.

[55] Personalisierte, fiktionale Darstellungen zum Dritten Reich, die Menschen in Entscheidungssituationen thematisierten, erreichten gelegentlich Werte bis „plus 6"; vgl. ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Ergänzung durch eine weitere Sendung. Zusammen mit einer repräsentativen Auswahl unter jenen Zuschauern, deren Zuschriften in sachlicher Weise Kritik geäußert hätten, solle überlegt werden, wie eine solche Ergänzung aussehen müsste[56].

Intern fiel Bismarcks Kritik an der Sendung wesentlich harscher aus, wie eine Aufzeichnung vom November 1966 offenbart[57]. „Heia Safari" sei weder „zeithistorisch-sachlich" noch „fernsehjournalistisch" befriedigend geraten. Bismarck nahm den Fall „Heia Safari" auch zum Anlass, einige grundsätzliche Anmerkungen zum Umgang mit historischen und politischen Sendungen im Fernsehen zu machen. „Der WDR", so stellte der Intendant voran, „fährt fort, kritische Sendungen zu politischen und zeitgeschichtlichen Themen zu produzieren. Solche Sendungen dürfen einen herausfordernden Charakter haben." Es bestehe ein erfreulich großes Interesse bei den Zuschauern an solcher Art von Sendungen, doch müsse deren Massenwirkung verantwortlich kalkuliert werden. Es sei zu beachten, dass „politisch ungefestigte, aber auch in traditionellem oder anti-demokratischem Denken befangene Zuschauer durch die Häufung von kritisch betrachteten öffentlichen Missständen zur politischen Resignation oder sogar zur negativen Haltung gegenüber unserer demokratischen Ordnung und Politik geführt werden können" – eine deutliche Reaktion auf jene zahlreichen Zuschriften, die „Heia Safari" nur als weiteres Beispiel einer seinerzeit angeblich vorherrschenden vollkommenen Dekonstruktion der gesamten deutschen Geschichte aufgefasst hatten. Es müsse mehr Sorgfalt bei der Auswahl des Filmmaterials getroffen werden, weil die Fernsehzuschauer inzwischen gelernt hätten, gestellte Szenen von Archivmaterial zu unterscheiden. Sodann wandte Bismarck sich den Mängeln der Sendung zu. Es solle künftig deutlich gemacht werden, wenn für eine Sendung Szenen nachgestellt worden seien. Ferner sei sicherzustellen, dass auch im Detail die Fakten stimmten, insbesondere bei langfristig geplanten Produktionen, die im Gegensatz zu aktuellen Reportagen und Magazinbeiträgen nicht spontan auf aktuelle Situationen reagierten, und bei denen man einen Detailfehler eher verzeihen könne. Produktionen, die zur Hauptsendezeit ausgestrahlt würden, hätten sich zudem einer einfachen, allgemeinverständlichen Sprache zu bedienen, die Sarkasmus, Anspielungen und ein Lesen zwischen den Zeilen vermeiden solle. Die Kommentare müssten nüchternen, berichtenden Charakter haben. Es solle auch solchen Meinungen Raum gegeben werden, die von jener des Autoren abwichen. Es sei stärker darauf zu achten, ob der Präsentator einer Sendung für deren Charakter angemessen sei. Diese dürfe nicht, wie im Falle Giordanos bei „Heia Safari" geschehen, zu einer Bühne der Selbstdarstellung ausarten. Insgesamt richtete sich Bismarcks Kritik an „Heia Safari" also eher gegen die handwerkliche Machart der Fernsehdokumentation als gegen deren Thematik oder politische Stoßrichtung.

[56] HA WDR, Bd. 00469, Stellungnahme des Intendanten zu der vom WDR produzierten und am 5. u. 6. 10. 1966 ausgestrahlten Sendung im Deutschen Fernsehen „Heia Safari – die Legende von der deutschen Kolonialidylle in Afrika", 21. 10. 1966.

[57] HA WDR, Bd. 00469, Notiz gez. Bismarck, 9. 11. 1966.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur angekündigten Ergänzungssendung von „Heia Safari“ wurde schließlich die Diskussion selbst mit einer Auswahl von Zuschauern, die sich kritisch, aber mit scheinbar fundierten Argumenten zu der Dokumentation geäußert hatten. Der WDR lud 60 von ihnen nach Köln ein. 30 folgten der Einladung, darunter vier Frauen. Mehr als drei Viertel der Geladenen war weit über fünfzig, viele von ihnen, wie man in der Aufzeichnung sehen kann, standen bereits im achten oder neunten Lebensjahrzehnt, was einmal mehr unterstrich, dass die Kritik gegen die Sendung ganz überwiegend von den älteren Generationen gekommen war. „Heia Safari – Für und Wider“ war im Vorhinein auf zwei Stunden terminiert worden. Der WDR zeichnete die Diskussion am 19. Dezember 1966 in Köln auf. Sie wurde am 9./10. Februar 1967 von 22 Uhr 40 bis 0 Uhr 50 in voller Länge in der ARD ausgestrahlt. Neben den Kritikern aus dem Publikum versammelte der WDR eine Expertenrunde. Diese bestand einmal aus Personen, die an der Entstehung von „Heia Safari“ mitgewirkt hatten: Gütt, Giordano und Pogge von Strandmann. Ferner waren die Afrikaexperten Wolf von Loeben für die Deutsche Afrika-Gesellschaft in Bonn, Martin Krämer für den Deutschen Afrikaverein in Hamburg und Herbert Abel vom Überseemuseum in Bremen eingeladen. Moderiert wurde die Diskussion von Franz Ansprenger, Politikwissenschaftler mit einem Schwerpunkt auf dem nachkolonialen Afrika und Professor in Berlin.

Gütt führte in die Sendung mit Bemerkungen[58] über den politisch-historischen Bildungsauftrag des Fernsehens ein und zählte dabei einige Dokumentationen der zurückliegenden Jahre auf. Er verwies auf die Schwierigkeiten, Geschichte im Fernsehen darzustellen. Jeder Produzent müsste sich an dem vorhandenen Material orientieren und eine Auswahl treffen, welche Bilder am besten eine Botschaft transportierten oder die Vergangenheit symbolisierten. Während der ersten Stunde der Sendung diskutierten lediglich die Experten. Weitgehende Einigkeit herrschte unter ihnen darüber, dass bislang in der Öffentlichkeit wegen der apologetischen Natur der nach 1918 entstandenen Literatur eine positive Erinnerung an die deutsche Kolonialzeit vorgeherrscht habe. Kontroverser debattierten die Experten über die Kolonialpolitik bis 1918, wobei Loeben, Krämer und Abel Giordanos einseitige Auslegung der zeitgenössischen Quellen bemängelten. Vor allem die Reichstagsdebatten mit ihrer Kritik am Kolonialismus seien oftmals dadurch motiviert gewesen, den parlamentarischen Gegner innenpolitisch durch die Aufdeckung kolonialer Skandale in Bedrängnis zu bringen, und daher nicht unbedingt ein getreues Abbild der tatsächlichen Vorgänge in den Schutzgebieten. Meist gelang es jedoch Pogge von Strandmann, der als Einziger die in Potsdam lagernden Akten kannte, Giordanos Darstellung mit seinen Detailkenntnissen aus den Primärquellen weitgehend zu unterfüttern. Dieser Teil von „Für und Wider“ wies ein beachtliches Niveau der Diskussion auf. Er entwickelte sich zu einem instruktiven, ergänzenden Beitrag über die Geschichte der deutschen Kolonialpolitik und zugleich zu einer Art Proseminar über die Zuverlässigkeit historischer Quellen und die Notwendigkeit ihrer Kontextualisierung.

[58] Meine Transkription der gesendeten Fassung.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der zweiten Stunde erhielten die Vertreter des Publikums Gelegenheit zu Fragen und Stellungnahmen. Alle 14 zu Wort kommenden Zuschauer klagten Giordano der einseitigen Darstellungsweise an, die nur nach Exzessen gesucht habe, aber unterdrücke, dass die deutsche Präsenz den Afrikanern das Arbeiten beigebracht und die Kolonien entwickelt hätte, wovon die Länder noch heute profitierten. Man könne die Epoche nur aus sich heraus verstehen, als z. B. selbst in Europa noch in Schulen und am Arbeitsplatz geprügelt worden sei. Manche meinten, man müsse auch mehr über die Verbrechen anderer Nationen und nicht immer von der deutschen Schuld reden. Andere beharrten schlichtweg darauf, dass die Kolonialzeit in der Literatur vor 1918 anders dargestellt werde und man selbst als Zeitzeuge ganz andere Eindrücke erhalten habe. So könnten nach eigenen Berechnungen 1904 in ganz Deutsch-Südwestafrika wegen der Ertragsfähigkeit des Landes höchstens 40 000 Herero gelebt haben, sodass nicht mehr als 20 000 umgekommen seien – eine Bemerkung, die Ansprenger mit dem Hinweis konterte, man solle über die Zahl der getöteten Herero ebenso wenig verhandeln wie über jene der ermordeten Juden. Die gemäßigten Kritiker vertraten die Auffassung, dass Giordano von der Glorifizierung der Kolonialzeit in das andere Extrem der Horrifizierung verfallen sei, was ebenso wenig ein glaubwürdiges Bild der Kolonialzeit abgebe. Die zweite Hälfte von „Für und Wider" geriet zu einer Art Tribunal der Zuschauer über die Dokumentation. Es kam zu keinem wirklichen Austausch von Argumenten, sondern nur noch zu Anklagen in einer insgesamt sehr erhitzten, von den Kameras aber nur ansatzweise wiedergegebenen Atmosphäre[59], sodass der Erkenntnisgewinn gering blieb. Das Projekt, in Zusammenarbeit mit den Zuschauern eine realistischere Darstellung der Kolonialepoche zu erarbeiten als jene, die Giordano vorgelegt hatte, scheiterte vor allem wegen der Unbelehrbarkeit der eingeladenen Zuschauer, die nach wie vor die Kolonialzeit als grundsätzlich positiv betrachteten und deren Interventionen einen einseitig anklagenden, aggressiven Charakter aufwiesen.

Bismarck wandte sich am Ende der Sendung in einer fünfminütigen Ansprache an die Fernsehzuschauer. Die deutsche Kolonialgeschichte habe durch die jüngste Entwicklung in Afrika wieder an Aktualität gewonnen, sodass eine Sendung wie „Heia Safari" sinnvoll erschien. Den Deutschen fehle angesichts der bisherigen einseitig glorifizierenden Darstellung dieser Zeit das nötige Verständnis für die verletzten Gefühle und Ängste bei den Afrikanern, die noch aus den Erfahrungen mit dieser Epoche herrührten. Die Kritik sei aber insofern gerechtfertigt gewesen, als der Beitrag die notwendige Abgewogenheit einer historischen Dokumentation habe vermissen lassen. Aber gerade durch diese herausfordernde Form habe sie zur Belebung der Debatte über einen bisher weitgehend unbekannten Teil der deutschen Vergangenheit geführt. Bismarck verwies darauf, dass in Kürze die ersten fundierten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen über die deutsche Kolonialpolitik vorliegen würden, was Voraussetzung dafür sei, alsbald eine große Fernsehdokumentation über den europäischen Kolonialismus

[59] Gespräch mit Hartmut Pogge von Strandmann in Oxford am 19. 7. 2007.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

insgesamt anzugehen, auch wenn es Aufgabe des Fernsehens in der Bundesrepublik sei, vornehmlich über die deutsche Geschichte aufzuklären. Die angekündigte große Dokumentation kam allerdings nie zustande.

„Heia Safari – Für und Wider" war in erster Linie ein Abwiegelungsversuch Bismarcks, mit dem er ein Ventil für die Proteste gegen die Dokumentation schaffen wollte[60]. Zugleich konnte der WDR beweisen, dass er offen gegenüber neuen Formen des Meinungsaustausches mit den Zuschauern war. Die Attacken gegenüber dem WDR wurden so umgeleitet in ein Musterbeispiel partizipatorischer Programmgestaltung als Teil einer demokratischen, um mehr Öffentlichkeit bemühten Kultur, die integrieren, nicht ausgrenzen sollte. Dieser Aspekt der Partizipation und der Offenheit wurde auch durch ein Detail verdeutlicht, welches dem aufmerksamen Zuschauer von „Für und Wider" auffallen konnte: Einer der gelegentlich aus einem anderen Kamerablickwinkel bei der Aufzeichnung der Diskussion eingeblendeten Kameramänner war ein Schwarzafrikaner, ein Teilnehmer an dem von Bismarck initiierten Ausbildungsprogramm für Medientechniker aus Entwicklungsländern.

Im Gegensatz zum durchaus geteilten Medienecho zu „Heia Safari" waren die Besprechungen in der Presse zu „Für und Wider" überwiegend positiv, da die Sendung als innovatives Experiment angesehen wurde. Zur gleichen Zeit bedauerten allerdings die Presseberichte das Verhalten der geladenen Zuschauer, die z. T. ein erschreckendes Maß an deutsch-nationaler Gesinnung an den Tag gelegt und keine Bereitschaft gezeigt hätten, auch nur im Geringsten von ihrer glorifizierenden Sichtweise des Kolonialismus abzurücken[61]. Auch die – allerdings geringe – Zahl von Zuschauerzuschriften zur Diskussionssendung fiel für den WDR positiv aus. Die zumeist jüngeren Briefeschreiber lobten den Ansatz des WDR, waren aber z. T. erschüttert über die Unbelehrbarkeit der Studiogäste, die den deutschen Kolonialismus verteidigt hatten. Die Kritiker von „Heia Safari" hingegen schienen nach „Für und Wider" damit zufrieden gewesen zu sein, dass man ihnen eine Plattform für ihren Protest gegeben hatte. Sie äußerten sich nicht mehr schriftlich zur Anschlusssendung[62].

Bewertung

„Heia Safari" ist ein gutes Beispiel für die Taktik der kalkulierten Provokation, die viele der Fernsehjournalisten der 45er Generation Mitte der sechziger Jahre in einem in den Funkhäusern vorherrschenden liberalen Meinungsklima anwendeten, um die Gesellschaft durch ein kritisches Hinterfragen der politischen Kultur der Bundesrepublik zum Wandel hin zu noch mehr Demokratie zu bewegen und dabei zugleich sich selbst ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu setzen. Eines von Giordanos Motiven, sich Mitte der sechziger Jahre der Kolonialvergangenheit zu widmen, mag neben der damaligen Aktualität die Dekolonisation

[60] Schriftliche Auskunft von Ralph Giordano an den Autor, 19. 8. 2007.
[61] So „Die Zeit" vom 17. 2. 1967 und „Der Tagespiegel" vom 11. 2. 1967.
[62] Die Zuschriften zu „Für und Wider" sind überliefert in: HA WDR, Bd. 00469-00474.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch schlicht gewesen sein, Aufmerksamkeit durch die Dekonstruktion einer Geschichtsepoche zu erhalten, die im Fernsehen schlichtweg noch nicht so viel Sendezeit erhalten hatte wie das Zeitalter der totalitären Diktaturen. Diese Kalkulation ging auf jeden Fall auf. Trotz der z. T. vehementen Kritik durch Zuschauer, Politiker, aber auch den Intendanten hatte „Heia Safari" keineswegs nachteilige Konsequenzen für Giordanos weitere Karriere als Fernsehjournalist beim WDR, sondern stärkte eher noch sein berufliches Profil[63].

„Heia Safari" entsprang einer Idee Giordanos, war aber nur möglich aufgrund der im Rückblick geradezu erstaunlichen Gestaltungsfreiheit der damaligen Fernsehautoren und der großzügigen Budgets, die ihnen in der Pionierzeit des Fernsehens mit gesicherten, von privater Konkurrenz abgeschirmten Werbe- und Gebühreneinnahmen zur Verfügung standen[64]. So nimmt es nicht Wunder, dass Giordano, am Vorabend seines 80. Geburtstags befragt über die besonders erfüllenden Phasen seines Lebens, antwortete: „Dann das Glück, das der WDR mir gegeben hat. Ich kam 1964 hierher [nach Köln] und der WDR hat mir Möglichkeiten gegeben, die ich mir in meinen kühnsten Träumen nicht hätte ausmalen können. Ich konnte hinausfliegen und machen, was ich wollte."[65]

Die Bereitschaft, die Grenzen und Möglichkeiten des neuen Mediums Fernsehen auszutesten, existierte auch an der Spitze des WDR, wie Bismarcks Initiative zur Anschlusssendung „Heia Safari – Für und Wider" zeigte. Sie wurde ein Experiment darin, die Fernsehzuschauer bei der Suche nach einer akzeptablen, weniger radikalen und einseitigen Darstellung von Deutschlands Kolonialvergangenheit (als jener von Giordano präsentierten) einzubeziehen. Ziel war also, diesen Personenkreis in den Meinungsbildungsprozess zu integrieren statt auszugrenzen und dadurch möglicherweise zu radikalisieren. Dieser Versuch scheiterte letztlich an der Hartnäckigkeit der geladenen Vertreter des Fernsehpublikums, die sich auf keine Diskussion einließen, sondern schlicht auf ihrer verklärenden Sichtweise der deutschen Herrschaft in Afrika beharrten. Nicht die Programmgestalter des WDR, sondern ein Teil der (vornehmlich älteren) Fernsehzuschauer war noch nicht im neuen Zeitalter der Meinungspluralität, der Debattenkultur und der Infragestellung etablierter Geschichtsdeutungen angekommen.

Die Reaktionen auf „Heia Safari" zeigen zugleich, dass, wie von Girodano behauptet, selbst Mitte der sechziger Jahre im Zeitalter der Dekolonisation die eigene Kolonialvergangenheit in der Bundesrepublik noch verklärend und verharmlosend betrachtet wurde. Nach 1918 hatte es so gut wie keine Abweichungen von jenen Darstellungen gegeben, welche die deutsche Herrschaft in Afrika verherrlichten, wenn man einmal von der in der Bundesrepublik allerdings

[63] Schriftliche Auskunft Ralph Giordanos an den Autor, 19. 8. 2007.

[64] Pogge von Strandmann erhielt nach eigener Aussage ein äußerst großzügig bemessenes Honorar für seine wissenschaftliche Beratertätigkeit für Heia Safari (Gespräch am 19. 7. 2007 in Oxford).

[65] „Im Großen und Ganzen habe ich Glück gehabt". Gespräch mit Ralph Giordano zu seinem 80. Geburtstag (19. 3. 2003), http://www.wdr.de/themen/kultur/personen/giordano_ralph/ Interview (Zugriff 20. 7. 2007); Schriftliche Auskunft Ralph Giordanos an den Autor, 19. 8. 2007.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bewusst ignorierten DDR-Historiographie absieht. Zum einen war diese Geschichtsepisode durch andere Ereignisse seit 1918 zu sehr an den Rand gerückt worden, um sich mit ihr kritisch zu beschäftigen; zum anderen war es für die Zeitgenossen schon schwierig genug, sich mit den zwischen 1933 und 1945 von Deutschland begangenen Verbrechen auseinanderzusetzen. Die Infratest-Umfrageergebnisse mit einer weitgehend positiven Beurteilung von „Heia Safari" zeigen aber auch, dass der Großteil der Fernsehzuschauer Mitte der sechziger Jahre offenbar überhaupt kein Wissen über das Kolonialreich besaß. Er folgte daher bereitwillig Giordanos Deutung, ebenso wie er vermutlich für eine dezidiert pro-koloniale Darstellung gewonnen worden wäre, hätte man diese ebenso vehement auf den Bildschirm gebracht.

Jene Zuschauer, die mehr über diese Epoche wussten, reagierten unterschiedlich auf die Dokumentation, wobei die Reaktionen vornehmlich entlang einer generationellen Scheidelinie verliefen, die auch schon die Zuschriften auf die Dokumentation „Das Dritte Reich" von 1960/61 gekennzeichnet hatte. Zuschauer, die vor 1920 auf die Welt kamen, waren über Jahrzehnte der pro-kolonialen Propaganda in Kaiserreich, Weimarer Republik und Drittem Reich ausgesetzt gewesen. Sie sahen „Heia Safari" als eine einseitige Darstellung, die mit der bisherigen Indoktrination und gelegentlichen Erfahrungen aus erster Hand in den Kolonien kollidierte. Diese Zuschauer waren schlichtweg zu alt, um sich von dem zu verabschieden, an das sie über 40 oder mehr Jahre geglaubt oder was sie als junge Menschen in den Kolonien mit zu verantworten hatten. Sie waren gegen die kritische Neubewertung einer weiteren deutschen Geschichtsperiode, die sie über weite Strecken ihres Erwachsenendaseins begleitet hatte. Dieser Umstand wie auch die provokative Art und Weise von Giordanos Dokumentation erklären den ungewöhnlich starken Proteststurm, den eine Sendung zu einem Nebenaspekt der deutschen Geschichte 1966 auslöste. Jene Alterskohorten, die in den zwanziger Jahren oder später geboren waren, folgten dagegen eher Giordanos Deutung, die sie als eine wenn auch vielleicht übertriebene, so doch notwendige Korrektur eines überkommenen Geschichtsbildes sahen.

So verdeutlichen die Reaktionen auf „Heia Safari" nicht nur die Macht des Fernsehens, das Geschichtsbewusstsein einer breiten Öffentlichkeit zu formen und starke positive oder negative Reaktionen bei Menschen hervorzurufen, die sich ansonsten nicht in historische Debatten einzumischen pflegen. Die Reaktionen auf „Heia Safari" 1966/67 sind auch der Spiegel einer Gesellschaft, die vornehmlich generationsspezifisch reagierte. Einerseits gab es jene älteren, durch den gesellschaftlichen Umbruch verunsicherten Jahrgänge, die sich nicht einer weiteren Illusion über die deutsche Vergangenheit beraubt sehen wollten. Anderseits gab es viele Menschen im zweiten, dritten, vierten oder gar fünften Lebensjahrzehnt, welche die Bereitschaft zeigten, mehr oder weniger jede Periode der deutschen Geschichte radikal in Frage zu stellen. Diese Disposition war also keineswegs nur ein Kennzeichen jener Jahrgänge, die 1967/68 das Rückgrat der Studentenbewegung bilden sollten.

„Heia Safari" entstand gleichsam in einer Art Zeitfenster. In diesem boten politische Liberalisierung, gesellschaftlicher Umbruch mit einhergehender Verunsi-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cherung der älteren Generationen, medieninterne Experimentierfreude und großzügige Budgets der Fernsehsender den Programmmachern nicht nur optimale Produktionsbedingungen. Diese Umstände schufen auch beste Chancen zur Provokation selbst mit einem auf den ersten Blick sekundären Aspekt deutscher Geschichte.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Bundesadler kennt jedes Kind – seine Geschichte kennt kaum jemand. Wie aber kam es zu dieser heraldischen Selbstdarstellung der Bundesrepublik und warum existieren so viele Varianten des Bundesadlers? Jürgen Hartmann präsentiert ein Wappentier, dessen Entwicklung vielen Aspekten Rechnung zu tragen hatte – politischen, juristischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt auch ästhetischen.

Jürgen Hartmann

Der Bundesadler

Besucht man den Berliner Zoo, der als einer der artenreichsten zoologischen Gärten der Welt gilt, so findet man dort genau zwei Adler-Arten. Geht man dagegen durch das Berliner Regierungsviertel, so entdeckt man ohne große Mühe gleich ein gutes Dutzend verschiedener Adler. An den Amtssitzen der obersten Verfassungsorgane, wie sie das Grundgesetz definiert, sind etwa ganz unterschiedliche Adler angebracht. Einen eigenen Adler führen jeweils Bundespräsident, Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung. Dazu kommt ein eigener Adler des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Diese Vielfalt macht neugierig. Gibt es überhaupt *den* Bundesadler?

Dass die Bundesrepublik offenbar mehr Adler kennt als die Tierwelt, wäre nicht so schlimm, würde sich um den Bundesadler nicht ein Netz von Geboten und Verboten legen, die ihn nicht nur vor Missbrauch, Beschädigung und Verunglimpfung schützen sollen, sondern auch seine Verwendung durch den Bürger einschränken.

Die Begründung dieser schützenden Regeln bezieht der Bundesadler aus seiner Nähe zu den Staatssymbolen, die ihrerseits als Zeichen staatlicher Hoheit und Autorität Verfassungsrang genießen. Das wird für gewöhnlich aus Art. 22 Abs. 2 GG gefolgert, obwohl dieser Absatz nur von den Farben und der Flagge handelt[1].

Darüber hinaus muss man die Staatssymbole aber auch als besondere, nicht verbale, also symbolische Formen der politischen Kommunikation ansehen[2]. Als solche stehen sie dann auch im Zusammenhang mit den Kommunikationsgrundrechten der Artikel 5 und 6 des Grundgesetzes.

[1] Vgl. Eckart Klein, Staatssymbole, in: Joseph Isensee/Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II: Verfassungsstaat, 3. völlig neubearb. und erweiterte Fassung, Heidelberg 2004, S. 193–208. Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag, den der Verfasser auf Einladung des Instituts für Politische Wissenschaften der Technischen Universität Dresden im Januar 2005 gehalten hat.

[2] Vgl. Barbara Stollberg-Rilinger, Zeremoniell, Ritual, Symbol. Neue Forschungen zur symbolischen Kommunikation in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, in: Zeitschrift für Historische Forschung 27 (2000), S. 389–405.

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0021
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was das bedeutet, kann man, weil es dort unmittelbar einsichtig ist, am Beispiel der Bundesflagge kurz erläutern. Die Farben der Bundesrepublik, wie sie in der Bundesflagge zusammengefasst sind, signalisieren nationale Einheit, kollektive Erinnerung und einiges mehr[3]. Zieht der Staat seine Flagge auf, so macht er damit eine Aussage und ein Angebot an seine Bürger zur Kommunikation. Schon die stumm gestellte Frage, warum denn heute und an diesem Ort geflaggt sei, macht die Kommunikation vollständig, und zwar in einem durchaus staatspolitischen Sinne. Auch der Bürger selbst setzt dieses symbolische Kommunikationsmittel ein – man denke nur an Sportveranstaltungen, insbesondere Fußball, oder auch an Demonstrationen.

Anders als in der DDR, wo der Symbolkult mit Sicherheit übertrieben wurde, blieb diese Form der politischen Kommunikation in der Bundesrepublik lange unterschätzt, ja unbeachtet. So hat das Bundesverfassungsgericht die Staatssymbole, vor allem Hymne und Flagge, zwar in Konkurrenz zu den Kommunikationsgrundrechten der Meinungsfreiheit und der Kunstfreiheit gesehen, ist aber niemals auf den Gedanken gekommen, die Staatssymbole selbst als Formen der politischen Kommunikation anzusehen und die Teilnehmer dieser Kommunikation gegen Übergriffe zu schützen[4]. Politische Kommunikation, in welcher Form auch immer, leistet Integration und bewirkt damit eine der Existenzbedingungen des modernen Staates.

Zwei Bilder haben diese Zusammenhänge der Öffentlichkeit klar gemacht: Der durch den Künstler Christo verhüllte Reichstag, von dem für Gegner und Befürworter der Aktion eine unglaubliche Wirkung auf das Verständnis der Symbole ausgegangen ist. Die Symbolik des verhüllten Symbols, das Sich-weg-Denken der Ruine, die Reduzierung der ja an sich überladenen Formen, das Enthüllen, all das hat Bewusstseinsprozesse ausgelöst und Verkrampfungen aufgelöst[5].

Eine ganz andere Wirkung hatte ein Bild aus den Jahren 1989/1990. Demonstranten zeigen die DDR-Staatsflagge, aus der das DDR-Emblem ausgeschnitten ist. Symbolisch wurde da ein Staat seiner Symbole beraubt. Ein revolutionärer Akt, dem der völlige Zusammenbruch des betroffenen Staates alsbald folgte.

Die heraldischen Grundlagen

Ein solches Staatssymbol ist das Bundeswappen[6]. Es zeigt in einem Wappenschild als Schildbild einen Adler. Dies sind Elemente aus der Heraldik, aus der Lehre

[3] Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.
[4] Abgedruckt in der amtlichen Entscheidungssammlung, Bd. 81, S. 278 u. S. 298 (= Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1990, S. 1982 u. S. 1985).
[5] Vgl. Peter Schindler (Hrsg.), Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, Bd. 3, Baden-Baden 2000, S. 3386; Ansgar Klein/Ingo Braun/Christiane Schroeder/Kai-Uwe Hellmann (Hrsg.), Kunst, Symbolik und Politik. Die Reichstagsverhüllung als Denkanstoß, Opladen 1995.
[6] Vgl. Klein, Staatssymbole, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. II: Demokratische Willensbildung – Die Staatsorgane des Bundes, Heidelberg 1987, Randnote 14, S. 200.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von den Regeln der Wappenführung und Wappendarstellung[7]. Danach sind Wappen farbige, bleibende (d. h. grundsätzlich unveränderliche) Bildkennzeichen eines Geschlechts oder einer Körperschaft von symbolischer Bedeutung. Etymologisch ist das Wort „Wappen" gleichbedeutend mit „Waffen". Und in der Tat hat das Wappen seinen Ursprung als Erkennungszeichen im ritterlichen Kampf und Turnier. In seiner den ganzen Körper bedeckenden Rüstung musste sich der mittelalterliche Kämpfer durch Formen und Farben kenntlich machen – für Freund und Feind. Diese Zeichen trug er bemerkenswerter Weise nicht auf seinen Angriffswaffen, Lanze, Schwert etc., sondern auf seinen Abwehrwaffen, Schild, Brustpanzer und Helm. Vergleichbare Funktionen haben heute noch die Firmenlogos oder die Hoheitszeichen auf Flugzeugen oder Panzerfahrzeugen.

Der Weg vom ritterlichen Wappen zum staatlichen Symbol führt über das Siegel. Durch Wappen werden Personen oder Personengruppen unmittelbar repräsentiert, sodass die Anwesenheit eines Wappens die Anwesenheit der Person ersetzen kann[8]. Das Siegel dagegen tritt als rechtsverbindliches Zeichen des Siegelführenden für die Echtheit, Unversehrtheit oder Gültigkeit eines Sachverhaltes oder einer Willensbekundung ein[9]. Seiner Natur nach kann es nicht beliebig gestaltet werden. Verbinden sich Wappen und Siegel, so verbindet sich also die Repräsentation mit ihrer eigenen Beurkundung oder Beglaubigung.

Wohl schon seit dem 12. Jahrhundert findet sich die Verwendung des Wappens als Siegelbild[10]. Wappen und Siegel werden schließlich zu Hoheitszeichen, wenn der zu ihrer Führung Berechtigte – als Person oder als Körperschaft – Herrschaft ausübt und zur Repräsentation dieser Herrschaft sein Wappen oder Siegel einsetzt.

Entscheidend für die Unverwechselbarkeit des Wappens ist das Wappenbild, also das, was auf dem Schild abgebildet ist. Das sind entweder grafisch gestaltete Muster oder aber Bilder aus der Natur. Bei letzteren werden Tiere bevorzugt, besonders dann, wenn diese tatsächliche oder erwünschte Eigenschaften des Wappenführenden symbolisieren. So gelangten, zumeist übernommen von den ehemals herrschenden Geschlechtern, in die Wappen der Bundesländer Löwen (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Thüringen), Bären (Berlin, Sachsen-Anhalt), Stiere (Mecklenburg) oder Pferde (Niedersachsen).

Das beliebteste und vermutlich auch das älteste Wappentier ist freilich der Adler. Das hat mehrere Gründe. Einmal hat der Adler einen außerordentlich hohen Symbolwert. Er ist der Himmelsvogel[11], der Vogel der Götter, der König

[7] Vgl. Wappenfibel. Handbuch der Heraldik, hrsg. vom „Herold", Verein für Heraldik, Genealogie und Verwandte Wissenschaften, bearb. von Ludwig Biewer, Neustadt/Aisch [19]1998, S. 11.
[8] Vgl. Ottfried Neubecker, Heraldik. Wappen – ihr Ursprung, Sinn und Wert, München 2002, S. 7.
[9] Vgl. Toni Diederich, Siegel und andere Beglaubigungsmittel, in: Friedrich Beck/Eckart Hennig (Hrsg.), Die archivalischen Quellen, 3. überarb. und erweiterte Auflage, Köln u. a. 2003, S. 291.
[10] Vgl. Wappenfibel, S. 27.
[11] Vgl. H.-E. Korn, Adler, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. I, Berlin 1971, Spalte 51 ff.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Lüfte. Er steht für Unabhängigkeit, Scharf- und Weitblick, Kraft, Ausdauer, Erneuerung. Alles Eigenschaften, die sich auch ein Herrscher gerne zuschreiben lässt. Selbst mit einem abstrakten Staatsbegriff lassen sie sich zwanglos in Verbindung bringen, und das nicht nur in Deutschland. Der Adler gehört zur symbolischen Grundausstattung zahlreicher Staaten: USA, Mexiko, Polen[12], Russland, Österreich, Albanien usw.

Sodann bietet der Adler gestalterische Vorteile. Selbst bei hoher Abstraktion bleibt er erkennbar. Zudem verfügt er von allen natürlichen Schildbildern über die weitestgehende Symmetrie. Diese Eigenschaft ließ ihn auch für Orden geeignet erscheinen, so für die preußischen Orden vom schwarzen und roten Adler, für den Hausorden der Hohenzollern oder für den polnischen Orden vom weißen Adler.

Und schließlich hat er als Herrschaftssymbol eine lange und eindrucksvolle Geschichte. Er findet sich auf den ptolemäischen Siegeln ebenso wie auf römischen Legionszeichen. In der Bibel erscheint er als Zeichen für Gottes Fürsorge[13] und für erneuerte Jugend[14]. Nach seiner Krönung zum Kaiser pflanzte Karl der Große auf seine Pfalz in Aachen einen Adler[15]. Seine Nachfolger heraldisierten ihn nach und nach auf ihren Münzen, Siegeln und Zeptern zum Wappen des Reiches und zu dessen Hoheitszeichen. Um 1200 war der schwarze Adler auf goldenem Grund als Reichswappen anerkannt – bevor ihn eine Mutation entscheidend verändern sollte.

Kaiser Sigismund (1383–1437), der als König zunächst den einfachen Adler benutzt hatte, führte ab 1433 als Zeichen der Kaiserwürde den Doppeladler. Damit ist bereits eine der zahlreichen Interpretationen angedeutet: ein Kopf für den Königstitel, ein Kopf für den Kaisertitel, zwei Ämter, die sich im Alten Reich regelmäßig in einer Person vereinten.

In seiner *monstrositas* (Berns) übertraf der Doppeladler an Erinnerungs- und Wiedererkennungswert natürlich bei weitem seinen einköpfigen Artgenossen[16]. Er war das gängige Symbol des Alten Reiches. Mit dessen Untergang, 1806, war in Deutschland die Zeit des Doppeladlers, sieht man ab von einer kurzen Renaissance während des Deutschen Bundes (1847–1866), endgültig vorbei. Anders in Russland, wohin der Doppeladler vermutlich über Byzanz gelangt war. 1993 wurde er dort wiederbelebt, und zwar mitsamt Kronen, Zepter, Reichsapfel und Heiligem Georg. Er ist das russische Staatswappen. Im Deutschen Reich blieb der Adler fortan einköpfig und hat alle Umwälzungen, 1848, 1866, 1871, 1919, 1945 und 1990, mehr oder weniger gerupft und stilisiert überstanden.

---

[12] Vgl. Arnold Bartetzky, Der wiedergekrönte Adler. Polens visuelle Selbstdarstellung, in: Osteuropa 53 (2003), S. 910.

[13] Vgl. 2. Buch Moses, Vers 19,4.

[14] Vgl. Psalmen 106,5.

[15] Vgl. Neubecker, Heraldik, S. 125.

[16] Vgl. dazu Jörg-Jochen Berns, Aquila Biceps. Die mnemonische Belastbarkeit des Reichsadlers und das Problem der Schemaüberblendung, in: Ders./Wolfgang Neuber (Hrsg.), Seelenmaschinen. Gattungstraditionen, Funktionen und Leistungsgrenzen der Mnemotechniken vom späten Mittelalter bis zum Beginn der Moderne, Wien u. a. 2000, S. 402.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es scheint, dass auch der Bürger eine eigentümliche Zuneigung für den Adler hegt. Bei Demonstrationen oder im Fußballstadion gibt er der mit einem Adler ausgestatteten Bundesdienstflagge den Vorzug gegenüber der Bundesflagge des Art. 22 Abs. 2 GG. Auch in Schrebergärten und beim Einzug der deutschen Mannschaft bei den olympischen Spielen weht die Bundesdienstflagge. Und was bliebe schließlich den politischen Karikaturisten als ein jedermann verständliches Kürzel für den Staat der Bundesrepublik, gäbe es nicht den Adler!

Unter den in der Bundesrepublik vorkommenden Adlern ist zunächst der Adler des Bundeswappens zu nennen. Rechtsgrundlage ist eine auf einen Beschluss der Bundesregierung zurückgehende Bekanntmachung des Bundespräsidenten vom 20. Januar 1950[17], mitgezeichnet vom Bundeskanzler und Bundesminister des Innern. Die drei Namen Theodor Heuß, Konrad Adenauer und Gustav Heinemann verleihen dieser Bekanntmachung so etwas wie einen republikanischen Heiligenschein. Sie wurde niemals geändert oder novelliert. Die Bekanntmachung lautet:

„Auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung gebe ich hiermit bekannt, daß das Bundeswappen auf goldgelbem Grund den einköpfigen schwarzen Adler zeigt, den Kopf nach rechts gewendet, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe."

Von einem Bundesadler ist bisher noch nicht die Rede. Doch es geht weiter:

„Wird der Bundesadler ohne Umrahmung dargestellt, so sind das gleiche Bild und die gleichen Farben wie beim Adler des Bundeswappens zu verwenden, doch sind die Spitzen des Gefieders nach außen gerichtet."

„Die im Bundesministerium des Innern verwahrten Muster sind für die heraldische Gestaltung des Bundeswappens maßgebend. Die künstlerische Ausgestaltung bleibt für jeden besonderen Zweck vorbehalten."

Damit ist klar: Bundesadler ist das in Absatz 1 beschriebene Wappentier, so wie es in hinterlegten Mustern ausgeführt ist.

Mit einem bemerkenswerten Bekenntnis zu einer Kontinuität deutscher Staatlichkeit entspricht der Beschluss wortwörtlich einer Verordnung des Reichspräsidenten Ebert vom 11. November 1919[18]. Nur die Wortbestandteile *Reich* wurden ersetzt durch *Bund*.

Die Adler der Republik

Wenn aber 1950 mit Text und Bild unmittelbar auf 1919 Bezug genommen wurde, dann liegt es nahe, die Wurzeln des Bundesadlers in dieser Zeit zu suchen. 1919 hatte der Kaiser-Adler ausgedient, und die junge Republik war auf der Suche nach einem ihr angemessenen Wappen. Die Vorschläge reichten von der einfachen Buchstaben-Kombination „DR" für „Deutsches Reich" in Angleichung an den bürgerlichen Wappenersatz auf dem Siegelring und auch an das

[17] Vgl. Bekanntmachung betreffend das Bundeswappen und den Bundesadler vom 20. 1. 1950, abgedruckt in: Bundesgesetzblatt (BGBl) 1950, S. 26.
[18] Vgl. Reichsgesetzblatt (RGBl) 1919, S. 1877.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französische Staatswappen „RF“ bis zu einem seiner kaiserlichen Attribute gänzlich entkleideten Adler. Gleich zu Beginn der Republik waren, insbesondere in der Person von Emil Doepler d. J., bestimmende Einflüsse des alten Reichsheroldsamts zu spüren[19]. Diese Einflüsse retteten zwar den Adler in die Republik hinüber, blieben aber doch zu sehr in der Ikonografie des Kaiserreichs verhaftet. Der erste republikanische Adler wurde entsprechend zurückhaltend aufgenommen und erhielt schon 1919 den despektierlichen Spitznamen „Pleitegeier“.

Dabei hatte man schon 1919, also noch in Weimar, die Gestaltung des Erscheinungsbildes der Republik einem eigenen Amt übertragen, dem Reichskunstwart, eine Amtsbezeichnung, die heute eher verdächtig erscheint. Dieser meldete sich alsbald zu Wort und setzte in der Person von Edwin Redslob (1884–1973), dem Leiter der staatlichen Kunstsammlung Württemberg und späteren Rektor der Freien Universität, stärker auf Werkbund- und Design-Einflüsse. Redslob widersetzte sich Bestrebungen der Reichsbehörden, die einen einheitlichen, jederzeit als solchen erkennbaren Reichsadler bevorzugten. Er vertrat die Auffassung: „Sollte das Wappen Symbol werden, so musste dem zeitgenössischen Kunststreben freie Bahn gelassen werden […]. Das einheitliche Wappenbild“, so Redslob weiter, „verlangt je nach Herstellung, Werkstoff, Größe, Verwendungszweck und Verbindung mit Schrift seine selbständige Durchbildung, die folgerichtig auch verschiedene formale Verschiedenheiten mit sich bringen muss.“[20]

Es leuchtet ein, dass ein Adler auf Papier anders aussehen kann als der Adler auf Metall, auf Stoff oder aus Stein, auch wenn es sich jeweils um den Reichsadler handeln sollte. Aber eine selbstständige Durchbildung je nach Größe oder je nach Verwendungszweck lässt sich weder mit künstlerischen und erst recht nicht mit politischen Argumenten begründen.

Redslob beauftragte Künstler mit den Entwürfen, die den ersten, Doeplerschen Adler ablösen sollten. Zu diesen Künstlern gehörte auch der deutsche Expressionist Karl Schmidt-Rottluff, dessen Entwürfe aber in der Öffentlichkeit als „erschrockener Papagei“ abgetan wurden. Erfolgreicher waren 1921 entstandene Entwürfe von Siegmund von Weech und Rudolf Koch.

Verantwortlich für die heutigen Adler-Schwärme ist damit der Reichskunstwart. Mit einer durchaus überzeugenden künstlerischen Argumentation verhinderte er das Entstehen eines einheitlichen Hoheitszeichens der Weimarer Republik, bewirkte damit aber, ganz im Gegensatz zu seiner zitierten Absicht, eher eine Schwächung als eine Stärkung der Symbolkraft dieses Wappens. Trotz des intellektuell hohen Niveaus seiner Argumentation blieb Edwin Redslob letztlich verfangen in der Zerrissenheit der Weimarer Staatssymbolik. Die erste Republik tat sich bekanntlich mit den Symbolen wesentlich schwerer als später die Bundesrepublik. Orden waren gänzlich verboten, was aber niemand daran hinderte, sie als

[19] Vgl. Edwin Redslob, Die Künstlerische Formgebung des Reiches, Berlin 1926.

[20] Edwin Redslob, in Jagow/Herre, Politisches Wörterbuch, zit. nach Stephan Kekule von Stradonitz, Der Reichsadler. Eine heraldische Betrachtung, in: Gebrauchsgraphik, Jahrgang II, Heft 2: Die amtliche Graphik des Reiches und ihre Auswirkung auf Kunst und Handwerk, S. 33–50, hier S. 36.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sogenannte nichtstaatliche Orden gleichwohl zu verleihen. Der unselige Flaggenstreit zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold führte 1926 immerhin zum Sturz des Reichskanzlers Hans Luther.

Auf diese Weise gerieten schon in der Weimarer Republik Staatssymbolik und künstlerischer Ausdruck in einen Gegensatz, den der Absatz 2, Satz 3 des Ebert-Erlasses: „Die künstlerische Ausgestaltung bleibt für jeden besonderen Zweck vorbehalten" nicht auflösen konnte und der sich in der Rechtsprechung bis zum Bundesverfassungsgericht fortgesetzt hat[21].

Nun zum Adler des Bundeswappens, dem „Bundesadler". Er geht zurück auf einen Entwurf von Tobias Schwab und entspricht der Beschreibung von 1919 und 1950 und dem hinterlegten Muster. Der Bundesadler war ursprünglich wohl für die deutsche Olympia-Mannschaft entworfen worden. In seiner heutigen Form erscheint er ab 1927 auf den Amtsschildern der Reichswehr und ab 1928 als amtlicher Reichsadler im Reichswappen.

Erstaunlicherweise erscheint schon auf der Bundesdienstflagge ein anderer Adler. Er hat Muskelpakete auf den Schwingen und einen 11-fedrigen Schwanz. Er ist der republikanischen Urfassung offensichtlich am nächsten, denn er findet sich schon 1919 auf Flaggen des Reiches. In der Anordnung über die deutschen Flaggen[22] wird er nicht als Bundesadler bezeichnet, sondern als Bundesschild, ein Begriff, der zwar aus der Flaggenverordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1921[23] übernommen wurde, ansonsten aber nicht auftaucht. Es ist vermutlich ein heraldisches Zitat aus dem Reichsadler von 1871. Dort erschien auf der Brust des Adlers ein Schild mit dem Hohenzollern-Adler; auch der 11-fedrige Schwanz ist typisch für den Hohenzollern-Adler. Wer der Schöpfer des Adlers ist, ist nicht bekannt. Man darf aber Einflüsse des Reichsheroldsamts vermuten. Dieser Bundesschild erscheint auf der Bundesdienstflagge und damit auch auf den Standern der Dienst-Pkw, auf den Truppenfahnen und auf den Dienstflaggen der Seestreitkräfte.

Diese aus der Weimarer Republik überkommene Unterscheidung zwischen Bundeswappen und Bundesschild führt dazu, dass bis heute an ein und demselben Dienstgebäude auf dem Amtsschild an der Tür und auf der Bundesdienstflagge am Fahnenmast unterschiedliche Adler gezeigt werden.

Dem Adler des Bundeswappens am ähnlichsten ist der Adler des Bundesverfassungsgerichts. Erst bei genauerem Hinsehen fällt auf, dass die Waffen des Adlers, also Schnabel und Fänge, beim Bundesverfassungsgericht kräftiger ausgebildet sind. Ein politischer Anspruch auf die schärferen Waffen des Rechts?

Der Adler des Bundessiegels geht wiederum zurück auf einen Entwurf von Siegmund von Weech, der den Adler mit geöffnetem Gefieder in eine Sechseck-Form einpasst. Man versprach sich eine auch bei schräg aufgesetztem Siegel bessere optische Wirkung des Adlers. Die Form ist in einem eigenen Erlass des Bun-

[21] Abgedruckt in der amtlichen Entscheidungssammlung, Bd. 81, S. 278 u. S. 298 (NJW) 1990, S. 1982 u. S. 1985.
[22] Vgl. BGBl. vom 13. 11. 1996, S. 1729.
[23] Vgl. RGBl. 1921, S. 483.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

despräsidenten[24] festgelegt. Obwohl deutlich anders als der Bundesadler, wird der Adler des Bundessiegels dort ebenfalls als Bundesadler bezeichnet.

Damit gibt es bereits zwei amtlich als solche bezeichnete Bundesadler. Doch damit nicht genug.

Der Adler des Bundespräsidenten

Eine weitere Variante ist der Adler des Bundespräsidenten, den dieser auf seiner Standarte, auf seinem Stander, auf seinen Urkunden und auf seinem Briefkopf führt. Anders als die beiden bisherigen Bundesadler ist er gesetzlich nirgends festgelegt. Nur in der Anordnung über die deutschen Flaggen[25] heißt es unter Ziffer I.2: „Die Standarte des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin ist ein gleichseitiges, rotgerändertes, goldfarbenes Rechteck, darin der Bundesadler, schwebend, nach der Stange gewendet, Verhältnis der Breite des roten Bandes zur Höhe der Standarte wie 1 zu 12."

Es fällt auf, dass die Farbe des Adlers nicht festgelegt ist. Offenbar ging man davon aus, dass die Farbe ja in der Bekanntmachung vom Januar 1950 hinreichend bestimmt sei. Doch es ist nicht der Bundesadler des Bundeswappens, den die der Anordnung als Anhang beigegebene Bildtafel als Muster zeigt, sondern ein deutlich anderer Adler. Aber auch er gilt als Bundesadler. Will man den Adler kennzeichnen, so hebt er sich von anderen Formen durch das gespreizte Gefieder und durch die Muskelpakete auf den beiden Schwingen ab. Dieser Adler ist weitgehend identisch mit dem Adler des Reichspräsidenten der Weimarer Republik, lediglich seine Waffen sind deutlich zurückgenommen worden. Ähnlich wie die Farben der Bundesrepublik knüpft also auch das Hoheitszeichen des Staatsoberhauptes an die vergleichbaren Symbole der Weimarer Republik an. Der Adler des Reichspräsidenten und des Bundespräsidenten hat seine heutige Form spätestens 1928 gefunden, vermutlich aus der Überblendung zweier älterer Entwürfe von Rudolf Koch, dem die Muskelpakete zu verdanken sind, und von Siegmund von Weech, der das Gefieder geöffnet hatte.

Der Adler des Bundesrats

Der Bundesrat ist ein Organ des Bundes, und deshalb steht es ihm zu, den Bundesadler als Hoheitszeichen zu führen. Dem steht nicht entgegen, dass er sich aus Länderregierungen zusammensetzt, die seit Beginn der Bundesrepublik Wert darauf gelegt haben, im Sitzungssaal des Bundesrats mit ihren eigenen Wappen als Wandschmuck präsent zu sein. Ein eigener Adler des Bundesrats taucht erst nach einem Umbau des Plenarsaals im Jahre 1954 auf; mit kleinen Veränderungen hat er sich bis nach Berlin gerettet. Aus der Vielzahl der gestalterischen Möglichkeiten wählte man für den Adler des Bundesrats ausgerechnet den Adler des Bundespräsi-

[24] Vgl. Erlass vom 20. 1. 1950 in der Fassung des Änderungserlasses vom 28. 8. 1956, in: BGBl. S. 1328.

[25] BGBl. vom 7. 6. 1950, S. 205, neu gefasst am 13. 11. 1996, in: BGBl. S. 1729.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denten als Vorbild. Beide Adler sind sich zum Verwechseln ähnlich. Das kann man nicht mit ästhetischen Argumenten oder mit dem Zufall erklären. Dahinter steckt vielmehr ein manifester politischer Anspruch, der auch im Schrifttum immer wieder erhoben wird[26]. Da der Bundesratspräsident nach Art. 57 GG den Bundespräsidenten im Abwesenheitsfalle vertritt, stehe ihm in der staatlichen Rangordnung der Bundesrepublik auch der zweite Platz hinter dem Bundespräsidenten zu. Dabei wird übersehen, dass das Grundgesetz keinen Vizepräsidenten kennt, sondern nur einen Abwesenheitsvertreter, der als Bundesratspräsident seinen eigenen Rang im Verfassungsgefüge hat und nur im Verhinderungsfalle Funktionen und Rang des Bundespräsidenten übernimmt. Mit der Gestaltung seines Hoheitszeichens aber sollte dieser Anspruch auf den zweiten Platz im Protokoll auch allen sichtbar gemacht werden. Der Adler des Bundesratspräsidenten kommuniziert damit auch den Streit um Platz 2: Der Bundesratspräsident beansprucht ihn, der Bundestagspräsident okkupiert ihn, und dem Bundeskanzler steht er zu. Aufgrund eines Schriftwechsels aus dem Jahre 1976 überlässt dieser allerdings seinen zweiten Rangplatz regelmäßig dem Präsidenten des Bundestags. Diese Reihenfolge ergibt sich zweifelsfrei aus der demokratischen Legitimation des jeweiligen Amts und lässt sich auch mit rechtlichen Argumenten hinreichend untermauern[27]. Es fällt aber auf, dass der Bundesrat es offenbar vermeidet, seinen Adler im Zusammenhang mit den Farben Schwarz-Rot-Gold darzustellen.

Der Adler des Bundestags

Auch der Bundestag verwendete ursprünglich keinen eigenen Adler. Er benutzte offenbar den durch den Bundespräsidenten bestimmten Bundesadler. Den ersten Bonner Plenarsaal jedenfalls zierten noch die Wappen der Bundesländer. Beim Neubau des Plenarsaales im Jahre 1953 wurde dann an der Stirnseite ein von dem Künstler Ludwig Gies geschaffener Adler angebracht.

Der aus Gips geschaffene, 5,30 auf 6,30 Meter große Giessche Adler vermeidet bewusst alle aggressiven Gestaltungselemente; er wirkt behäbig, sein Raubvogelschnabel ist geschlossen, und seine Klauen dienen eher der Standfestigkeit als dem Zugriff. Dies brachte ihm die spöttisch-liebevolle Bezeichnung „fette Henne“ ein. Er ist kein Fall des Abs. 3 der Bekanntmachung von 1950, da diese ausdrücklich die künstlerische Gestaltung des Bundeswappens betrifft, nicht die isolierte Ausgestaltung einzelner seiner Bestandteile. Aber auch eine Variante nach Abs. 2 der Bekanntmachung liegt nicht vor, da das gleiche Bild und die gleiche Farbe wie beim Adler des Bundeswappens zu verwenden sind. Das aber ist offensichtlich nicht der Fall.

Um diesen Adler gab es daher von Anfang an Streit. Architekten, Archivare und Heraldiker bestürmten die jeweiligen Bundestagspräsidenten, ein anderes, nach ihrer Auffassung gestalterisch oder heraldisch korrekteres Wappentier zu

[26] Vgl. etwa Konrad Reuter, Bundesrat und Bundesstaat, Bonn 1980, S. 25, sowie die Darstellung des Bundesrats auf seiner Homepage.

[27] Vgl. dazu Jürgen Hartmann, Staatszeremoniell, Köln [4]2006, S. 99 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwenden[28]. Bei jedem Umbau, beim Umzug des Bundestags in das Bonner Wasserwerk und bei seinem Umzug nach Berlin brach dieser Streit erneut aus. Diese Angriffe von außen hatten aber zur Folge, dass sich Generationen von Abgeordneten des Bundestags schützend um ihren Adler scharten und ihn mit Wort und Tat verteidigten.

Schon in einem Beschluss vom 5. Juni 1987 sprach sich das Bundestagsplenum angesichts des bevorstehenden Abrisses des Bonner Plenarsaales für die „Beibehaltung der Stirnwand mit dem Adler" aus. Doch kurz vor der Fertigstellung des neuen Saales, im Sommer 1992, stellte sich heraus, dass der Giessche Adler irreparabel in 35 Stücke zersägt in einem Depot gelandet war. Der Architekt, Günter Behnisch, plädierte für eine eigene, leichtere Version des Adlers, statt aus Gips aus gestrichenem Aluminium, statt drei- nur zweidimensional. Dem verweigerten die Erben von Gies ihre Zustimmung, und einen anderen Adler wollten die Abgeordneten nicht. So blieb alles beim Alten, nur aus Aluminium statt aus Gips[29].

Mittlerweile hatte es im sogenannten Wasserwerk, wenn auch notgedrungen, durchaus einen kleineren und farbveränderten Adler gegeben.

Auch für den Berliner Plenarsaal waren schlankere Formen auf Ablehnung gestoßen, sodass im April 1996 der Architekt, Sir Norman Foster, mit Entwürfen für den Adler betraut wurde[30]. Nach Katalogisierung und Auswertung von „hunderten" deutscher Adler legte er im Dezember 1997 seine Entwürfe vor. Erneut wurden die Erben von Gies bemüht, die jeder Veränderung des ursprünglichen Adlers widersprachen. Erst im September 1998 fiel die Entscheidung des Ältestenrats zugunsten des Bonner Modells und gegen die modern gestylten Entwürfe Fosters.

Damit bekam Sir Norman ein Problem. Die vom Präsidentenflügel des ja bewusst ganz auf Transparenz bedachten Baues aus sichtbare Rückseite der fetten Henne war im unbearbeiteten Zustand höchst unansehnlich. Es lag daher nahe, den Giesschen Adler einfach auf seine eigene Rückseite zu kopieren. So nahe liegend diese Lösung allen Beteiligten schien, so problematisch erwies sie sich. Wäre man so verfahren, hätte man nämlich, von jeder Seite aus gesehen, einen Doppeladler erhalten, denn der rückseitige Kopf hätte als einziger nicht symmetrisierter Körperteil natürlich in die entgegengesetzte Richtung geblickt. Diese Vorstellung löste offenbar Schrecken aus. Ein Doppeladler, das erinnerte an das zaristische Russland, schlimmer noch, an Habsburg. Foster erkannte diese mögliche Assoziation. Um ihr zu entgehen, dreht er seinem, dem rückwärtigen Adler einfach den Kopf um, sodass beide Köpfe sich deckten, nur der eine eben nach rechts blickt, der andere nach links.

Was Foster aber nicht bedacht hatte: Nach den strengen Regeln der Heraldik blicken Wappentiere stets nach rechts. Wird die Blickrichtung in einem Wappen

[28] Vgl. z. B. Helmut v. Jan in: Archiv für Sippenforschung, November 1974, S. 631.

[29] Zur Geschichte des Gies-Adlers vgl. Dietmar Kansy, Zitterpartie. Der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin, Hamburg 2003, S. 101 ff.

[30] Vgl. Norman Foster, Architektur und Kunst, in: Ders., Der neue Reichstag, Leipzig/Mannheim 2000, S. 212.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach links gewendet (Brisur), so kann dies eine Bastardisierung bedeuten, den Hinweis also, dass der Wappenträger aus einer illegitimen Nachkommenschaft stammt. Folglich gab es in der langen Geschichte der deutschen Adler nie einen nach links gewendeten. Mit einer einzigen Ausnahme: Der Adler des Führers und Reichskanzlers[31]. Wäre da ein Doppeladler – es wäre ja ohnehin nur ein scheinbarer Doppeladler gewesen – mit historischen Traditionen der Bundesrepublik nicht eher vereinbar gewesen? Immerhin war doch auch der Adler der Paulskirche ein Doppeladler.

Ein weiteres Kuriosum: Der Bundestagspräsident führt auf seinem Briefkopf die „fette Henne", auf seinem Stander aber den Adler des Bundesschildes[32].

Den Fosterschen Adler scheinen diese Widersprüche deutscher Geschichte zu amüsieren. Im Gegensatz zu seinem gestrengen Gegenstück schmunzelt er.

Variationen

Bei dem Gang durch die Bundeshauptstadt stößt man auf weitere Exemplare. Da gibt es seit 1997 die „schlanke dynamische Adlerversion", die dazu dienen soll, Publikationen und sonstige Informationsmittel der Bundesregierung unverwechselbar zu machen[33]. Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof führen sie im Kopf ihrer Entscheidungen. Diesem Adler nachempfunden sind auch die Schilder, die einige Bundesbehören neben dem durch Erlass festgelegten Adler ihres Amtsschildes führen. Er erinnert an den Adler des Bundessiegels (von Weech), taucht aber mal mit zehn Federn (Bundespresseamt) oder mit zwölf Federn (Bundesinnenministerium) auf. Das Auswärtige Amt zeigt neben dem Adler des Amtsschildes und dem Adler der Dienstflagge einen dritten, plastischen Adler an der Außenmauer seines Dienstgebäudes. Er nimmt die Redslobsche Forderung nach Materialgerechtigkeit auf und ist als architektonischer Zierrat zu verstehen, vielleicht als Kunst am Bau. Irgendeinen amtlichen Charakter kann dieser Zier-Adler nicht beanspruchen.

Gleiches dürfte gelten für den Adler des Bundeskanzleramts, der recht unauffällig neben der Eingangsschleuse angebracht ist. Das dem Berliner Kanzleramt beim Umzug offenbar abhanden gekommene Amtsschild kann dieser Adler jedenfalls nicht ersetzen.

Bei den Adlern der Bundesrepublik ist also eine erstaunliche, ja verwirrende Artenvielfalt zu konstatieren. Aber sind sie sämtlich Bundesadler, sämtlich Staatssymbole? Gewiss nicht.

---

[31] Hinweis bei Alois Friedel, Deutsche Staatssymbole. Herkunft und Bedeutung der politischen Symbolik in Deutschland, Frankfurt a.M./Bonn 1968, S. 38. Vgl. Didérot et d'Alembert, L'Ecyclopédie, Recueil des planches, sur les sciences, les arts libéraux, et les arts méchaniques, avec leur explication. Blason Art Héraldique, Nachdruck Paris 1989, Tafel XIV, Bild 8.

[32] Anhang 2 der Anordnung vom 13. 11. 1996, in: BGBl. S. 1729.

[33] So Birgit Laitenberger/Maria Bassier, Wappen und Flaggen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder. Allgemeine Einführung in die Staatssymbolik einschließlich Hymnen Feier- und Gedenktage, 5. neubearb. und erg. Aufl., Köln 2000, S. 13, Randnote 4.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Schutz des Adlers

§ 90a des Strafgesetzbuches (StGB), er handelt von der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, zählt als geschützte Symbole auf (Abs. 1 Ziff. 2): die Farben, die Flagge, das Wappen und die Hymne. Daraus folgt, dass jedenfalls das Strafrecht den Adler nicht als selbstständiges Staatssymbol der Bundesrepublik ansieht. Es schützt ihn nur mittelbar, als Bestandteil von Wappen oder Flaggen. Das Ergebnis ist nicht befriedigend. Was soll das Hinzufügen einer leeren Form, hier des Schildes, an der Symbolhaftigkeit und an der Kommunikationsfähigkeit des Adlers schon ändern? Doch das Strafrecht verlangt eindeutige Tatbestände, und eine Ausdehnung der Strafbewehrung auf den „bloßen" Bundesadler, wie sie in der Tat von einigen Autoren vorgenommen wird[34], ist nicht zulässig. So halten es auch die Gerichte[35].

Ob es außerhalb der Aufzählung des § 90a StGB weitere Staatssymbole gibt, zu denen man den Adler rechnen könnte, kann dahingestellt bleiben, da sich keine Rechtsfolgen daran knüpfen würden. Die öffentliche Meinung folgt der Kategorisierung des StGB jedenfalls nicht. In einer 1965 erhobenen Umfrage hielten 45 Prozent der Befragten den Adler für das deutsche Symbol. Für Schwarz-Rot-Gold entschieden sich 26 Prozent, für das Deutschlandlied 2 Prozent[36]. Ob eine heute durchgeführte Umfrage zu ähnlichen Ergebnissen käme, mag man allerdings bezweifeln.

Ist denn der Adler wenigstens ein Hoheitszeichen der Bundesrepublik, dessen Beschädigung oder Verunglimpfung Abs. 2 des § 90a StGB ebenfalls unter Strafe stellt? Dazu muss man auf die Suche gehen, denn eine Aussage der Bundesregierung, welches denn ihre Hoheitszeichen sein sollen, findet sich eher versteckt in einem internationalen Abkommen zum Schutz des gewerblichen Eigentums aus dem Jahre 1883[37]. Nach Artikel 6ter Abs. 3a dieses Abkommens tauschen die Vertragspartner ein Verzeichnis der staatlichen Hoheitszeichen und einiger anderer amtlicher Zeichen aus, die sie auch in den Partnerländern des Abkommens markenrechtlich geschützt sehen wollen. Ein solches Verzeichnis hat das Reichsministerium des Innern erstmals 1928 erstellt, und zwar in Verbindung mit dem Reichspatentamt und dem Reichskunstwart. Es enthielt die Wappen und Flaggen des Reichs und seiner 17 Länder.

Die Hoheitszeichen der Bundesrepublik wurden 1956 an das Internationale Büro der Pariser Verbandsübereinkunft gemeldet und zugleich als Broschüre veröffentlicht[38]. Danach bezeichnet die Bundesrepublik als ihre Hoheitszeichen: die Standarte des Bundespräsidenten, die Bundesflagge, die Dienstflagge der Bun-

[34] Vgl. z. B. Tröndle/Fischer, Kommentar zum Strafgesetzbuch, München [50]2001, § 90a StGB, Randnote 9.

[35] Vgl. Oberlandesgericht Frankfurt, in: Neue Juristische Wochenschrift 1991, S. 117.

[36] Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, Allensbach/Bonn 1967, S. 173.

[37] Vgl. Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. 3. 1883 in der Stockholmer Fassung vom 14. 7. 1967, in: BGBl. 1970, II, S. 293, 391.

[38] Erschienen seither in 5 Auflagen.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desbehörden, die Truppenfahnen, die Dienstflaggen der Seestreitkräfte, das Erkennungszeichen für die Luftfahrzeuge und Kampffahrzeuge der Bundeswehr, die Bundeskokarde, die Flaggen der Dienstkraftwagen, die Amtsschilder und Dienstsiegel der Bundesbehörden sowie die entsprechenden Hoheitszeichen der Bundesländer. Der Bundesadler allein wird nicht genannt, mit der Folge, dass er nicht als Hoheitszeichen im Sinne des § 90a Abs. 2 StGB gelten kann.

Die abschließende, völkerrechtlich verbindliche Benennung ihrer Hoheitszeichen durch die Bundesrepublik lässt es, freilich im Gegensatz zu der strafrechtlichen Literatur[39], nicht zu, all jene Zeichen als geschützte Hoheitszeichen anzuerkennen, welche die Staatsgewalt öffentlich und autoritativ zum Ausdruck bringen sollen. Es gibt allenfalls einen mittelbaren Schutz der in ganz bestimmten Hoheitszeichen verwendeten Adler. Der Adler des Bundestags, des Bundesrats oder des Bundesverfassungsgerichts gehören freilich nicht dazu.

So kommt es, dass der Bundestagspräsident gegen unbefugte oder verunglimpfende Nutzung des Gies-Adlers nur mit Hilfe der Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst und mit den Instrumenten des Urheberrechtes vorgehen kann. So geschehen gegen den „Focus“ und gegen Stefan Raabs Kanzler-CD „Ho mir ma ne Flasche Bier“[40]. Der einzige Schutz seines Adlers steht nicht in der Verfügungsgewalt des Bundestags, sondern in der der Erben von Ludwig Gies bzw. der Verwertungsgesellschaft. Dieser Schutz erlischt endgültig im Jahre 2036, 70 Jahre nach dem Tod des Künstlers (§ 64 UrhG).

Auch im Markenrecht findet sich also kein selbstständiger Schutz des Bundesadlers. Nur als Bestandteil eines Staatswappens, einer Staatsflagge oder anderer staatlicher Hoheitszeichen oder Wappen ist er von der Eintragung als Marke ausgeschlossen (§ 8 Abs. 2 Ziff. 6 MarkenG).

Ist der Bundesadler also schutzlos, schutzloser als jeder Adler der Tierwelt? Nicht ganz. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, stößt man in § 124 des Ordnungswidrigkeitengesetzes unvermutet doch noch auf den Bundesadler. Ordnungswidrig handelt und setzt sich einer Geldstrafe aus, wer den Bundesadler oder den entsprechenden Teil eines Landeswappens oder diesen zum Verwechseln ähnliche Teile unbefugt verwendet. Wann dies der Fall ist, ergibt sich aus einer Richtlinie für die Anfertigung von Dienstsiegeln und Verwendung des Bundesadlers vom 4. März 1950[41]. Dort heißt es in Ziffer 4, dass die Abbildung und Verwendung des Bundesadlers und des Bundeswappens zu künstlerischen, kunstgewerblichen oder heraldisch-wissenschaftlichen Zwecken jedem frei steht. Jede sonstige Verwendung des Bundesadlers und des Bundeswappens aber ist nur mit Genehmigung des Bundesministeriums des Innern gestattet. Mehr Schutz ist nicht.

[39] Vgl. z. B. Schönke-Schröder, Kommentar zum StGB, 25. Aufl., § 90a StGB, Randnote 15; Tröndle/Fischer, Kommentar zum StGB, § 90a StGB, Randnote 13.

[40] Schüsse auf den Adler, in: Der Spiegel vom 25. 12. 2000, Panorama Deutschland, S. 22; vgl. auch Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 20. 3. 2003 unter dem Aktenzeichen I ZR 117/00.

[41] Vgl. Gemeinsames Ministerialblatt Nr. 2 vom 18. 4. 1950, S. 17, abgedruckt bei Laitenberger/Bassier, Wappen und Flaggen, S. 31.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Corporate Design

Neben diesen rechtlichen Unzulänglichkeiten und Widersprüchen des Bundesadlers zeigen sich aber auch deutliche Schwächen in seinen kommunikativen Funktionen. Jeder Marketing-Experte, jeder PR-Stratege eines Unternehmens würde sich angesichts des Befundes zum Adler-Logo des Unternehmens Bundesrepublik die Haare raufen. Ist es doch sein Bestreben, im Interesse der Optimierung der Unternehmensziele dem Umfeld des Unternehmens, also Lieferanten, Kunden, Mitarbeitern, Medien etc., ein möglichst hohes Identifikationspotential anzubieten. Die Qualität des Produktes oder sein Preis sind dabei nur zwei Faktoren unter vielen – und sicherlich nicht die entscheidenden. Identifikationspotentiale werden heute durch das gesamte Erscheinungsbild des Unternehmens aktiviert oder stillgelegt. Ob das eine oder das andere eintritt, entscheidet die Kommunikationsstrategie des Unternehmens, seine Corporate Identity.

ARAL versucht das mit der blauen Farbe, Mercedes mit dem Stern, Ferrari mit dem Pferd und der roten Farbe. Diese unverwechselbaren Zeichen, die bis in kleinste Details durchgesetzt werden, bei den genannten Beispielen sogar bis in die Kleidung der Mitarbeiter oder der Fans, sind Katalysatoren eines Wir-Gefühls. Jede Vermehrung solcher betriebsspezifischen Zeichen würde auf Identifikationsprobleme des Unternehmens hinweisen, ihm ein diffuses oder auch einseitiges Image verpassen.

Für die politische Kommunikation über das grundlegende Verständnis unseres Zusammenlebens kann im Grunde nichts anderes gelten. Stimmen die Zeichen, die Symbole nicht, hat das Gemeinwesen ein Identifikationsproblem. Für den Staat ist das ein existentielles Problem.

Die Vielzahl der Adler erzeugt ein Stimmengewirr und legt die das Gemeinwesen belastenden Identitätsprobleme offen. Davon gibt es in der Bundesrepublik viele. Das zeigen die immer neu gestellte Frage nach der historischen Kontinuität, der anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft von Walter Jens und der GEW angezettelte Streit um die Nationalhymne, der Streit um eine Elitenbildung oder der zweifache Eklat des Jahres 2005, als Ministerpräsidentin und Bundeskanzler sich weigerten, eindeutige Wahlergebnisse anzuerkennen. Selbst die jüngst aufgeworfene Frage, ob es denn richtig sei, dass der Eid auf das Grundgesetz dem Bundespräsidenten oder dem Bundeskanzler von jemandem abgenommen wird, der selbst einen solchen Eid nicht abgeleistet hat[42], offenbart letztlich eine tiefe Unsicherheit des Staates im Umgang mit Stil und Formen[43].

Wer die Form beherrscht, so heißt es, hat Macht über den Inhalt. Formen sind nämlich höchst selten bloße Äußerlichkeiten, sie sind Ausdruck von Inhalten. Erst wenn sie dies nicht mehr leisten, kann man sie vernachlässigen. „Demokratie

[42] Vgl. Marion G. Müller, Ein Verfassungseid für Abgeordnete des Europäischen Parlaments?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 149–168.

[43] Vgl. dazu grundsätzlich etwa Karl Heinz Bohrer, Stil oder „maniera"? Zu Aktualität und Geschichte eines nationalen Unvermögens, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Nr. 644 (Dezember 2002), S. 1057; ders., Die Ästhetik des Staates revisited, in: Ebenda, Nr. 689/690 (September/Oktober 2006), S. 749.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Rechtsstaat", so sieht es der Verfassungsrechtler, „gewinnen […] in Stil, Form und Verfahren staatlichen Handelns Entscheidungssicherheit, gestärkte Verantwortlichkeit, wirksame Kontrolle, demokratische Legitimation und Erneuerungskraft. Drohen Stil, Form und Verfahren zu verkümmern, ist der Verfassungsstaat in seiner Substanz bedroht."[44]

Der Wille zur Form erscheint so als eine Existenzbedingung auch des modernen, rationalen Staates. Dies wäre zugleich die verfassungsrechtliche Prämisse, an der sich jede Manipulation der symbolischen Form des Bundesadlers, sie komme noch so harmlos daher, messen lassen muss.

[44] Paul Kirchhof, Gesetzgebung braucht Form und Stil, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 9. 2002, S. 8.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973 bis 1989

Die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Kontext. Eine Sektion des 47. Deutschen Historikertags vom 30. September bis zum 3. Oktober 2008 in Dresden

1. Das Thema

Mit dem Ölpreisschock des Jahres 1973 endete in Europa nicht nur der „kurze Traum immerwährender Prosperität“[1], sondern es kehrte auch ein Gespenst ins Bewußtsein von Politik und Öffentlichkeit zurück, das man bereits endgültig gebannt zu haben glaubte: das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit. Waren 1973 in der Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Industriestaat der Europäischen Gemeinschaft, nur 270.000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, so zählte man ein Jahr später schon 580.000; 1975 wurde erstmals die Grenze von einer Million überschritten. Es zeigte sich in diesen Jahren, daß die Maßnahmen des Staates nur unvollkommen griffen und der Arbeitsmarkt zögerlich auf Wachstumsimpulse, aber dafür überaus empfindlich auf konjunkturelle Flauten reagierte. Der Sockel an Arbeitslosigkeit wurde mit jeder neuen Krise höher. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik bis 1983 auf knapp 2,3 Millionen an und fiel trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bis zum Fall der Berliner Mauer nie mehr unter die Zwei-Millionen-Marke.

Die Beschäftigungskrise wuchs sich aufgrund der zentralen Bedeutung der Erwerbsarbeit für politische und soziale Teilhabe in wenigen Jahren zu einer Krise der Arbeitsgesellschaft aus, um einen Begriff zu gebrauchen, der Anfang der achtziger Jahre rasch Karriere machte[2] und die vielschichtigen Auswirkungen des Strukturwandels in westlichen Industriegesellschaften mit der verstörenden Ungleichzeitigkeit von Wachstum und fehlender Beschäftigung zu beschreiben suchte. In der Debatte um die Krise der Arbeitsgesellschaft, die auch als Ausdruck zeitgenössischer Problemwahrnehmung und gesellschaftlicher Selbstbeobachtung verstanden werden muß, flossen nicht selten wissenschaftliche Analyse und politische Stellungnahme zusammen. Regierungen, Parlamente und Verbände rangen in zuweilen stark ideologisch gefärbten Debatten um erfolgversprechende Lösungsansätze, den Königsweg aus der Misere fanden sie jedoch ebensowenig wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die sich verstärkt mit Problemen des Arbeitsmarkts oder den Folgen der Arbeitslosigkeit zu befassen begannen und ihre Konzepte durch die Beratung der Entscheidungsträger auch in den politischen Prozeß einspeisten.

[1] Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 1984.

[2] Vgl. dazu den bekannten Sammelband von Joachim Matthes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a. M./New York 1983.

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0022
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei allen Divergenzen in Einzelfragen war man sich darüber einig, daß die Stellung im Erwerbsleben als „die wohl wichtigste Determinante sozialer Ungleichheit" gelten muß[3]. Ein stabiles, möglichst gut bezahltes Beschäftigungsverhältnis eröffnet den Zugang zu materiellem Wohlstand, ermöglicht die Anhäufung von gesellschaftlichem Kapital und ist – vor allem in der Bundesrepublik mit der engen Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an den Faktor Arbeit – Voraussetzung für den ungeschmälerten Zugang zu den Leistungen des Wohlfahrtsstaates. Arbeitslosigkeit hingegen beschränkt Lebenschancen, vermindert Handlungsoptionen, bedroht den gesellschaftlichen Status und birgt die Gefahr, an den Rand des Gemeinwesens gedrängt zu werden. Andauernde Arbeitslosigkeit verbunden mit bestimmten Risikofaktoren (beispielsweise Geschlecht, Migrationshintergrund, Alter, Krankheit) verstärkt die Gefahr der Ausgrenzung und führt zu einer Fragmentierung der Arbeitslosen als sozialer Gruppe, denen es so noch weniger gelingt, sich im Konzert der organisierten Interessen Gehör zu verschaffen. Wer also von sozialer Ungleichheit spricht, kann von der Arbeitslosigkeit nicht schweigen, seitdem sie in den siebziger Jahren wieder ein Massenphänomen geworden ist. Die Historiographie hat dieser Erkenntnis freilich bisher nicht Rechnung getragen; die Geschichte „der Erwerbslosigkeit und der Erwerbslosen, der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen" ist im Gegenteil nach wie vor ein Desiderat der Zeitgeschichtsschreibung[4].

2. Zur Anlage der Sektion

Die Sektion geht auf ein aus Mitteln der Leibniz-Gemeinschaft finanziertes Projekt zurück, das 2007 vom Institut für Zeitgeschichte in enger Kooperation mit dem Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung begonnen wurde und in regem Austausch mit dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg (Prof. Dr. Andreas Wirsching) und dem Lehrstuhl für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen (Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel) steht. Ihr Ziel ist es, die Massenarbeitslosigkeit der siebziger und achtziger Jahre zu thematisieren und ausgewählte Problemgruppen in den Blick zu nehmen. Von besonderem Interesse sind politische Strategien und Diskurse sowie auch die Erfahrungen der Arbeitslosen selbst, die zumeist nur als statistischer Wert oder als Objekt staatlichen Handelns wahrgenommen werden. Im Mittelpunkt steht die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die jedoch in den europäischen Kontext eingebettet wird, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten besser herausarbeiten zu können. Das Phänomen Arbeitslosigkeit ist zu komplex, als daß es nur mit dem methodischen Instrumentarium der Historiker erfaßt werden könnte. Daher sollen auch die Wirtschaftswissenschaften in diese Sektion einge-

[3] Stefan Hradil (unter Mitarbeit von Jürgen Schiener), Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen [8]2001, S. 180.
[4] Axel Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 98.

Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bunden werden, um die Entwicklung der Arbeitsmärkte aus ökonomischer Sicht zu beleuchten und so auch Anregungen für eine disziplinübergreifende Debatte zu geben.

Die Sektion steht unter der Leitung von *Andreas Wirsching* (Universität Augsburg) und ist folgendermaßen angelegt: Zunächst wird *Thomas Schlemmer* (Institut für Zeitgeschichte) über das Thema „Langzeitarbeitslosigkeit als Schicksal und politisches Problem. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien im Vergleich" sprechen. Die Langzeitarbeitslosen bildeten seit den späten siebziger Jahren den wachsenden Kern einer sozialen Schicht, deren Leben zunehmend von Deprivation und Exklusion geprägt wurde. Für die Politik war die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit daher ebenso vordringlich wie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die *Thomas Raithel* (Institut für Zeitgeschichte) behandeln wird. Die Situation in der Bundesrepublik soll dabei in den westeuropäischen Kontext gestellt und etwa mit Frankreich verglichen werden, wo der Problemdruck erheblich höher war. *Kim Christian Priemel* (Europa Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder) wird unter dem Titel „Überdruck. Gewerkschaften in Westdeutschland und Großbritannien zwischen Krisenmanagement, Anpassung und Absturz" politische Konzepte und soziale Praxis der Gewerkschaften untersuchen, die durch technologische und arbeitsorganisatorische Wandlungsprozesse, die Krise am Arbeitsmarkt sowie Veränderungen im politischen Umfeld immer mehr in Bedrängnis gerieten. Dabei gestaltete sich der Spagat, die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu sichern und zugleich glaubwürdige Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu entwickeln, nicht selten schwierig. Ein Vertreter des ifo Instituts schließlich wird die Ursachen für die langfristige Entwicklung der europäischen Arbeitsmärkte erläutern und dabei nach institutionellen Determinanten wie der Arbeitsmarktverfassung oder politischen Interventionen zur Regulierung der Arbeitsmärkte fragen. *Winfried Süß* (Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) wird die vier Vorträge kommentieren und die Geschichte der Arbeitslosigkeit in den größeren Zusammenhang der Entwicklung von Sozialpolitik und sozialen Sicherungssystemen zwischen dem Ölpreisschock und dem Fall der Berliner Mauer einordnen.

Die Sektion ist für den 3. Oktober 2008, 15.15 Uhr bis 18 Uhr, angesetzt[5]. Eine Veröffentlichung der Beiträge ist zusammen mit den thematisch ähnlich gelagerten Referaten, die am 11./12. Juni 2008 im Rahmen eines Workshops im Institut für Zeitgeschichte gehalten wurden, für das Jahr 2009 in der IfZ-Reihe „Zeitgeschichte im Gespräch" geplant.

Thomas Raithel
Thomas Schlemmer

[5] Zum Programm vgl. www.tu-dresden.de/historikertag/web/index.php?option=com_frontpage&Itemid=1 (zuletzt aufgerufen am 29. 5. 2008).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit *einem* Klick vom Bibliotheks-Katalog zu VfZ-Online

Vom Online-Katalog direkt in den Volltext springen – dieser Wunsch vieler Bibliotheksbenutzer konnte jetzt für die **Aufsätze** in den ***Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*** erfüllt werden.

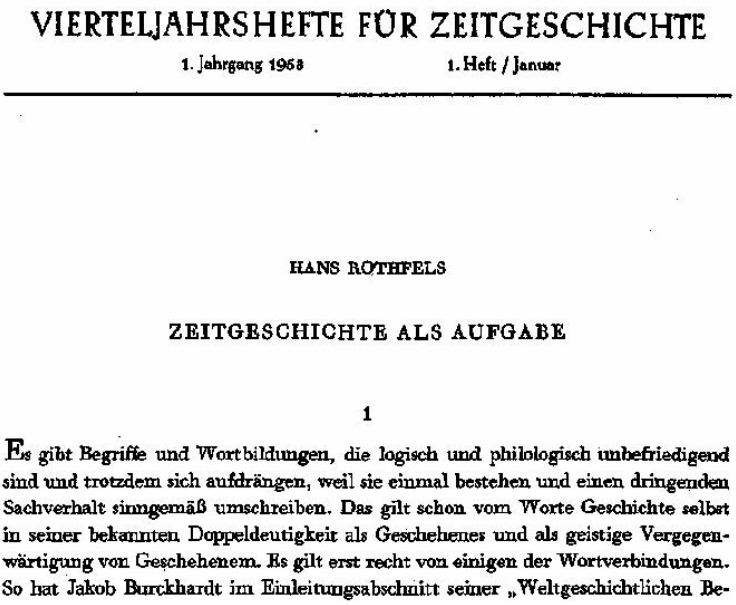
Seit März 2008 stehen die Jahrgänge 1953–2005 der VfZ zum kostenlosen Download im Internet zur Verfügung. Die etwa **1.200 digitalisierten VfZ-Aufsätze** sind im **Online-Katalog** des IfZ erschlossen und damit im Gateway Bayern, im Karlsruher Virtuellen Katalog, im Dreiländerkatalog und weiteren Katalogen recherchierbar.

Was lag also näher, als diese 1.200 Aufsätze im Online-Katalog direkt mit dem Volltext zu verbinden? Mit Unterstützung der Virtuellen Bibliothek Bayern im Bibliotheksverbund Bayern wurden die bibliographischen Katalognachweise mit direkten Links (URLs) zu den Volltexten angereichert.

Vom IfZ-Online-Katalog

Autor	Rothfels, Hans
Titel	Zeitgeschichte als Aufgabe
Von	Hans Rothfels
QUELLE = In: . . .	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Ort der Quelle	München
Jahr	1953
FUNDSTELLE	1 (1953), S. 1–8
IfZ-Systematik	b 230.10
Bibliogr. z. Zeitgesch.	retro0i
URL	http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1953_1_1_rothfels.pdf
URL-Kommentar	Info: kostenfrei; Bezugswerk: Volltext // digitalisiert von: Institut für Zeitgeschichte – München

zum Volltext:



VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

1. Jahrgang 1953 1. Heft / Januar

HANS ROTHFELS

ZEITGESCHICHTE ALS AUFGABE

1

Es gibt Begriffe und Wortbildungen, die logisch und philologisch unbefriedigend sind und trotzdem sich aufdrängen, weil sie einmal bestehen und einen dringenden Sachverhalt sinngemäß umschreiben. Das gilt schon vom Worte Geschichte selbst in seiner bekannten Doppeldeutigkeit als Geschehenes und als geistige Vergegenwärtigung von Geschehenem. Es gilt erst recht von einigen der Wortverbindungen. So hat Jakob Burckhardt im Einleitungsabschnitt seiner „Weltgeschichtlichen Be-

VfZ 3/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0023
Jahrgang 56 (2008), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte